

DIE HABSBURGERMONARCHIE 1848–1918
BAND XI/1/1

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

DIE HABSBURGERMONARCHIE

1848–1918

IM AUFTRAG DES INSTITUTS FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTEFORSCHUNG
FORSCHUNGSBEREICH GESCHICHTE DER HABSBURGERMONARCHIE
HERAUSGEGEBEN VON

HELMUT RUMPLER

BAND XI/1/1



VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

DIE HABSBURGERMONARCHIE 1848–1918

BAND XI

DIE HABSBURGERMONARCHIE
UND DER ERSTE WELTKRIEG

1. TEILBAND

DER KAMPF UM DIE NEUORDNUNG
MITTELEUROPAS

TEIL 1
VOM BALKANKONFLIKT
ZUM WELTKRIEG

HERAUSGEGEBEN VON

HELMUT RUMPLER

IM AUFTRAG DES INSTITUTS FÜR NEUZEIT- UND
ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG AN DER
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
FORSCHUNGSBEREICH GESCHICHTE DER HABSBURGERMONARCHIE
IN ZUSAMMENARBEIT MIT

HARALD HEPPNER UND ERWIN A. SCHMIDL
FÜR DEN MILITÄRHISTORISCHEN BEIRAT DER
WISSENSCHAFTSKOMMISSION BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR
LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

REDAKTION

ANATOL SCHMIED-KOWARZIK

REGISTER

GUDRUN EXNER



VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Angenommen durch die Publikationskommission der philosophisch-historischen Klasse
der ÖAW:

Michael Alram, Bert Fragner, Hermann Hunger, Sigrid Jalkotzy-Deger, Brigitte Mazohl,
Franz Rainer, Oliver Jens Schmitt, Peter Wiesinger und Waldemar Zacharasiewicz

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport



Das Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung,
Forschungsbereich Geschichte der Habsburgermonarchie

Direktor Prof. Dr. Michael Gehler
Stv. Direktor Doz. Dr. Wolfgang Mueller

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen peer-review Verfahren unterzogen

This publication had been anonymously reviewed by international peers

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.
ISBN 978-3-7001-7968-9
Copyright © 2016 by
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Wien
Satz und Layout: Maria Scherrer, 8045 Graz
Druck und Bindung: Finidr, Czech Republic
<http://epub.oeaw.ac.at/7968-9>
<http://verlag.oeaw.ac.at>

INHALT

TEILBAND 1/1: VOM BALKANKONFLIKT ZUM WELTKRIEG

Vorwort	XIII
Einleitung: Die Krise der Moderne in Mitteleuropa von <i>Helmut Rumpler</i> (Viktring)	1–37
I. Vom europäischen Frieden zum Weltkrieg	
A. Gedächtnisort Erster Weltkrieg von <i>Manfried Rauchensteiner</i> (Wien)	39–78
1. Die „Kriegsfabrik“	41
2. Die Entfesselung	50
3. Die Kriegsdiktatur	54
4. Die Begrenztheit der Ressourcen	62
5. Die neue Ära Kaiser Karl	68
6. Die Historisierung des Ersten Weltkrieges	75
B. Die Akteure der Macht. Politische und militärische Kriegsvorbereitungen von <i>Günther Kronenbitter</i> (Augsburg)	79–132
1. Monarch, Thronfolger und Militärführung	80
2. Die militärischen Akteure	84
3. Politische Entscheidungsträger und politische Öffentlichkeit	87
4. Die gefährdete Großmacht	96
5. Die militärischen Ressourcen	107
6. Allgemeine Kriegsvorbereitungen und Grundzüge der Kriegsplanung	114
7. Kriegsfälle, Bündnisvereinbarungen und Kriegsbild	124
C. Das europäische Mächtesystem und das Habsburgerreich in der Julikrise 1914 von <i>Hew Strachan</i> (Oxford)	133–170
1. Die Paradoxa eines regionalen Imperiums	133
2. Der Umsturz der europäischen Diplomatie vom Metternich'schen „Mächtekoncert“ zum „Dreibund“	136
3. Österreich-Ungarns Balkanpolitik von der Bosnienkrise bis zum Attentat von Sarajewo	140
4. Die Hoyos Mission	150
5. Das Ultimatum an Serbien und Russlands Antwort	159
6. Das Scheitern der britischen Mediation	163

II. Der Krieg an den Fronten und im Hinterland

A. Mentale Kriegsvorbereitung	
von <i>Martin Moll</i> (Graz)	171–208
1. Friedensbewegung und Antimilitarismus in Österreich-Ungarn	172
2. Die Auswirkungen der allgemeinen Wehrpflicht	178
3. Sozialdarwinismus und Antizipationen des Zukunftskrieges	182
4. Juli-Krise 1914 und öffentliche Meinung	189
5. Der Aufbau des Kriegsabsolutismus	202
6. Die Akzeptanz eines zukünftigen Krieges	206
B. Militärisches Potential und Kriegsverlauf 1914–1918	
von <i>Rudolf Jeřábek</i> (Wien)	209–283
1. Die Katastrophe der Aufmarschplanung	211
2. Vom Sieg von Krásnik zum Debakel von Zloczów	228
3. Erfolgsgrenzen der deutsch-österreichisch-ungarischen Koalitionskriegführung	236
4. Das Massensterben im Italienkrieg 1915/1916	244
5. Die Herausforderung der Brusilov-Offensive	251
6. Abwehrsieg und Erschöpfung 1917	260
7. Agonie im Hinterland und an den Fronten 1918	269
8. Das Ende der k.u.k. Armee	278
C. Soldatenalltag im Krieg	
von <i>Lutz Musner</i> (Wien)	285–329
1. Die Feuertaufe	286
2. Anders als man es „nach den Lehren der Friedenszeit erwarten durfte“	296
3. „Der Mensch ist heute viel weniger wie ein Tier ...“	300
4. Geschockte Nerven und kranke Körper	309
5. Der Krieg der Offiziere	315
6. Der Krieg der Gemüter	323
D. Die Totalisierung des Krieges	
von <i>Erwin A. Schmidl</i> (Wien)	331–391
1. Facetten des Krieges	331
2. Das Trauma des Schützengrabens	343
3. Sanität und Kriegsfürsorge	359
4. Österreichisch-ungarische Kriegsgefangene im Ausland	363
5. Die Kriegsgefangenen der Entente in Österreich-Ungarn	372
6. Flüchtlinge, Zivilinternierte und Konfinierte	381
7. Der Erste Weltkrieg als „totaler Krieg“?	388

III. Wirtschaftliche Erschöpfung und kultureller Wandel

A. Das Ringen um die Moral des Hinterlandes	
von <i>Mark Cornwall</i> (Southampton)	393–435
1. Der „Geist von 1914“	395
2. Kriegsüberwachungsamt und Kriegspressequartier	403
3. Das Management patriotischer Initiativen	413
4. Die „Kriegskünstler“ im Kriegsarchiv und Kriegspressequartier	416
5. Die „Kriegsfilmpropaganda“	418
6. Die Heimatfront im Spiegel der Briefzensur	423
7. Die „Feindpropaganda-Abwehrstelle“ (FAst)	431

B. Die Kriegswirtschaft am Übergang von der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt von <i>Tamara Scheer</i> (Wien)	437–484
1. Die Planung der Kriegswirtschaft in der Vorkriegszeit	437
2. „Regulieren so viel als nötig, aber so wenig wie möglich“	443
3. Unternehmertum und Kriegskonjunktur	456
4. Landwirtschaft, Heeresverpflegung und Volksernährung	462
5. Die Lage der Arbeiterschaft	466
6. Die Partei- und Gewerkschaftsarbeit der Sozialdemokraten	477
C. Die wirtschaftliche Erschöpfung von <i>Anatol Schmied-Kowarzik</i> (Wien)	485–542
1. Die staatliche Getreidebewirtschaftung	487
2. Ernährungskrise und Sterblichkeit	496
3. Arbeitermangel im Bergbau und in der Hüttenindustrie	504
4. Die gewerblich-industrielle Produktion	513
5. Die Erschöpfung der Transportkapazitäten	521
6. Die Versorgungslage der Zivilbevölkerung	528
7. Das Scheitern des kriegswirtschaftlichen Systems	535
D. Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden von <i>Ágnes Pogány</i> (Budapest)	543–596
1. Die Kriegsausgaben im internationalen Vergleich	543
2. Die finanziellen Kosten des Weltkriegs	546
3. Die Situation des Staatshaushalts	553
4. Die Ausgabenfinanzierung	558
5. Die Kriegsfinanzierung durch Anleihen	568
6. Kredite der Handelsbanken	584
7. Auslandsanleihen	588
8. Der Stand der Kriegsschulden bei Kriegsende	594
E. Die Enttäuschung des Krieges. Kulturelle Transformationen während der „Großen Zeit“ von <i>Wolfgang Maderthaner</i> (Wien), <i>Alfred Pfoser</i> (Wien)	597–649
1. Heldenleben, oder: Ein Labor der Moderne	597
2. Machismus	607
3. Produktive Zerstörung?	622
4. „Die Enttäuschung des Krieges (Freud 1915)	629
5. Aus dem Wörterbuch des Krieges	635
6. Apathie und Revolte	644

TEILBAND 1/2:
VOM VIELVÖLKERSTAAT ÖSTERREICH-UNGARN ZUM
NEUEN EUROPA DER NATIONALSTAATEN

IV. Die Völker Österreich-Ungarns im Weltkrieg

A. Die Deutschösterreicher zwischen Staatsräson und „Nibelungentreue“ von <i>Holger Afflerbach</i> (Leeds)	651–678
1. Deutsches Nationalbewusstsein und österreichisch-ungarische Reichstreue	652
2. Der „Deutschenrappel“ 1914	657
3. Heimliche Feinde?	659
4. Die „inneren Kriegsziele“ der Deutschen in Österreich	664
5. Österreich – eine germanische Ostmark?	667
6. Der „Verrat“. Die Sixtus-Affäre	669
7. Die Bajuvarisierung Österreichs	671
8. Die Deutschösterreicher im Zusammenbruch der Monarchie zwischen Kaiser- und Bündnistreue	672
B. Die Agonie des historischen Ungarn. Die einheitliche und unteilbare ungarische Nation im Weltkrieg von <i>Dániel Szabó</i> (Budapest)	679–710
1. Staatsnation und Kulturnation im politischen Bewusstsein vor dem Weltkrieg	679
2. Die Krise der ungarischen Staatsidee im Weltkrieg	684
3. Das Verhältnis zu den Nationalitäten im Angesicht des Krieges	693
4. Das Wahlrecht als Hindernis auf dem Weg zur nationalen Einheit	696
5. Der Wahlrechtskönig Karl IV.	698
6. Die Verschärfung der Beziehung zu Österreich in den letzten Kriegsjahren	704
C. Der Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die tschechische Politik von <i>Ivan Šedivý</i> (Praha)	711–734
1. Die Tschechen an der Schwelle zum Krieg	711
2. Aktivismus und Widerstand	716
3. Der Konflikt mit dem Militärregime	719
4. Vom sozialen Protest zur nationalen Revolution	727
5. Der Weg in die Unabhängigkeit	729
D. Die Flucht der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverband von <i>Dušan Kováč</i> (Bratislava)	735–765
1. Die Slowakische Gesellschaft vor dem Krieg	735
2. Die Haltung der Slowaken zu Kriegsbeginn	739
3. Die Slowakei als Kampfgebiet im Karpatenwinter November 1914–Mai 1915	744
4. Der Einfluss des Krieges auf das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der slowakischen Gesellschaft	747
5. Die Vernetzung der ausländischen und einheimischen Widerstandsbewegung	752
6. Vom Sozialprotest zur „Scheidung“ von Ungarn	757

E. Von der kulturellen zur politischen Einheit der Rumänen von <i>Răzvan Pârâianu</i> (București)	767–812
1. Der Krieg im Gedächtnis und Geschichtsbild der Rumänen	767
2. Der Krieg in der rumänischen Historiographie	771
3. Die nationale Frage	780
4. Der rumänische Soldat und das Trauma der Kriegserfahrung	787
5. Die rumänische Frau und der Krieg	797
6. Kultur und Literatur des Krieges	803
7. Das Erbe des Krieges	810
F. Der lange Abschied der Polen von Österreich von <i>Piotr Szlanta</i> (Warszawa)	813–851
1. Politische Orientierungen in der Vorkriegszeit und die Reaktionen auf den Kriegsausbruch	813
2. Die russische Besatzungspolitik und die Repressionen nach der Befreiung	822
3. Die Zwei-Kaiser-Deklaration vom 5. November 1916 über die Wiedergeburt eines unabhängigen polnischen Staates	831
4. Die Reaktion der Polen auf den Frieden von Brest-Litowsk	838
5. Der Zerfall der österreichischen Herrschaft in Galizien	844
G. Die Ukrainer von enttäuschter Staatstreue zum Kampf um Selbständigkeit von <i>Harald Binder</i> (Wien-Lviv)	853–885
1. Der Große Krieg und die „ukrainische Revolution“	853
2. Die politische Emigration in Wien	858
3. Ukrainer als Flüchtlinge, Internierte und Kriegsgefangene	863
4. Ukrainer in der bewaffneten Macht	869
5. Memorandenpolitik und parlamentarische Opposition	872
6. Brest-Litowsk und die Folgen	880
H. Der Habsburg-Patriotismus der Juden von <i>Marsha Rozenblit</i> (Maryland)	887–917
1. Die Loyalität der Juden während des Krieges	887
2. Juden in der Armee	892
3. Karitative Tätigkeiten	897
4. Die jüdischen Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	900
5. Die Trauer um das Ende der Habsburgermonarchie	909
I. Die Italiener des Österreichischen Küstenlandes, Dalmatiens und des Trentino von <i>Elena Tonezzer</i> (Trento) und <i>Stefan Wedrac</i> (Wien)	919–964
1. Die gesellschaftliche Stellung der Italiener	919
2. Das multinationale Küstenland und der Weltkrieg	921
3. Die politische und nationale Situation im Trentino	930
4. Fuorusciti, Flüchtlinge, Evakuierte und Internierte im Trentino	934
5. Fuorusciti und Reichsitaliener im Küstenland	941
6. Der Kampf gegen die „Irredenta“	948
7. Italiener des Küstenlandes in den österreichisch-ungarischen Streitkräften	956
8. Die Italiener Dalmatiens 1914–1918	958
9. Das Kriegsende	961

J. Die Südslawische Frage als Problem der österreich-ungarischen und internationalen Politik von <i>Marco Trogrlić</i> (Split)	965–1015
1. Politik und Ideologie in den südslawischen Provinzen 1903–1914	965
2. Im Angesicht des Großen Krieges	971
3. Die zivile und militärische Krise im Hinterland	982
4. Der Kampf an der Inneren Front	991
5. Die Besatzungspolitik in den Militärgeneralgouvernements Serbien und Montenegro	997
6. Die südslawische Frage in der internationalen Politik	999
7. Die Südslawen und das Ende der Habsburgermonarchie	1009
V. Gezeitenwechsel	
A. Diplomatie zwischen Bündnissicherung und Friedenshoffnung. Die Außenpolitik Österreich-Ungarns 1914–1918. von <i>Lothar Höbelt</i> (Wien)	1017–1094
1. Die „unsicheren Kantonisten“ Rumänien und Italien	1018
2. Die Trumpfkarte Bulgariens	1025
3. Polen und „Mitteleuropa“: „Was wir mit unseren Siegen anfangen sollen?“	1029
4. Die fatale Entscheidung: der uneingeschränkte U-Bootkrieg	1042
5. Solidarhaftung und Friedenshoffnungen	1050
6. Der Sieg im Osten	1064
7. Die Sixtus-Affäre und der „Canossagang“ nach Spa	1082
B. Das Königreich Ungarn im Ersten Weltkrieg von <i>Imre Ress</i> (Budapest)	1095–1163
1. Der Weg in den Krieg	1095
2. Ungarns Nationalinteresse und das Verhältnis zur k.u.k. Monarchie	1107
3. Ungarns Verteidigung der Großmachtstellung der Doppelmonarchie	1123
4. Der Kampf um die Erhaltung des staatsrechtlichen und sozialen Status quo	1139
5. Stagnation in der Nationalitätenpolitik	1145
6. Der ungarische Nationalstaat auf unsicherem Weg	1155
C. Die Todeskrise Cisleithaniens 1911–1918. Vom Primat der Innenpolitik zum Primat der Kriegsentscheidung von <i>Helmut Rumpler</i> (Viktring)	1165–1256
1. „Salus rei publicae suprema lex“	1166
2. Chancen und Grenzen einer Staats- und Reichsreform	1171
3. Endstation „Mitteleuropa“	1188
4. Die Handelschen Verfassungsreformpläne	1195
5. Kaiser Karls Suche nach dem „Neuen Kurs“	1197
6. Vom Autonomieprogramm zum Föderalismus	1211
7. „Austria delenda“	1222
8. „Die Weltgeschichte ist das Kreisgericht“	1228
9. Die Verwaltung des Reichszerfalls	1236

D. Die imperialistische Friedensordnung Mitteleuropas in den Verträgen von Saint-Germain und Trianon. von <i>Arnold Suppan</i> (Wien)	1257–1341
1. Zusammenbruch, Zerfall und Auflösung der Habsburgermonarchie	1258
2. Die Pariser Friedenskonferenz und Ostmitteleuropa	1262
3. Der Kampf um die Grenzen der „Nachfolgestaaten“	1267
4. Der Friede mit Österreich	1284
5. Der Friede mit Ungarn	1305
6. Die Verträge von Saint-Germain und Trianon	1325
Verzeichnis der Abkürzungen	1343
Verzeichnis der Tabellen	1347
Verzeichnis der verwendeten gedruckten Quellen und Literatur	1349
Personenregister	1453
Ortsregister	1475
Sachregister	1489
Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	1517

Vorwort des Herausgebers

Der vorliegende Band über das letzte Kapitel der Geschichte der Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg ist der letzte der Reihe „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“. Die Veröffentlichung ist ein Gemeinschaftsprojekt der ehemaligen Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unter dessen letztem Obmann em. Univ.-Prof. Mag. Dr. Helmut Rumpler und des Militärgeschichtlichen Beirates der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport unter dessen Vorsitzendem Univ.-Prof. Dr. Harald Heppner und unter organisatorischer Betreuung von Univ.-Doz. Dr. Erwin Schmidl. Die Entwicklung des Bandkonzeptes und die Auswahl der Mitarbeiter erfolgten in Zusammenarbeit mit Delegierten der beiden herausgebenden Institutionen. Die zu unterschiedlichen Terminen eingelangten Einzelbeiträge wurden im Juni 2015 vidiert und abgeschlossen. Das redigierte Bandmanuskript wurde den Mitherausgebern am 16. August 2015 übermittelt. Deren zustimmende Stellungnahme erfolgte am 25. November 2015; Harald Heppner hat sich dankenswerterweise an der Endkorrektur beteiligt.

Im Laufe der Bearbeitung der seit dem ersten Band über die „Wirtschaftliche Entwicklung“ nach Sachbereichen gegliederten Gesamtanalyse der Geschichte der Habsburgermonarchie 1848–1918 stellte sich heraus, dass der Kriegsausbruch 1914 für Mitteleuropa ein derart tiefgreifender Einschnitt war, dass die Einzelbände – mit wenigen Ausnahmen – nur die Entwicklungen bis 1914 zur Darstellung brachten. Die deutlich als große Zäsur erkennbare politische, gesellschaftliche und kulturelle Wende von der Epoche des Liberalismus zum Zeitalter der Totalitarismen sollte daher in einem eigenen Band bearbeitet werden. Methodisch grundsätzlich an der traditionellen Trias Politik-Gesellschaft-Kultur orientiert, wurde den in der neueren Literatur forcierten Fragen des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels und des zivilen und militärischen Alltags Rechnung getragen¹. Die politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Rückwirkungen des Kriegsgeschehens auf die „Heimatfront“ werden in fast allen Beiträgen behandelt. Aus redaktionellen Gründen sind die Bereiche Weltkriegsstatistik und Weltkriegshistoriographie, die in den vorbereitenden workshops von den Autorinnen und Autoren reklamiert wurden, in zwei Sonderbände XI/2 und XI/3 ausgelagert worden.

Obwohl es sich um den Höhepunkt der inneren Krisenentwicklung und um das staatliche Ende der Monarchie im europäischen Hegemonialkampf mit einer weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Vorgeschichte handelt, ist der Band kein Abschluss-

¹ Orientiert an dem von DAVID STEVENSON, 1914–1918. Der Erste Weltkrieg (Düsseldorf 2006) vorgezeichneten Konzept.

band der Reihe im Sinne einer Synthese zum Thema Höhen und Tiefen, Chancen und Versagen der Habsburgermonarchie 1848–1918. Einer solchen steht die im Grundkonzept angelegte und in der Durchführung noch verstärkte Heterogenität der Einzelbeiträge entgegen. Das ursprüngliche und grundsätzliche Ziel einer interpretativen Gesamtbewertung wurde sehr früh in der Planung zugunsten der „Erforschung der repräsentativen Bereiche der Geschichte der Habsburgermonarchie der Franzisko-Josephinischen Epoche (1848–1918) und deren wissenschaftliche Darstellung in einem auf internationaler Zusammenarbeit beruhenden Handbuch“ zwar nicht aufgegeben, aber in der organisatorischen Durchführung geändert. Das Ergebnis dieser „arbeitsteiligen Ergebniskumulation“ (Peter Haslinger) liegt in den Einzelbänden zu den Themen Wirtschaft (Bd. I), Verwaltung und Rechtswesen (II.), Die Völker des Reiches (III), die Konfessionen (IV), Die bewaffnete Macht (V), Internationale Beziehungen (VI), Verfassung und Parlamentarismus (VII), Politische Öffentlichkeit (VIII), Soziale Strukturen (IX), Kultur und Gesellschaft (X), Erster Weltkrieg (XI) vor. Diese Lösung bot sich an, weil zur Zeit der Gründung der Kommission unter den Bedingungen des Kalten Krieges ein politischer Konsens und die Entwicklung eines national übergreifenden Narrativs ausgeschlossen schien. Vom Beginn an waren die Historiker der Nachfolgestaaten in die Planung eingebunden, und die Bearbeitung des Bandes über die „Völker des Reiches“ (1980) demonstrierte einerseits die teilweise Übereinstimmung, andererseits die in Einzelfällen weit auseinandergehenden Bewertungen der nationalen Problematik des Vielvölkerstaates.

Die Gründung der „Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie“ an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1959 war keine Selbstverständlichkeit. In Wien gab es schon mehrere traditionelle (Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Arbeitsgemeinschaft Ost, Kommission für Geschichte Österreichs bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) und neuere (Akademie-Institut Österreichische Geschichte, Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut, Institut für den Donaauraum) Institutionen, die sich mit politischer Unterstützung des österreichischen Unterrichtsministeriums unter Ernst Kolb und Heinrich Drimmel der Rückbesinnung auf die gemeinsame Geschichte Mitteleuropas im Rahmen der bislang in Österreich politisch schlecht beleumundeten Habsburgermonarchie² widmeten. Dazu kam nun auf Anregung der Rockefeller-Foundation mit der Gründung eines „United States Committee to promote studies of the Habsburg Monarchy“ 1957 und der „Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie“ bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1959 ein Vorschlag, der Wien eine führende Rolle bei der Neuerforschung und Neubewertung der Habsburgermonarchie zuwies.

Sowohl für die US-amerikanische Initiative als auch für die Wiener Aktivitäten war das neue Interesse für die Habsburgermonarchie eine eminent politische Angelegenheit. Die Rockefeller-Foundation und die amerikanischen Proponenten Hans Kohn, John

² Vgl. CLEMENS AIGNER, GERHARD FRITZ, CONSTANTIN M. STAUS-RAUSCH (Hgg.), *Das Habsburg-Trauma. Das schwierige Verhältnis der Republik Österreich zu ihrer Geschichte* (Wien – Köln – Weimar 2013).

Rath und Charles und Barbara Jelavich wollten Entstehung, und Zerfall, Leistung und Versagen der Habsburgermonarchie im Hinblick auf ihren Modellcharakter beim Aufbau der Föderation europäischer Staaten untersuchen. Für Österreich war die Erinnerung an die Habsburgermonarchie der Versuch, im Vor- und Umfeld der Staatsvertragsverhandlungen den Eisernen Vorhang durch ein wissenschaftliches Kooperationsprojekt zu durchbrechen. Wenn das gelingen sollte, musste man die politischen Implikationen möglichst reduzieren. Daher war die Gründung eines unabhängigen wissenschaftlichen Forschungszentrums in Wien eine Lösung, die vom Internationalen Historikerverband in Stockholm (1960) und Wien (1965) und auf den großen Kongressen in Wien (1964), Bloomington (1966), Bratislava (1967) und Wien (1968) eine uneingeschränkte Zustimmung fand³. Schon in der ersten Stellungnahme von Heinrich Benedikt und Hugo Hantsch zum amerikanischen Vorschlag von 1952 hinsichtlich der „Errichtung eines künftigen europäischen Staatenverbandes“ waren die beiden Wiener Exponenten um eine Entpolitisierung der Frage bemüht: „Zweifellos bietet die österreichisch-ungarische Monarchie, in welcher die Idee des vielnationalen und übernationalen Staates verwirklicht war, das weitaus ergiebigste und zugleich ein allseitiges Material zur Untersuchung des Wesens und der Formen des zusammengesetzten Staates“. Das von Christoph Allmayer-Beck, Fritz Fellner und Gerald Stourzh 1958 ausgearbeitete Arbeitsprogramm konkretisierte die Fragestellung auf „Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates“. Das Konzept, das Hantsch der Philosophisch-Historischen Klasse der Akademie der Wissenschaften 1960 vorlegte, reduzierte das Projekt auf eine „Gesamtdarstellung der Geschichte und Kultur der österreichisch-ungarischen Monarchie“⁴. Hantsch und die von ihm berufene Kommission⁵ haben ihre Planungsentscheidungen nicht ohne Rückversicherung bei den an der Materie interessierten internationalen Fachkollegen getroffen. Nach der mit seinem Assistenten Fitz Fellner absolvierten Amerikareise mit dem Besuch von 10 Universitäten 1957 versicherte sich Hantsch auch der Expertise eines ihm nahestehenden Kreises von Kollegen in England (Carlile Aylmer Macartney), Frankreich (Jaques Droz), Deutschland (Theodor Schieder, Günther Stöckl) und Italien (Franco Valsecchi). Hantsch hat das Erscheinen des 1. Bandes des von ihm begründeten und geplanten Werkes 1973 nicht mehr erlebt, er war ein Jahr vorher verstorben⁶.

³ Die konzeptionellen Schwierigkeiten und politischen Rahmenbedingungen hat Adam Wandruszka als Vorwort zum ersten Band dargestellt: ADAM WANDRUSZKA, Planung und Verwirklichung; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung, hg. ALOIS BRUSATTI (Wien 1973) XI–XX.

⁴ Vortrag in der Sitzung der philosophisch-historischen Klasse vom 11. Mai 1960; in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historischen Klasse 13 (1960) 65–74.

⁵ Das waren Johann Christoph Allmayer-Beck, Heinrich Benedikt, Friedrich Engel-Janosi, Fritz Fellner, Richard Georg Plaschka, Gerald Stourzh, Erich Zöllner.

⁶ Über Werk und Wirken von Hugo Hantsch vgl. FRITZ FELLNER, Österreichs historische Mission und die Reichsidee. Werk und Wirken des Historikers Hugo Hantsch in der Diskussion um ein österreichisches Geschichtsbewußtsein; in: ULFRIED BURZ, MIHAEL DERNDARSKY, WERNER DROBESCH (Hgg.), Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag (Klagenfurt 2000) 83–96; JOHANNES HOLESCHOFKY, Hugo Hantsch. Eine biografische Studie, phil. Diss. (Wien 2012).

Der vorliegende letzte Band der Reihe ist den Begründern des international als „Jahrhundertwerk“ anerkannten Gemeinschaftsunternehmens⁷, Hugo Hantsch und Fritz Fellner, gewidmet. Dass sich zwei Persönlichkeiten mit so unterschiedlicher Mentalität und Weltsicht gemeinsam für ein Großprojekt über die Geschichte der Habsburgermonarchie begeistert haben, ist für Kenner der Materie und der Personen einigermaßen erstaunlich. Aber beide vereinte der „Wunsch, Österreich verstanden zu sehen“, wie das Hantsch 1933 in Graz bei der Vorlage seiner ersten Arbeit über die „Entwicklung Österreichs zur Großmacht“ und 1937 des ersten Bandes seiner „Geschichte Österreichs“, die von den Nationalsozialisten in die Liste der verbotenen Bücher aufgenommen wurde, als Zentralstück seiner wissenschaftlichen Tätigkeit deklarierte. Dass der Konservative Hantsch mit dieser Wortwahl, die er 1947 bei seinem Amtsantritt als Professor in Wien wiederholte, keine einseitig positive Bewertung, sondern eben nur ein wieder zu rettendes Verständnis für die eigene und eigenständige Geschichte reklamierte, hat den Liberalen Fellner, der damals an der Edition des Redlich-Tagebuches arbeitete, wohl beeindruckt. Das von Hantsch und Fellner hinterlassene Vermächtnis einer „gerechten Beurteilung des Habsburgischen Vielvölkerreiches“ wurde von den Obmännern der Kommission Adam Wandruszka (1972–1997) und seinem Sekretär und Mitherausgeber Peter Urbanitsch, Gerald Stourzh (1993–1996) und Helmut Rumpler (1996–2012) gewahrt. Anfang 2013 wurde die Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie zusammen mit der Historischen Kommission und dem Österreichischen Bibliographischen Lexikon dem Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung eingegliedert, in dessen Auftrag Helmut Rumpler das elfbändige Werk zum Abschluss bringt.

Viktring, September 2015

Helmut Rumpler

⁷ Vgl. Gesamtrezension der Reihe (ohne die Bände X: Kultur und XI: Erster Weltkrieg) von MATHIAS STICKLER, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 – Ein Jahrhundertwerk auf der Zielgeraden; in: *Historische Zeitschrift* 295 (2012) 690–719; vgl. auch GERALD STOURZH, The Multinational Empire Revisited. Reflections on Late Imperial Austria; in: *Austrian History Yearbook* 23 (1992) 1–22; ANDRÁS GERŐ (Hg.), *The Austro-Hungarian Monarchy Revisited* (= East European Monographs 751, New Jersey 2009); DERS. (Hg.), *A Monarchia kora – ma* [Das Zeitalter der Monarchie – heute] (Budapest 2007).

Einleitung

Die Krise der Moderne in Mitteleuropa

von

Helmut Rumpler

1. Österreich-Ungarn in der Weltkriegsforschung

Angesichts des Überangebotes an Enzyklopädien, „großen Erzählungen“, Veranstaltungen jeder Art und Orgien an Erinnerungspublizistik zur „Urkatastrophe“ des zwanzigsten Jahrhunderts stellt sich die Frage, womit zu rechtfertigen ist, dass noch ein Werk speziell über die Habsburgermonarchie und den Ersten Weltkrieg erscheint. Sie muss allerdings nicht gestellt werden, weil in der Fülle des aktuellen Angebots die Habsburgermonarchie nur als eher kleine Fußnote vorkommt – obwohl in Wien der Funke gezündet wurde, und obwohl mit dem Blick auf die europäische Gegenwart nach der Osterweiterung der Europäischen Union die Habsburgermonarchie wieder einmal ein aktuelles Erinnerungsobjekt ist. De facto war die Bedeutung des fragilen mitteleuropäischen „Reiches“ im Rahmen des europäischen Mächtekonfliktes, der im Weltkrieg zum Austrag kam, nur mehr gering. Die hinter dem serbisch-österreichischen und italienisch-österreichischen Regionalkonflikt stehende größere Balkanfrage war nur der Anlass für den „großen Krieg“¹. Auch war der Ausbruch des Krieges keine „unerwartete Explosion“, sondern das vorhersehbare Ende älterer Entwicklungen, „viele Veränderungen seit etwa 1880 haben auf den Juli und August 1914 hingeführt“². Das galt auch und in besonderer Weise für Wien, was zum Teil den Fatalismus der Katastrophenentscheidung des 7. Juli 1914 erklärt. Es ist daher durchaus angemessen, dass in den neuen „Meistererzählungen“ Österreich-Ungarn nur als Mosaikstein in einem globalen Konfliktzenarium vorkommt. Auch in der dichten internationalen Habsburgforschung spielt der Erste Weltkrieg nur eine untergeordnete Rolle. Für

¹ Das wird in den neuesten Arbeiten von GORDON MARTEL, *The Month that Chanced the World: July 1914* (Oxford 2014), T.G. OTTE, *The World's Descent into War, Summer 1914* (Cambridge 2014), GEOFFRY WAWRO, *A Mad Catastrophe: The Outbreak of World War I and the Collapse of the Habsburg Empire* (Philadelphia 2014) betont. Auch das meistdiskutierte Meisterwerk von CHRISTOPHER CLARK, *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914* (New York 2013) behandelt den Ausbruch des Krieges im Kontext der internationalen Konfliktfelder.

² ERNST SCHULIN, *Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts*; in: WOLFGANG MICHALKA (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung Wahrnehmung Analyse* (= Serie Piper, München – Zürich 1994) 3.

die Historiographie der Nachfolgestaaten ist er nicht mehr Teil der Geschichte der „Konfliktgesellschaft“³ der Jahrhunderte alten Staatengemeinschaft, sondern das erste Kapitel ihrer Nationalstaatsgründungen.

Aufs Ganze gesehen gehört der Erste Weltkrieg, – von der „Kriegsschuldfrage“ über „Deutschlands Griff nach der Weltmacht“ und „Wilson versus Lenin“ bis zur Definition als „Urkatastrophe“ Europas – zu den am besten erforschten und dokumentierten Kapiteln der neueren Geschichte. Das gilt, wenn man die zahlreicheren Arbeiten zur Vorgeschichte ausklammert, nur eingeschränkt für die österreichische Weltkriegsforschung⁴, trotz einer eindrucksvollen Gesamtdarstellung⁵, Einzelstudien zum Kriegsabsolutismus, zur „Inneren Front“, zur öffentlichen Meinung, zur Person und Politik Kaiser Karls, erstaunlicherweise wenig zum spannungsreichen Verhältnis zwischen Wien und Berlin, zur Friedenspolitik und einer Reihe von Dissertationen über die Weltkriegsregierungen. Das alles ist nicht wenig, aber auf keinen Fall die Verarbeitung einer Katastrophe oder Epochenwende der österreichischen Geschichte.

Eine Erklärung dafür liegt darin, dass für die Geschichtsforschung der Republik als Nachfolgestaat, der keiner sein wollte, nach 1918 mit Ausnahme der Militärgeschichte⁶ die Geschichte der Habsburgermonarchie und damit der Erste Weltkrieg kein kulturpolitisches Anliegen waren⁷. Der Weltkrieg ist „im allgemeinen historischen Bewusstsein bedeutungslos geworden“⁸. Andere Fragen, wie die fehlende demokratische Tradition, der Bürgerkrieg der Zwischenkriegszeit, die Anschlussfrage, Austrofaschismus und Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust, Staatsvertrag und Neutralität im Kalten Krieg, Sozialpartnerschaft etc. haben Priorität. Mit der Reduktion der österreichischen Geschichte auf eine Geschichte der Republik hängt auch zusammen, dass in deutlichem Abstand zur internationalen Forschung und zu den Weltkriegskontroversen früherer Jahrzehnte neue Primärquellen zur Geschichte des Weltkrieges als Grundlage für eine fundierte Diskussion nur in geringem Ausmaß ediert wurden.

³ Den Begriff kreierte JAN KRĚN, *Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918* (München 2000).

⁴ Vgl. RUDOLF JEŘÁBEK, *Die österreichische Weltkriegsforschung*; in: MICHÁLKA (Hg.), *Der Erste Weltkrieg 1914–1918*; mit Ausnahme Österreichs ist im Kapitel zur internationalen Forschung die Historiographie der Nachfolgestaaten ausgeklammert; SAMUEL R. WILLIAMSON JR., ERNEST R. MAY, *An Identity of Opinion: Historians and July 1914*; in: *The Journal of Modern History* 79/2 (2007) 335–387, bes. 353–359.

⁵ MANFRIED RAUCHENSTEINER, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg* (Graz – Wien – Köln 1993; als überarbeitete Fassung DERS., *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien – Köln – Weimar 2013).

⁶ Vgl. DERS., *Die Militärgeschichtsschreibung in Österreich nach 1945*; in: JOHANN CHRISTOPH ALLMAYER-BECK, *Militärgeschichte in Deutschland und Österreich vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart* (= *Vorträge zur Militärgeschichte* 6, Herford 1985) 134–161. PETER BROCEK, KURT PEBALL, *Geschichte der österreichischen Militärgeschichtsforschung* (Köln – Weimar – Wien 2000).

⁷ Vgl. CLEMENS AIGNER, GERHARD FRITZ, CONSTANTIN M. STAUS-RAUSCH (Hgg.), *Das Habsburg-Trauma. Das schwierige Verhältnis der Republik Österreich zu ihrer Geschichte* (Wien – Köln – Weimar 2014); FRIEDRICH HEER, *Der Kampf um die österreichische Identität* (Wien – Graz – Köln 1981, Neuaufgabe Wien – Köln – Weimar 2014). Ambivalent auch HERWIG WOLFRAM, WALTER POHL (Hgg.), *Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung* (= *Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs* 18, Wien 1991).

⁸ MICHAEL PAMMER, *Rez. John Keegan, Der Erste Weltkrieg 2001*; in: *Historicum* Herbst 2001, 43.

Für die Beurteilung Österreich-Ungarns dominiert die Erinnerungs- und Rechtfertigungsliteratur mit allen damit verbundenen quellenkritischen Problemen. Ein beträchtlicher Teil des Urteils beruht auf dem, was Alexander Spitzmüller, Joseph Maria Baernreither, Robert Ehrhart, István Baron Burián, Ottokar Graf Czernin, Alexander Frh. von Musulin, Franz Frh. Conrad von Hötzendorf, Arthur Graf Polzer-Hoditz, Rudolf Sieghart usw. „berichteten“, woran sie sich „erinnerten“, was ihnen ihre Gesprächspartner „erzählten“, was sie gehört hatten bei einem Essen mit einem Ministerialbeamten oder Adjutanten. Auch die neuerdings zum Gegenstand der Forschung erhobenen Alltagserinnerungen dokumentieren Befindlichkeiten, können allerdings zur Klärung der Frage, wie es zum Wahnsinn der europäischen Selbsterstörung kommen konnte, nichts beitragen. Dabei ist die Grenze zwischen Anklage, Rechtfertigung, Manipulation und wissenschaftlicher Aufarbeitung zumindest für die unmittelbare Nachkriegszeit fließend. Auch die meinungsbildenden, als erste Studien mit wissenschaftlichem Anspruch geltenden Darstellungen von Josef Redlich⁹, Oszkár Jászi¹⁰, Gustáv Gratz und Richard Schüller¹¹ sind „Memorialliteratur auf hohem analytischem Niveau“¹². Am nachhaltigsten für die Meinungsbildung wirkten zunächst die aus der Propagandapublizistik der Kriegszeit hervorgegangenen Darstellungen von Edvard Beneš¹³ und Tomáš Garrigue Masaryk¹⁴, dann aber auch die wissenschaftlich anspruchsvolleren Werke von Luigi Albertini¹⁵ und Victor S. Mamatey¹⁶, aber auch sie

⁹ JOSEF REDLICH, Österreichs Regierung und Verwaltung im Weltkriege (= Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung Volkswirtschaft und Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie, Wien – New Haven 1925).

¹⁰ OSZKÁR JÁSZI, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Chicago, Ill. 1966).

¹¹ GUSTÁV GRATZ, RICHARD SCHÜLLER, *Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. Die mitteleuropäischen Pläne* (= Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung Volkswirtschaft und Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie, Wien – New Haven 1925).

¹² TAMARA SCHEER, *Die Ringstraßenfront. Österreich-Ungarn, das Kriegsüberwachungsamt und der Ausnahmezustand während des Ersten Weltkrieges* (= Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums 15, Wien 2010) 8.

¹³ EDVARD BENEŠ, *Světová válka a naše revoluce. Vzpomínky a úvahy z'bojů za svobodu národa* [Der Weltkrieg und unsere Revolution. Erinnerungen und Erwägungen aus den Kämpfen für die Freiheit der Nation] 3 Bde. (Praha 2 1935).

¹⁴ TOMÁŠ GARRIGUE MASARYK, *Světová revoluce* (Praha 1925, deutsch *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen*, Berlin 1925).

¹⁵ Luigi Albertini war einer der führenden Publizisten des *Intervento* aus dem Kreis von Gaetano Salvemini, sein dreibändiges Werk *Le origini della guerra 1914* erschien in Milano 1942–1943, erlangte seine meinungsbildende Wirkung mit der prononcierten These von der deutschen Alleinschuld erst mit der englischen Ausgabe *The Origins of the World War of 1914*, 3 Bde. (London – New York – Toronto 1952); Viktor S. Mamatey stammt aus der Schule von Carlton J.H. Hayes, Robert J. Kerner, James T. Shorwell, Walter Lippman und Archibald Cary Coolidge, die im Medienimperium von Theodor Rossevelt für den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg agitierten und im Rahmen der *Inquiry* die Wilsonsche Europa-Politik vorbereitet hatten, vgl. PAULA S. FICHTNER, *Americans and the Desintegration of the Habsburg Monarchy: The Shaping of an Historiographical Model*; in: ROBERT A. KANN, BÉLA KIRÁLY, PAULA S. FICHTNER, *The Habsburg Empire in the World War I. Essays on the Intellectual, Military, Political and Economic Aspects of the Habsburg War Efforts* (= *East European Monographs* 23, Boulder 1977) 221–234.

¹⁶ VICTOR S. MAMATEY, *The United States and East Central Europe 1914–1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda* (Princeton, New Jersey 1957).

sind mehr oder weniger aus der tagespolitischen Diskussion im Weltkrieg hervorgegangene Rechtfertigungsschriften.

Dabei sind die Akten zur Bündnis- und Außenpolitik, wie sie in der Sekundärliteratur partiell zitiert werden, reichhaltig und vollständig erhalten, sodass sich eine Dokumentation wie jene von André Scherer-Jaques Grunewald für die österreichisch-ungarische Sicht der Bündnis- und Friedenspolitik anböte¹⁷. Nur für den persönlichen Anteil Kaiser Karls sind die Dokumente ediert¹⁸. Mit der bedeutenden Ausnahme der Protokolle des gemeinsamen Ministerrates¹⁹ und des ungarischen Ministerrates²⁰ entbehrt daher jede Diskussion über Motive und Argumente der österreichisch-ungarischen Regierungspolitik weitgehend einer breiteren quellengestützten Grundlage. Was man über die Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg weiß, ist bruchstückhaft, stammt überwiegend aus zweiter Hand und dem Blick von außen. Was die politischen Entscheidungsträger Österreich-Ungarns intendierten, womit sie ihre im Endergebnis erfolglosen oder katastrophalen Taten oder Unterlassungen rechtfertigten, bleibt zum Teil unklar, nicht zuletzt deshalb, weil die Geschichte des besiegten Habsburgerreiches zunächst und publikumswirksam von den Siegern geschrieben wurde.

2. „Wir haben den Krieg angefangen“

Alles hätte anders kommen können, wenn Österreich-Ungarn auf den Krieg verzichtet hätte, so wird oft argumentiert. Das ist aber eine Spekulation, gegen die eine seit 1900 festgefahrene innenpolitische Konfliktlage und die europapolitische Krisenverschärfung im Gefolge der Balkankriege 1912/1913 sprechen. Auch ob die scheinbar überstürzte Flucht in den Krieg eine unverantwortliche Kurzschlusshandlung oder die schicksalsschwere Entscheidung für die Verteidigung einer Staats- und Gesellschaftsidee war, die im Zeitalter der Massendemokratie und des integralen Nationalismus keine Zukunft zu haben schien, ist schwer zu entscheiden, auch wenn man die hun-

¹⁷ ANDRÉ SCHERER, JAQUES GRUNEWALD (Hgg.), *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la Première Guerre Mondiale. Documents extraits des archives de l'Office Allemand des Affaires Étrangères I–IV* (= Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaines de Paris, Série Textes et documents 3, Travaux de l'Institut d'Histoire des Relations Internationales, Paris 1962–1978).

¹⁸ ELISABETH KOVÁCS (Hg.) unter Mitwirkung von PÁL ARATO, FRANZ PICHHORNER und LOTTE WAWELKA, *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2: Politische Dokumente aus internationalen Archiven* [weiterhin KOVÁCS (Hg.), *Politische Dokumente*] (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100/2, Wien 2004).

¹⁹ MIKLÓS KOMJÁTHY (Hg.), *Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918)* (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II, Quellenpublikationen 10, Budapest 1966).

²⁰ Die von EMMA IVÁNYI (Hg.), *Magyar minisztertanácsi jegyzőkönyvek az első világháború korából 1914–1918* [Ungarische Ministerratsprotokolle aus der Zeit des Ersten Weltkriegs 1914–1918] (= Magyar Országos Levéltár Kiadványai. II. Forráskiadványok 8, Budapest 1960) edierten ungarischen Ministerratsprotokolle werden in der Literatur kaum benützt; an eine Edition der im Bestand Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien, Kabinettskanzlei, liegenden deutschen offiziellen Übersetzung wurde noch nicht gedacht, obwohl der ungarisch-österreichische Gegensatz im Weltkrieg eine zentrale Rolle spielte, der allerdings bis zum Kriegsende mehr oder weniger still gelegt war.

dertmal gestellte Frage nach der Kriegsschuld und die einschlägigen Historikerdebatten noch einmal aufflorte²¹.

Wohl war es Österreich-Ungarn, das die „Büchse der Pandora“ geöffnet hat, deren gefährlicher Inhalt aber hatte viele Väter²². Wohl hat der Gemeinsame Ministerrat, der den Krieg „entfesselte“ (*Manfried Rauchensteiner: Gedächtnisort Erster Weltkrieg*)²³, bewusst und unnachgiebig sogar den Weltkrieg riskiert. Dass einer der an der Entscheidung Mitbeteiligten 1918 das Bekenntnis ablegte: „Wir haben den Krieg angefangen, nicht die Deutschen und noch weniger die Entente – das weiß ich“²⁴, beweist allerdings nicht viel für die Beantwortung der Frage nach dem Anteil Wiens an der Kriegsschuld, weil die zentrale Rolle Serbiens, die für die Wiener Entscheidung maßgebend war, ausgeklammert ist. Auch Otto Bauers offizieller Verweis auf die Kriegsschuld Österreich-Ungarns, dass „Österreich-Ungarn durch das Ultimatum an Serbien die unmittelbare Gefahr des Weltkrieges heraufbeschworen hat, dass die Fassung dieses Ultimatus so war, dass es die Kriegsabsicht erkennen ließ und dass zweitens Österreich-Ungarn in den späteren Phasen hauptsächlich dafür verantwortlich ist, dass Vermittlungsversuche, besonders die Sir Edward Greys vom 29. Juni [1914], um die Erhaltung des Friedens gescheitert sind“²⁵, entspricht nicht entfernt dem, was Bauer 1914 über die Schuld am Ausbruch des Krieges wirklich gedacht hat. Es handelte sich für Bauer 1919 um eine taktische Anweisung an die österreichische Delegation für die Erreichung eines raschen, für die Republik möglichst glimpflichen Abschlusses der Pariser Friedensverhandlungen. Dass Kaiser Franz Joseph den Krieg „wollte“, der Thronfolger und die politischen Entscheidungsträger ihn geplant oder ihn gezielt „herbeigeführt“ haben²⁶, lässt sich behaupten, aber nicht beweisen. Sicher ist, dass die Armee weder für einen Krieg gerüstet-, noch organisatorisch ausreichend vorbereitet war. Und die internationalen Rahmenbedingungen haben für eine diplomatische Lösung des österreichisch-ungarischen – serbischen Konfliktes keinen Spielraum mehr gelassen. Was 1913 noch den Krieg verhindert hatte²⁷, die europäische Krisendiplomatie, funktionierte im Juli 1914 nicht mehr.

²¹ ANNIKA MOMBBAUER, *Guilt or Responsibility? The Hundred-Year Debate on the Origins of World War I*; in: *Central European History* 48 (2015) 541–564.

²² Vgl. JÖRN LEONHARD, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges* (München 2014) 29–82.

²³ Die folgende Darstellung orientiert sich, bibliographisch und argumentativ teilweise ergänzt, an den vorliegenden Beiträgen, bei Zitaten aus den Beiträgen ist auf diese verwiesen.

²⁴ Leopold von Andrian, *Tagebuch* 4. Dezember 1918, LEOPOLD ANDRIAN-WERBURG, *Leopold von Andrian (1875–1951), Korrespondenzen, Notizen, Essays, Berichte*, hg. URSULA PRUTSCH, KLAUS ZEYRINGER (= *Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs* 97, Wien – Köln – Weimar 2003) 474.

²⁵ Instruktion Bauer an österreichische Friedensdelegation, Mai 1919, KLAUS KOCH, WALTER RAUSCHER, ARNOLD SUPPAN (Hgg.), *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938* [weiterhin KOCH, RAUSCHER, SUPPAN (Hgg.), *ADÖ*] 2: *Im Schatten von Saint Germain* (Wien – München 1994) 165 f.

²⁶ Die Formulierung im Kapitel „Die Herbeiführung des Serbienkrieges“ bei GÜNTHER KRONENBITTER, *„Krieg im Frieden“*. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (= *Studien zur Internationalen Geschichte* 13, München 2003) 455–486, reduziert die Ursachenfrage auf die Kriegserklärung.

²⁷ Vgl. RICHARD C. HALL, *The Balkan Wars 1912–1913. Prelude to the First World War* (= *Warfare in History*, London – New York London 2000).

Wie auch immer man die katastrophale Entscheidung erklären mag – in der älteren Diktion als „Hineinschlittern“, neuerdings als Unfähigkeit von „Schlafwandlern“, die die Gefahr in ihrem ganzen Umfang unterschätzten. Tatsache ist, dass alle Regierungen der Großmächte den Krieg für unvermeidlich und den Augenblick für günstig hielten. Keine der europäischen Regierungen hat der serbischen Regierung zugemutet, ihre radikalnationale und militaristische Partei im Lande in die Schranken zu weisen, oder den Freischärlern jenseits der Grenze zu befehlen, ihre Agitation und ihre Terrortätigkeit einzustellen, was allein dem österreichisch-ungarischen Entschluss das Argument der Verteidigung entzogen hätte (*Günther Kronenbitter, Die Akteure der Macht. Politische und militärische Kriegsvorbereitungen*). Niemand hat gegen das unvermeidlich auf den Krieg hinführende außenpolitische Aktionsprogramm Belgrads Einspruch erhoben, dessen Inhalt seit der Veröffentlichung im offiziellen Belgrader *Delo* der europäischen Öffentlichkeit bekannt war. In Wien kannte man das lange geheim gehaltene „Načertanije“ seit den 1890er Jahren. Unabhängig davon, wie Wien auf eine Herausforderung reagieren würde, konnte Serbien auf die vom russischen Botschafter Nikolai Henrichowitsch Hartwig wiederholt zugesagte Unterstützung Rußlands zählen. Das Gezeter in der Diplomatie und später in der Historiographie „because of the excessive demands made by Vienna“²⁸ war nur ein Scheingefecht.

In Wien, wo man zwar nur den „kleinen Krieg“ gegen Serbien gewollt hätte, den großen aber bewusst in Kauf nahm oder, wie man resigniert meinte, nehmen musste, ging es nicht um Rache für den Thronfolgermord, nicht um die Formulierung eines möglichst unannehmbaren Ultimatums – der strittige Artikel 6 über die Beteiligung an den Untersuchungen über die Hintergründe des Attentats wurde von Wien wiederholt als Beobachterstatus interpretiert, war daher kein Eingriff in die Souveränität Serbiens – nicht um den von Conrad von Hötzendorf und der viel zitierten „Kriegspartei“ gepredigten Präventivkrieg, sondern um Notwehr. So sah man das jedenfalls in Wien. Obwohl nach den ersten Untersuchungen klar war, dass „Mitwisserschaft serbischer Regierungsleitung an Attentat oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten“ war²⁹, sah man sich im Wiener Außenministerium berechtigt, den Entschluss zum Krieg zu riskieren. Denn die Behauptung, dass „kein Staat ein lebenswichtiges politisches Ziel“ hatte „oder gar dermaßen in seiner Existenz gefährdet“ war, „dass er zum Krieg als letztem Hilfsmittel hätte greifen müsse“³⁰, ist eine krasse Verkürzung der Problemlage. Dass sich in Wien schnell und unnachgiebig die Entscheidung für den Krieg durchsetzte, lag daran, dass alle maßgeblichen Instanzen schlussendlich zu der Auffassung gelangten, dass die Alter-

²⁸ Der italienische Außenminister San Giuliano an die italienischen Botschafter in Wien, Berlin, St. Petersburg und Belgrad, 16. Juli 1914, als Begründung dafür, dass ein Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vermutlich „inevitable“ sei, zit. ALBERTINI, *Origins* 2, 225.

²⁹ Telegramm des nach Sarajewo entsandten Sektionsrates Friedrich Ritter von Wiesner, Sarajevo, 13. Juli 1914, ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, bearb. LUDWIG BITTNER, HANS UEBERSBERGER [weiterhin ÖUA 1908–1914] VIII (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 26, Wien – Leipzig 1930) 436.

³⁰ SCHULIN, *Die Urkatastrophe* 5.

native ein Eingeständnis des Machtverzichts mit Beispielfolgen für andere nationalen Sezessionsbewegungen gewesen wäre, vor allem für die ruthenische in Galizien³¹. In diesem Sinn sah man den Staat in seiner Existenz bedroht. Man kannte den langfristigen Aktionsplan Serbiens und den darin formulierten Grundsatz, dass „eine Verständigung und Eintracht mit Österreich [...] für die Serben eine politische Unmöglichkeit“ sei³². Man kannte auch das von den revolutionären Organisationen des Slovenski Jug, der Narodna odbrana, Crna Ruka und Mlada Bosna vertretene erweiterte serbisch-kroatische Programm eines südslawischen Staates „od Varna [i] Škoder do Beljak“ [von Varna und Škoder bis Villach], und man glaubte, gute Gründe für die Überzeugung zu haben, dass die Regierung Pašić sich diesem Programm verpflichtet sah³³. Und niemand von den politischen Entscheidungsträgern hat das anders gesehen.

Vor allem niemand in Ungarn, das ja von diesem Programm am unmittelbarsten bedroht war, und dessen politische Elite daher „ungeteilt und eindeutig für die Teilnahme am Krieg eintrat“³⁴. Nur Ministerpräsident István Graf Tisza weigerte sich zunächst

³¹ Vgl. KLAUS BACHMANN, Kriegsgrund Galizien. Der ostgalizische Nationalitätenkonflikt und seine außenpolitischen Auswirkungen vor dem ersten Weltkrieg; in: Österreichische Osthefte 32 (1990)40–68.

³² So im Načertanije [Programmtext] von 1844, das im Wiener Außenministerium seit den 1890er Jahren bekannt und 1906 im Belgrader *Delo* erstmals veröffentlicht worden war; OTTO KRONSTEINER, Der geheime Programmtext Ilija Garašanins für eine serbische Politik; in: Die Slawischen Sprachen 31 (1993) 49.

³³ Die lückenlose, aber sich einer Bewertung enthaltende Dokumentation des Wiener Entscheidungsprozesses bei RODERICH GOOSS, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges (Wien 1919). CHRISTOPHER CLARK, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (München 2013), berücksichtigt die zentrale Rolle Serbiens als Speerspitze des Balkannationalismus. Dass die Beweislage schwierig ist, weil die russischen Akten mit dem Brand der russischen Botschaft und die serbischen auf der Flucht der Belgrader Archive verloren gegangen oder vernichtet worden sind, ist richtig, es existieren „keine Unterlagen“, EBD. 79. Allerdings waren die „Indizien“ für das „stillschweigende Einverständnis“ der Regierung Pašić, und „Beweise“ für die Vorbereitung und Organisation des Attentats in Belgrad für die österreichisch-ungarische Regierung ausreichend, zwar Serbien für das Attentat nicht direkt verantwortlich zu machen, sich aber durch die großserbische Expansionspolitik bedroht zu sehen. Die Frage der Mitschuld am Attentat war aber nur eine Formfrage, es ging um die Frage der expansionistischen Ziele des großserbischen Nationalismus, der im Zentrum der ohne Zweifel bedeutenden Mitschuld Serbiens an der von Belgrad wohl kalkulierten Auslösung eines Weltkrieges, als dessen Nebenprodukt das jugoslawischen Großserbien erreicht werden sollte; vgl. RODERICH GOOSS, Das österreichisch-serbische Problem bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, 28. Juli 1914. Gutachten des Sachverständigen Vortragenden Legationsrates Dr. Roderich Goosß (= Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1930, Erste Reihe: Die Vorgeschichte des Krieges 10, Berlin 1930) 1–302, bes. 171–195. Zur schwierigen Beweisführung HANS UEBERSBERGER, Österreich-Ungarn zwischen Russland und Serbien. Zur südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges (Köln – Graz 1958), und FRIEDRICH WÜRTHLE, Die Spur führt nach Belgrad. Die Hintergründe des Dramas von Sarajevo 1914 (Wien – München – Zürich 1975); EBD. auch die Geschichte der Akten des serbischen Außenministeriums, die sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg nach Wien gebracht wurden, jedes Mal aber wieder an den SHS-Staat bzw. Jugoslawien zurückgestellt wurden; vgl. auch LUDWIG BITTNER, ALOIS HAJEK, (Hgg.), Serbiens Außenpolitik 1908 – 1918. Diplomatische Akten des serbischen Ministeriums des Äußeren in deutscher Übersetzung 3 (26. Mai bis 6. August 1914) 1. Lieferung (Wien 1945).

³⁴ ANDRÁS GERŐ, Die politische Elite Ungarns und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Politische Haltungen und kulturelle Motivationen; in: MARIA MESNER, ROBERT KRIECHBAUMER, MICHAELA

energisch, die Kriegsentscheidung des Wiener Außenministeriums mitzutragen³⁵. Für diese seine Haltung brachte er viele gute Gründe vor, und er glaubte wohl ehrlich, mit der nationalen Opposition der Kroaten, Serben, Rumänen und Slowaken zu einem Ausgleich zu kommen. Vor allem befürchtete er, dass der Krieg mit einem Angriff Rumäniens beginnen würde. Seine Weigerung, dem Kriegsbeschluss im Gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli 1914 „in vollem Umfang zuzustimmen“, und die Erklärung, „die Verantwortung für die ausschließlich und aggressiv-kriegerische Lösung nicht mittragen“ zu können³⁶, beruhte aber auf der Sorge vor einer Gefährdung des „Dualismus“ durch Eingliederung Serbiens in die Monarchie und damit der Wegbereitung des von allen ungarischen Parteien abgelehnten „Trialismus“. „Nach peinlicher Erwägung aller einschlägigen Momente“ entschloss er sich, dem Kaiser in einem Memorandum vom 8. Juli 1914 einen „Mittelweg anzuraten, welcher einen friedlichen Erfolg nicht ausschließt“³⁷. Tisza ignorierte allerdings, dass es in seiner und der ungarischen Parteien Hand gelegen hätte, die Ursache für den Erfolg der großserbischen Bewegung bei den Südslawen durch einen Ausgleich mit den Kroaten zu beheben. Und er hatte diesbezüglich keinen Grund, sich in Wien unverstanden zu sehen, weil man dort klar und mit guten Gründen zu sehen glaubte, dass ein solcher Ausgleich nicht mehr zu haben war. Wohl hat Tisza selbst eingesehen, dass der Krieg letztendlich für Ungarn geführt wurde. Daher resignierte auch er zuletzt nolens volens, wie Berchtold und seine Mannschaft, zum Krieg. Mit seiner am Wortlaut des Ultimatums geübten Kritik mit dem Rat, „im vorletzten Alinea anstatt: ‚als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird‘ zu sagen: ‚genötigt wird, seine aggressive Tätigkeit aufzugeben‘ und im letzten Alinea die Worte: ‚dass an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist‘ wie auch das Wort ‚ungestraft‘ wegzulassen“, wollte er nur vorbeugen, dass Serbien von Österreich-Ungarn annektiert würde, was ja mit Ausnahme von Conrad niemand in Erwägung gezogen hat. Mit der Mäßigung in der Wortwahl wollte Tisza keineswegs die Unbedingtheit der Kriegsdrohung relativieren, sondern nur verhindern, dass der deutsche Kaiser etwa „kopfscheu“ gemacht würde³⁸. Wie Österreich-Ungarn als Alternative zum Krieg eine diplomatische Destruktion der großserbischen Balkanpolitik hätte zustande bringen können, und ob sich dazu Deutschland – wie Tisza annahm – unter Preisgabe seiner traditionellen Position in

MAIER, HELMUT WOHNOUT (Hgg.), *Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn* (Wien – Köln – Weimar 2014) 93.

³⁵ Denkschrift an den Kaiser, 1. Juli 1914, ÖUA 1908–1914 VIII, Nr.9978; vgl. allgemein JÓSEF GALÁNTAI, Stefan Tisza und der Erste Weltkrieg; in: ÖGL 10 (1964) 465–477; DERS., Die Kriegszielpolitik der Tisza-Regierung 1913–1917; in: *Novelle études historiques II* (Budapest 1965) 201–225; ISTVÁN DIÓSZEGI, István Tisza és az első világháború [István Tisza und der Erste Weltkrieg]; in: DERS., *A magyar külpolitikai útjai. Taulmányok* [Wege der ungarischen Außenpolitik. Gesammelte Schriften] (Budapest 1984) 75–87; GABOR VEMES, István Tisza. *The Liberal Vision and Conservative Statecraft of a Magyar Nationalist* (= East European Monographs 184, New York 1985).

³⁶ Tiszas Argumentation im Vortrag an den Kaiser vom 8. Juli 1914, ÖUA 1908–1914 VIII, Nr. 10146, 371–374.

³⁷ Ebd. 374.

³⁸ Tisza an Fogách, Budapest, 5. Juli 1914, ÖUA 1908–1914 VIII, 316.

der Balkanfrage direkt engagiert hätte, ohne eine europäische Gegenaktion fürchten zu müssen, dafür hatte Tisza keine Lösung³⁹.

Offiziell hat man in Wien die Rechtfertigung der direkten Bedrohung durch Serbien, weil eingestandenermaßen schwer beweisbar, offiziell nicht ausgesprochen. Intern und privat haben sich die Entscheidungsträger sehr wohl darauf, und nur darauf berufen (*Hew Strachan, Die europäischen Mächte und der Habsburgerstaat in der Juli-Krise 1914*). Außenminister Berchtold hat in der Audienz in Ischl die kritische Bemerkung Franz Josephs, dass die Artikel fünf und sechs des Ultimatums „sehr scharf“ waren, etwas unbeholfen erwidert: „Das war notwendig, weil Serbien seine Verpflichtungen nicht einhält und unentwegt auf unsere Zertrümmerung hinarbeitet“⁴⁰. Conrad hat das Attentat als „die Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn“ aufgefasst⁴¹, er war überzeugt, dass „Rumänien und Serbien [...] die Nägel zu ihrem Sarg sein würden“, und dass Russland sie unterstützen werde⁴². Ohne damit irgendetwas zu verschleiern, wurde im Sinne dieser forschen Argumentation in der Kriegserklärung vom 28. Juli 1914 das Recht zur Selbstverteidigung genannt, „um den von Belgrad ausgehenden und gegen die territoriale Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Umtrieben ein Ende zu setzen“⁴³. Die wirkliche „Urkatastrophe“ war allerdings nicht der österreich-ungarische – serbische Konflikt und nicht die Wiener Entscheidung zum Krieg, sondern der Zusammenbruch des europäischen Vertragssystems und der Triumph des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes nicht der zahlreichen nationalen Minderheiten, sondern der Stärkeren gegen die Schwachen.

Noch bevor der Krieg richtig begann, hatte ihn Österreich-Ungarn, nicht nur, aber auch wegen mangelnder Vorbereitung (*Martin Moll: Mentale Kriegsvorbereitung*) militärisch schon verloren. Vor dem, was der Geralstabschef Conrad und der Oberkommandant der Balkan-Armee Oskar Potiorek als „Vabanquespiel“ und „Tohuwabuhu“ planten, haben Stimmen aus der Armee selbst als einer „Katastrophe“ gewarnt⁴⁴. Das erste Scheitern in Serbien und in Galizien offenbarte nicht nur die Führungsschwäche des k.u.k. Armeeoberkommandos und des Generalstabes, sondern auch die materielle Unterlegenheit der österreichisch-ungarischen Armee, die organisatorisch, ausbildungsmäßig und militärtechnisch unvorbereitet war und nicht einmal über Reserven verfügte, um die Anfangsverluste schnell ersetzen können.

³⁹ Vgl. auch HORST HASELSTEINER, Ungarn und das Attentat von Sarajevo. Die Stellungnahme des ungarischen Reichsrates im Juli 1914; in: VASA ČUBRILOVIĆ, (Hg.), *Velike sile i Srbija pred Prvi svetski rat. Le Grand Puissances et la Serbie al la veille de la Première Guerre Mondiale* (Beograd 1976) 597–616.

⁴⁰ Tagebuch Berchtold 8. Juli 1914, zit. HUGO HANTSCH, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann 2 (Graz – Wien – Köln 1963) 603.

⁴¹ FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, 4 (Wien – Berlin – Leipzig – München 1923) 16f.

⁴² Conrad an Gina, 28. Juni 1914, zit. LAWRENCE SONDHAUS, *Franz Conrad von Hötzendorf. Architect of the Apocalypse* (Boston – Leiden – Köln 2000) 150.

⁴³ Nach der amtlichen deutschen Übersetzung ÖSTERREICHISCHES STAATSARCHIV Wien [ÖSTA], HAUS-, HOF- UND STAATSARCHIV [HHSTA], Politisches Archiv I 811, Interna LXX/2.

⁴⁴ THEODOR RITTER VON ZEYNEK, Ein Offizier im Generalstabskorps erinnert sich, hg. PETER BROUCEK (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 101, Wien – Köln – Weimar 2009) 161.

Schon die Erholung nach dem Kriegswinter 1914/1915 erfolgte nicht mehr aus eigener Kraft, sondern nur mehr mit reichsdeutscher Unterstützung. Alle Erfolge, von der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice mit der folgenden Eroberung Kongresspolens und der Rückeroberung von Przemyśl/Peremyśl (*Przemysl*) und Czernowitz/Cernăuți/Černovcy (Černivci), wurden von einer Armee errungen, die durch deutsche Kontingente verstärkt war. Die Folge war nicht nur die allgegenwärtige Mitentscheidung deutscher Führungsoffiziere in den Regimentsstäben, sondern auch die Übertragung der Obersten Heeresleitung der Mittelmächte an den Deutschen Kaiser. Entgegen den Anfangsplänen der deutschen Politik und Heeresleitung wurde der Krieg an der Ostfront gegen Russland, im Jahr 1916 von Riga bis zur Sulina-Mündung der Donau ins Schwarze Meer, ein deutscher Krieg, und er wurde als solcher von Freund und Feind wahrgenommen. Das hatte für Österreich-Ungarn außen- und innenpolitisch verhängliche Folgen, die man in Wien gerne vermieden hätte und gegen die man sich zaghaft zu wehren suchte, die man aber, weil militärisch unvermeidbar, akzeptieren musste. Denn obwohl man in den höheren Regierungskreisen die Deutschen nicht schätzte, als „ungeliebte Partner“ hat man sie akzeptiert, und von „Feindschaft“ konnte nur in begrenztem Maß die Rede sein⁴⁵.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reich wurde im deutschen Milieu selbstredend nicht in Frage gestellt. Das gilt auch für den „deutschen Fürsten“ in der Hofburg. Was Conrad als eine „gewisse Resignation“ des Monarchen deutete⁴⁶, war zwar nicht die Neigung Franz Josephs, „in Deutschland [sein] Heil“ zu suchen (*zit. Rudolf Jeřábek: Politisches Potential und Kriegsverlauf 1914–1918*). Das Kriegs Bündnis wurde auch im AOK als befreiend empfunden, und so wurden am 6. September 1916 die „Bestimmungen für den einheitlichen Oberbefehl der Zentralmächte und ihrer Verbündeten“ von deren Vertretern unterzeichnet. Franz Josephs Nachfolger Erzherzog Karl versuchte zwar, die auferlegten Fesseln abzustreifen und die „deutsche Dominanz abzuschütteln“⁴⁷. Er war am Ende aber gezwungen, nach den ergebnislosen Friedenssondierungen seines Außenministers Czernin und dem Scheitern seines persönlichen Friedensversuches in der Sixtus-Aktion den „Canossagang“ ins deutsche Hauptquartier nach Spa am 12. Mai 1918 anzutreten, wo er sich öffentlich zum unverbrüchlichen Bündnis mit dem Deutschen Reich bekennen musste. Damit waren alle Bemühungen und Hoffnungen, aus dem Krieg herauszukommen, zunichte gemacht.

Dass sich Österreich-Ungarns Streitkräfte angesichts ihrer Schwächen und unter Berücksichtigung der nationalen Heterogenität der Mannschaften bei der Abwehr der „Russischen Dampfwalze“ der Brussilov-Offensive ab 4. Juni 1916 bis zu den Abwehr-

⁴⁵ Vgl. GARY W. SHANAFELT, *The Secret Enemy: Austria-Hungary and the German Alliance 1914–1918* (= East European monographs 187, New York 1985); HOLGER AFFLERBACH, *Vom Bündnispartner zum Kriegsgegner*; in: HERMANN J. W. KUPRIAN, OSWALD ÜBEREGGER (Hgg.), *Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung, Deutung, Erinnerung / La Grande Guerra nell' arco alpino. Esperienze e memoria*, (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 23, Innsbruck 2006) 15–32.

⁴⁶ Stenographisches Protokoll einer Audienz, 3. September 1916 – ÖSTA, KRIEGSARCHIV [KA], NI. Conrad von Hötzendorf, B/1450:122.

⁴⁷ RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg* 667.

schlachten am Isonzo gegen einen materiell überlegenen und durch britische Truppen verstärkten Gegner und demoralisiert durch Desertionen und Meutereien relativ gut behaupten konnte, glich einem Wunder. Aber die Abwehrerfolge waren nur Pyrrhussiege, und der Erfolg an der Ostfront mit den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk mit der Ukraine (9. Februar 1918) und Russland (3. März 1918) und von Bukarest mit Rumänien (3. März 1918) waren kein Zeichen der Stärke der Mittelmächte, sondern lediglich der noch größeren Schwäche ihrer östlichen Gegner. Selbstverständlich waren die der „Feuertaufe“ ausgesetzten kämpfenden Truppen als erste Opfer dem Diktat des militärisch Notwendigen ausgesetzt. Und als am Schlachtfeld der Krieg der Politiker zum „Krieg der Offiziere“ und „Krieg der Gemüter“ mutierte (*Lutz Musner: Soldatenalltag im Krieg*), und sich zum „totalen Krieg“ steigerte (*Erwin A. Schmidl: Die Totalisierung des Krieges*), war der Weg zum „Kriegsabsolutismus“ frei.

Dabei waren die Propaganda- und Zensurmaßnahmen zur Durchführung der Mobilisierung der Zivilbevölkerung bei Kriegsbeginn überflüssig. Die Akzeptanz eines zukünftigen Krieges war, wie in allen in den Krieg involvierten Staaten, groß. Die Friedensbewegung war eine Randerscheinung, Bertha von Suttner bezeichnete Österreich-Ungarn als „Hottentottenregion des Pazifismus“. Die von der militärischen Führung forcierte Militarisierung wurde von einer Welle der allgemeinen Kriegsbegeisterung nicht nur hingenommen, sondern mitgetragen. Was zunächst nur Erleichterung über das Ende einer als unerträglich empfundenen, angespannten Lage war, steigerte sich zu einem politischen Aktivismus und spiegelte sich in dem wider, was die Medien, Parteiführer und Intellektuellen in erstaunlicher Einmütigkeit zur Rechtfertigung dessen verkündeten, was sich binnen kurzem zur großen Weltkatastrophe auswuchs. „Alle Stände, Berufs- und sozialen Schichten“ waren mobilisiert, alle wollten „dabei sein“, „Studenten, Professoren, Künstler, Philosophen, Dichter, Schriftsteller, Priester, Atheisten, Anarchisten, politische Aktivisten, Radikale“⁴⁸. Die patriotische Elite versammelte sich zum „großen Händefalten [...] für Österreichs Volk und Kämpfer“ (Anton Wildgans August 1914). Niemand hatte ein schlechtes Gewissen, weil sich dasselbe Schauspiel überall in Europa als Eskalation eines blinden Nationalpatriotismus abspielte. Dass Spitzen der Intelligenz wie Hermann Bahr, Hugo von Hofmannsthal und Ernst Karl Winter die schwarzgelbe Erneuerung Österreichs erhofften, und Georg Trakl, Stefan Zweig, Ludwig Wittgenstein und Arthur Schnitzler freiwillig zu den Fahnen eilten, passte in die Aufbruchsstimmung, in der Sigmund Freud „Das Befreiende der mutigen Tat“ erblickte⁴⁹. Selbst „Seher“ wie Alfred Kubin und Egon Schiele fanden erst gegen Ende des Krieges zu Formen des Entsetzens über das Grauenhafte des Krieges und der Kriegsgesinnung⁵⁰. Der Revolutionär Oskar Kokoschka zeichnete noch 1916 in seiner „Passion“ Christus als „exem-

⁴⁸ Ebd. 101.

⁴⁹ Sigmund Freud an Karl Abraham, 26. Juli 1914, HILDE CLARA ABRAHAM (Hg.), Sigmund Freud – Karl Abraham. Briefwechsel 1907–1926 (Frankfurt am Main 1965) 180.

⁵⁰ Vgl. ELISABETH BUXBAUM, Des Kaisers Literaten. Kriegspropaganda zwischen 1914 und 1918 (Wien 2014).

plarischen Sohn eines Bürgertums [...], das sich am kulturbedrohenden Geschehen schuldlos weiß⁵¹.

Aber der Umschwung kam schnell, schon mit der Enttäuschung über die ersten militärischen Niederlagen in Galizien und Serbien im ersten Kriegsjahr und dem Kriegswinter 1914/1915 in den Karpaten und im Kampf um die Festung Przemyśl. Aber er führte nicht zu einer Ernüchterung, sondern beflügelte jene politischen Kräfte, die die Schwäche des Staates als Chance erkannten, um ihre nationalen Forderungen durchzusetzen. Umgekehrt lieferte er jenen, die schon immer vor der schwächlichen Konsenspolitik der Regierungen gewarnt hatten, die Argumente, nun endlich gegen die scheinbar unversöhnlichen Feinde des Staates vorzugehen. Das war die Stunde der Militärjustiz in den Kriegsgebieten und des wachsenden Einflusses des Militärs bei der Verfolgung der „Staatsfeinde“ im Hinterland mit den Höhepunkten der Hochverratsprozesse gegen Karel Kramář, Cesare Battisti und Friedrich Adler. Aber den Kampf gegen die Feinde in der Heimat hat man schneller verloren als jenen an den Kriegsfrenten. Es formierte sich jene „innere Front“⁵², an der sich bald ein „zweiter Krieg im Hinterland“⁵³ entfaltete, lange bevor die Auflösungserscheinungen auch die Armee im Felde durch Desertionen, Sabotage, Subversion, Bandenbildung und Meuterei gefährdeten.

Obwohl man sich angesichts der militärischen Scheinerfolge im Osten und von der Siegfriedensstimmung der deutschen Militärs noch lange einigermaßen sicher fühlte, musste man von der „Illusion vom kurzen Krieg“ bald Abschied nehmen. Außenminister Czernin sah die Situation dramatisch und schlug am Beginn des Jahres 1917 nach dem Scheitern aller Friedenssondierungen und angesichts der zu befürchtenden internationalen Folgen der russischen Revolution Alarm: „die Revolution wird uns hinwegspülen“. Und Kaiser Karl fügte im Brief an Wilhelm II., für den die Warnung Czernins gedacht war, hinzu: „Wir kämpfen gegen einen neuen Feind, der gefährlicher ist als die Entente. Wir kämpfen gegen die Weltrevolution“⁵⁴.

3. Wirtschaftlicher und kultureller Paradigmenwechsel

Dass man irgendwann, und nicht in zu weiter Ferne, an diesem Punkt der Kapitulation anlangen würde, zeichnete sich früh ab, nicht weil sich der Krieg militärisch schon mit der „Katastrophe“ des verunglückten Aufmarsches im Südosten (Serbien) und Osten (Galizien und Bukowina) und dem Ausbleiben der deutschen Waffenhilfe im Nordosten (Polen, Siedlec) zu einem nur mehr durch Improvisationen zu verschleiern-

⁵¹ ROBERT FLECK, Wien um 1914. Ikonen des Krieges; in: KLAUS AMANN, HUBERT LENGAUER (Hgg.), Österreich und der große Krieg 1914–1918. Die andere Seite der Geschichte (Wien 1989) 20.

⁵² Umfassend RICHARD GEORG PLASCHKA, HORST HASELSTEINER, ARNOLD SUPPAN (Hgg.), Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918, 2 Bde. (= Veröffentlichungen des Österreichisch- Ost- und Südosteuropa-Instituts VIII und IX, München 1974).

⁵³ ANTON HOLZER, Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg (Darmstadt 2007) 328 f.

⁵⁴ Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II., 12. April 1917, Kovács (Hg.), Politische Dokumente 173 f.

des Problem darstellte, sondern weil das Hinterland die erwarteten Leistungen an Menschen- und Kriegsmaterialnachschub und die Versorgung von Mensch und Tier nicht zu leisten imstande war. Es war die Heimatfront, die bis zum Höhepunkt des Jännerstreiks 1918 zusammenbrach, und als Folge die Armee im Felde, die noch immer moralisch intakt war und mit ungeheuren Opfern die Fronten verteidigte, verblutete, weil es ihr an Nachschub mangelte. Um die Herausforderung, der man sich gestellt hatte, zu bestehen, war man daher gezwungen, alle Kräfte zu mobilisieren. Die Erfordernisse des Krieges hatten, da man ihn nun einmal riskierte hatte, absolute Priorität, was zu einer rigorosen Militarisierung aller Lebensbereiche, weit über den militärischen Bereich hinaus, führte. Und weil sich der Staat auf die Durchhaltekraft der Zivilgesellschaft nicht verlassen wollte, übernahm er die Förderung dessen, was er als „patriotische Gesinnung“ verstand (*Mark Cornwall: Das Ringen um die Moral des Hinterlandes*). Kriegsüberwachungsamt und Kriegspressequartier sorgten für eine „angemessene“ Information und Lenkung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland.

Aber der „Mobilisierung aller Kräfte“ waren Grenzen gesetzt. Sehr schnell stellte sich heraus, dass nicht nur die Armee im Felde zu versorgen war, sondern auch die Wirtschaft des Hinterlandes nicht nur in ihrer Leistung erhalten, sondern noch gesteigert werden musste. Dazu kam schon im Herbst 1914 und Winter 1914/15 eine gewaltige Zahl von zivilen Flüchtlingen, insbesondere aus Galizien. Am Vorabend des Einmarsches der Russen in Lemberg verließen etwa 20% der Einwohner Lemberg, aus Krakau/Kraków (*Kraków*) flüchteten 40.000. Offiziell war von 80.000 galizischen Flüchtlingen allein in Wien die Rede. Schon 1915 waren es geschätzte 300.000, Ende 1917 445.000, von den Kriegsgefangenen waren 1,269.000 Russen, 369.600 Italiener, 154.700 Serben, 52.800 Rumänen, 13.000 Montenegriener und 1.416 Albaner zu versorgen⁵⁵.

Auch wenn man eine Sterberate von 10% einrechnet, schuf das Versorgungsprobleme, die von der Zivilgesellschaft nicht mehr bewältigt werden konnten. Der Staat musste die Wirtschaftsplanung übernehmen. Er hielt sich dabei an das Motto des Ökonomen Karl Pißram: „Regulieren, so viel als nötig, aber so wenig wie möglich“ (*zit. Tamara Scheer: Die Kriegswirtschaft am Übergang von der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt*). Nur langsam vollzog sich der langfristige Übergang vom Finanzkapitalismus zum Staatskapitalismus. Selbst die Heeresversorgung, das umfangreichste und lukrativste aller Geschäfte, blieb zunächst privatwirtschaftlich organisiert. Auch jene Betriebe, die das Militär direkt übernahm oder unter militärische Aufsicht stellte, blieben Privatunternehmen. Erst in der Mitte des Krieges, als sich schon die wirtschaftliche Erschöpfung abzeichnete und die Schattenwirtschaft über Hand nahm, begann die Staatsverwaltung lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Der große Schritt

⁵⁵ Die Zahlen differieren in der Literatur stark. Aus der umfangreichen Literatur vgl. u.a. WALTER MENTZEL, Weltkriegsflüchtlinge in Cisleithanien 1914–1918; in: GERNOT HEISS (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25, Wien 1995) 17–44; HERMANN J. W. KUPRIAN, „Entheimung“. Flucht und Vertreibung in der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges und ihre Konsequenzen; in: DERS., ÜBEREGGER (Hgg.), Der Erste Weltkrieg im Alpenraum 289–306; REINHARD NACHTIGAL, Zur Anzahl der Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg; in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 67 (2008) 345–384.

zur Verstaatlichung erfolgte mit der Übernahme der Lebensmittelbewirtschaftung durch das Amt für Volksernährung 1916, das Ministerium für soziale Fürsorge 1917, das Ministerium für Volksgesundheit 1918. Eine indirekte Verstaatlichung bedeutete die Militarisierung der Großbetriebe. Nur die Landwirtschaft zog Nutzen aus der Versorgungsnot, weil sie von der florierenden Schattenwirtschaft profitierte. Am stärksten betroffen war die Arbeiterschaft, die gegen die systemkonforme Linie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bis zum Höhepunkt der reichsweiten Streiks im Jänner 1918 zum Zentrum einer sozialrevolutionären Bewegung wurde. Von der Inflation und den Versorgungsschwierigkeiten war auch das Heer der Beamtschaft betroffen. Dem Schleichhandel wurde Österreich nicht mehr Herr, der „für die Kriegswirtschaft ein ‚gordischer Knoten‘ [wurde]. Um ihn zu durchschlagen, fehlte Österreich aber die notwendige Kraft“ (*Anatol Schmied-Kowarzik: Die wirtschaftliche Erschöpfung*). Die Schar der Systemverlierer wurde immer größer. Und ihre Unzufriedenheit richtete sich nicht mehr gegen einen Klassenfeind, sondern gegen den Staat, von dem alle alles erwarteten. Der hatte nun nicht nur den Krieg zu finanzieren, sondern sollte auch den Ausgleich der Interessen der konkurrierenden sozialen Gruppen vermitteln und dafür die Kosten übernehmen. Dafür blieb allerdings angesichts der direkten Kriegskosten kein noch so kleiner Spielraum. Im Gegenteil wälzte der Staat die Finanzierung des Krieges auf die Bevölkerung ab, allerdings um den hohen Preis einer Staatsverschuldung, die den Weg in die Wirtschafts- und Bürgerkriegskrise der Nachkriegszeit vorzeichnete.

Obwohl die Finanzsituation Österreich-Ungarns vor 1914 sich günstig gestaltet hatte, war der Habsburgerstaat finanzwirtschaftlich für einen Krieg denkbar schlecht gerüstet, und der Versuch, die Kriegskosten durch eine ruinöse Schuldenpolitik zu beschaffen, verschärfte die prekäre Lage. Was sich für die Zukunft als wirtschaftliche Katastrophe entpuppte, war für den Augenblick ein durchschlagender Erfolg. So wie zu Kriegsbeginn alle Schichten der Bevölkerung, von den Intellektuellen bis zu den Arbeitern, auch aus wirtschaftlichen Alltagsinteressen mit Begeisterung zu den Fahnen eilten, so wurden ab Herbst 1914, gefördert durch eine massive Kriegsleihepropaganda, die Banken gestürmt. Aber niemand wusste um das Ausmaß der steigenden Verschuldung Bescheid. Die Doppelmonarchie gab 95% ihres während des Krieges erwirtschafteten Bruttoinlandsproduktes für den Krieg aus. Die Mittel dafür wurden nicht erwirtschaftet, sondern stammten aus einer „schwere[n] Verschuldung beider Teile der Monarchie und einer Geldentwertung, die sich nach dem Krieg sowohl in Österreich wie auch in Ungarn fortsetzte und Anfang der zwanziger Jahre in einer sich beschleunigenden Hyperinflation mündete“ (*Ágnes Pogány: Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden*).

Tiefgreifender und für die Zukunft folgenschwerer als die soziale Zerrüttung war der Einsturz des politischen Wertekanons der „alten Welt“. Das für Mitteleuropa epochenwendende Ereignis des Krieges vollzog sich vor dem geistigen Hintergrund einer „Geburt der modernen Welt“⁵⁶, die für politischen Kompromiss, kulturelle Vielfalt und

⁵⁶ Vgl. CHRISTOPHER A. BAYLY, *Die Geburt der Modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1914* (Frankfurt am Main – New York 2006).

Ambivalenz der traditionellen mitteleuropäischen Lebenswelten keinen Raum mehr ließ. Nicht nur der Krieg selbst wurde als Kulturkrieg gedacht, er war „Kulminationspunkt und Katalysator der Aggressions- und Vernichtungspotentiale des wissenschaftlich-technischen Zeitalters“⁵⁷. Als „Chiffre der Krise der klassischen Moderne“⁵⁸ markierte er die Wende zum politischen, gesellschaftlichen und ethischen Totalitarismus der Zwischenkriegszeit, der mit den Parolen Gewalt statt Konsens, Entscheidung statt Diskurs, Autorität statt Solidarität den Wertekanon des liberalen Zeitalters umstürzte. Stärker als die im Vordergrund der tagespolitischen und historiographischen Diskussion stehenden Probleme der Neugestaltung der internationalen und nationalen Politik hat dieser Wandel der politischen Kultur als Vorspiel zur „Dritten Walpurgisnacht“ (Karl Kraus 1934) die Welt verändert. Im Ersten Weltkrieg keimten jene modernen politischen Religionen, von denen das „Zeitalter der Extreme“⁵⁹ in ein „Zeitalter der Gewalt“ gesteigert wurde⁶⁰. Das gilt besonders für das habsburgische Mitteleuropa, wo nach dem Krieg der Waffen und Regierungen der Krieg der Geister weitergeführt wurde.

Die Bereitschaft zum Krieg als Ausweg aus einer vermeintlich ausweglosen Krise war in Österreich-Ungarn, wie in allen europäischen Staaten, groß. Allerdings kann man von einer militarisierten Gesellschaft nicht sprechen. Auch wenn man sozialdarwinistische Tendenzen in den gesellschaftlichen Konflikten und im Umgang mit außenpolitischen Problemen annehmen darf⁶¹, und auch wenn die Öffentlichkeit den Krieg als Erlösung begrüßt hat, entgegengefiebert hat dem Krieg niemand. Noch lebte am „birthplace of the Modern World“⁶² die Scheinwelt der „multikulturellen Gesellschaft“⁶³. Aber mit dem Krieg vollzog sich der Umschwung. Es begann die Suche nach undefinierten ideologischen Sicherheiten als „Flucht in Sehnsüchte nach geistiger Kohärenz und gesellschaftlicher Homogenität“⁶⁴. Der Krieg entpuppte sich als „essenzielles Krisensymptom, als die letztendliche, konkrete Manifestation einer seit langem latenten Krise der Moderne [...] mithin jenes (zunehmend global wirksamen) Projekts,

⁵⁷ Vgl. ARIBERT REIMANN, Der Erste Weltkrieg – „Urkatastrophe“ oder Katalysator; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29–30 (2004) 38.

⁵⁸ EBD.

⁵⁹ ERIC HOBSBAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München – Wien 1996).

⁶⁰ Vgl. PETER KRÜGER, Der Erste Weltkrieg als Epochenschwelle; in: HANS MAIER, BRONISLAV BACZKO (Hgg.), *Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen* (= Fischer Taschenbücher 14904, Frankfurt am Main 2000) 70–91.

⁶¹ Vgl. HANS-GÜNTHER ZMARZLIK, Österreichische Sozialdarwinisten. Ein Beitrag zur Brutalisierung des politischen Denkens im späten 19. Jahrhundert; in: *Der Donauraum: Zeitschrift des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa* 19 (1974) 147–163.

⁶² STEVEN BELLER, *Birthplace of the Modern World?*; in: *Austrian History Yearbook* 23 (1992) 72–90.

⁶³ Zur deren Hochblüte in „Wien um 1900“ MORITZ CSÁKY, *Europa im Kleinen. Multiethnizität und Multikulturalität im alten Österreich*; in: HEINRICH M. SCHMIDINGER (Hg.), *Die eine Welt und Europa* (Graz – Wien 1995) 207–248.

⁶⁴ Vgl. PETRA ERNST, SABINE HARING, WERNER SUPPANZ (Hgg.), *Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne* (= Studien zur Moderne 20, Wien 2004).

das auf die Säkularisierung und Entmystifizierung des Wissens, auf eine rationale Planung von Denksystemen und gesellschaftlichen Organisationsformen, und, nicht zuletzt, auf die möglichst umfassende Realisierung (liberal-) kapitalistischer ökonomischer Prinzipien abzielte“ (*Wolfgang Maderthaler, Alfred Pfofer: Die Enttäuschung des Krieges. Kulturelle Transformation während der „Großen Zeit“*). Auf der Basis des Machschen Wertrelativismus konstatierte Fritz Mauthner das Ende des Diskursrationalismus⁶⁵. Wittgenstein vollzog in seinem aus dem Schützengrabenerlebnis der Brussilov-Offensive entstandenen „Tractatus“ die Kapitulation vor dem Irrationalismus durch die Abgrenzung des Denkbaren vom Undenkbaren⁶⁶. Zum Undenkbaren gehörten jene Mystizismen, die Auswege aus der Sinnkrise versprochen.

In der Zwischenkriegszeit als Fortsetzung des Krieges entfacht, nach dem Überlebensschock des Zweiten Weltkrieges wieder aufgenommen, dominierte die „Kriegsschuldfrage“ die wissenschaftliche und publizistische Diskussion um die Bedeutung der „Ur-Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts, in der „Versagen und Niedergang unserer westlichen Zivilisation begründet liegen“⁶⁷. Allerdings stellte sich die Erkenntnis, dass „alles 1914 begonnen [habe]“, erst ein, als die Folgen sichtbar wurden. Beim Ausbruch des Krieges scheint kaum jemand zwingend eine Weltkatastrophe befürchtet oder gehäht zu haben⁶⁸. Wie Kokoschka merkten die wenigstens, dass sie „auf einem Pulverfass gesessen haben [...] ohne zu ahnen, dass es explodieren könnte“⁶⁹.

Für eine weltgeschichtliche Einordnung stellt sich die Frage, ob der „große Krieg“ der Ausgangspunkt einer neuen Epoche oder Höhepunkt einer langfristigen Entwicklung war. Eine Zäsur war 1914, als in der „Todeskrise des alten Europa“⁷⁰ die Lichter des materiellen Aufstiegs und kulturellen Glanzes erloschen, jedenfalls. Aber das neue Zeitalter hatte eine dichte, weit in die Vorkriegszeit zurück reichende und ebenso weit in die Zukunft wirkenden Vor- und Nachgeschichte. Die neuere Forschung tendiert zu der Auffassung, dass 1914 kein Epochenjahr war, sondern dass sich schon in den Jahren davor jene gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen vollzogen haben, die die Welt so veränderten, dass nichts mehr so war wie vorher⁷¹. Europas Gesellschaften haben den Krieg als Ausweg aus der Krise der bürgerlich-liberalen Zivilisation vorhergestaltet und akzeptiert. Vielfach ist daher der Erste Weltkrieg als eine seit langem latente

⁶⁵ PETER STACHEL, „Die nüchterne Erkenntniskritik hat vorläufig zu schweigen“. Fritz Mauthner und der Erste Weltkrieg oder Die Geburt der Sprachkritik aus dem Geist des Nationalismus; in: ERNST, HARING, SUPPANZ (Hgg.), Aggression und Katharsis 97–138.

⁶⁶ THOMAS MACHO, Trauma und Kriegserfahrung in Wittgensteins Philosophie; in: INKA MÜLDER-BACH (Hg.), Modernität und Trauma. Beiträge zum Zeitenbruch des Ersten Weltkriegs (Wien 2000) 46–62.

⁶⁷ GEORGE F. KENNAN, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890 (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1981; The decline of Bismarck's European order. Franco-Russian relations 1875–1890, Princeton – New York 1979) 12.

⁶⁸ Das ist die zentrale These von CLARK, Die Schlafwandler.

⁶⁹ OSKAR KOKOSCHKA, Mein Leben, hg. REMIGIUS NETZER (München 1971) 139.

⁷⁰ WOLFGANG J. MOMMSEN, Das Zeitalter des Imperialismus (= Fischer Weltgeschichte 28, Frankfurt am Main – Hamburg 1969) 272–363.

⁷¹ Das ist die Hauptthese von PHILIPP BLOM, Der taumelnde Kontinent – Europa 1900 bis 1914 (München 2014).

„Krise der Moderne“ und im Ergebnis als „Global Revolution“ interpretiert worden⁷². In einer Atmosphäre des Skeptizismus und der deterministischen Zweckrationalität „vollzog sich die fortschreitende Relativierung aller überlieferten Anschauungen, Ideale, Gewissheiten“⁷³, der Krieg war nicht die Ursache, sondern der Höhepunkt dieses Prozesses auch und vor allem in Mitteleuropa⁷⁴. „Die Aufklärung“, schrieb rückblickend Kokoschka, „wendete sich zur Metaphysik, ohne dass man dessen gewahr wurde“⁷⁵.

Im habsburgischen Mitteleuropa war man für den Wandel sensibler als anderswo, nicht in der Vorausahnung der kommenden Schrecknisse eines „totalen Krieges“, aber in der Wahrnehmung der grundlegenden Veränderung der politischen Kultur. Schnitzler hat, schon während des allgemeinen Kriegsenthusiasmus, von dem auch er ergriffen war, schnell erkannt, dass es sich nicht um einen kleinen oder großen Krieg handle, sondern um den „Weltruin“⁷⁶. Das war jener Schnitzler, der die Morbidität der k.k. Gesellschaft in allen Facetten ausgeleuchtet hat. Auch Robert Musil ahnte den „Fall der modernen Welt“: „Niemand wusste genau, was im Werden war; niemand vermochte zu sagen, ob es eine neue Kunst, ein neuer Mensch, eine neue Moral oder vielleicht eine Umschichtung der Gesellschaft sein solle.“⁷⁷. Der „skeptische Realitätsdiskurs der bürgerlichen Spätaufklärung [...] kontrastierte irrationale Fermente einer Politik der Gefühle, die im Nationalismus und im Antisemitismus ihren Ausdruck [fanden]“⁷⁸.

Die „Welt von Gestern“, die dem Exulanten Stefan Zweig als die „goldene[n] Tage der Sicherheit und des Wohlstandes“ erschien, war längst zu Ende, als der Ausbruch des Krieges eine Scheinwelt zum Einsturz brachte. Der Konflikt mit Serbien und der Nationalitätenhader gehörten zum politischen Alltag der habsburgischen „Konfliktgemeinschaft“, in der ein Rest von Gemeinschaftsbewusstsein immer wieder Auswege aus der Krise ermöglicht hatte. Dieser Rest war noch so groß, dass sich 1914 das unerwartbare Wunder des Aufmarsches einer multinationalen Armee in einen Krieg ereignete, der offenbar nicht nur die irrwitzige Kurzschlusshandlung einer Elite war, die ihre Herrschaft in Gefahr sah. Als die politischen Entscheidungsträger den Entschluss zum „Selbstmord aus Angst vor dem Henker“⁷⁹ fassten, um, wie sie meinten, dem Schrecken einer außen- und innenpolitischen Dauerbedrohung ein Ende zu setzen, waren sie sich des Risikos bewusst, damit die Existenz des Staates aufs Spiel zu setzen. Auch die Exponenten der nationalen Oppositionsbewegungen im In- und Ausland suchten nicht mehr nach irgendeinem Ausgleich, sondern rüsteten zum Entscheidungskampf.

⁷² LAWRENCE SONDHAUS, *World War One. The Global Revolution* (Cambridge 2011).

⁷³ OTTO BAUER, *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Wirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus* (Bratislava 1936) 168 ff.

⁷⁴ Vgl. MARIE HIDVÉGI, *Der Erste Weltkrieg in Ostmitteleuropa. Eine Zäsur im transnationalen Transnationalisierungsprozess?*; in: *Bohemia* 49 (2014) 184–187.

⁷⁵ KOKOSCHKA, *Mein Leben* (1971) 141.

⁷⁶ ARTHUR SCHNITZLER, *Tagebuch 1913–1916* (Wien 1983) 128 (5. August 1914).

⁷⁷ ROBERT MUSIL, *Der Mann ohne Eigenschaften 1* (Reinbek bei Hamburg 1992) 55.

⁷⁸ Vgl. WOLFGANG MADERTHANER, LUTZ MUSNER, *Textures of the Modern: Viennese Contributions to Cultural History and Urban Studies*; in: *Cultural Studies* 16 (2002) 863–876.

⁷⁹ KARL KRAUS, *Monolog des Nörglers vor der Wiener Pestsäule stehend; Entwurf für die Letzten Tage der Menschheit*, *Die Fackel* 406–412 (Oktober 1915) 168.

4. Der Aufstand der Nationen

Ob das Nationalitätenproblem mit seiner Vielfalt an mentalen und politischen Problemen in Mitteleuropa prinzipiell und im Konsens mit allen Betroffenen lösbar war, ob eine Lösung scheiterte, weil die Regierungen keine Lösungen anboten oder solche sogar verhinderten, ob die Nationalitäten im Gegenzug an den Staat und gegeneinander unannehmbare Forderungen stellten, ist von einem überparteilichen Standpunkt schwer zu beantworten. Unter den zahlreichen Reformprogrammen, die der Großmeister der Geschichte des Nationalitätenproblems Robert A. Kann in seinem Standardwerk dargestellt hat, gab es kaum eines, das nicht ein Parteiprogramm war, und als solches die Ansprüche anderer Parteien nicht einmal als Minderheitenrechte anerkannte. Kann hat daraus den Schluss gezogen, dass Österreich die Nationalitätenfrage aufgrund der „unabänderlichen Tatsachen seiner Zusammensetzung [...] niemals zur Gänze, sondern bestenfalls nur annähernd“ hätte lösen können⁸⁰. Den Wendepunkt im Kampf um die Sicherung der Nationen bildete die „Territorialisierung“ der geforderten nationalen Selbstbestimmung⁸¹. Damit war der nationale Kampf um den „nationalen Besitzstand“ eröffnet. Statt Multikulturalität in einem großen Rechts-, Wirtschafts-, und Kulturraum traten die Vorstellungen von Sprachgebieten und Sprachgrenzen, die es in der Alltagswirklichkeit noch gar nicht gegeben hat⁸². Die Eskalation des Konfliktes der Nationalitäten gegeneinander und der Kampf um eine Ausweitung nationaler Rechte gegen den Staat trat jedenfalls mit dem Weltkrieg in seine Entscheidungsphase⁸³.

Die Deutschen waren, sofern und soweit sie als nationale Formation organisiert waren, dabei das geringste Übel⁸⁴. Trotz ihres Protestes gegen die Slawenpolitik der Ära Taaffe, insbesondere gegen die Badenischen Sprachverordnungen, blieb das radikale Gedankengut der Alldeutschen und ihr Bekenntnis zu einem deutsch dominierten „Mitteleuropa“ ein Minderheitenprogramm. Der Deutsche Nationalverband konnte 1911, bei den letzten Wahlen vor 1914, nur 2% der Wähler auf sich vereinigen und von insgesamt 516 Abgeordneten des Reichsrates nur zwei Dutzend Abgeordnete stellen. Aber mit der

⁸⁰ ROBERT A. KANN, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, 2 (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 5, Graz – Köln 1964) 296.

⁸¹ Vgl. PETER HASLINGER, Staatsrecht oder Staatsgebiet? Böhmisches Staatsrecht, territoriales Denken und tschechisches Emanzipationsstreben 1890–1914; in: DIETMAR WILLOWEIT, HANS LEMBERG (Hgg.), Reiche und Territorien in Ostmitteleuropa. Historische Beziehungen und politische Herrschaftslegitimation (= Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa 2, München 2006) 345–358.

⁸² Vgl. MARK CORNWALL, The Struggle on the Czech-German Language border, 1880–1940; in: English Historical Review 109 (1994) 914–951; PIETER M. JUDSON, Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontier of Imperial Austria (Cambridge – London 2006); PIETER M. JUDSON, MARSHA ROZENBLIT (Hgg.), Constructing Nationalities in East Central Europe (Oxford 2005).

⁸³ Zur Vorgeschichte der nationalen Bewegungen und Parteien vgl. die Nationalitäten-Artikel in ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III: Die Völker des Reiches, 2 Teilbände (Wien 1980).

⁸⁴ Vgl. ARNOLD SUPPAN, „Germans“ in the Habsburg Empire. Language, Imperial Ideology, National Identity and Assimilation; in CHARLES INGRAO, FRANZ A. J. SZABÓ (Hgg.), The Germans and the East (West Lafayette, Indiana 2008) 147–190.

demonstrativen Neuformulierung ihres vom traditionellen Deutschliberalismus sich seit dem Linzer Pfingstprogramm von 1888 weit entfernenden Forderungskatalog in der Denkschrift „Der Standpunkt des Deutschen Nationalverbandes zur Neuordnung der Dinge in Österreich“ vom 23. April 1916 und der folgenden „Osterbegehreschrift“ der deutschradikalen Parteien haben auch sie einen Beitrag zur Radikalisierung der nationalen Forderungen geleistet.

Der politische Bezugspunkt der Mehrzahl der „Deutschösterreicher“ blieb aber der multinationale Habsburgerstaat, in dem sie sich als staatstragende Partei betrachteten. Die Entscheidung zwischen „deutschem Nationalbewusstsein und österreichisch-ungarischer Reichstreue“ (*Holger Afflerbach: Die Deutschösterreicher zwischen Staatsräson und „Nibelungentreue“*) war für die Mehrzahl der Deutschösterreicher, vielleicht mit Ausnahme der Deutschböhmen, kein wirkliches Problem. Aber sie sahen sich als Minderheit in fast allen gemischtnationalen Kronländern von einer Majorisierung durch den stärker werdenden nationalen Staatsrechtsföderalismus am stärksten bedroht.

Allerdings vertraten die Deutschen aller Couleurs stillschweigend die Auffassung, dass die Habsburgermonarchie ein „deutscher Staat“ sei, nicht im Sinne einer deutschen Vorherrschaft, sondern im Sinne einer deutschen Leitkultur und der deutschen Verkehrssprache als mitteleuropäische Koine, auch wenn die Verfassung ausdrücklich und bewusst auf die Stellung des Deutschen als „Staatsprache“ verzichtete, war das eine Provokation für alle nichtdeutschen Nationalisten. Dazu kam, dass die Beamten-Regierungen Cisleithaniens nach der Ära Taaffe mehr oder weniger offen einen administrativen Zentralismus vertraten und damit den Kampf der nach Selbständigkeit strebenden Nationalitäten gegen die Verfassung von 1867 herausforderten. Dass das Deutschtum das Zentrum der nationalen Konfliktverschärfung war, lässt sich aus diesem Gesamtbefund aber nicht ableiten.

Komplizierter und gleichzeitig radikaler artikuliert sich der ungarische Staatsnationalismus (*Daniel Szabó, Die Agonie des historischen Ungarn*). Es ging um die Verteidigung der staatlichen Integrität und der magyarischen Suprematie. Der Kampf, der darum geführt wurde, richtete sich zuerst gegen die ungarländischen Nationalitäten, gegen Ende des Krieges aber auch gegen die cisleithanischen Regierungen, denen man vorwarf, leichtfertig die Staatsautorität gegenüber den staatszersetzenden Nationalitätenforderungen zu schwächen. Am Höhepunkt dieser Diskussionen im Oktober 1918 „bildete sich bei den Repräsentanten der ungarischen Oppositionspolitik der Standpunkt heraus, dass der wirkliche Krieg nicht zwischen den Mittelmächten und der Entente, sondern zwischen Österreich und Ungarn stattfindet“ (*ebd.*).

Der zentrale und die cisleithnische Reichshälfte in ihrer von der Dezemberverfassung von 1867 grundgelegten politischen Grundstruktur in Frage stellende Kriegsschauplatz waren die Länder des Königreiches Böhmen-Mähren-Schlesien. Der Neoslavismus der Tschechen mit dem Höhepunkt des Prager Slawenkongresses 1912 war keine bloße Gedankenspielerei. Aber Alois Rašín und Karel Kramář haben letztendlich in einer Zukunft als Teilstaat eines zaristischen Großreiches keine Alternative zur ungeliebten, aber den wirtschaftlichen Aufstieg der Tschechen garantierenden Vernunftfehe mit Österreich gesehen (*Ivan Šedivý: Der Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die tschechi-*

sche Politik). Die einzige politische Partei, die bereits vor dem Krieg offen ein Konzept für die Entstehung eines eigenständigen tschechischen Staats infolge eines „großen Krieges“ formuliert hatte, war die Staatsrechtliche Fortschrittspartei. Selbst Masaryk, der als Philosoph den Kaiserstaat Österreich zutiefst hasste, gelangte nur zögernd zu dem radikalen Standpunkt der Trennung von Österreich, als er in die Emigration ging, weil er erkannt hatte, dass nur ein verlorener Krieg Österreich zu Reformen zwingen könne⁸⁵. Ob Reformen möglich waren, hat ihn dabei nicht mehr interessiert. Dass man in Wien in der Frage solcher Reformen sehr weit zu gehen bereit war, bewiesen die Ausgleichsverhandlungen über einen böhmischen Ausgleich, in dem man die jahrzehntelang umkämpfte Doppelsprachigkeit auf allen Ebenen der Landesverwaltung zugestanden hatte. Aber die Verhandlungen wurden in der Hochstimmung der allslawischen Begeisterung der Balkankriege und dem Prager Panslawistenkongress von 1912 abgebrochen. Es mag schon so gewesen sein, dass die überwältigende Mehrheit der tschechischen Politik bis zum Ausbruch des Krieges die Habsburger Monarchie für die natürliche oder doch zumindest notwendige Existenzgrundlage des tschechischen Volkes erachtete, und dass „Der Erhalt der Monarchie [...] in den politischen Konzepten fast aller tschechischen politischen Parteien seinen axiomatischen Charakter bis in die letzten Vorkriegsjahre hinein bewahrt[e]“⁸⁶. Ob aber die Entscheidung bis Anfang 1918, nachdem die Tschechen und Südslawen im Reichsrat in der Maideklaration vom 30. Mai 1917 ihre staatliche Selbständigkeit im Rahmen der Habsburgermonarchie gefordert hatten, noch offen für einen Ausgleich war, ist zu bezweifeln. Die darin enthaltene Formel von der tschechischen und jugoslawischen Selbständigkeit „unter dem Szepter der Habsburgermonarchie“ war nur mehr eine dilatorische Schutzbestimmung. Längst hatten sich Beneš und Masaryk von einer Politik „weg von Österreich“ zur Kampfansage „Weg mit Österreich“ entschieden⁸⁷.

Vielfältiger und nicht nur den ungarischen, sondern den Gesamtstaat bedrohend, vollzog und steigerte sich der Aufstand der Nationen im Königreich Ungarn, was zur Folge hatte, dass die bescheidenen Ansätze einer Reform seitens der ungarischen Regierungen über Andeutungen und unverbindliche Angebote nicht hinaus kamen. Zum tschechischen Befreiungsprogramm seit František Palacky gehörte auch die Theorie von der gemeinsamen tschechoslowakischen Nation, womit das Staatsrechtsargument für den historischen „Böhmischen“ Staat, über dessen Anerkennung von Wien aus man schon oft und 1870 konkret handelseins geworden war, aus Wiener Sicht fragwürdig erscheinen musste. Ob die Slowaken Oberungarns vor vornherein auf das tschechoslowakische Programm festgelegt waren oder sich mit einer seinerzeit von Sándor Wekerle und neuerdings von Tisza in Aussicht gestellten Autonomie zufrieden gegeben hätten,

⁸⁵ Vgl. JIŘÍ KOVTUN, *Masarykův triumf. Příběh konce velké války* [Masaryks Triumph. Die Geschichte vom Ende des Großen Krieges] (Praha 1991) 28–49.

⁸⁶ So die These von THOMAS KLETEČKA, *Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989) 424 f.

⁸⁷ Vgl. FRANK HADLER (Hg.), *Weg von Österreich! Das Weltkriegsexil von Masaryk und Beneš im Spiegel ihrer Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1914 bis 1918. Eine Quellensammlung (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Neue Folge 34, Berlin 1995).*

ist nicht von dem am Ende stehenden Bruch her zu beantworten. Bei Kriegsausbruch stand der überwiegende Teil der slowakischen Bevölkerung, gefördert von den Kirchen aller Religionsgemeinschaften, die einen erheblichen Einfluss auf die slowakische Bevölkerung ausübten, noch loyal zum Königreich Ungarn (*Dušan Kováč: Die Flucht der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverband*). Sowohl die „Memorandisten“ von Turócszentmárton/St. Martin (*Turčiansky Svätý*) wie die „Hlasisten“ bekannten sich zu einer pragmatischen Politik der kleinen Schritte im Kampf um administrative und kulturelle Autonomie. Der Schritt vom Sozial- und Kulturprotest zur „Scheidung“ von Ungarn erfolgte nur zögernd, obwohl von einer rückhaltlosen Ergebnislosigkeit gegenüber dem Königreich wegen der Magyarisierungspolitik seit der Jahrhundertwende keine Rede mehr sein konnte. Nach Kriegsausbruch waren die Hlasisten unter Vavro Šrobár und die Auslandsopposition mit dem in Paris einflussreichen Ritter der Ehrenlegion Milan Rastislav Štefánik bereits entschiedene Verfechter einer politischen tschechoslowakischen Einheitsfront. Und es waren russische Slowaken, die in ihrer Warschauer Zeitung die Losung „Weg mit Österreich-Ungarn! Es leben das freie Tschechien und die freie Slowakei!“ (*Echo slowiańskie* 30. August 1914, zit. *Kovács*) präsentierten, noch ehe Masaryk und Beneš ihre diesbezügliche Forderung verkündeten. Slowakischerseits war aber ausdrücklich von zwei Staaten die Rede, und der Gedanke einer tschechisch-slowakischen Einheitsnation war wahrscheinlich nicht einmal unter den slowakischen Eliten unumstritten. Diese Frage stellte sich allerdings nicht. Denn im Zuge der prussischen Aktivitäten der Slowaken und Ruthenen in den Karpatenkämpfen und den darauf folgenden ungarischen Vergeltungsorgien in den Komitaten Zemplén und Sáros wurden Gräben aufgerissen, die nicht mehr zu überbrücken waren. Die „Flucht der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverband“ war nicht mehr zu stoppen.

Weniger Gefahr drohte dem Königreich Ungarn zunächst von den Rumänen. Zum Teil wohl auch aus taktischen Gründen im Hinblick auf die Unsicherheit der Neutralität Rumäniens, aber auch im Hinblick auf die zahlenmäßige Präsenz der Rumänen in Siebenbürgen, den östlichen und nordöstlichen Komitaten (und in der Bukowina) bot die Regierung Tisza eine Reform des Schulgesetzes für Konfessionsschulen, ein Gesetz über die äußere Verwaltungssprache und die Revision des Wahlgesetzes an, sogar eine Amnestie für Delikte der Majestätsbeleidigung sowie der Verunglimpfung von Regierungsmitgliedern wurde verkündet. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten verhandelte Tisza mit der Rumänischen Nationalpartei bis Februar 1914. Auch hatte man sich vom Thronfolger Franz Ferdinand und seinem Reformerkreis, in dem der in Ungarn politisch geächtete Aurel Popovici eine gewichtige Stimme hatte, Unterstützung für die nationalen Hoffnungen der Rumänen erwartet. Es war daher nicht erstaunlich, dass die Rumänen enthusiastisch dem Ruf zu den Waffen folgten. Das änderte sich auch nicht, als Rumänien an der Seite des historischen Erbfeindes Russland in den Krieg eintrat. Aber der Enthusiasmus und die bis weit in den Krieg wirkende Loyalität für Österreich-Ungarn war eine Sache der konservativ geprägten Masse der Landbevölkerung. Als sie aus der abgeschlossenen Welt ihres Heimatdorfes nun zum ersten Mal „Deșteaptă-te române [Erwache Rumäne]“ singen und ihre Nationalflagge hissen durften, erwachte auch in ihnen das neue ethnische Selbstverständnis, wie es die liberale Opposition der „Gestahlte[n] Jugend“ und die konservative Liga Poporului [Volksliga] des Generals

Alexandru propagierten (*Răzvan Pârâianu: Von der kulturellen zur politischen Einheit der Rumänen*). So vollzog sich in den Schützengräben des Krieges die nationale Revolution, und mit ihr die Option der Rumänen für die Nation gegen den ungarischen Staat und die österreichisch-ungarische Monarchie.

Im Vergleich zur leidvollen Geschichte des Untergangs ihres historischen Großstaates als „Grenzraum des Abendlandes“ (Oskar Halecki) schienen die Polen Galiziens das beste Los gezogen zu haben. In „Kongresspolen“ zu einer russischen Provinz erniedrigt, deren Kulturgüter in die St. Petersburger und Moskauer Reichsmuseen verschleppt wurden, in Preussen und dem Deutschen Reich einer rücksichtslosen Germanisierung ausgesetzt, genossen sie im österreichischen Galizien eine in jeder Hinsicht privilegierte Stellung. Als der Weltkrieg ausbrach, versprachen alle drei Teilungsmächte die Wiederherstellung des historischen polnischen Königreiches. Umstritten war nur, wie unabhängig das erneuerte Polen sein sollte, und in wessen Machtbereich es fallen sollte. Österreich hatte mit dem Konzept einer „austropolnischen Lösung“ dabei die besten Karten. Der in Wien in den Ministerien und im Parlament einflussreiche „Polenklub“ stand entschieden für eine Lösung, wie sie die Wiener Regierungen in Aussicht stellten: ein staatsrechtlich selbständiges Königreich Polen im Rahmen eines mitteleuropäisch-habsburgischen Staatenbundes (*Piotr Szlanta: Der lange Abschied der Polen von Österreich*). Aber nicht nur die Nationaldemokraten Roman Dmowskis, sondern auch die von Józef Piłsudski aufgebaute polnische Legion hielten sich die Option zwischen Österreich und Russland offen, auch dann noch, als sich zeigte, dass Russland während seiner Besatzung 1914/15 auch in Galizien eine massive Russifizierung durchzuführen sich anschickte. Während seines Besuchs im besetzten Lemberg erklärte der Zar am 22. April 1915: „Es gibt kein Galizien, aber ein Großrussland bis zu den Karpaten“ (*zit. Szlanta*).

Als aber nach der Eroberung Russisch-Polens Deutschland und Österreich am 5. November 1916 das Königreich Polen proklamierten, stellte sich heraus, dass die austropolnische Lösung keine Zukunft hatte, weil Deutschland die wirtschaftlich wertvollen Teile Westpolens für sich beanspruchte. Dazu kam, dass die Wiener Politik die Abtrennung eines ruthenischen Kronlandes vom historischen Galizien betrieb. Als diese Politik im Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit der Abtretung der südöstlichen Provinz des Lubliner Gouvernements Chełm/Cholm (Chełm) an die Ukrainische Republik ihren Höhepunkt erreichte, war die im Ursprung hoffungsvolle Koalition zwischen dem zukünftigen Polen und der Habsburgermonarchie beendet.

Dass der Weltkrieg zum Ausgangspunkt der „ukrainischen Revolution“ wurde, ergab sich für die in Galizien, Russland, der Bukowina und Nordost-Ungarn lebenden Ukrainer nicht aus einem historisch vorgeformten nationalen Erwachen, sondern aus der bitteren Erkenntnis, Spielball und Opfer im machtpolitischen Kalkül anderer, in diesem Raum um die Vorherrschaft ringender Nationen zu sein⁸⁸. Da ging es nicht mehr um eine Reform des Wahlrechtes, um eine ukrainische Universität in Lemberg und um die Autonomie Ostgaliziens, sondern um die Geburt einer Nation und deren

⁸⁸ Vgl. MARK VON HAGEN, *War in an European Borderland: Occupation and Occupation Plans in Galicia and Ukraina, 1914–1918* (Seattle 2007).

Kampf um einen Nationalstaat. Die österreichischen Regierungen haben die Forderungen der Ukrainer unterstützt, aus einem schlechten Gewissen und einem Misstrauen gegenüber den Polen. Ihr Ziel der Gründung eines eigenen Kronlandes in Ostgalizien konnten sie nicht durchsetzen. Als die zaristische Armee in Galizien und der Bukowina einmarschierte, Czernowitz und Lemberg von der k.u.k. Armee aufgegeben werden mussten, flüchtete der Großteil der ukrainischen Eliten in den Westen. Wien wurde für die Zeit der Kämpfe an der Ostfront zur „Ersatzhauptstadt der Ukrainer“ (*Harald Binder: Die Ukrainer von enttäuschter Staatstreue zum Kampf um Selbständigkeit*). Mit der Repatriierung der Flüchtlinge seit der Rückeroberung der Ostprovinzen im Mai 1915 begannen die Ukrainer mit der Gründung der Zahal'na Ukrajins'ka Rada [Allgemeiner Ukrainischer Nationalrat] ihre Politik der Vereinigung der auf Galizien, die Bukowina, Kongresspolen und die neu eroberten Gebiete Russlands verteilten 30 Millionen Ukrainer. Damit wurde die ukrainische Frage zur Frage nach der „Gesamordnung Ostmitteleuropas“ (*Binder*) in der Konkurrenz zwischen Ukrainern, Polen, Russen, Slowaken, Rumänen und Ungarn. Sie führte aber auch zur Distanzierung gegenüber der österreichisch-ungarischen Schutzmacht, weil das mit dem Manifest vom 5. November proklamierte selbstständige Königreich Polen mit offenen Grenzen gegen Osten die Verselbständigung einer neuen Ukraine de facto ausschloss. Dazu kam, dass die militärische Rückkehr der k.u.k. Armee nach Galizien zu einer rigiden Verfolgung der Ukrainer führte, denen generell der Vorwurf der Kollaboration mit den russischen Besatzern gemacht wurde. Die „Befreier in Pickelhaube“, also die von Deutschen geführten Truppen der Mittelmächte reinstalleden die „Polenherrschaft mit Magyarenräubereien“⁸⁹. Obwohl die Wiener Politik bis zum Frieden von Brest-Litowsk an ihrer ukrainerfreundlichen Linie festhielt und damit die Polen brüskierte, argwöhnten die Ukrainer nicht zu Unrecht, dass sie zum Opfer der von Österreich angestrebten „austropolnischen“ Lösung würden. Den „Tirolern des Ostens“ blieb am Ende gar nichts anderes übrig, als aus „enttäuschter Staatstreue“ gegenüber dem Habsburgerstaat den nationalen Kampf um eine staatliche Selbständigkeit der Ukraina aufzunehmen, 1917 – 1920 in einem Bürgerkrieg auf einem Territorium, das von Russen, Polen, Rumänen, Slowaken und Ungarn beansprucht wurde.

Unter den etwa 300.000 Flüchtlingen aus den Ostprovinzen befand sich eine beträchtliche Anzahl von Juden⁹⁰. Für sie, die zum Großteil vor den Verfolgungen in Russland nach Österreich geflüchtet waren, war die russische Besetzung Galiziens eine unmittelbare Bedrohung ihrer Existenz⁹¹, weil sie von der Besatzungsmacht grundsätzlich als Austrophile betrachtet und behandelt wurden. Tatsächlich waren die Juden im zivilen und militärischen Bereich die einzige Gruppe, die uneingeschränkt loyal zum Staat stand, weil sie, aus wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Gründen

⁸⁹ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES HAUSES DER ABGEORDNETEN DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATES [weiterhin PROTOKOLLE ABGEORDNETENHAUS], XXII. Session 1917–1918, 30. Sitzung (17. Oktober 1917) 5575 (Abgeordneter Okunevs'kyj).

⁹⁰ Vgl. KLÁRA HAHARTOVÁ, Jewish Refugees from Galicia and Bukowina in East Bohemia during World War in Light of the Documents of State Administration; in: *Judaica Bohemiae* 43 (2007/2008) 139–166.

⁹¹ Vgl. PIOTR WRÓBEL, The Jewes of Galicia under Austrian and Polish Rule, 1869–1918; in: *Austrian History Yearbook* 25 (1994) 97–138.

zwischen allen Lagern, aber eben auch zwischen allen Fronten stehend⁹², im Bündnis mit den übernationalen gesamtstaatlichen Instanzen ihre einzige Sicherheit fand. Ihre Trauer über das Ende des Habsburgerstaates entsprach ihrem „Vernunftspatriotismus“ (*Marsha Rozenblit: Der Habsburg-Patriotismus der Juden*).

Obwohl der Kampf der Nationalitäten um mehr politische Rechte seit der Krise von 1896 an Radikalität zugenommen hatte und sich mit dem Weltkrieg zum Aufstand steigerte, handelt es sich noch immer um einen „Kampf um den Staat“ und dessen gerechtere Gestaltung, nicht um einen „Kampf gegen den Staat“, wie Karl Renner als einer der besten Kenner der Problematik treffend formuliert hatte⁹³. Nur an zwei Fronten ging es nicht mehr um einen Ausgleich zwischen Nationalouveränität und multinationalem Reich.

Die Mehrzahl der Italiener in Tirol, Küstenland und Dalmatien begnügte sich nicht mehr mit einer Sicherung ihrer Italianità als „österreichische Italiener“, obwohl sie im Küstenland und in Dalmatien eine privilegierte, in Triest/Trieste/Trst/Terst (*Trieste*) eine unangefochten dominante Stellung inne hatten. Der Prinzipienstreit um die italienische Universität führte die Interessen der unterschiedlichen liberalen und klerikalen Parteien zu einer nationalen Einheitsfront zusammen⁹⁴. Noch vor der italienischen Kriegserklärung 1915 gab es eine Massenflucht aus Triest, dem Küstenland und Tirol. Aus Tirol gingen 700 Freiwillige in die italienische Armee. Darunter war der Sozialist Battisti, der ursprünglich gegen ein „deutsches Tirol“ agitierte, am Ende mit dem Kampfruf „Austria delenda“ zu einem der Hauptaktivisten der Irredenta wurde. Die Fuorusciti aus Triest, ein Großteil davon Reichsitaliener, hatten in Rom lange vor der Entscheidung für den Intervento bedeutenden Einfluss. In Triest gab es aber auch die Vertreter des „Irredentismo Adriatico“ des Sozialisten Angelo Vivante, und wie im Falle der Brüder Carlo und Giani Stuparich ging die Front pro und contra Irredentismus mitten durch die Familien. Daher war die rigide Verfolgungspolitik des Militärkommandos Innsbruck unter General Alfred Krauß und der Tiroler Landesregierung mit der Ausweisung von 114.000 Trentinern, was einem Drittel der italienischen Bevölkerung entsprach, eine der dümmsten und verhängnisvollsten Verfolgungsaktionen einer nationalen Opposition, deren radikaler Teil sich im Ausland befand. Und ob von dorthier die Gefahr wirklich unabwendbar war, ist nicht ganz sicher⁹⁵. Die neuere Forschung geht davon aus, dass Vittorio Emanuele und die Regierung Antonio Salandra aus machtpolitischen Erwägungen im Prinzip schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt für den Kriegseintritt optiert hatten, sofern eine „certezza di vittoria“ gegeben sei (*Ste-*

⁹² Vgl. FRANK MICHAEL SCHUSTER, *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges, 1914–1918* (Köln 2004).

⁹³ RUDOLF SPRINGER [KARL RENNER], *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat* (Wien 1902).

⁹⁴ GÜNTHER PALLAVER, *Die „fatti di Innsbruck“ – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten*; in: *Österreichische Akademie der Wissenschaften. Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse* 147 (2012) 103–118.

⁹⁵ Vgl. ANGELO ARA, *L'irredentismo fra tradizione risorgimentale e nazionalismo*; in: *Römische Historische Mitteilungen* 24 (1982) 69–82; DERS., *Die Haltung Italiens gegenüber der Habsburgermonarchie*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie VI/2*, 190–246.

fan Wedrac/Elena Tonezzer, *Die Italiener des Küstenlandes, des Trentinos und Dalmatiens*). Die endgültige Entscheidung hatten aber selbst sie noch bis zum Frühjahr aufgeschoben, während die „schweigende Mehrheit“ des Parlaments und der Bevölkerung viel weniger kriegslüsterig war⁹⁶. So sah man auch in Wien die Lage. Karl Frh. von Macchio, Sektionschef im Außenministerium, urteilte wahrscheinlich richtig, wenn er feststellte, dass es in Italien „85% schweigsame Neutralitätsfreunde“, demgegenüber nur 15% „schreiende Kriegshetzer“ gab⁹⁷.

Die Frage aller Fragen war die offene Wunde der südslawischen Frage, nicht nur weil sie in einem direkten Zusammenhang mit der Kriegsentscheidung stand⁹⁸. Obwohl man von Regierungsseite darunter nur die Regelung der „Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina“, wo man, wie sich Budapest und Wien gegenseitig vorwarfen, durch eine Schaukelpolitik zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken die Unzufriedenheit mit der österreichisch-ungarischen Verwaltung bis zum bewaffneten Protest provoziert hatte. Mit dem Konflikt zwischen Budapest und Agram und der scharfen Repressionspolitik seit dem Banus Károly Graf Khuen-Héderváry in Agram war daraus eine kroatisch-ungarische Frage geworden⁹⁹. Als sich die Parteien Kroatiens und Dalmatiens 1905 zur Serbokroatischen Koalition zusammenschlossen und auch die Slowenische Volkspartei unter der neuen Führung von Anton Korošec sich der Bewegung anschloss, wurde sie zur südslawischen Frage. Zunächst war damit die Forderung nach der Gründung eines selbständigen, alle Südslawen vereinigenden Staates im Rahmen der Habsburgermonarchie verbunden. Spätestens 1912, als sich Serbien nach den Balkankriegen als „Piemont des Balkans“ profilieren konnte, forderte die jugoslawische Bewegung in Österreich-Ungarn die Verwirklichung dieses Zieles mit Hilfe Serbiens und unter der Dynastie Karadjordjević. Die Wiener Regierungen unterstützten grundsätzlich das Konzept des Trialismus im Sinne eines mehrheitlich kroatischen südslawischen Staates, und waren mit der Parteienmehrheit des Reichsrates sogar bereit, dafür Dalmatien zu opfern. Der Thronfolger Franz Ferdinand war der prominenteste Vertreter dieser Idee. Sie findet sich im Katalog der von ihm geplanten Reformen. Aber auch er wusste keinen Weg, wie er Ungarn zum Verzicht auf den Dualismus zwingen und eine Zustimmung zum Trialismus erhalten konnte. Die Drohung mit einer Wahlrechtsreform hatte keine Wirkung, weil nach ungarischer Einschätzung keineswegs eine Mehrheit der kroatischen Elite den Anschluss an Serbien befürwortete und einer auch für Ungarn verhandelbaren „subdualistischen“ Lösung den Vorzug gegeben hätte.

Auch in Wien rückte man nach der die Slawen der Monarchie bewegenden panslawistischen Welle von 1912 von einer Unterstützung des Trialismus ab. Denn das Programm einer serbo-kroatisch-slowenischen Vereinigung bezog sich auf alle „von

⁹⁶ GIAN ENRICO RUSCONI, *L'azzardo del 1915. Come l'Italia decide la sua guerra* (Bologna 2005) 97; GIANNI ROCCA, *Cadorna. Il Generalissimo di Caporetto* (Mailand 1985) 57.

⁹⁷ Nach Berchtold Tagebuch, 4. Jänner 1915.

⁹⁸ Vgl. MARK CORNWALL, *The Habsburg Elite and the Southern Slave Question 1914–1918*; in: LOTHAR HÖBELT, THOMAS G. OTTE (Hgg.), *A living anachronism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy. Festschrift für Francis Roy Bridge zum 70. Geburtstag* (Wien – Köln – Weimar 2010) 239–270.

⁹⁹ Vgl. MIRJANA GROSS, *Vladavina Hrvatsko-srpsko koalicije 1906–1907* [Die Regierung der Kroatisch-serbischen Koalition 1906–1907] (Beograd 1960).

Südslawen bewohnten Gebiete“, und dazu gehörten nicht nur aus nationalen, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Gründen auch das österreichische Küstenland mit dem Welthandelshafen Triest sowie Kärnten und die Südsteiermark. Darauf zu verzichten, war keine Wiener Regierung bereit, auch wenn sich Slowenen und Kroaten als verlässliche Schutzmächte gegen die italienischen Expansionspläne anboten. Die Chance eines Ausgleichs mit den Kroaten war angesichts der offenkundigen Bedrohung Dalmatiens durch Italien und die Zusagen der Entente im Londoner Vertrag, mit dem Italien zum Bündniswechsel vom Dreibund zur Entente gewonnen wurde, relativ groß. Selbst der im April 1915 in Paris gegründete Jugoslovenski odbor [Südslawischer Ausschuss] unter Ante Trumbić hat sich nur halbherzig und gegen den Widerstand von Frano Supilo im Vertrag von Korfu vom Juli 1917 für die Koalition mit Serbien gewinnen lassen. Supilo hatte sogar vorgeschlagen, „dass die kroatischen Emigranten die Beziehungen zum Jugoslovenski odbor sowie zur serbischen Regierung abbrechen und ein kroatisches Komitee gründen sollten“ (*Marco Trogrlić: Die Südslawische Frage als Problem der österreichisch-ungarischen und internationalen Politik*). Daher wurde die Frage der inneren Gestaltung des künftigen Staates nur in dem Maße erörtert, als es notwendig war, um die Alliierten davon zu überzeugen, dass Serben, Kroaten und Slowenen in einem gemeinsamen Staat leben könnten.

Aber ein attraktives Gegenangebot seitens Österreich-Ungarns wurde nicht einmal diskutiert. Selbst als man im Herbst 1918 im Gemeinsamen Ministerrat angesichts der militärischen Niederlage nach einem Weg zum Frieden suchte, weil man sich bewusst war, dass es um die „Existenz der Monarchie“ ging, und der k.u.k. Kriegsminister Rudolf Frh. von Stöger-Steiner entschieden eine Lösung der südslawischen Frage in dem Sinn befürwortete, „dass die südslawische Bevölkerung, welche bisher in 6 getrennten Staaten beziehungsweise Verwaltungseinheiten leben musste, tunlichst restlos in eine große politische Einheit zusammengefasst werde“¹⁰⁰, konnte der „scharfe Gegensatz zwischen dem dualistischen und trialistischen Standpunkt“ nicht überwunden werden¹⁰¹.

5. „Détruisez l’Autriche“

Die Frage, ob die Habsburgermonarchie mit ihrer am Höhepunkt des Zeitalters des Nationalismus unzeitgemäßen Staatsidee einer multikulturellen Gesellschaft gescheitert ist, weil sie sich als unfähig erwiesen hat oder nicht gewillt war, das Nationalitätenproblem zu lösen und daher einfach „zerfallen“ ist, ob sie von radikalen Nationalismen „zerstört“ wurde, oder letztendlich Bauernopfer des im Weltkrieg ausgetragenen Kampfes der Großmächte um die Hegemonie in Europa war, zieht sich direkt oder indirekt durch die gesamte Habsburgforschung, wird aber unterschiedlich beantwor-

¹⁰⁰ Gemeinsamer Ministerrat 2. Okt. 1918, KOMJÁTHY (Hg.), Protokolle des Gemeinsamen Ministerates 1914–1918, 694.

¹⁰¹ Vgl. JÓSEF GALÁNTAI, Tisza und die südslawische Frage während des Ersten Weltkrieges; in: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestensis des Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica XXI* (1981) 237–258.

tet¹⁰². Die Frage scheint berechtigt, ob im Sommer 1917, „noch ehe die Entente sich zur Zerschlagung Österreichs verpflichtet hatte, [sich] dem Kaiserreich möglicherweise die letzte Chance seines Fortbestandes“ bot¹⁰³. Nach wie vor steht aber unbeantwortet im Raum, ob diese Chance wirklich bestanden hat, ob sie leichtfertig vertan wurde, oder das geforderte Nationalstaatsensystem als Alternative unvermeidlich war. Eine Antwort ist schwierig, weil die Ursachen des Scheiterns komplex waren: „Nationalist propaganda and ethnically motivated distrust were destabilizing factors throughout the war. Nevertheless, a traditional sense of duty and most of all the influence of the ‚total institution‘ of the army ensured a certain cohesiveness for a long time not until the second half of the war, when the Habsburg Monarchy plunged into a supply crises combined with the lack of military victories, did nationalistic agitation and Bolshevistic ideas; together with hunger, war-weariness and a desire for peace; combine into a destructive conglomerate. The Habsburg Empire lost its inner cohesiveness as a result of the collapse of its economic, social and administrative structures and the inability to continue total warfare“¹⁰⁴.

Diplomatisch, d.h. auf der Basis einer eigenständigen Außenpolitik, gab es keinen Ausweg. Der in Wien gesuchte Weg zu einem Verständigungsfrieden war versperrt, weil man auf das im Prinzip ungeliebte Bündnis mit Deutschland angesichts der sich verschärfenden innenpolitischen Spannungen weniger verzichten konnte als je zuvor (*Lothar Höbelt: Diplomatie zwischen Bündnissicherung und Verständigungsfrieden*). „Stehen oder fallen“ entschied sich nach dem Bekenntnis Czernins an der Tragfähigkeit des Bündnisses mit Deutschland¹⁰⁵.

Ob der Nationalitätenkonflikt langfristig schon entschieden war, oder ob er ohne den Krieg in vielfach geübten, langen und geduldigen Verhandlungen hätte anders entschieden werden können, lässt sich nicht eindeutig beurteilen. Die Frage wäre allerdings nur berechtigt, wenn es solche Verhandlungen, relativ zahlreiche Erfolge und eine Unzahl von theoretischen Überlegungen zur Lösung des Problems nicht schon

¹⁰² Vgl. als eine dezidierte Option für die „Auflösung“ FRITZ FELLNER, *Der Zerfall der Donaumonarchie in weltgeschichtlicher Perspektive*; in: DERS., *Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919*, hg. HEIDRUN MASCHL, BRIGITTE MAZOHL-WALLNIG (München 1994); für die „Zerstörung“ RICHARD GEORG PLASCHKA, *Das Ende des Habsburgerreiches innere und äußere Impuls- und Krisenfaktoren im Jahre 1918*; in: CASIMIRA GRANDI (Hg.), *Tirol – Alto Adige – Trentino* (= Collana di monografie dalla Società di Studi Trentini di Scienze Storiche 53, Trento 1996) 11–29. Vgl. auch ZBYNĚK ANTHONY BOHUSLAV ZEMAN, *The Break-Up of the Habsburg Empire 1914–1918. A Study in National and Social Revolution* (London – New York – Toronto 1961, deutsch *Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914–1918*, München 1963).

¹⁰³ KANN, *Nationalitätenproblem* 2, 249.

¹⁰⁴ MARTIN ZÜCKERT, *Imperial War in the Age of Nationalism – The Habsburg Monarchy and the First World War*; in: JÖRN LEONHARD, ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN (Hgg.), *Comparing Empires. Encounters and Transfers in the long Nineteenth Century* (= Schriftenreihe der FRIAS School of History, School of History Freiburg im Breisgau 1, Göttingen 2011) 516 f.; vgl. auch MARK CORNWALL (Hg.), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts* (Wegberg ²2006); DERS., *Auflösung und Niederlage. Die österreichisch-ungarische Revolution*; in: EBD. 174–201.

¹⁰⁵ LOTHAR HÖBELT, *„Stehen oder Fallen?“ Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg* (Wien – Köln – Weimar 2015).

gegeben hätte¹⁰⁶. Denn auch die Gegenfrage stellt sich, wie weit die Forderungen der Nationalitäten mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht zuerst nach mehr Autonomie, zuletzt nach voller Staatlichkeit, nicht schon vom theoretischen Ansatz her den Gesamtstaat in Frage stellten. Sie ist schwer zu beantworten, weil für den Höhepunkt des Konfliktes im Ersten Weltkrieg nicht klar ist, ob die Flucht in den Nationalstaat das Ende eines sozialen Protestes der nationalen bürgerlichen Gesellschaften war, ob die Offenhaltung eines Ausgleiches auf der Basis eines Restes staatlicher Gemeinschaft „unter dem Szepter der Habsburgerdynastie“ nicht nur mehr Taktik war, oder ob am Ende die europapolitischen Ziele der Großmächte den Ausschlag dafür gaben, die Habsburgermonarchie als Teil des Mächtesystems zu eliminieren, wobei die ideologischen Argumente des Kampfes gegen Militarismus und Autokratie, für Demokratie und Selbstbestimmungsrecht durchaus legitime Kriegsziele waren, aber nicht den Kern des Problems trafen. Sie sind ernst zu nehmen, weil die Reformbereitschaft zwar nicht gering, das Reformpotential aber begrenzt war, wenn es um die konkrete Umsetzung der allgemeinen Prinzipien der „Gleichberechtigung aller Volksstämme“, von „Selbstbestimmung“, „Autonomie“ und „Föderalismus“ ging. Die Reformbemühungen seit dem Experiment Hohenwart-Schäffle 1870, die Sozial- und Sprachenpolitik der Ära Taaffe 1879 und die Ausgleichsverhandlungen der Regierungen seit Koerber 1900 brachten mit dem Mährischen 1905 und Bukowinaer Ausgleich von 1910 auch im administrativen Detail Erfolge. 1912 stand man in der zentralen Frage des böhmischen Ausgleichs vor einem von den deutschen und tschechischen Kontrahenten akzeptierten Verhandlungserfolg, der nur zum Schein an der Verhandlungsmaterie, in Wirklichkeit an der durch den Balkankonflikt ausgelösten slawischnationalen Aufbruchshysterie scheiterte. Dass die österreichischen Regierungen trotz substanzieller Zugeständnisse buchstäblich bis zum letzten Atemzug auf dem Höhepunkt der äußeren und inneren Staatskrise von 1917/18 auf der prinzipiellen Sicherung der staatlichen Einheit der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ beharrten, war ein gravierendes Hindernis für einen Erfolg. Wenn das Ausdruck eines rigiden prinzipiellen Staatszentrismus gewesen wäre, hätten die Wiener Regierungen einen Großteil der Verantwortung für das Scheitern zu tragen. Weder Österreich noch Ungarn waren aber Zentralstaaten, denn in einem entwickelten System der administrativen, kulturellen und wirtschaftlichen Autonomie der Länder, Bezirke und Gemeinden war der direkte Einfluss des Staates auf ein Minimum reduziert¹⁰⁷.

¹⁰⁶ Vgl. GERALD STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918 (Wien 1985).

¹⁰⁷ Vgl. Jiří KLBOUCH, Die Lokalverwaltung in Cisleithanien; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II: Verwaltung und Rechtswesen (Wien 1975) 270–305.; für Böhmen MILAN HLAVÁČKA, Zlatý věk české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862–1913 [Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung und ihr Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung Böhmens 1862–1913] (Praha 2006); für Ungarn ANDRÁS GERGELY, Területi autonómiák Területi autonómiák – lokális önkormányzatok a XIX. századi Magyarországon [Territoriale Autonomien – lokale Selbstverwaltung in Ungarn im 19. Jahrhundert]; in: JENŐ GERGELY (Hg.), Autonomiák Magyarországon 1848–1998 [Autonomie in Ungarn 1848–1998] (Budapest 2004) 41–57.

Was die österreichischen Regierungen hinderte – und das gilt in einem verschärften Maß auch für Ungarn – weiter zu gehen, als man schon gegangen war, resultierte vielmehr aus der Erfahrung, dass staatsrechtliche Zugeständnisse nicht nur den sukzessiven Zerfall des Gesamtstaates vorbereiteten, sondern das Nationalitätenproblem nur noch verschärften. Der im Grunde von der Wiener Hochbürokratie nie anerkannte und daher immer umstrittene staatsrechtliche Ausgleich mit Ungarn von 1867 hatte die freie Entfaltung des Magyarismus ermöglicht, der von der Sicherung der Idee der ungarischen Staatsnation zum Kampf gegen die Forderungen der Nationalitäten führte. Ähnlich hatte der informelle galizische Ausgleich von 1869 die ungehemmte Polonisierung des ruthenischen Ostgalizien zur Folge. Die Triestiner Kommunalautonomie wurde zum Mittel, die Italianità in einem der vielen multikulturellen Zentren des Reiches zu sichern. Das Scheitern der böhmischen Fundamentalartikel von 1870 und der seit 1900 von der Regierung Körber geführten böhmischen Ausgleichsverhandlungen demonstrierten, dass auch das „böhmische Staatsrecht“ in Wirklichkeit nur die Forderung nach einem tschechischen Föderativstaat verschleierte, der sich auf das nationale Selbstbestimmungsrecht der Tschechen berief, den ein Drittel der Bevölkerung stellenden Deutschböhmen dieses Selbstbestimmungsrecht aber nicht zu garantieren bereit war. Formal war es zwar der Einspruch Ungarns, der eine trialistische (Österreich-Ungarn-Südslawien) oder quadralistische (Österreich-Ungarn-Polen-Südslawien) Erweiterung der dualistischen Reichsstruktur verhinderte, im Grunde war man aber auch in Österreich gegen einen national definierten Länderföderalismus. Jedenfalls gab es für die Regierungen und die Führungsschichten diesseits und jenseits der Leitha „hinreichend Beweggründe, einer demokratisch-föderalistischen Reform, wie sie retrospektiv als verlorene Chance der Habsburgermonarchie hingestellt wird, ablehnend gegenüber zu stehen“¹⁰⁸. Das war nicht fahrlässig im Sinne des oft erhobenen Vorwurfs der „versäumten Gelegenheiten“ oder der „Reformverweigerung“. Deshalb legte sich die österreichische Regierung mit einem Ministerratsbeschluss 1913 darauf fest, von sich aus keine Vorschläge zu machen, und kein Projekt zu befürworten, weil bei jedem durch Regierungsoktrois verordneten Konzept in der Regel alle Parteien unzufrieden waren und, ihre eigenen Hände in Unschuld waschend, der Regierung die Schuld am Scheitern anlasteten.

Trotz der Absage an einen Oktrois ließen aber alle Regierungen von Koerber (1899 Ernst –1904) bis Heinrich Lammasch (1918) informell an Vorüberlegungen für eine Verfassungsreform arbeiten, um einen Kompromiss zwischen den sich vielfach widersprechenden Staatsrechts- und Autonomieforderungen der Nationalitäten, den Führungsansprüchen der Deutschen und Magyaren und der Sicherung der „Staatsnotwendigkeiten“ zu finden. Nie in der langen Geschichte des Nationalitätenstreites hat es so viele Gremien, private, halboffizielle und Regierungskommissionen, Parteien- und Parlamentskomitees und akademische Expertengremien gegeben. Das übereinstimmende Ergebnis aller Expertisen war die Empfehlung, den Zentralismus zu mildern und den Kronländern als historisch gewachsenen administrativen und wirtschaftlichen Einhei-

¹⁰⁸ LOTHAR HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien – München 3) 358.

ten mehr Selbständigkeit zu geben, aber zum Schutz der nationalen Minderheiten innerhalb der Länder, der jeweiligen nationalen Mehrheit angepasste autonome Kreise einzurichten.

Die Regierung Ernst Seidler von Feuchtenegg hat im Sinne dieses Konzeptes am 19. Mai 1918 die Kreisverordnung für Böhmen erlassen, als unmittelbare Antwort auf die Großkundgebung in Prag aus Anlass der 50jährigen Grundsteinlegung des Nationaltheaters am 16. Mai 1918, wo die bedingungslose Opposition der Tschechen nachdrücklich verkündet wurde. Dabei agierten die Veranstalter schon nach den Weisungen der tschechischen Exilregierung. So wie Beneš die Dreikönigsdeklaration vom 6. Jänner 1918 als „erste, wirklich revolutionäre Kundgebung“ erkannt und bejubelt hatte¹⁰⁹, so war sie und die Prager Kundgebung für Seidler ein klarer Wendepunkt, den zu ignorieren er nicht mehr bereit war. Seidlers Nachfolger Max Frh. Hussarek von Heinlein hat ausdrücklich erklärt, dass es sich beim Ausbau der Verwaltungsautonomie nicht um eine Aktion zum Schutz der Deutschen in Böhmen handelte, sondern um ein allgemeines Verfassungsprinzip für die Gesamtlösung der Nationalitätenfrage, das er auf alle gemischtsprachigen Kronländer anzuwenden gedachte. Dort nicht nur zum Vorteil der Deutschen, sondern auch zu jenem der Ruthenen in Galizien, der Slowenen in Kärnten und der Steiermark und im Küstenland, der Italiener in Tirol. Hussarek war überzeugt, und das wollte er demonstrieren, dass das Konzept der Kreisautonomie die beste und gerechteste aller möglichen Lösungen war. Es ließ sich praktisch ohne große Änderungen der bestehenden Administration durchführen, es erfüllte die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, wahrte die Länder als historisch gewachsene Lebensseinheiten und sicherte den in der europäischen Mächtepolitik konkurrenzfähigen Staatenverband der Doppelmonarchie. Ob dieses seit den neunziger Jahren diskutierte Projekt „einer Kombination eines gemäßigten und pluralistischen Zentralismus (im Sinne der Regierungsbeteiligung der nichtdeutschen Nationen) mit einer Form nationaler Autonomie [...], die von Land zu Land verschieden gestaltet werden sollte“ (*Helmut Rumpler, Die Todeskrise Cisleithaniens 1911–1918*) wirklich das „Maximum dessen darstellte, wozu das alte Österreich im Sinne einer ‚definitiven Regelung‘ fähig war“, ist eine berechtigte Frage¹¹⁰. Hussarek beantwortete sie mit einem entschiedenen Ja. Er wollte unmissverständlich klarstellen, „wozu seine Regierung bereit, und wo sie Grenzen zu setzen entschlossen war“ (*ebd.*).

Enttäuscht über diesen Gang der Dinge, begann der Kaiser, die Verfassungsreform in die eigene Hand zu nehmen. Aus seinem engeren Beraterkreis um seinen Kabinettsdirektor Arthur Graf Polzer-Hoditz wurde ihm ein explizit föderalistischer Gegenkurs zur autonomistischen Regierungslinie nahe gelegt, der dem entsprach, wozu Karl ohnehin schon tendierte. Als sich der Kaiser unter dem Eindruck der militärischen Niederlage am Balkan im September 1918 entschloss, die Verfassungsfrage durch ein kaiserliches Manifest (das spätere Völkermanifest vom 16. Oktober 1918) zu entscheiden, wählte er gegen den Beschluss der österreichischen Regierung die Variante der nationalen Föderalisierung, wonach sich „jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsge-

¹⁰⁹ BENEŠ, Aufstand der Nationen 452.

¹¹⁰ KRÉN, Die Konfliktgemeinschaft 296.

bierte sein eigenes Staatswesen“ bilden sollte. Damit sollte das Reich durch eine große Geste der Gewährung des so oft geforderten „nationalen Selbstbestimmungsrechtes“ gerettet werden. Das war eine bedenkenlose Verzweiflungstat, die sowohl juristisch wie politisch an der Wirklichkeit vorbei agierte¹¹¹. Niemand, das war jedem in der Materie Bewanderten klar, verlangte das nationale Selbstbestimmungsrecht, alle forderten schon brutal und ungeniert den Nationalstaat der Mehrheitsnationen.

Ob das Bekenntnis zum Föderalismus auf irgend jemanden im In- oder Ausland Eindruck machen konnte, hing davon ab, ob die zentrale Frage der Neuordnung des südslawischen Problems eine angemessene Antwort fand. Diese konnte aber nicht einmal diskutiert werden, weil es sich auch um eine innerungarische Frage handelte, und sich Kaiser Karl durch die von Tisza mehr oder weniger erzwungene Krönung zum König von Ungarn auf die Wahrung der Verfassung und Integrität des Königreiches verpflichtet hatte. Noch auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise, als der Kaiser zum ersten Mal eine Grundsatzdiskussion anordnete, erklärte Außenminister Burián die Idee eines südslawischen Staates als „nicht vereinbar mit der Geschichte der Monarchie und könne keinen Platz in deren Rahmen finden“¹¹². Die südslawische Gefahr schien ihm eine „vorübergehende Wolke“, die Agitation „gekünstelt und von außen hereingetragen“¹¹³. Als Tisza von den Föderalisierungsplänen der kaiserlichen „Nebenregierung“ um Polzer-Hoditz erfuhr, protestierte er bei Czernin und drohte mit ernststen Schwierigkeiten bei der nächsten Delegations Sitzung. Er verwies auf die „dualistische Structur der Monarchie und die paritätische Stellung Ungarns in derselben“ als „eine[r] *Conditio sine qua non* unseres Zusammenlebens mit den anderen Völkern der Monarchie [...]. Eine Majorisierung durch Elemente, welche gerade jetzt so viel niedere Leidenschaft uns gegenüber zur Schau tragen, wird sich Ungarn nie gefallen lassen, und es kann ein ärgerer Feind der Monarchie und ihrer Großmachtstellung nicht gedacht werden, als derjenige, welcher jetzt nach den schwer erkämpften Erfahrungen und glorreichen Erfolgen dieses Krieges einen Kampf zur Verteidigung seiner verbrieften Rechte Ungarn aufzwingt“¹¹⁴. Erst als es zu spät war, eine ungarisch-kroatische Einigung zu verhandeln und sich „im Zusammenhang mit der außenpolitischen Lage“ die „Notwendigkeit einer Rekonstruktion im Innern, namentlich im Hinblick auf die südslawische Frage [aufdrängte]“, konzidierte auch Burián, dass „die außenpolitische Situation gewisse Umwandlungen im Innern im Sinne des Föderalismus als notwendig erscheinen lasse, um die Vorbedingung zum Frieden zu schaffen“¹¹⁵.

¹¹¹ Zu den inhaltlichen Aporien vgl. HELMUT RUMPLER, *Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches* (= Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 1966).

¹¹² Gemeinsamer Ministerrat 30. Mai 1918, KOMJÁTHY (Hg.), *Protokolle des gemeinsamen Ministerrates 1914–1918*, 662.

¹¹³ Ebd. 664.

¹¹⁴ Brief an Czernin, 18. September 1917; voller Wortlaut PETER BROUCEK, *Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie* (Wien 1997) 192 ff.

¹¹⁵ Erklärung Buriáns gegenüber deutschnationalen Abgeordneten, *Neue Freie Presse* 27. September 1918.

In Ungarn stellte sich die Reformfrage aufgrund der nationalen Vielfalt und der restriktiven magyarischen Staatsidee in besonderer Weise. Der „starke Mann“ Ungarns, István Graf Tisza, der für Franz Joseph das „Unterpfand der politischen Stabilität Ungarns“ war, hat diese Frage in Übereinstimmung mit den in der „*Treuga Dei*“ vereinigten Parteien der Rechten und der Linken zwar gestellt, sie aber letztlich nicht beantwortet (*Imre Röss, Ungarn im Weltkrieg*). Eine Trennung von Österreich stand in der Parteipropaganda und im Rahmen der Konflikte bei den Ausgleichsverlängerungen zunächst nicht wirklich zur Debatte gestellt. Alle ungarischen Parteien, nicht nur die den Ausgleich verteidigende Nemzeti Munkapárt [Partei der nationalen Arbeit] Tiszas, sondern auch die oppositionellen Unabhängigkeitsparteien der „48er“ waren sich der Tatsache bewusst, dass ein selbständiges Ungarn im europäischen Mächtesystem nicht bestehen konnte. Umgekehrt wussten auch die österreichischen Liberalen, die zu einer Kündigung des Ausgleichs neigten, dass Österreich ohne die militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen Ungarns ein Spielball der europäischen Politik wäre und zu einem Satellitenstaat des Deutschen Reiches herabsinken würde. Erst gegen Ende des Krieges verschlechterte sich das Verhältnis Ungarns zum Gesamtstaat ernsthaft, als man in Budapest alle Komplikationen, vom Krieg gegen Serbien bis zu den nationalen Konflikten, der österreichischen Konsenspolitik anlastete.

Aber den Ungarn ging es nicht nur um die Unabhängigkeit von Österreich, sondern auch um den magyarischen Charakter ihres Königreiches mit Magyarisch als Staatssprache. Die Möglichkeiten für eine flexiblere Nationalitätenpolitik waren angesichts der extremen nationalen Gemengesiedlung im Großteil der ungarischen Distrikte prinzipiell schwierig¹¹⁶. Die Hegemonie der Magyaren als Sicherung der staatlichen Einheit war für sämtliche Parteien ein „kategorischer Imperativ“. Wo diese Maxime in Frage gestellt wurde, durch die nationalen Parteien, den Thronfolger Franz Ferdinand, ja sogar durch den neuen König mit der Drohung des allgemeinen Wahlrechts, antwortete jede Regierung mit einer Verschärfung der Magyarisierungspolitik.

Trotz mancher Kritik, mehr von außen als von innen, musste Ungarn einen essentiellen Widerstand gegen seine rigide Innenpolitik zu Beginn des Krieges noch nicht fürchten, obwohl das Erbe des Konfliktes mit Kroatien seit 1905 und die Verschärfung der großserbischen Agitation in den südöstlichen Komitaten die offizielle Staatsidee von der „Suprematie“, „Integrität“ und „Einheitlichkeit“ zunehmend in Frage stellten. Zur Verschärfung der inneren Konflikte kamen die Belastungen des Krieges, der sich nach dem Kriegseintritt Rumäniens gefährlich den Staatsgrenzen des Königreiches näherte. Damit wurde die Frage nach den Ursachen des Krieges gestellt, der nach ungarischer Auffassung in den inneren Konflikten Österreichs seine letzte Ursache hatte, und der den inneren Unfrieden, der Österreich bis hin zur Auflösung zerrütete, auch nach Ungarn gebracht hatte. Tisza glaubte in Budapest darauf hinweisen zu können, dass

¹¹⁶ Vgl. ZOLTÁN SZÁSZ, Die Ziele und Möglichkeiten der ungarischen Regierungen in der Nationalitätenpolitik im 19. Jahrhundert; in: FERENC GLATZ, RALPH MELVILLE (Hgg.), Gesellschaft, Politik und Verwaltung in der Habsburgermonarchie 1830–1918 (Stuttgart 1987) 327–341.

die österreichische Ausgleichspolitik nur Gefahren ohne Sicherheiten für den Gesamtstaat brachte. Vor allem begründete Tisza den Widerstand gegen die Anerkennung eines polnischen Staatsrechts in Galizien, eines tschechischen in Böhmen und natürlich eines jugoslawischen in den serbisch-kroatisch-slowenischen südöstlichen Provinzen der Monarchie. Die Mitteleuropa-Idee war für Tisza nur eine vergrößerte Österreicherei“ (*Ress*). Am Höhepunkt der Diskussion, im Oktober 1918, bildete sich bei den Repräsentanten der ungarischen Oppositionspolitik der Standpunkt heraus, dass der wirkliche Krieg nicht zwischen den Mittelmächten und der Entente, sondern zwischen Österreich und Ungarn stattfindet.

Allerdings waren alle Diskussionen um eine Verfassungsreform, ob in Österreich oder in Ungarn, irrelevant, seit sich die nationale Inlandsopposition den radikalen Zielen der Exilpolitiker angeschlossen hatte. Als sich Tschechen und Südslawen in der „Maideklaration“ vom 30. Mai 1917 zur ersten Formulierung ihrer Forderung nach einem selbständigen Nationalstaat und der Umgestaltung der Monarchie „in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten“ vereinigten¹¹⁷, war das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Staat möglicherweise noch ernst gemeint. Für die tschechischen Initiatoren handelt es sich aber nur mehr um einen Kompromiss zwischen ihrer gemeinsam mit dem kroatisch-slowenischen Reichsratsklub im Jänner 1917 abgegebenen österreichisch-patriotischen Loyalitätserklärung und der radikalen Absage an den gemeinsamen Staat, wie ihn ein Prager Schriftstellermanifest vom 29. Mai 1917 forderte. Aber die österreichischen Regierungsstellen waren schon der Überzeugung, dass alle Unterzeichner der Mai-Deklaration – vielleicht mit Ausnahme des Slowenen Ivan Šusteršič – die Habsburgerklausel „unter dem Szepter der Habsburgerdynastie“ nur als „Etikett betrachteten, das ihre staatsfeindliche Aktion decken sollte“¹¹⁸. In der Dreikönigsdeklaration vom 6. Jänner 1918 mit ihrer Forderung nach Errichtung eines „selbständigen, hoheitlichen und vollberechtigten Staates gemäß den Prinzipien des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung“ wurde die Auflösung der Habsburgermonarchie zwar nicht *expressis verbis* gefordert, aber „von da an konnten die tschechischen Forderungen nur mehr auf den Ruinen der Habsburger Monarchie voll befriedigt werden“ (*Šedivy*).

Beneš hatte aus Paris wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung¹¹⁹. Er und Masaryk hatten ihre Parole des „Weg von Österreich“ längst auf die Kampfansage „Weg mit Österreich“ verschärft¹²⁰. Ob ihr Aufruf „Détruisez l’Autriche“ verwirklicht werden konnte, entschied sich aber nicht im Kampf der Parteien gegen die österreichische Regierung, sondern auf der Bühne der internationalen Politik. Ihre Chancen verbesserten

¹¹⁷ Der Vorsitzende des Česky svaz Staněk, PROTOKOLLE ABGEORDNETENHAUS 1917–1918, XXII. SESSION, 1. Sitzung (30. Mai 1917); auch JAN GALANDAUER (Hg.), *Vznik Československé republiky 1918. Programy, projekty, perspektivy* [Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik 1918. Programme, Projekte, Perspektiven] (Praha 1988) 288.

¹¹⁸ JANKO PLETERSKI (Hg.), *Politično preganjanje Slovencev v Avstriji 1914–1917. Poročili vojaške in vladnje komisije* [Die politische Verfolgung der Slowenen in Österreich 1914–1917. Die Berichte der militärischen und ministeriellen Kommission] 1 (= *Viri Arhivsko društvo Slovenije*, Ljubljana 1980–1982) 201.

¹¹⁹ Vgl. BENEŠ, *Aufstand der Nationen* 507 f.

¹²⁰ Vgl. die Briefauswahl HADLER (Hg.), *Weg von Österreich!*

sich erst, als mit dem militärischen Unentschieden an der Westfront und in Italien und dem Sieg der Mittelmächte im Osten die Entente zu einer entscheidenden Initiative gezwungen wurde. Die Exilpolitiker spekulierten richtig damit, dass diese Entscheidung die Zerschlagung Österreich-Ungarns implizierte. Nur dann konnte, wie Lansing argumentierte, einerseits der Krieg gegen Deutschland gewonnen, andererseits Mitteleuropa von der russischen Revolution gesichert werden.

Kaiser Karl und sein Außenminister Czernin hofften, aus dem Krieg durch einen Vermittlungsfrieden herauszukommen. Daher wurden die im Dezember 1916 vom Kaiser initiierten Vermittlungsgespräche mit den Parma-Prinzen Sixtus und Xavier am 24. März 1917 mit dem ersten Sixtus-Brief abgeschlossen, begleitet von fieberhaften Verhandlungen Czernins mit Deutschland über Friedensbedingungen und über den deutsch-österreichischen Interessenausgleich. Aber Kaiser Karl und Czernin blieben nicht nur in Berlin erfolglos. Auch die zahlreichen Versuche, auf dem Umweg über private Initiativen in Richtung Paris, London und Washington die Entente für ein Friedensgespräch zu gewinnen, scheiterten¹²¹. Czernin unterbrach seine und Karls Aktivitäten, als er merkte, dass die Entente die Friedenskontakte nur als Test für eine Sonderfriedensbereitschaft Österreich-Ungarns benützte. Er sah sich bestätigt, als die Ententeregierungen die Wende von der Unterstützung der nationalen Freiheitsforderungen zum Kriegsziel der Auflösung des Habsburgerstaates vollzogen.

Zwar haben David Lloyd George und Woodrow Wilson bis in den Jänner 1918 erklärt, dass ihrerseits nicht die Auflösung der Habsburgermonarchie beabsichtigt sei, sondern nur die Garantie für die „freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung“ der Völker (Punkt 10 der 14 Punkte Wilsons vom 8. Jänner 1918) und die „Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen und der Tschechoslowaken von fremder Herrschaft“ (Kriegszielnote der Entente vom 10. Jänner 1918). Dass das noch ernst gemeint war, wollte man aber in Wien angesichts der anders und schärfer gefassten öffentlichen Kriegsreden Greys, Aristide Briands und Lloyd Georges nicht recht glauben.

Nur Italien war mit einer in der militärischen und politischen Krise von 1917 selbst für Frankreich scheinbar noch akzeptablen Kompromisspolitik nicht einverstanden. Schon im Rahmen der Agitation für den Kriegseintritt hatte Rom die Idee propagiert, das Nationalitätenprinzip als Hebel für die Auflösung der Habsburgermonarchie zu benutzen. Und es war Italien, das auf der Konferenz von Saint-Jean-de-Maurienne vom 19. bis 21. April 1917 einen von den Westmächten diskutierten Sonderfrieden kategorisch ablehnte. Beim italienischen Armeeoberkommando in Padua wurde ein alliiertes Propagandazentrum eingerichtet, in Rom eine italienische Übersetzung von Benés' „Détruisez l'Autriche“ herausgebracht. Der „Kongress der unterdrückten Völker [Österreich-Ungarns]“ in Rom vom 8.–10. April 1918 war zwar kein großer Mobilisierungserfolg, aber er brachte das endgültige Bekenntnis der Entente-Regierungen zur Anerkennung der Exilorganisationen als offizielle Vertreter ihrer Nationalitäten. Und er bot George Clemenceau die Möglichkeit, die Entente-Mächte und die USA auf den Endkampf einzuschwören. Am selben Tag, als sich der Kongress versammelte, veröf-

¹²¹ Vgl. HANS FENSKE, *Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919* (München 2013).

fentlichte er in einer wohl kalkulierten Aktion den ersten Sixtusbrief vom 24. März 1917 mit der Anerkennung der „justes revendications“. Er wusste, was folgen würde. Kaiser Karl wurde ins deutsche Hauptquartier zitiert, und die in Spa am 12. Mai 1918 abgeschlossene Militärkonvention machte klar, dass Karl damit eine Kapitulation unterschrieben hatte. Eine selbständige österreichisch-ungarisch Außen- und Militärpolitik gab es nicht mehr, und eine innenpolitische Reformpolitik mit einem klaren und durchgreifenden Verzicht auf die traditionelle Vormachtstellung der Deutschen wurde ungläubwürdig.

Italien erreichte sein Ziel. Als erster offizieller Politiker der Entente übernahm Leonida Bissolati, Minister ohne Portfeuille im Kabinett Paolo Boselli und entschiedener Verfechter des Intervento, in einer Gedenkrede für den in Trient hingerichteten Battisti in Cremona dessen Mazzinianische Parole „Austria delenda“. Die USA bestätigten den seinerzeit als Preis für den Kriegseintritt von der Entente abgeschlossenen Londoner Vertrag¹²². Und sie bewegten sich „langsam und vorsichtig in Richtung auf eine Befürwortung der Auflösung Österreich-Ungarns“¹²³. Nach der Sixtus-Veröffentlichung machte Robert Lansing Wilson darauf aufmerksam, dass die Haltung Österreich-Ungarns zu Deutschland „makes further peace approaches to them well-nigh impossible“¹²⁴, und er empfahl die Anerkennung der Unabhängigkeit der Völker Österreich-Ungarns als Honorierung ihres Widerstandskampfes gegen das von Deutschland beherrschte Österreich¹²⁵.

Das war die Stunde des Triumphes der Exilrevolution. Polen, Italiener, Südslawen, Tschechen, Slowaken und Rumänen „hatten in Lansing und Roosevelt ihre Patrone gefunden“¹²⁶. Jetzt konnte Beneš „frei aufatmen“ und sich „aufrichtig freuen“, denn mit der offenen Kampfansage Clemenceaus vom 12. April 1918 war klar, dass nicht nur für Frankreich „das Habsburgerreich endgültig erledigt [war]“¹²⁷. Der Anteil Masaryks am Erfolg war bedeutend, wenn auch wahrscheinlich nicht entscheidend¹²⁸. Für die Gewinnung der westeuropäischen und amerikanischen Propaganda zugunsten des Zieles einer Zerstörung der Habsburgermonarchie war sein bestes Argument der Hinweis darauf, dass die Habsburgermonarchie nur ein Vasall Deutschlands war. In seinem Me-

¹²² ANGELO ARA, *L'Austria-Ungheria nella politica americana durante la prima guerra mondiale* (Roma 1973); DERS., Die Vereinigten Staaten zwischen Italien und Österreich von der amerikanischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn bis zur Friedenskonferenz; in: ADAM WANDRUSZKA, LUDWIG JEDLIČKA (Hgg.), Innsbruck – Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972 (Wien 1975) 47–99.

¹²³ EBD. 54.

¹²⁴ Lansing an Wilson, 10. Mai 1918, KOVÁCS (Hg.), Politische Dokumente, Dok. 92.

¹²⁵ Lansing an Wilson, 30. Mai 1918, EBD. Dok. 94.

¹²⁶ Analyse des Entscheidungsprozesses bei FICHTNER, *Americans and the Disintegration*. Zur Diskussion JOHN S. MCGIEL, (Hg.), *Wilsonian East Central Europe: Current Perspectives* (New York 1995).

¹²⁷ BENEŠ, *Aufstand der Nationen* 426.

¹²⁸ In der neueren Literatur wird die Führungsrolle Masaryks relativiert und darauf verwiesen, dass er diplomatisch geschickt, den gegen Österreich-Ungarn gerichteten Tendenzen amerikanischer Kreise folgte; vgl. JOSEF KALVODA, *The Genesis of Czechoslovakia*. (= *East European Monographs* 209, Boulder 1986); auch JIŘÍ KOVTUN, *Masarykův triumf*. Sammelrezension EVA SCHMIDT-HARTMANN, *Thomas G. Masaryk und das Ende einer Epoche*. Zu einigen Veröffentlichungen über T[omaš] G[arrigue] M[asaryk]; in: *Bohemia* 31 (1990) 104–113.

morandum vom Februar 1916 „L'Europe central pangermanique, ou une Bohème libre?“ forderte er mit dieser Begründung die Schaffung eines „unabhängigen, alle Söhne um sich versammelnden Böhmen“, darüber hinaus aber die staatliche Unabhängigkeit Polens und der südslawischen Länder als notwendige Voraussetzung für ein freies Mitteleuropa. Als sich die Kriegskabinette Lloyd George, Clemenceau und Sidney Sonnino im Rahmen der militärischen und diplomatischen Offensive der Entente entschlossen, alle Mittel zur Entscheidung des Krieges zu mobilisieren, stellte sich, von Italien auf den Verhandlungstisch gebracht, auch die Frage nach der Zukunft Österreich-Ungarns.

Die Westmächte waren zwar unmittelbar und zunächst „nicht die treibende Kraft beim politischen Zerfall der Monarchie“ (*Suppan, Die imperialistische Friedensordnung Mitteleuropas in den Verträgen von Saint-Germain und Trianon*). Das bedeutete aber nicht, dass sie „den Ereignissen bloß ihren Lauf [ließen] und allfällige Bedenken zurück[stellten]“ (*Ebd.*). Im Bewusstsein der Akteure im Exil und für ihren Erfolg in der Heimat war die Anerkennung der Nationalstaatsforderungen mit dem Höhepunkt am 2. September 1918 durch die USA „der entscheidende Schlag Wilsons gegen den Bestand der Monarchie“¹²⁹. Und das entsprach der dezidierten Absicht der Erklärung, Lansing, der Regisseur des Engagements der USA bei der Neuordnung Europas, hat in seinem Memorandum „On the Policy in Relation to Austria-Hungary“ vom 30. Mai 1918, das die Anerkennung der Beschlüsse des Nationalitätenkongresses von Rom zur Folge hatte, klipp und klar die Unterstützung der Nationalitätenforderungen ausgesprochen: „It is my judgement that, primarily as a war-measure, and also because it is just and wise for the future, we should encourage in every possible way the national desires of these peoples. If need be, I would favour going so far as to promise them their independence when the Central Powers are defeated if that would induce them to revolt against German owned Austria-Hungary“¹³⁰. Und er machte auch klar, dass damit das Ende der Habsburgermonarchie verbunden war: „That would mean in effect the dismemberment of the present Austro-Hungarian Empire into its original elements (leaving these independent nationalities to form such separate states or federal states as they might themselves decide to form) especially if the severance of Austria and Hungary resulted“¹³¹.

Hinter dieser Entscheidung stand die Vision von einem „Frieden ohne Annexionen“ (Lenin 8. November 1917), einem „Neuen Europa“, basierend auf „reason and justice“, geführt von Regierungen „with the consent of the governed“ (Lloyd George 5. Jänner 1918), befreit von allen ökonomischen Barrieren mit Grenzen nach „historically established lines of alligiance and nationality“ und „the freest opportunity to autonomous development“ (Wilson 14 Punkte 8. Jänner 1918). Wie das in der Praxis umzusetzen war, das überließen die Friedensplaner der Zukunft. Abgesehen davon, dass die genannten Ziele erst in ihrer praktischen Umsetzung jene Probleme wieder sichtbar machten, für die im Rahmen der Habsburgermonarchie kein Konsens gefunden werden konnte, die in der Folge auch nicht gelöst wurden, waren diese Erklärungen ein Teil

¹²⁹ BENEŠ, Aufstand der Nationen 558.

¹³⁰ Lansing an Wilson, 30. Mai 1918, Kovács (Hg.), Politische Dokumente 352.

¹³¹ Lansing an Wilson, 27 Juni 1918, EBD. 357.

des Propagandakrieges, der zur Rechtfertigung der neuen Ordnung Europas und mit dem Blick auf die Zukunft zur Legitimierung neuer Herrschaftsstrukturen diente¹³². Die Entscheidung über die Liquidierung der Habsburgermonarchie fiel im Kontext der außenpolitischen Zukunftspläne für die Neuordnung Europas nach den Interessen der Siegermächte. In den Friedensverträgen, die der Sicherung der neuen Ordnung gelten sollten, war nur mehr rhetorisch von Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und Rückkehr zur Friedensdiplomatie die Rede. Lansing hat auch dafür die Leitlinien formuliert, was die neuere Forschung als weltpolitische Perspektive des „Wilsonian moment“ bezeichnet: „If the political and military results would be such as we may reasonably expect, they would mean the defeat of Prussianized Germany, the destruction of Mitteleuropa, the emancipation of Russia from German domination, and the restoration of peace on a just and therefore a firm basis.“¹³³

Ob die im Namen der „new diplomacy“ der USA¹³⁴ und nach der Abreise Wilsons aus Paris von Clemenceau exekutierte geopolitische Neuordnung Europas eine in die Zukunft wirkende Katastrophe, oder eine fruchtbare Neugestaltung war, darüber garieten schon die an den Ereignissen unmittelbar Beteiligten in einen Meinungsstreit, als sich in der beginnenden Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit die Schwächen des Systems zeigten. Dazu kam, dass durch den Zerfall oder die Liquidation der drei Großreiche jene „geostrategische Wahnsinnslage“ entstand, in der Europa nicht zur Ruhe, geschweige denn zu einer Ordnung fand¹³⁵.

¹³² Vgl. FRITZ FELLNER, Die Friedensordnung von Paris 1919/20 – Machtdiktat oder Rechtsfriede? Versuch einer Interpretation; in: ISABELLA ACKERL, WALTER HUMMELBERGER, HANS MOMMSEN (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag 1 (Wien 1981) 39–54.

¹³³ EBD. 358.

¹³⁴ Ergänzend zur grundlegenden und meinungsbildenden Kreuzzugs- und Befreiungsargumentation von MAMATEY, *The United States and East Central Europe* vgl. ARNO JOSEPH MAYER, *Wilson versus Lenin. The origins of the new diplomacy* (New Haven 1959). Auf breiter dokumentarischer Basis ARA, *L’Austria-Ungheria nella politica americana*.

¹³⁵ JÖRG FRIEDRICH, 14/18. Der Weg nach Versailles (Berlin 2014).

I. Vom europäischen Frieden zum Weltkrieg

A. Gedächtnisort Erster Weltkrieg

von

Manfried Rauchensteiner

Am 27. November 1997 fand im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien eine Feier statt, bei der die letzten noch lebenden Besitzer einer der höchsten Auszeichnungen des Ersten Weltkriegs, der Tapferkeitsmedaille, geehrt werden sollten. Sie war in vier Kategorien vergeben worden, in Gold, Silber (I. und II. Klasse) und Bronze. Besitzer der Goldenen Tapferkeitsmedaille gab es 1997 keine mehr. Doch insgesamt waren zehn alte Herren gekommen, um an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Sie ausfindig zu machen, war kein besonderes Problem gewesen, denn die in Österreich Lebenden erhielten nach wie vor eine Art Ehrensold, der ihnen von der Republik angewiesen wurde. Auch wenn das in anderen Fällen so nicht war, in diesem speziellen Fall sah sich die Republik gegenüber jenen, die für Gott, Kaiser und Vaterland gekämpft hatten, nach wie vor in der Pflicht. Die zehn alten Herren waren überpünktlich und warteten dann auf den Sohn des letzten Kaisers, Otto. Als er – ebenfalls pünktlich – kam, wollten alle alten Herren stehen. Und einer, der schon seit langem an den Rollstuhl gefesselt war, mühte sich trotz des Widerspruchs seiner Enkelin hoch und knurrte: Wenn der Sohn meines Kaisers kommt, dann stehe ich. Später begannen die zu Ehrenden zu erzählen, wo sie gewesen waren, in diesem „ihrem“ Krieg. Wann und wie sie sich die Tapferkeitsmedaille erworben hatten und wie es ihnen nach dem Krieg ergangen war. Einige hatten auch den zweiten großen Krieg des 20. Jahrhunderts mitmachen müssen. Jetzt waren sie alt, uralt. Namen fielen, Ereignisse wurden genannt, als ob sie noch immer Teil der täglichen Berichterstattung gewesen wären. Dabei waren sie nur in den persönlichen Speichern des Gedächtnisses archiviert worden. Dann und wann wurde auch der Toten gedacht, sei es, dass sie Opfer des Kriegs geworden waren, sei es, dass sie irgendwann einmal später – wie es hieß – „zur großen Armee abberufen“ worden waren.

Vier Jahre später fand ein neuerliches Treffen statt. Nur mehr fünf Herren waren gekommen, der jüngste 101 Jahre alt; der älteste 106. Wieder war der Kaisersohn da. Wieder ging es um das Seinerzeitige, unüberhörbar von Nostalgie überlagert. Vielleicht auch konnte man das Treffen abermals als eine zutiefst demokratische Feier sehen, dann nämlich, wenn man Gilbert Keith Chestertons Definition von Tradition gelten lässt: „Tradition heißt, der obskuren aller Gesellschaftsklassen das Stimmrecht zu verleihen

– unseren Vorfahren. Tradition ist die Demokratie der Toten. Sie lehnen es ab, sich der kleinen, arroganten Oligarchie derer zu unterwerfen, die zufällig zu einem bestimmten Zeitpunkt herumlaufen⁴¹. Die erwähnten alten Herren trugen ein riesiges Konvolut an Erinnerungen mit sich. Sie hatten es in den Jahren vor 1918 zu sammeln begonnen und ständig angehäuft, sodass sie wahrscheinlich gar nicht mehr in der Lage waren, genau zu scheiden, was alles selbst erlebt, selbst gesehen und gehört worden war, und was sich später an die persönlichen Erinnerungen angelagert hatte. Doch dass für sie der Erste Weltkrieg weit früher als für die meisten der dann Nachlebenden zu einem Gedächtnisort geworden war, stand außer Zweifel. Sie sahen in den sich wandelnden Bildern jene, die begeistert in diesen Krieg gezogen waren und die Entfesselung des Kriegs 1914 als Erlösung gesehen hatten. Sie hatten erlebt, wie sie selbst, von echtem und gelenktem Jubel umbraust, in den Krieg geschickt worden waren, wie ihnen Hoffnungen und Wünsche mitgegeben wurden, und wie sie Jahre später von gar nicht so Wenigen dafür verantwortlich gemacht worden sind, dass dieser Krieg so lange gedauert hatte. Fallweise waren sie auch als „Kriegsverlängerer“ beschimpft worden. Als „Helden“ wurden nur jene bezeichnet, die tot waren. Doch sie selbst hatten überlebt und erfuhren späte Ehrungen.

Die Episode von den letzten Trägern von Tapferkeitsauszeichnungen, die gleichzeitig besonders rare Zeugen von Österreich-Ungarns letztem Krieg waren, steht gleichermaßen für die Ferne wie für die Nähe des Geschehens. Sie kann aber auch als Ausschnitt aus dem langanhaltenden Prozess der Historisierung des Ersten Weltkriegs gesehen werden. Auch da gab es ein Auf und Ab und wurde Geschichte im kritischen Rückblick immer wieder neu konstruiert und begründet, „warum die bislang berichtete oder abgeschriebene Geschichte ganz anders gewesen sei“⁴². Während des Krieges musste man über seine langfristige Einbettung eigentlich nicht groß nachdenken. Schon bei seiner Entfesselung hatte das Gefühl dominiert, dass es sich um eine gewaltige Umwälzung handeln würde. Gerade von den Jüngeren wurde das auch als ein Ereignis gesehen, bei dem sie nicht fehlen wollten. Nach und nach und eigentlich sehr rasch kam diese Zuordnung ins Wanken, und spätestens ab 1916 herrschte das Gefühl vor, man wollte nur, dass der Krieg endlich vorbei sei. Dann, nach dem Krieg und angesichts des Zerfalls der Habsburgermonarchie und der gerade in Deutschösterreich anzutreffenden Orientierungslosigkeit ging es vornehmlich um Abrechnung. Doch ab etwa 1925 begann eine immer stärkere Zuwendung, die allerdings denkbar unterschiedliche Träger hatte und dementsprechend verschiedene Aspekte zutage förderte: Für die „Linke“ schien der einzige positive Aspekt des Kriegs, nämlich die republikanische und vor allem die demokratische Wende gefährdet, und auf der Seite der „Rechten“, nisteten sich Nostalgie und Revanchismus ein. Der Umgang mit dem Großen Krieg wurde zwischen Tragik und Trotz angesiedelt, oder wie der Bundesminister für Heereswesen Carl Vaugoin 1930 anlässlich der Herausgabe des Generalstabswerks anschaulich formulierte: Das Werk „Österreich-Ungarns letzter

¹ GILBERT KEITH CHESTERTON, *Moral des Märchenreiches*; in: DERS., *Die Wildnis des häuslichen Lebens* (Berlin 2006) 57.

² REINHART KOSELLECK, *Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze*; in: *Zeitschichten. Studien zur Historik* (Frankfurt am Main 2000) 52.

Krieg“ würde zu einem „letzten Denkmal des gigantischen Heldenkampfes“ werden, „den Österreich-Ungarns Wehrmacht mehr als vier Jahre ausgefochten hat, bis sie [...] einem unerbittlichen Geschick zum Opfer fiel“³. Die Herausgabe des ersten Bandes war freilich von einigen Misstönen begleitet gewesen, denn der ehemalige Kommandant der k.u.k. Streitkräfte auf dem Balkan, Oskar Potiorek, intervenierte so nachhaltig, dass der Band wieder eingezogen, eingestampft und in einer zweiten Version publiziert werden musste. Potiorek war mit der Darstellung seiner eigenen Rolle bei den drei Offensiven gegen Serbien 1914 nicht einverstanden gewesen und beanspruchte so etwas wie eine Deutungshoheit. Das Bundesministerium für Heerwesen und das österreichische Kriegsarchiv als Herausgeber fügten sich. 1938 erschien der letzte, siebente Band. Es schien alles gesagt und geschrieben, doch selbstverständlich war dem nicht so.

Mit dem temporären Sieg des Nationalsozialismus und im Verlauf des Zweiten Weltkriegs erfuhr Österreich dann jenen Anschluss und jene Unterordnung, gegen die anzukämpfen im Verlauf der Kriegsjahre zumindest ab 1916 ebenso Kriegsziel der Habsburgermonarchie gewesen war wie das Anknüpfen gegen den Zerfall und die militärische Behauptung gegenüber den primär als Feinden angesprochenen Staaten und ihren Armeen. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten Jahre und Jahrzehnte, in denen der jüngst vergangene Krieg so dominierte, dass der weiter zurückliegende Große Krieg zurücktreten musste, ehe dann in den Sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts die vermehrte wissenschaftliche und historisch-kritische Beschäftigung einsetzte. Nicht alles musste revidiert werden. Manches blieb „abschreibwürdig“⁴. Mittlerweile hatten sich in den Nischen, die sich bei der Suche nach der „Welt von Gestern“ (Stefan Zweig) aufboten, allerdings Nostalgie und Platttheit eingenistet. Doch ein anderes Moment der Historisierung trat immer deutlicher hervor: Die Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg wurde mehr und mehr von jenen beherrscht, die sich einer besonderen Art von Sieg rühmen konnten, nämlich des Sieges über eine frühere Generation. Hinweise auf Fehler, Versäumnisse, Irrtümer und Schwächen überlagerten das Narrativ. Das war vielleicht auch deshalb gerechtfertigt, weil sich nicht nur Pathos eingeschlichen hatte, sondern auch wehmütige Rückbesinnung, die in sentimentale Zuwendung auszuarten drohte. Erst allmählich verflachten Nostalgie und Kritik.

1. Die „Kriegsfabrik“

Österreich-Ungarn neigte vor 1914 zur Introvertiertheit. Es hatte mit so vielen inneren Problemen zu kämpfen, dass es den Blick für die Perspektive europäischer Zusammenhänge und globaler Entwicklungen immer mehr zu verlieren drohte. Die Zahl derer, die dagegen ankämpfen wollten, war jedoch eine sehr wohl messbare Größe. Gegen die Stagnation kämpften Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle an. Ungeduld

³ CARL VAUGOIN, Zum Geleite; in: ÖSTERREICH-UNGARNS LETZTER KRIEG, hg. Österreichisches Bundesministerium für Landesverteidigung und Kriegsarchiv unter Leitung von EDMUND GLAISE VON HORSTENAU [weiterhin ÖULK] I: Das Kriegsjahr 1914 (Wien 1930) V f.

⁴ KOSELLECK, Erfahrungswandel und Methodenwechsel 52.

war ein besonderes Zeichen der Geistigkeit des Landes, der Ober-, Mittel- und auch der Unterschichten. Doch sie konnten letztlich nur einen Zustand konstatieren und zu beschreiben suchen, konnten gegen das Bestehende aufbegehren. Veränderungen wurden herbeigesehnt und herbeigeschrieben. Sie fanden ihren Ausdruck nicht zuletzt auch in jener bis zur Zerstörung reichenden Ablehnung von Hergebrachtem, die Kennzeichen der „Wien um 1900“ genannten Zeitströmung war. Ungeduld machte sich auch in der Politik breit, wobei die häufigen Regierungswechsel deutliche Anzeichen dafür waren, dass sich keine praktikablen Lösungen mehr finden ließen. Die gesamte Struktur des zweigeteilten Reichs Österreich-Ungarn schien nicht mehr zu passen. Ein Abgehen vom Dualismus, wie es die Nord- und Südslawen forderten, vor allem Ungarn aber vehement ablehnte, war zwar eine Option, doch sie schien schwere innere Konflikte, wenn nicht einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Vom österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand wurde zwar erwartet, dass er sich dieser Herausforderung stellte⁵. Doch seine Zeit würde erst kommen, wenn Franz Joseph I. gestorben war. Die Vorbereitungen waren getroffen und sogar schon ein Porträt Franz Ferdinands gemalt, das ihn als Kaiser zeigen sollte. Das Gemälde war zwar übermalt worden, doch die Übermalung wäre in wenigen Stunden zu entfernen gewesen⁶. Franz Joseph sah sich von seinem Neffen Franz Ferdinand nicht minder in Frage gestellt wie vorher schon von seinem Sohn Rudolf. Franz Ferdinands Vorstellungen von Reichsreform und einer geänderten Bündnispolitik mochten als unausgegoren angesehen werden, doch sie machten zumindest deutlich, dass der Thronfolger nicht nur einfach zuwarten wollte, was sein würde. Sein Ansatz war primär die Innenpolitik, für die eine von ihm überlegte Wiederbelebung des Bündnisses der konservativen Mächte Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn den Rahmen und die Voraussetzung schaffen sollte.

Auch auf außenpolitischem Gebiet war Ungeduld zu spüren, vor allem in dem Augenblick, als der Minister des Äußern, Alois Lexa Graf von Aehrenthal, 1908 mit dem Entschluss zur Annexion Bosniens und der Herzegowina die Monarchie auf einen aktiveren außenpolitischen Kurs brachte. Allerdings widersetzte er sich nachdrücklich der Forderung, Krieg als Mittel der Außenpolitik einzusetzen, wie es einige hohe Militärs und vor allem der Chef des Generalstabs, Franz Frh. Conrad von Hötzendorf, forderten. Die Ungeduld der Militärs hatte ihre Wurzeln aber nicht in Kriegslüsterheit, sondern in einem strategischen Kalkül, das sie fast zwangsweise aus der Entwicklung der k.u.k. Armee ziehen mussten. Die Armee blieb im Vergleich mit anderen Streitkräften der europäischen Groß- und Mittelmächte markant zurück und drohte weiter zurückzubleiben, auch wenn zuletzt rund ein Viertel des Staatshaushalts für die gesamte bewaffnete Macht aufgewendet wurde⁷. Das Problem war: Andere gaben schon die längste Zeit weit mehr aus, und die Konkurrenz von Serben und Italienern in der Balkanregion ebenso wie

⁵ JOHANN CHRISTOPH ALLMAYER-BECK, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V: Die bewaffnete Macht (Wien 1987) 136.

⁶ Das Porträt, ein Brustbild en face von Wilhelm Vita (1846–1919), Öl auf Leinwand 78,5 cm × 62,5 cm, findet sich im sogenannten Sarajevo-Raum des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien.

⁷ Dazu GÜNTHER KRONENBITTER, Austria-Hungary; in: RICHARD F. HAMILTON, HOLGER H. HERWIG (Hgg.), War Planning 1914 (Cambridge 2010) 41. Die Zahlen über den Budgetanteil des öster-

die Agitation Russlands waren unübersehbar. Um den *circulus vitiosus* zu durchbrechen, wurden Präventivkriegsgedanken kultiviert.

Das war allerdings nichts, das sich ausschließlich auf die militärische Führung der Monarchie beschränkte. Auch Wissenschaftler und Volksvertreter tendierten dazu und kommentierten ein ums andere Mal mit Enttäuschung, dass sich Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Franz Ferdinand und vor allem die Minister des Äußern, der mittlerweile in den Grafenstand erhobene Aehrenthal und nach ihm Leopold Graf Berchtold, nicht für das Losschlagen entscheiden wollten. So notierte der österreichische Reichsratsabgeordnete und Rechtswissenschaftler Josef Redlich im Februar 1909 in sein Tagebuch: „Kriegsstimmung verschärft. Ich beobachte die zunehmende Feigheit der Menschen. Die Sache liegt so, dass wir meines Erachtens Bosnien, Herzegowina und Dalmatien nicht halten können, ohne einmal dem Serbentum unter der Führung der Karageorgević aufs Haupt zu schlagen [...] Wir müssen mit den ersten Frühlingstagen losschlagen, aber selbst unsere besten Männer können nur kritisieren, nicht handeln“⁸. Und dreieinhalb Jahre später: „Das große Publikum glaubt nicht an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Großmächten. So sehr hat [sic!] Liberalismus, Sozialismus, Pazifismus die öffentliche Meinung der Gebildeten betäubt“⁹. Am 19. November 1912 hielt Redlich fest: „Ich denke, am

reichisch-ungarischen Militärs am gesamten Staatshaushalt können unterschiedlicher nicht sein: FELIX BUTSCHK, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart* (Wien – Köln – Weimar 2011) 173 stützt sich auf die Daten von MAX-STEPHAN SCHULZE, *Austria-Hungary's Economy in World War I*; in: STEPHEN BROADBERRY, MARK HARRISON (Hgg.), *The Economics of World War I* (Cambridge 2005) 77–111; Butschek und Schulze gehen vom Bruttoinlandsprodukt aus. Alle anderen Autoren nehmen die jährlichen Budgets bzw. die Jahresrechnungsabschlüsse als Basis. Butschek errechnete die Anteile bezogen auf das heutige Österreich; Schulze geht von Österreich und Ungarn getrennt aus. WALTER WAGNER, *Die K.(u.)K. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung*, in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V*, 590f., der sich auf ein Manuskript von RAINER von KESSLITZ, *Die Lasten der militärischen Rüstungen Österreich-Ungarns in neuester Zeit (1868–1912)*, ÖSTERREICHISCHES STAATSARCHIV WIEN [ÖSTA], Kriegsarchiv [KA], Manuskripte, Allgemeine Reihe 54, bezieht, kommt zu ganz anderen Zahlen; Wagner, Kesslitz geben für 1912 einen Anteil der militärischen Ausgaben am Gesamtbudget von 27,561% an; Einnahmen werden nicht berechnet. JOSEF WYSOCKI, *Die österreichische Finanzpolitik*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung*, hg. ALOIS BRUSATTI (Wien 1973) 92, berechnet die Militärausgaben für 1912 wiederum mit 15,7% und hat ein allgemeines Sinken derselben festgestellt, da sich die Militärausgaben von 1870 bis 1910 von 24,1% kontinuierlich verringert hatten. Schließlich stellt ANATOL SCHMIED-KOWARZIK (Hg.), *Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates 1908–1914 (= Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918)*, hg. Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Red. ÉVA SOMOGYI, VI, Budapest 2011) Einleitung 59, den militärischen Anteil am Staatshaushalt im Jahr 1912 mit 14,9% fest. Die Differenzen rühren auch daher, dass einmal die Kriegsmarine eingerechnet und das andere Mal weggelassen wurde, oder die Zahlen für Bosnien-Herzegowina nicht berücksichtigt sind, oder dass beim Extraordinarium die Kosten für die Bauten der Sperfforts, die Erneuerung der Artillerie und vor allem der Kauf der 30,5 cm Mörser nicht aufscheinen. Übereinstimmung herrscht eigentlich nur in dem Punkt, dass die militärischen Aufwendungen Österreich-Ungarns im Vergleich zu jenen anderer Staaten gering waren.

⁸ JOSEF REDLICH, *Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936*, hg. FRITZ FELLNER, DORIS CORRADINI 1 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 105/1, Wien – Köln – Weimar 2011) 222 (22. Februar 1909).

⁹ EBD. 486 (17. Oktober 1912).

Samstag wird die Entscheidung fallen, und zwar für den Krieg gegen Serbien¹⁰. Und am 29. April 1913: „Dieser steinalte Mann auf dem Thron und diese Schwächlinge um ihn sehen nicht, dass nur noch das Schwert Österreich retten kann“¹¹. Egal, wie man diese Stellen nun bewerten mag, sie machen eines deutlich: Es ist wohl falsch, für die Zeit vor der sogenannten Julikrise 1914 und dem Entschluss zum Krieg ausschließlich das Resignative in den Vordergrund zu rücken. Ideen, wie es weitergehen sollte, gab es unzählige, und auch Krieg wurde als Mittel der Zukunftsgestaltung immer wieder und prominent gefordert. Es herrschte denn auch eigentlich keine Zukunftsangst, eher Neugierde, wie es weiter gehen würde mit Österreich-Ungarn und den anderen Staaten, die noch immer mit dem Sammelbegriff des Europäischen Konzerts versehen wurden. Dass es in diesem Konzert nur mehr wenig Gleichklang und meist Dissonanzen gab, störte nicht. Jenseits der Bonmots gab es nämlich etwas völlig anderes, das sehr wohl als Aufbruchsstimmung gesehen werden konnte. Das größte Hindernis für einen Neubeginn war dabei Franz Joseph. Der Ausgleich mit Ungarn war so etwas wie sein Lebenswerk; daran wollte er nicht rütteln. Die Außenpolitik und noch mehr den Einsatz von Militär als Mittel der Politik sah der Monarch als seine ureigenste Domäne an, und er wehrte sich mit Vehemenz dagegen, etwas lediglich genehmigen zu sollen, das seiner Überzeugung zuwiderlief oder ihm gar das Gefühl gab, nicht mehr die letzte Entscheidungsinstanz zu sein. Das musste 1912 auch der Generalstabschef Conrad erfahren, als er immer wieder Präventivkriegsforderungen ins Spiel brachte und von Franz Joseph regelrecht abgekanzelt wurde: Vorwürfe wegen der nachgiebigen Haltung gegenüber Serbien und Italien richteten sich „gegen Mich; die Politik mache Ich, das ist Meine Politik!“¹², ließ er ihn wissen. Damit schloss Franz Joseph nicht aus, dass er Krieg als Mittel der Politik sehen wollte und willigte denn auch während der Balkankriege 1912 und 1913 in die Androhung militärischer Gewalt. Letztlich war er sogar eher als sein Neffe und Thronfolger bereit, die k.u.k. Armee in einem Krieg einzusetzen, getreu dem von Franz Joseph überlieferten Dictum: Wenn die Monarchie schon untergehen soll, dann sollte sie „mit Ehren untergehen“¹³.

Keinesfalls resignativ waren auch die Nationalisten aus dem Lager der Nord- und Südslawen, der Rumänen und Italiener, aber auch nicht aus jenem der Deutschen und der Ungarn. Für Letztere galt zwar noch immer die Devise „indivisibiler ac inseparabiliter“, doch dass sich auch die deutschen Österreicher und die Ungarn immer mehr

¹⁰ EBD. 512 (12. November 1912).

¹¹ EBD. 541 (29. April 1913).

¹² FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, 2 (Wien – Berlin – Leipzig – München 1922) 282, zit. ALLMAYER-BECK, Die bewaffnete Macht 139; zu Conrad die Biographie von LAWRENCE SONDHAUS, Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse (Wien – Graz 2003); ferner WOLFRAM DORNIK, Des Kaisers Falke. Wirken und Nach-Wirken von Franz Conrad von Hötzendorf (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung 25, Innsbruck – Wien 2013).

¹³ So der Chef der Militärkanzlei Kaiser Wilhelms II., Moritz Frh. von Lyncker, in einem Schreiben an seine Frau, 6. März. 1915, zit. HOLGER AFFLERBACH, Vom Bündnispartner zum Kriegsgegner. Ursachen und Folgen des italienischen Kriegseintritts im Mai 1915; in: JOHANNES HÜRTER, GIAN ENRICO RUSCONI (Hgg.), Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer, München 2007) 53.

voneinander entfernten, war evident. Einig waren sich letztlich alle nur in einem Punkt: Um die fragile Konstruktion der dualistischen Monarchie sicherzustellen, ebenso aber für den Fall ihrer Auflösung würde es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ohne Gewalt abgehen. Krieg gegen eines oder mehrere Nachbarländer, Bürgerkrieg und Militärdiktatur waren die Optionen. Und bis zu einem gewissen Grad konnte man auch das als Teil des Aufbruchs in die Moderne sehen. In der besonderen Situation Österreich-Ungarns, das sich immer wieder vorwerfen lassen musste, zurückzubleiben und zurückgeblieben zu sein, mochte auch das in die Gruppe der großen Experimente gehören. So wie in der Wissenschaft, Kunst, Architektur, Literatur und Musik experimentiert wurde, schien auch Krieg einen Versuch wert. Krieg als Vehikel eines Transformationsprozesses war freilich auch nichts Neues und nur in Österreich-Ungarn aus der Mode gekommen. Abseits der hauptsächlich militärischen Zirkel war Krieg auch eher als rhetorische Floskel und erst nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina 1908 als etwas verstanden worden, das auch tatsächlich zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln geeignet war. Doch vor allem Erzherzog Franz Ferdinand widersetzte sich vergleichsweise konsequent der Androhung von Krieg, vor allem im Fall Serbiens, denn es wäre wohl auch widersinnig gewesen, ein Wiederaufleben des Dreikaiserbündnisses in Erwägung zu ziehen und gegen den Protegé der Russen, nämlich das serbische Königreich, mit Krieg vorzugehen.

Die Spekulationen über den künftigen Krieg waren auch kein österreichisches Spezifikum. Das war ein europaweites Phänomen, und die Bücher, die in diesem Zusammenhang geschrieben wurden, gehörten zur beliebtesten Lektüre. Interessanterweise hatten die meisten der international erfolgreichen Publikationen Autoren, die aus dem Bereich der Finanz- und Wirtschaftswelt kamen. So sahen etwa der russische Bankier Ivan Stanislavovič Bloch¹⁴ oder der britische Kaufmann Norman Angell¹⁵ eine militärische Auseinandersetzung von europäischer Dimension als etwas heraufkommen, das mit dem Zusammenbruch der Volkswirtschaften aller Kriegführenden enden würde. Dabei wurde vorausgesetzt, dass der Krieg, dem Modell des Carl von Clausewitz folgend, seiner Absolutheit zustreben würde, ein Krieg neuerer Art insofern, als er kein Staaten- sondern ein Volkskrieg sein würde. Die Bündnispolitik der europäischen Mächte hatte die Dimensionen schon erahnen lassen. Doch ganz neu war auch das nicht. Man musste nur etwas mehr als die erwähnten hundert Jahre des Europäischen Konzerts zurückdenken, als die Kriege im Gefolge der Französischen Revolution das Zeitalter der Kabinettskriege beendeten und Frankreich vorexerzierte, was unter einem Volkskrieg zu verstehen war. Doch offenbar ließ sich Kriegserleben ebenso wenig speichern wie Schmerzempfinden, von der Weitergabe persönlicher Gefühle von einer Generation an die andere ganz zu schweigen. Es ging aber nicht bloß um die Fortsetzung der Politik, sondern um den Einsatz von Truppen als Mittel der Politik. Also wurde die Verwendung von Militär als Problemlösung schlechthin gesehen. Im Inneren des Habsburgerreiches, wo Truppen immer wieder als Assistenzen eingesetzt wurden oder auch das Kriegsrecht zur Anwendung

¹⁴ IWAN STANISLAVOVIČ BLOCH, *Der Krieg*, 6 Bde. (Berlin 1899–1906).

¹⁵ NORMAN ANGELL, *The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to National Advantage* (London 1909).

kam, schien sich diese Art der Problemlösung denn auch zu bewähren. Die Prophezeiungen von Bloch und den anderen Propheten des Kriegs der Zukunft waren beileibe keine apokryphen Traktätchen, sondern Veröffentlichungen, die – Angell beispielsweise – in Hunderttausenden Exemplaren und in 15 Sprachen ihre Leser fanden. „Die große Illusion“ Angells war freilich, dass er meinte, der Zusammenbruch des Finanzwesens würde sofort eintreten und daher auch schon das Ende des Kriegs bedeuten. Andere waren da nicht so „optimistisch“ und sagten Kriege von längerer und langer Dauer voraus. Angell fand auch in Österreich-Ungarn seine Leser, wo man sich wohl meist der deutschen Übersetzung, immerhin 20.000 Exemplare, bediente. Aber man las schließlich auch Jules Verne und andere futuristische Romane. Und hier setzte die eigentliche große Illusion ein. Letztlich wurde das alles nicht ernst genommen und Krieg wurde als Erlösung und zumindest als Aufbruch in eine bessere Zukunft gesehen. Die europäische Friedensordnung war schon längst brüchig geworden. Die Großmächte des Europäischen Konzerts kontrollierten sich selbst. Verbindliche Normen gab es zwar, doch sie dienten wie die Ergebnisse der 1. und 2. Haager Friedenskonferenz 1899 und 1907 zeigten, der Regelung des Kriegs und nicht der gewaltfreien Streitbeilegung. Die Streitbeilegungsmechanismen des Europäischen Konzerts hatten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts rund vierzig Mal funktioniert. Daher gab es sehr wohl die optimistische Sicht, dass es auch weiterhin gelingen würde, diese Ordnung aufrecht zu erhalten und Konflikte, wenn schon nicht friedlich zu lösen, so doch zumindest zu lokalisieren.

Jahrzehntelang waren von großen europäischen Staaten Energien auch nach außen abgeleitet worden, und bot der Imperialismus gute Gelegenheiten, um in Afrika und Asien Machtbasen wirtschaftlicher und politischer Art zu schaffen und dem Navalismus mehr Sinn zu geben, als nur immer größere und mächtigere Schiffe zu bauen. Doch mit der definitiven Aufteilung des afrikanischen und des asiatischen Kontinents ging eine Art Rückkoppelung auf die europäischen Gegebenheiten Hand in Hand und nahmen die Interessenskonflikte vor der Haustür immer bedrohlichere Formen an¹⁶. Nach dem Zeitalter des Kolonialismus und einem Fast-Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich während des sogenannten Fashoda-Konflikts 1898 kam es zur Annäherung der beiden, zum Interessensausgleich und dem gemeinsamen Bemühen, andere draußen zu halten. Die Entente cordiale von 1904 war das Ergebnis. England, Frankreich und schließlich Russland, das der Entente beitrat, waren bestrebt, ein Gegengewicht zum Bündnis Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich und Italien, dem seit 1883 bestehenden Dreibund, zu schaffen. Eine beliebte Sichtweise für das, was dann kommen sollte, stellte das Deutsche Reich in den Mittelpunkt, dessen Ambition, sein angeblicher oder tatsächlicher „Griff nach der Weltmacht“, als größtes Problem gesehen wurde. Österreich-Ungarn kam in diesen Kombinationen lediglich am Rand vor. Es war keine Kolonialmacht, konnte daher den Wettlauf nach Asien und Afrika nicht mitmachen. Es neidete auch den Kolonialmächten zum wenigsten ihren überseeischen Besitz. Wohl

¹⁶ Gregor Schöllgen und Friedrich Kießling haben diesen weltgeschichtlichen Zusammenhang herausgearbeitet, GREGOR SCHÖLLGEN, FRIEDRICH KIESSLING, Das Zeitalter des Imperialismus (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte 15, München 2009) 67–83.

aber stellte es für eine expansive deutsche Wirtschaft vor allem in der Balkanregion eine nennenswerte Konkurrenz dar. Dort kam es daher zu einer Vielfachüberschneidung von Interessen und fast zwangsweise zu eskalierenden Konflikten. Der Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan und die Neuaufteilung der Einflussbereiche und Gebiete im Raum zwischen Adria, Ägäischem und Schwarzem Meer hatten schon längst Russland und Österreich-Ungarn auf den Plan gerufen. Und dort, gewissermaßen im Hinterhof der Habsburgermonarchie und im politischen Interessensbereich Russlands, ging es genauso um Macht und Einfluss, zumindest aber um Machterhalt. Und das war ein besonderes Problem Österreich-Ungarns, denn als Folge der Gemengelage von Nationalitäten, Religionen und Interessen hatte jede noch so geringfügige Veränderung ihre Auswirkungen. Es gab somit einen ganz erheblichen Unterschied zwischen den Interessenslagen: England, Frankreich und Russland aber auch Deutschland legten ihrem politischen Handeln vornehmlich außenpolitische Perspektiven zugrunde. Österreich-Ungarn wurde primär von der Innenpolitik getrieben. Daher war es letztlich auch eine Sünde wider den Geist, dass 1878 Bosnien und die Herzegowina okkupiert und das Okkupationsgebiet 1908 annektiert worden war, denn damit ging eine Destabilisierung der Habsburgermonarchie im Inneren Hand in Hand.

Es gab auch noch andere Momente, die nicht zuletzt die österreichische Friedensbewegung der Bertha Freifrau von Suttner auf den Plan riefen. Sie war zwar keine Reformkatholikin, wie William M. Johnston gemeint hat¹⁷, doch die atheistische Suttner machte sich eine optimistische Sicht zu Eigen und glaubte an einen Wandel ohne Krieg. Ihre Beweisführung und jene des zweiten österreichischen Friedensnobelpreisträgers, Alfred Hermann Fried¹⁸, waren jedoch höchst anfechtbar. Der Stand der Kultur wäre in großen Teilen Europas ein so hoher geworden, meinte man in der Friedensbewegung, dass vernünftige, friedliche Regelungen selbstverständlich seien. Angesichts der Balkankriege 1912/13 wurde argumentiert, dass der Balkan ein rückständiges Gebiet sei, für das die Friedfertigkeit der hochentwickelten Staaten Europas nicht zuträfe. Auch Russland wurde die Gleichartigkeit abgesprochen. Doch das lief alles, wie man wenig später wusste, auf eine illusionäre Klitterung hinaus. Österreich-Ungarn, das bei der Schaffung der europäischen Ordnung auf dem Wiener Kongress 1814/15 eine wichtige Rolle gespielt hatte – ausgerechnet dieses Österreich, das bei der Aufteilung der Welt in Kolonialreiche so gut wie keine Rolle gespielt hatte und dem auch der böswilligste Interpret seiner Politik nicht vorwerfen konnte, es würde seine Hand nach der Weltmacht ausstrecken, setzte im Juli 1914 an, die europäische Ordnung zu zerstören. Wissentlich und willentlich.

Die Morde an Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Frau Sophie sollten alles anders werden lassen. Die Schüsse von Sarajewo/Sarajevo (*Sarajevo*) waren aber nur insofern auslösend, als innerhalb von Stunden und Tagen von den Verantwortlichen in Wien Krieg

¹⁷ WILLIAM M. JOHNSTON, *Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donaauraum 1848 bis 1938* (= Forschungen zur Geschichte des Donaauraumes 1, Wien – Köln – Graz 1974) 319 ff.

¹⁸ WALTER GÖHRING, *Verdrängt und vergessen. Friedensnobelpreisträger Alfred Hermann Fried* (Wien 2006).

plötzlich als die einzige Möglichkeit gesehen wurde, im Nahbereich und zentralen Interessensgebiet der Habsburgermonarchie für Ordnung zu sorgen, aber auch die Morde zu rächen¹⁹. Die Präventivkrieger meinten zwar, es wäre zu spät, doch für jene, die im Krieg einen Ersatz, zumindest aber die Vorstufe zu einer Reichsreform sehen wollten, waren die Würfel gefallen.

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaars war ein Ereignis, dem außerhalb Österreichs zunächst wohl mehr der Aspekt der „Sensation“ anhaftete. Auch in Ungarn war man nicht nennenswert alarmiert. Der Thronbesteigung Franz Ferdinands war eher entgegen gebangt worden, als dass man sie als Initiale für eine notwendige Erneuerung aus der Erstarrung der letzten Franz-Joseph-Jahre gesehen hätte. Daher wurde mehr der Form Genüge getan, als dass im Begräbnis Franz Ferdinands auch etwas gesehen worden wäre, das die Hoffnung auf Erneuerung begrub. In Kreisen der ungarischen Hocharistokratie alterierte man sich vielmehr darüber, dass das offizielle Requiem für den Thronfolger ausgerechnet zu einer Zeit angesetzt worden war, in der eine große Hochzeit der Familien Szápáry und Esterházy stattfand, an der die hochvermögenden Familien teilnehmen wollten. Doch es war auch eine gute Ausrede, um nicht Scheintrauer demonstrieren zu müssen²⁰. Das Attentat platzte jedoch in eine Gemengelage von Zukunftshoffnungen und Resignation. Was danach im Verlauf der Julikrise geschah, wurde nur von jenen als Katastrophe gesehen, die sich eine Reichsreform ohne Krieg vorgestellt hatten, während sich die Pessimisten, die sich voll in der Vorstellung von der Ausweglosigkeit gefangen hatten, von der Entfesselung des Kriegs nur bestätigt sahen und großteils mit Begeisterung reagierten. „Der Krieg hat uns sozusagen innerlich längst marschbereit gefunden, als er wirklich kam“, meinte der Wiener Arzt Erwin Stransky²¹.

Die führenden Zeitungen der Habsburgermonarchie waren für den Krieg und transportierten getreulich, was sie an Informationen erhielten und ihnen gezielt zur Weitergabe überlassen wurde. Der Herausgeber der *Neuen Freien Presse*, Moriz Benedikt, notierte beispielsweise im Juli 1914, was ihm der wohl einflussreichste Sektionschef im Ministerium des Äußern, János Graf Forgách, zu sagen hatte: Die „allgemeine Meinung“ ist für den Krieg. „Man will, dass die Sache bereinigt wird, damit wir endlich aus unserem eigenen Kleinmut herauskommen und zeigen, dass wir noch etwas leisten können“²². Als Forgách aber in den Raum stellte, dass es vielleicht doch noch

¹⁹ Die umfangreiche Literatur zu den Ereignissen in Sarajewo wurde jüngst durch die nach mehr als sieben Jahren nach Österreich rückgeführten Aufzeichnungen von Friedrich Ritter von Wiesner um wichtige Aspekte ergänzt, BRIGITTE SCHAGERL, Friedrich Ritter von Wiesner, Diplomat, Legitimist und NS-Verfolgter, phil. Diss (Wien 2012). Zur Vorgeschichte und zu den unmittelbaren Folgen des Attentats liefert das Buch von CHRISTOPHER CLARK, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (München 2013) eine Fülle von teils neuen Fakten, Interpretationen und Diskussionsmöglichkeiten.

²⁰ MANFRIED RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918* (Wien – Köln – Weimar 2013) 90.

²¹ Zit. HANS-GEORG HOFER, *Nervenschwäche und Krieg. Modernitätskritik und Krisenbewältigung in der österreichischen Psychiatrie (1880–1920)* (Wien – Köln – Weimar 2004) 198.

²² Gesprächsnotiz Moriz Benedikt, 16. Juli 1914, Kopie im Besitz des Autors.

eine friedliche Lösung geben könnte, schied der Mitherausgeber und Chefredakteur der *Neuen Freien Presse* enttäuscht aus dem Ministerium. Die meisten ungarischen Zeitungen stießen ins selbe Horn und verbreiteten die Ansicht, man müsse mit Serbien abrechnen und den Krieg auch dann in Kauf nehmen, wenn die Russen die Serben unterstützen sollten. Mit der Ankündigung Deutschlands, bei allem, das da kommen sollte, zum Bündnis mit Österreich-Ungarn stehen zu wollen, begann eine Zeitbombe zu ticken. Für Franz Joseph, das Ministerium des Äußern und die militärische Führung, aber auch für die Medien der Habsburgermonarchie war der Krieg gegen Serbien ausgemachte Sache. Nur einige der ungarischen Regierung und somit Ministerpräsident István Graf Tisza nahestehende Zeitungen rieten zur Zurückhaltung. Tisza schloss zumindest nicht aus, dass man Europa ruhig halten und gleichzeitig Serbien in die Schranken weisen könnte²³. Der ungarische Ministerpräsident setzte folglich etwas fort, das er sonst gewiss nicht als seine Regierungsmaxime gesehen hatte, nämlich die Politik des ermordeten Thronfolgers. Er verlangte eine Untersuchung der Hintergründe des Attentats, um gewissermaßen einen Rechtstitel für den Krieg zu bekommen. Das brauchte Zeit und verhinderte ein sofortiges Losschlagen. Im Ministerium des Äußern war aber spätestens nach der deutschen Zusage, Österreich-Ungarn bedingungslos unterstützen zu wollen, die Richtung klar, und in der „Kriegsfabrik“ genannten Kommission des Ministeriums wurden ab dem 8. Juli die Forderungen an Serbien formuliert. Sie sollten scharf sein und ein kurzes Ultimatum enthalten²⁴. Also verschob sich die Entfesselung des Kriegs, und es brauchte zwei Sitzungen des gemeinsamen Ministerrats am 7. und am 19. Juli 1914, ehe dann die Absendung eines Ultimatums fixiert wurde²⁵. Auch bei einem sofortigen Mobilisationsbeschluss hätte es zwar zwei Wochen gebraucht, ehe die k.u.k. Armeen kriegsbereit und aufmarschiert gewesen wären, doch angesichts der von Franz Joseph gebilligten juristischen und kriminaltechnischen Klärung gab es die von Tisza gewünschte Verschiebung um einen Monat. Damit wurde der österreichischen Reaktion jegliche Spontaneität genommen. Allerdings wurde die Zeit insofern genützt, als sich Österreich-Ungarn nochmals seines Bündnispartners Deutschland versichern wollte, es aber gleichzeitig in voller Absicht verabsäumte, den dritten Bündnispartner, Italien, über die eigenen Schritte zu informieren. Was jedoch auch mit dem einen Schritt zur Rückversicherung ausgelöst wurde, hatte zur Folge, dass aus einem bilateralen Konflikt ein multilateraler wurde und die europäischen Bündnisse ins Spiel kamen. Auch das hatte seine innere Logik, denn wozu gab es denn Bündnisse, wenn man sich auf die Partner nicht verlassen konnte. Es ging weiter wie bei einem Mikado-Spiel: Man wartete darauf, dass sich in dem Spiel etwas bewegte. Und Russland war es, das diesen entscheidenden Spielzug tat. Russland signali-

²³ ISTVÁN DIÓSZEGI, Das politische und wirtschaftliche Interesse Ungarns an einer gemeinsamen Außenpolitik; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989) 389.

²⁴ SCHAGERL, *Wiesner* 55 und 58.

²⁵ Gemeinsamer Ministerrat 7. Juli 1914, und gemeinsamer Ministerrat 19. Juli 1914, MIKLÓS KOMJÁTHY (Hg.), *Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie (1914–1918)* (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II., Quellenpublikationen 10, Budapest 1966) Nr. 1 und 2.

sierte Serbien in einer nicht misszuverstehenden Weise, dass die Belgrader Regierung mit russischer Unterstützung rechnen könne. Es war das ebenso ein Blankoscheck wie jene Zusage des deutschen Kaisers an Österreich-Ungarn, der Habsburgermonarchie in ihrem Serbienhandel den Rücken freihalten zu wollen. In Belgrad/Beograd (*Beograd*) hatte das zur Folge, dass der Wille nachzugeben – sofern er überhaupt vorhanden gewesen war – schwand. Auch Frankreich stärkte Belgrad zumindest indirekt den Rücken, als der französische Präsident Raymond Poincaré bei dem am 23. Juli zu Ende gehenden Besuch in St. Petersburg/Sankt Peterburg/Petrograd (*Sankt Peterburg*) Russland zu verstehen gab, dass an der Festigkeit des britisch-französisch-russischen Bündnisses nicht zu zweifeln sei. Nach einem fast vierwöchigen Intermezzo und einer Zeit, die durchaus nicht nur dazu genützt worden war, um Kriegsvorbereitungen zu treffen und die bewaffnete Aktion auch außenpolitisch besser vorzubereiten, stellte Österreich-Ungarn Serbien das schon längst formulierte Ultimatum. An seiner Textierung waren keine Militärs beteiligt, sondern ausschließlich Beamte des Ministeriums des Äußern. Sie kalkulierten die serbische Reaktion und sollten Recht behalten, dass Serbien den gestellten Bedingungen nicht vollinhaltlich entsprechen werde. Zu diesem Zeitpunkt durfte man sich eigentlich keiner Illusion mehr hingeben, dass es womöglich einen begrenzten Krieg geben würde. Und überall hatte man darauf gewartet, dass dieses Ultimatum gestellt würde, denn im Wiener Ministerium des Äußern hatte zumindest ein Beamter nicht dicht halten können oder war schon längst als „Maulwurf“ installiert worden, sodass er die Information über die bevorstehende Absendung eines Ultimatums und möglicherweise auch den Wortlaut desselben weitergeben konnte²⁶. Es war somit kein in- und ausländischer Entscheidungsträger zu überraschen gewesen. Und in Österreich-Ungarn waren auch schon die Spitzenbeamten ebenso wie der Finanzapparat längst darauf vorbereitet worden, dass Serbien Bedingungen gestellt werden sollten, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht angenommen werden würden, sodass dann der Krieg vorprogrammiert sei.

2. Die Entfesselung

Am 25. Juli war der Krieg mit dem Eintreffen der von Wien als ungenügend angesehenen serbischen Antwort auf die österreichische Note da. Die Antwort basierte insofern auf einem doppelten Missverständnis, als man österreichischerseits die von der Belgrader Regierung gefundene Textierung als Weigerung verstand, österreichische Organe an der Untersuchung der Hintergründe des Attentats auf das Thronfolgerpaar mitwirken zu lassen, während Belgrad seinerseits damit die Absicht verband, weiter zu verhandeln. Dass es nur eine vage Hoffnung war, erhellte freilich aus der Tatsache, dass die serbische Armee noch vor Überreichung der Antwortnote an den österreichischen Gesandten den Mobilisierungsbefehl bekommen hatte. In Österreich-Ungarn geschah das erst drei Tage später. Doch letztlich hatten beide mit dem Krieg gerechnet. Am 28. Juli wurde er entfesselt.

²⁶ RAUCHENSTEINER, Der Erste Weltkrieg 111.

Wochen hindurch hatte sich eine Spannung aufgebaut, die sich dann in den unterschiedlichsten Äußerungen Luft machte. Da gab es den Aufschrei der Intellektuellen, die Predigten und Hirtenbriefe der geistlichen Würdenträger aller Konfessionen, die fast uneingeschränkte Zustimmung der Zeitungen und Äußerungen der politisch Verantwortlichen. Soldaten, die noch gar nicht aufgeboden worden waren, drängten in die Kasernen. Demonstranten, die ihrer Begeisterung über den Krieg Ausdruck verleihen wollten, zogen durch die Straßen der Städte. Der Patriotismus schien keine Grenzen zu kennen. Da der österreichische Reichsrat seit März 1914 vertagt war, konnte er als Gremium keine Adresse formulieren, doch sie wäre nicht anders ausgefallen als jene des ungarischen Reichstags, dessen Abgeordnetenhaus die Kriegserklärung mit Begeisterung zur Kenntnis nahm, und die Wortführer der Opposition verkündeten den Frieden der Parteien auf Kriegsdauer²⁷. Was „Erlösung durch den Krieg“ genannt wurde²⁸, fand seine Entsprechung in Serbien und an den Tagen, als Russland, Deutschland, Frankreich und England in den Krieg eintraten, auch in diesen Ländern. Die Bündnisautomatik, die wirksam wurde und das Deutsche Reich dazu bewog, auf die russische Teilmobilmachung ebenfalls mit Mobilmachung zu reagieren, konnte man zwar als konsequent ansehen, doch wurde damit auch nur etwas unterstrichen, das latent war: Europa hatte auf den Krieg gewartet, ihm aber nicht regelrecht entgegen gebangt, und letztlich zögerte keiner, seinen Teil an der Entfesselung des Kriegs zu übernehmen. Ob das wirklich alles so gleichmäßig euphorisch verlief, wie es sich im Nachhinein liest und als „Augusterlebnis“ 1914 beschrieben worden ist, muss jedoch bezweifelt werden. Die Kriegsbegeisterung erfasste vornehmlich die Städte und die sozialen Oberschichten. Auch in Österreich-Ungarn war ein Stadt – Land Gefälle zu beobachten, da sich für Viele die Existenzfrage stellte. Das galt für Bauern, Geschäftsleute und Kleingewerbetreibende, letztlich aber für all jene, die als Soldaten in diesem Krieg eine Rolle spielen sollten. Rund zwei Millionen mobilzumachende Männer verstärkten die 414.000 Mann des präsenten Heeres und weitere 30.000 Mann die durchaus respektable Flotte, um sie auf den Kriegsstand zu bringen. Sie wurden von den Segenswünschen ihrer Landsleute und den in der Kriegserklärung Franz Josephs an Serbien formulierten Sätzen begleitet: „Ich vertraue auf Österreich-Ungarns tapfere und von hingebungsvoller Begeisterung erfüllte Wehrmacht. Und Ich vertraue auf den Allmächtigen, dass er unseren Waffen den Sieg verleihen werde“.

Um die Handlungsweisen in Österreich-Ungarn besser zu verstehen, muss man einen Blick auf die Rolle des Monarchen werfen. Franz Joseph war am 29. Juni 1914 von Ischl nach Wien zurückgekehrt und blieb eine Woche in seiner Reichshaupt- und Residenzstadt. In dieser Woche stellte er die Weichen für den Krieg. Er empfing allerdings nur am 30. Juni die Ministerpräsidenten der beiden Teile der Monarchie, Karl Reichsgraf Stürgkh und Tisza, jeweils für ein paar Minuten. Der Minister des Äußern,

²⁷ DTÓSZEGI, Das politische und wirtschaftliche Interesse 389.

²⁸ ROLAND N. STROMBERG, Redemption by War. The Intellectuals and 1914 (Lawrence, Kansas 1982); ferner WOLFGANG JUSTIN MOMMSEN (Hg.), Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 34, München 1996) sowie WOLFGANG KRUSE, Kriegsbegeisterung? Zur Massenstimmung bei Kriegsbeginn; in: DERS. (Hg.), Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914–1918 (Frankfurt am Main 1997) 159–166.

Berchtold, hatte zweimal Gelegenheit zu Audienzen. Den Rest der Zeit verbrachte der Monarch vor allem mit seinem engeren Hofstaat, dem Chef der Militärkanzlei, Feldzeugmeister Arthur Frh. von Bolfras, dem Generaladjutanten Eduard Graf Paar, dem Ersten Obersthofmeister Alfred Fürst Montenuovo sowie den Kabinettsdirektoren und seinem persönlichen Finanzberater. Einen Tag vor seiner Rückreise nach Ischl empfing der Monarch auch Erzherzog Friedrich, der als Oberkommandant vorgesehen war, sollte es zum Krieg kommen. Die Audienzen erfolgten – wie üblich – unter vier Augen. Dass Franz Joseph umfassend informiert wurde, ist bei der Kürze der Audienzen auszuschließen. Doch wie sich dann zeigte, war er durchaus willens, an der Entfesselung des Kriegs mitzuwirken. Dazu brauchte es keiner Teilnahme an den gemeinsamen Ministerratssitzungen. Franz Joseph fehlte dort. Doch es wäre sicherlich falsch annehmen zu wollen, die gemeinsamen Minister und die Ministerpräsidenten hätten gegen den Willen des Monarchen handeln können oder wollen. Sie taten, was von ihnen erwartet wurde. Franz Joseph billigte allerdings auch, dass der Krieg nicht sofort entfesselt wurde, sondern so wie Tisza das forderte, zunächst eine Art rechtliche Grundlage geschaffen werden sollte. Doch die Konsequenzen der Vorgangsweise waren ihm klar. Daher verband er in einem Schreiben an den deutschen Kaiser auch das Ersuchen um deutsche Unterstützung für die Vorgehensweise der Habsburgermonarchie mit dem Hinweis darauf, dass es das Ziel Österreich-Ungarns sei, dass „Serbien [...] als politischer Machtfaktor ausgeschaltet wird“²⁹.

Franz Joseph war sich auch im Klaren darüber, dass Krieg gegen Serbien mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Krieg gegen Russland bedeuten würde. Darauf deutet seine gegenüber dem gemeinsamen Finanzminister Leon Ritter von Biliński gemachte Äußerung über das österreichische Ultimatum an Serbien hin: „Russland kann sich doch unmöglich diese Note gefallen lassen“³⁰. Franz Joseph wusste vom Ultimatum und kannte dessen Wortlaut. Er fand nichts daran auszusetzen. Schließlich war er damit einverstanden, dass man zuerst versuchen sollte, Serbien niederzuwerfen und dann erst mit voller Macht gegen Russland vorzugehen. Später bekannte er ein, dass das falsch gewesen war. Mit dem Entschluss zum Krieg und im Bewusstsein, damit einen Zweifrontenkrieg auszulösen, handelten Franz Joseph sowie die politische und militärische Führung Österreich-Ungarns sehr ähnlich den deutschen Verbündeten, denn auch in Berlin hatte man das Strategiespiel mit dem Entschluss beendet, in einem Zweifrontenkrieg zuerst Frankreich niederzurufen und sich dann gegen Russland zu wenden. Nicht, weil man unbedingt zuerst den stärksten Gegner ausschalten wollte, sondern weil man glaubte, ihn schnell besiegen zu können. Was dem einen die Franzosen, waren dem anderen – Wien – die Serben. Am 26. Juli wurde Franz Joseph die Kriegserklärung

²⁹ FRANCIS ROY BRIDGE, Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* VI/1, 337.

³⁰ ROBERT A. KANN, *Kaiser Franz Joseph und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Eine Betrachtung über den Quellenwert der Aufzeichnungen von Dr. Heinrich Kanner* (= Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 274, 3. Abhandlung, Wien – Köln – Graz 1971) 12.

vorgelegt. Sie enthielt eine Passage, wonach serbische Truppen bei Temes Kubin/Kevevara (*Kovin*) an der Donau das Feuer auf die am Ufer stehenden k.u.k. Truppen eröffnet hätten. Das Gefecht hatte nicht stattgefunden. Doch es genügte, um einen Vorwand zu haben, vor allem aber auch, um deutlich zu machen, dass Österreich-Ungarn der Angegriffene wäre. Nicht der Mord am Thronfolger, sondern eine Schießerei an der Donau war daher auslösend für den Krieg. Da es aber kein Gefecht gegeben hatte und Minister Berchtold den Verweis auf Temes Kubin aus der Kriegserklärung herausstrich, musste am Mittwoch, dem 29. Juli, der Schießkrieg durch eine neuerliche Aktion eingeleitet werden. Ein Monitor der k.u.k. Donaufflotte schickte einige wenige Granaten nach Belgrad. Der Schaden war gering. Doch das Zeichen war deutlich gewesen. Und alle hatten es verstanden. An diesem Tag erreichte der Jubel über die Entfesselung des Kriegs seinen Höhepunkt.

Jahrzehnte hindurch haben sich Historiker und alle, die sich dazu rechnen, mit Kriegsursachenforschung beschäftigt. Hier noch etwas nennenswert Originelles und Neues beitragen zu wollen, ist wohl kaum möglich. Für Österreich-Ungarn lässt sich daher auch lediglich resümieren, dass es zwar keinen großen Bündniskrieg, sondern einen Krieg gegen Serbien führen, dem Großen Krieg aber auch nicht ausweichen wollte. So wie es Franz Joseph gemeint hatte: „Wenn die Monarchie schon zugrunde gehen soll, so soll sie wenigstens anständig zugrunde gehen“³¹. Den Anstand konnte er freilich nicht quantifizieren. Franz Joseph stellte die Weichen und beließ es dabei, dass die Verantwortlichen seiner Regierungen und nicht zuletzt die für die Kriegführung zuständigen militärischen Stellen alles Nötige veranlassen würden. Er billigte jeden Schritt bis hin zur Fiktion eines gegen k.u.k. Truppen geführten Angriffs. Doch war der Monarch selbst Teil fiktiver Handlungen. Er erweckte den Anschein, an keiner Entscheidung unmittelbar mitgewirkt zu haben und machte Urlaub. Und erst als der Krieg entfesselt war, kehrte der Monarch nach Wien zurück. Damit war ihm und seiner Umgebung Gelegenheit gegeben, das Unvermeidliche als letzte Station auf seinem Leidensweg hinzustellen. Nun geht es schon längst nicht mehr wie noch während des „Großen Kriegs“, für den sich partiell auch schon vor 1914 der Begriff Weltkrieg festgesetzt hatte, darum, Schuldige zu suchen und zu finden. Das wurde bereits im Verlauf des Ersten Weltkriegs versucht und den jeweiligen Gegnern alle Schuld zugeschrieben. In den Dokumenten, die dann als Ergebnisse der Pariser Friedensverträge 1919 bis 1920 formuliert wurden, erfolgte eine neuerliche und unmissverständliche Schuldzuweisung an die besiegten Staaten, vor allem Deutschland sowie Österreich und Ungarn. Doch erst die historische Forschung ab den Sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts und die sogenannte Fritz-Fischer-Kontroverse³² heizten die Diskussion nicht nur neuerlich an, sondern belebten sie auch, was zu einer abermaligen Verschiebung bei der Gewichtung der Argumente führte. Da aber sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien und vor allem in Russland einzelne Aktenbestände nach wie vor nicht zugänglich sind, ist ein Ende der Debatte nicht abzusehen.

³¹ CONRAD, Aus meiner Dienstzeit 6 (Wien 1925) 162.

³² Unter anderen GREGOR SCHÖLLGEN, Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse; in: Historisches Jahrbuch 106 (1986) 386–406; kritisch gegenüber Fischer v.a. CLARK, Die Schlafwandler.

Weit wichtiger freilich, als eine durchaus sinnvolle Akzentverschiebung scheint es wohl, die Geschichte dort einzubetten, wo sie als integraler Teil des „kurzen 20. Jahrhunderts“ ihren Platz hat. Vielleicht ist die weitgehende Akzeptanz des vom amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan gebrauchten Begriffs der „Urkatastrophe“³³ ausreichend distanziert, um diese Historisierung deutlich werden zu lassen. Dabei ist es ohnedies eine recht ungenaue Übersetzung der Kennan'schen Formulierung von „the great seminal catastrophe“, einer Katastrophe, die den Samen zu allem weiteren Unheil in sich barg, das da noch kommen sollte. Aus der Julikrise 1914 leitete sich etwas ab, das folgenschwer wie schon lange davor nichts gewesen ist. Wie immer hatte das Eine das Andere zur Folge.

Und immer wieder ist man verleitet zu fragen: „Was wäre gewesen, wenn?“. Franz Ferdinand nicht ermordet worden wäre, sondern die Herrschaft angetreten hätte? Was, wenn das Bündnis der Mittelmächte, also nicht nur Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern auch Italien und eventuell auch Rumänien den Krieg gegen die Entente geführt hätten? Was auch, wenn Österreich-Ungarn nach den schweren Niederlagen und den enormen Verlusten an Menschenleben noch 1914 Waffenstillstand und Frieden geschlossen hätte? Vieles ließe sich noch weiter fragen und mehr oder weniger fantasievoll beantworten. Entscheidend waren die Fakten: Der Thronfolger war tot, Franz Joseph wollte den Krieg; das Deutsche Reich und Russland gaben jeweils Blankoschecks. Russland zielte darauf ab, durch die Unterstützung Serbiens seine Vorherrschaft im Balkanraum auszuweiten und gleichzeitig Deutschland und Österreich-Ungarn zu schwächen. Deutschland seinerseits suchte die Lösung des Suprematieproblems in der Weise, dass Krieg gegen Frankreich und Russland und notgedrungen auch gegen England geführt wurde. Und für Franz Joseph verbot es sich wohl, jenes Deutschland, das man gebraucht hatte, um den Krieg zu entfesseln, in seinem Krieg allein zu lassen. So gesehen bekamen alle jene Nippes-Sachen und zu Schlagworten geronnenen Sätzen zur Bündnistreue ihre nachhaltige und tiefe Bedeutung, vor allem das Wort von der „Nibelungentreue“, das ganz offensichtlich wörtlich genommen wurde.

3. Die Kriegsdiktatur

Mit der Entfesselung des Kriegs war es in der Habsburgermonarchie aber natürlich noch nicht getan. In Österreich wurden die Landtage aufgelöst und ihnen die Möglichkeit genommen, als eine Art Ersatz für den Reichsrat zu fungieren. Schlagartig traten auch jene Ausnahmeverfügungen in Kraft, die für den Kriegsfall schon 1912 erlassen und parlamentarisch beschlossen worden waren. Ihre Anwendung hatte eine Kriegsdiktatur zur Folge. Am 26. Juli unterschrieb Franz Joseph nicht nur die Weisung zur Mobilmachung gegen Serbien, sondern auch eine Entschliebung über die Suspendierung der staatsbürgerlichen Rechte, und noch am selben Tag wurden mittels kaiserlicher Verordnung die nicht unmittelbar der staatlichen, sondern der Selbstverwaltung

³³ GEORGE FROST KENNAN, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875–1890 (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1981) 12.

unterstehenden Länder, Bezirke und Gemeinden in die zentralistische Kriegsverwaltung eingebunden. Jede Gemeinde war fortan verpflichtet, an der Durchführung der Ausnahmegesetze und an allen anderen Gesetzen und Verordnungen, die sich auf die Kriegführung bezogen, mitzuwirken. Jeder öffentliche Bedienstete hatte dann, wenn er mit einem der Kriegführung der Monarchie dienenden Geschäft betraut war, dieses so lange fortzuführen, bis er von seiner vorgesetzten Behörde von seinen Aufgaben entbunden wurde. Damit fielen die Pensionierungsgrenzen weg. Eine Sonderregelung bestand für die Eisenbahnverwaltungen, die nicht nur sämtliche materiellen Einrichtungen, sondern auch das gesamte Personal der Kriegsverwaltung zur Verfügung zu stellen hatten. Die Leitung des gesamten Eisenbahnwesens der Monarchie wurde vom ersten Mobilmachungstag an militarisiert. In Ungarn liefen die Dinge ähnlich ab: Ab dem 20. Juli bereitete man sich auf die Einberufung und Mobilisierung des Landsturms vor. Drei Tage später genehmigte der ungarische Ministerrat den „Wegweiser zu den Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall“. Schließlich galt der 26. Juli als Stichtag für die Verpflichtung zum Kriegsdienst³⁴. Eigentlich war es erstaunlich, mit welcher vergleichswisen Perfektion sich Österreich-Ungarn auf den Krieg einstellte. Doch es fällt nicht nur die Perfektion, sondern auch die Rücksichtslosigkeit auf.

Manche im eigentlichen Kriegsgebiet verständlichen und kriegsbedingt notwendigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Geschworenengerichte, wurden auf die ganze Monarchie ausgeweitet. Für das im weitesten Sinn als Kriegsgebiet geltende Territorium und dessen Hinterland wurde überhaupt eine gesonderte kaiserliche Verordnung wirksam, mit der die zivile Verwaltung in eine militärische umgewandelt wurde. Am 25. Juli 1914 war schon für Bosnien-Herzegowina, Dalmatien und das Banat die Erweiterung der Befugnisse der militärischen Landesbefehlshaber verfügt worden. Sechs Tage später wurde dem Armeeoberkommando die Befugnis erteilt, im Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau/Kraków (*Kraków*), ferner im Herzogtum Bukowina, dem Gebiet der Bezirkshauptmannschaften Bielitz/Biłsko (*Bielsko-Biala*), Freistadt/Fryštát/Frysztat (*Karviná*), Friedek/Frýdek/Frydek (*Frydek-Místek*) und Teschen/Těšín/Cieszyn (*Český-Těšín, Cieszyn*), in den Stadtgemeinden Bielitz und Friedeck des Herzogtums Schlesien sowie in dem Gebiet der Bezirkshauptmannschaften Mistek, Neutitschein, Mährisch-Ostrau und Mährisch-Weißkirchen zur Wahrung der militärischen Interessen „innerhalb des dem politischen Landeschef zustehenden amtlichen Wirkungskreises“ Verordnungen zu erzwingen³⁵. Damit sollte sichergestellt werden, dass die österreichische wie die ungarische Kriegsregierung die innere Ordnung im gesamten Staatsgebiet auf-

³⁴ Protokoll des ungarischen Ministerrates vom 20., vom 23. und vom 30. Juli sowie vom 1. August 1914 – ÖSTA, HAUS-, HOF- UND STAATSARCHIV [HHSTA], Kabinettsarchiv, Kab. Kanzlei, Ungarische Ministerratsprotokolle, Kart. 33, 4.

³⁵ CHRISTOPH FÜHR, Das k.u.k. Armeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich 1914–1917 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 7, Graz – Wien – Köln 1968) 17–22. Die Verordnung für Dalmatien REICHSGESETZBLATT [weiterhin RGBL] Nr. 153/1914; ergänzend JOSEF REDLICH, Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege (= Carnegie Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung Volkswirtschaft und Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs, österreichische und ungarische Serie, Wien – New Haven 1925) 117 f.

rechterhalten, alle politischen und nationalistischen Äußerungen unterdrücken und der Arbeit der Kriegsverwaltung einschließlich der gesamten Kriegswirtschaft, Ernährung und Ausrüstung des Heeres zum Erfolg verhelfen konnten. Mit der Schaffung eines Armeoberkommandos, dem nicht nur für das Kriegsgebiet, sondern auch für weite Teile des Hinterlandes absolutistische Vollmachten gegeben wurden, kam es zu einer recht eigentümlichen Verschiebung der Zentren, denn was bis Juli 1914 gegolten hatte, dass alle Fäden in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zusammengelaufen waren, galt nicht mehr. Das neue Machtzentrum war der jeweilige Sitz des Armeoberkommandos, zuerst Przemysł/Peremyśl (*Przemysl*), dann kurzzeitig Neu Sandec/Nowy Sącz (*Nowy Sącz*) und schließlich bis Ende 1916 Teschen. Seit dieses neue Machtzentrum existierte, befanden sich die österreichische wie die ungarische Regierung in der Defensive. Und noch einer konnte sich den diktatorischen Bestrebungen des Armeoberkommandos nicht zur Gänze und auf Dauer entziehen: Franz Joseph. Gerade aber die Handhabung der Machtfülle und der Ausnahmeverfügungen durch das k.u.k. Armeoberkommando führten dazu, dass man seit dem Zweiten Weltkrieg den Eindruck haben musste, der Erste wäre nur die Vorwegnahme jener menschenverachtenden Vorgänge gewesen, die dann in der Ausrottung von Bevölkerungsteilen, in der Entmenschlichung, Vertreibung und Verelendung während des zweiten großen Kriegs des 20. Jahrhunderts ihren definitiven Ausdruck gefunden haben³⁶. Für alles das fanden sich in Serbien und Galizien schon in den ersten Kriegsmonaten 1914 genügend Beispiele. Die Verrohung ging mit der Militarisierung einher. Und die Militarisierung der Gesellschaft war ein Aspekt des Kriegs, gegen den man auch international nicht ankonnte. Da mit zunehmender Kriegsdauer alles dem Krieg untergeordnet wurde, um das zu erringen, was als Siegfrieden angestrebt wurde, machte nichts vor dem Krieg halt. Er diente zur Rechtfertigung der Reduktion des politischen Verkehrs und von Eingriffen in so gut wie alle persönlichen Lebensbereiche. Das ging umso leichter, da Österreich-Ungarn keine demokratischen Traditionen hatte und vor allem auch seitens des Monarchen keine gegenteiligen Signale kamen.

Franz Joseph machte während der ersten Kriegsmonate einige Male klar, dass ihm die Einhaltung ganz bestimmter, oft wohl nur als althergebracht angesehener, kavalierrmäßiger Regeln sehr wohl ein Bedürfnis war, doch er griff weder dann ein, wenn es galt, den Menschenrechten ihren Platz einzuräumen, noch in dem Augenblick, als wohl auch ihm der Krieg als Endzeit erscheinen musste. Da galt eben durchgängig, dass die Monarchie mit Anstand untergehen sollte. Der Monarch unterhielt nur mehr wenige Verbindungen zur Außenwelt. Sie bestanden in drei letzten allgemeinen Audienzen sowie jenen Audienzen und Besuchen, zu denen Entscheidungsträger meist gerufen wurden, in anderen Fällen auch ansuchten. Dabei wurde die Militärkanzlei Seiner Majestät immer mehr zu einem Steuerungselement, das mangels anderer funktionierender Einrichtungen und vor allem angesichts der physischen Absenz Franz Josephs in der Öffentlichkeit und auf den Kriegsschauplätzen an Bedeutung gewann. Der Wirkungsbereich der Militärkanzlei

³⁶ Dazu RÜDIGER BERGIEN, Vorspiel des „Vernichtungskrieges“? Die Ostfront des Ersten Weltkriegs und das Kontinuitätsproblem; in: GERHARD P. GROSS (Hg.), Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (= Zeitalter der Weltkriege 1, Paderborn – München – Wien – Zürich 2006) 393–408.

war zuletzt 1910 geregelt worden, demzufolge sie als extrakonstitutionell zu gelten hatte, ausschließlich dem Monarchen zur Verfügung stand und nach Außen niemandem Rechenschaft schuldet³⁷. Der Chef der Militärkanzlei, Bolfras, besaß das uneingeschränkte Vertrauen des Monarchen und konnte sich schmeicheln, von allen Menschen in dessen Umgebung mit ihm die meiste Zeit zu verbringen. Bolfras und sein Stellvertreter, Generalmajor (dann Feldmarschallleutnant) Ferdinand Ritter von Marterer „übersetzten“ den Willen des Monarchen und waren schon auf Grund der Intensität der Kontakte mit dem Herrscher dominant. Die Einblicke, welche die Leiter der Militärkanzlei Franz Joseph über den Kriegsverlauf und wichtige politische Fragen ermöglichten, kamen jedoch in der Regel auch nur aus zweiter Hand, da sie vornehmlich auf Korrespondenzen und Gesprächen beruhten und nur selten von Frontbesuchen und unmittelbaren Einblicken in das Kriegsgeschehen herrührten. Letztlich entschieden die beiden Generäle, was „Seiner Majestät“ wie aufbereitet wurde. Die Militärkanzlei wurde dabei aus unterschiedlichen und durchaus nicht nur militärischen Quellen informiert. Das führte dazu, dass die Chefs der Militärkanzlei sich auch mit Fragen der Außen- und der Innenpolitik beschäftigten, im Umweg über das k.u.k. Kriegsministerium und das österreichische und das ungarische Landesverteidigungsministerium mit der Kriegswirtschaft, der Propaganda aber auch Justizfällen wie 1916 dem Prozess gegen den tschechischen Reichsratsabgeordneten und Nationalisten Karel Kramář zu tun hatten. Vor allem Marterer hatte Zuträger, die ihn zu einem der bestinformierten aber auch meistgehassten Männer der Monarchie werden ließen. Der Monarch selbst griff kaum mehr ein. Dabei wusste er ohnedies nicht darüber Bescheid, mit welcher Radikalität die Kriegsgebiete entvölkert worden waren, und wie gnadenlos gegen Menschen vorgegangen wurde, gegen die sich ein auch nur vager Verdacht richtete, mit Serben oder Russen zu konspirieren. Nur zu Anfang des Kriegs konnte es geschehen, dass Franz Joseph mahnend auf das Armeekommando einzuwirken suchte. Doch dem Argument, dass das Armeekommando die Führbarkeit des Kriegs sicherstellen musste, hatte auch er wenig entgegen zu setzen.

Schon während der ersten Tage und Wochen zeigte sich freilich, dass Generäle der k.u.k. Armee in vielen Fällen den Anforderungen nicht entsprachen. Sie waren militärisch und physisch überfordert. Es kam zu Selbstmorden, die dann als „gefallen vor dem Feind“ kaschiert wurden. Noch weit öfter und schließlich in mehreren Dutzend Fällen wurden hohe und höchste Offiziere stante pede abgelöst, zur Disposition gestellt oder zwangspensioniert. Das offenbarte aber nur eines der Dilemmata der k.u.k. Armee. Ein anderes rührte da her, dass die k.u.k. Armee den Russen zahlenmäßig stark unterlegen war und auch auf dem Sektor der Bewaffnung markante Lücken aufwies. Die Rüstungsindustrie der Habsburgermonarchie wurde zwar so rasch wie möglich hochgefahren, doch der Verlust von Tausenden Geschützen, Hunderttausenden Gewehren und riesigen Mengen an Ausrüstungsgegenständen ließ sich nicht so einfach ausgleichen. Die Niederlage vor Auges, wurde der Ruf des k.u.k. Armeekommandos nach deutscher Truppenhilfe immer lauter. Und das Deutsche Reich schickte sehr wohl Truppen, um die Armee des Bundesgenossen kriegsfähig zu erhalten. In Verbindung mit den Rückschlägen und dem Verlust

³⁷ Marterer Tagebuch 2, 58, ohne Datum – ÖSTA, KA, Nachlass B/16.

Ost- und Mittelgaliziens sowie Teilen der Bukowina reagierte Franz Joseph allerdings weit stärker, als es vor allem der Generalstabschef Conrad erwartet hatte. Schon Ende September 1914 begann man in der kaiserlichen Militärkanzlei zu überlegen, ob es nicht das Beste wäre, die Führung der k.u.k. Truppen dem seit der Schlacht von Tannenberg (*Stębark*) als legendär geltenden deutschen Generaloberst Paul von Hindenburg zu unterstellen. Anschließend wurde darüber nachgedacht, wer wohl Conrad ersetzen könnte. Marterer schlug den Kommandanten der k.u.k. 3. Armee, General der Infanterie Svetozar Boroević von Bojna vor. Der war – nicht zuletzt unter dem Einfluss Conrads – weniger „germanophil“ als andere Generäle und variierte immer wieder das Thema vom „preußischen Egoismus“. Mit dem neuerlichen Vormarsch der k.u.k. Truppen im Osten und dem kurzzeitigen Entsatz der zeitweilig von den Russen eingeschlossenen größten österreichischen Festung, Przemyśl, gewann man in der Militärkanzlei im Oktober 1914 wieder genügend Selbstvertrauen, um die Sache des einheitlichen Oberbefehls nicht mehr zu forcieren. Doch dann wurde das Thema deutscherseits aufgegriffen, und Franz Joseph war durchaus bereit, auf diese Forderung einzugehen. Er war sich dabei wohl mehrerer Umstände bewusst: Die Einheitlichkeit der Kriegshandlungen erforderte eine möglichst zentrale Steuerung des Kriegsgeschehens, und Generalstabschefs, die nicht einmal miteinander telefonierten, wie das bei Conrad und den deutschen Generalstabschefs Helmuth Graf von Moltke, dann Erich von Falkenhayn der Fall war, taten sich ungemein schwer, diese Einheitlichkeit herzustellen. Vielleicht empfand dies Franz Joseph mehr intuitiv, als dass er sich über die Tragweite von Kommunikation in einem modernen Krieg wirklich klar geworden wäre. Schließlich verkehrte er mit dem Deutschen Kaiser auch nur schriftlich und nicht etwa telefonisch. Weiters waren die k.u.k. Armeen an der russischen Front darauf angewiesen, deutsche Truppen in gefährdeten Abschnitten eingeschoben zu bekommen. Die Unterstellungsverhältnisse waren dann meist für längere Zeit Gegenstand erregter Auseinandersetzungen, da deutsche Kommandierende Generäle sich schwer unterordnen wollten, und umgekehrt die österreichische Führung auf ihrem Führungsanspruch auf „ihrem“ Kriegsschauplatz beharrte.

Schließlich war sich Franz Joseph wohl darüber im Klaren, dass er das Vakuum an der Spitze nicht mehr füllen konnte. Wohl wurde auch deutscherseits über ein Vakuum an der Spitze geklagt³⁸, doch verglichen mit dem auf der österreichisch-ungarischen Seite war es jedenfalls gering. Das Vakuum rührte im Fall der Habsburgermonarchie aber nicht nur daher, dass Franz Joseph eben nicht mehr „zu Pferd“ steigen konnte, um seine Völker in diesem Krieg anzuführen. Das Vakuum setzte sich dort fort, wo man sich durchaus darüber im Klaren war, dass der Armeeoberkommandant, Erzherzog Friedrich, eine lediglich repräsentative Rolle spielte und der Thronfolger, Erzherzog Karl Franz Joseph, bewusst von militärischen und politischen Entscheidungsprozessen ferngehalten wurde. Das k.u.k. Armeeoberkommando erreichte jedoch, dass sich das Projekt eines einheitlichen Kommandos an der Nordostfront zerschlug und Franz Joseph für die Beibehaltung der

³⁸ WILHELM DEIST, Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr; in: DERS. (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte* (= Beiträge zur Militärgeschichte 34, München 1991) 1–18.

getrennten Führung gewonnen werden konnte. Der Erfolg in der Schlacht von Limanowa/Illmenau (*Limanowa*) und Łapanów/Lapanow (*Łapanów*) im Dezember 1914 tat ein Übriges, um sowohl die Stellung des k.u.k. Armeeeoberkommandanten wie die des Generalstabschefs zu festigen, noch dazu, da der immer wieder nach Wien gerufene Thronfolger die Lage „beruhigend darstellte“³⁹. Erzherzog Karl Franz Joseph war denn auch zum wenigsten gesonnen, sein „Erstgeburtsrecht für ein ‚Linsengericht‘ herzugeben“, wie das dann der amerikanische Außenminister Robert Lansing nannte⁴⁰, und sich einem deutschen Oberbefehl zu unterstellen. Das dabei gebrauchte Argument war zwar als Konstrukt gedacht, doch zweifellos haftete ihm ein Stück Wahrheit an. Die Deutschen, so Conrad in seiner Argumentation gegen den gemeinsamen Oberbefehl, würden mit den Gegebenheiten der Armee eines Vielvölkerstaats nicht vertraut sein. Daher würde sich der Verzicht auf eine ausschließlich österreichisch-ungarische Befehlshierarchie negativ auf das Kriegsgeschehen auswirken. War zu fragen, ob die Kommandanten der k.u.k. Streitkräfte mit ihren Soldaten noch zurechtkamen. Bis Jahresende 1914 hatte die k.u.k. Armee rund eine Million Mann an Toten, Verwundeten, Kriegsgefangenen und Vermissten eingebüßt. Die Kriegsgefangenen und Vermissten machten etwa die Hälfte der Verluste aus; die meisten der in diese Kategorien fallenden Militärangehörigen hatten sich kampfflos ergeben oder waren übergelaufen. Die Reaktion des Armeeeoberkommandos konnte heftiger nicht ausfallen. Zwar wurde nachdrücklich in die Menschenführung eingegriffen, und wurden gerade bei Fällen von vermuteter Massendesertion Untersuchungen über die Gründe eingeleitet. Doch als erstes wurde mit dem Standrecht gedroht und schließlich die Auflösung ganzer Regimenter verfügt⁴¹. Da die Ursachen für die Waffenstreckungen und Desertionsfälle aber nicht in der mangelhaften Führung, sondern in den Verhältnissen bei den Ersatztruppenkörpern in den Heimatgarnisonen gesucht wurden, trachtete das Oberkommando, das Kriegsrecht immer mehr auszuweiten und vor allem die Länder der böhmischen Krone zur Gänze in den Geltungsbereich des Kriegsrechts einzubeziehen. In dem sich daraufhin anbahnenden Konflikt mit den politischen Stellen, vor allem mit dem Minister des Innern, Karl Heinold von Udyński, aber auch mit dem Ministerpräsidium konnten sich letztere behaupten.

Die Auslassungen des Armeeeoberkommandos hatten bis 1916 aber weiterhin vor allem einen Adressaten: Den österreichischen Ministerpräsidenten. Stürgkh kam dabei in eine recht merkwürdige Lage. Er hatte ohne zu zögern die kriegsabsolutistischen Forderungen der höchsten militärischen Kommandos erfüllt und die Ausnahmeverordnungen erzwungen. Das brachte ihm harsche Kritik von Seiten der politischen Parteien ein. Andererseits gingen dem Armeeeoberkommando seine Maßnahmen nicht weit genug. Immer häufiger sah sich Stürgkh daher mit Forderungen nach seinem Rücktritt konfrontiert.

³⁹ Marterer Tagebuch 30. November 1914.

⁴⁰ VICTOR S. MAMATEY, *The United States and East Central Europe 1914–1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda* (Princeton, New Jersey 1957) 257.

⁴¹ Exemplarisch die Auflösung der vornehmlich aus Tschechen bestehenden k.u.k. Infanterieregimenter 28 und 36; dazu RICHARD LEIN, *Pflichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich-Ungarns im ersten Weltkrieg* (= Europa Orientalis 9, Wien – Berlin 2011).

Im Fall des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza ging das Armeekommando nicht annähernd so weit und tat auch nichts, um die Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten zu erschüttern. Tisas Gegner saßen im ungarischen Reichstag und nicht in Teschen. Für beide Ministerpräsidenten galt jedoch gleichermaßen, dass ihre Stellung schon deshalb kaum zu erschüttern war, da sie sich des Rückhalts des Monarchen sicher sein konnten. Der hatte zwar keine Visionen mehr, sondern wollte nur einen siegreichen Ausgang des Krieges. Die Ordnung, die er geschaffen hatte, sollte aber nicht angetastet werden. Und eine Beendigung des Krieges durch Waffenstillstand und Verzichtfrieden kam für ihn nicht in Frage. Wer das akzeptierte, wurde seinerseits nicht in Frage gestellt.

Im Frühjahr 1915 kam mit dem Kommando der Südwestfront in Marburg/Maribor (*Maribor*) zu den bestehenden Machtzentren ein weiteres hinzu. Es erlangte zwar eine gewisse Eigenständigkeit, blieb aber dem Armeekommando in Teschen unterstellt. Seit dem Herbst 1914 war österreichischerseits der Kriegseintritt Italiens befürchtet worden. Italien knüpfte seinen Verbleib im Bündnis mit den Mittelmächten an Bedingungen, vor allem an zunächst noch allgemein gehaltene territoriale Forderungen gegenüber der Habsburgermonarchie. Nach und nach kristallisierten sich die eigentlichen Wünsche des Apenninenstaats heraus. Sie gingen an die Substanz und wurden schon deshalb als unerfüllbar angesehen, da Italien den Zugewinn an Territorien für sich reklamierte, ohne den Ausgang des Krieges abzuwarten. Deutschland drängte die Doppelmonarchie zum Verzicht vor allem auf Südtirol, aber auch zu noch weitergehenden Konzessionen. Doch es war nicht zuletzt Franz Joseph, der sich auch dann noch weigerte, Gebiete abzutreten, die mehr als sechshundert Jahre bei Österreich waren, als immer deutlicher wurde, dass Italien in parallelen Verhandlungen von den Ententemächten fast alles versprochen bekam, was es sich wünschte.

Mit der Forderung Italiens nach österreichischen Gebietsabtretungen war indirekt auch der Anstoß zu einer Debatte gegeben worden, die bis dahin in Österreich-Ungarn eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte, nämlich der nach der Eroberung und Annexion von Gebieten als Folge eines gewonnenen Krieges. Russland war da nicht so zurückhaltend gewesen und hatte schon im September 1914 weitgehende Kriegsziele verkündet, die bis zur Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie gingen. Doch dies war zum wenigsten ernst genommen worden. Im Spätherbst 1914 wurde jedoch auch in Österreich-Ungarn zu fragen begonnen, ob man es bei der Anfang des Krieges abgegebenen Erklärung belassen sollte, wonach die Habsburgermonarchie keine territorialen Zuwächse anstrebe. Landgewinn schien doch die einfachste Möglichkeit zu sein, um eine Entschädigung für die enormen Verluste an Menschen und Material zu erhalten. Mit territorialem Zugewinn ließ sich vielleicht auch etwas von den italienischen Forderungen kompensieren. Nicht freilich die Abtretung von Südtirol und Triest. Trotz dreier Niederlagen gegen Serbien schien am ehesten der Balkanraum Möglichkeiten zu bieten. Das alles war natürlich noch hypothetisch im Gegensatz zu den italienischen Forderungen, die im Februar und März 1915 ganz konkret wurden⁴². Franz Joseph widersetzte sich den Forderungen nach Abtretungen mit Entschiedenheit.

⁴² RAUCHENSTEINER, Der Erste Weltkrieg 377–396.

Er wollte keine Wiederholung von 1859 und 1866. Doch nicht nur bei ihm kam Emotionales ins Spiel. Auch die Völker seines Reichs zogen in dieser Frage recht gleichmäßig mit, wobei man in Ungarn die Ablehnung der italienischen Forderungen schon deshalb unterstützte, da man jenseits der Leitha vor Augen hatte, dass auch der ursprünglich Vierte im Bund der Mittelmächte, Rumänien, das wie Italien 1914 seine Neutralität erklärt hatte, territoriale Wünsche verfolgte und nicht auf der Seite der Mittelmächte in den Krieg eintreten wollte. Folglich herrschte aus den unterschiedlichsten Motiven Einklang, als es darum ging, die italienischen Forderungen und schließlich Drohungen damit zu beantworten, dass abgewiegelt bzw. auf die Zeit nach dem Krieg verwiesen wurde. Doch Italien zeigte sich uninteressiert und wollte sich weder mit der Zusage von albanischem noch mit nordafrikanischen Gebieten zufrieden geben. Es wollte „Trento è Trieste“ und noch einiges dazu.

Da man in der Frage nicht weiterkam, demissionierte der Minister des Äußern, Berchtold. Sein Nachfolger, István Baron Burián, wollte zwar mit mehr Flexibilität verhandeln, doch auch er scheiterte lange an der Haltung des Monarchen. Erst im Verlauf eines Kronrats am 8. März 1915 willigte Franz Joseph ein, Italien ein Angebot zu machen. Doch von einer vollständigen Erfüllung der italienischen Wünsche war nach wie vor keine Rede. Italien schloss mit den Alliierten den Londoner Vertrag. Am 23. Mai 1915 erfolgte die Kriegserklärung an die Habsburgermonarchie. Damit gab Italien einen nicht zu erwarten gewesenen Anstoß: Der Krieg gegen Italien schien die Einheit des Reichs weit mehr herzustellen als der Krieg gegen Serben und Russen. Hier kam etwas ins Spiel, dem sich weder die West- noch die Südslawen Österreich-Ungarns entziehen wollten. Dass sich die Bewohner der an Italien grenzenden Gebiete der Monarchie emotional gefordert sahen, mochte nicht Wunder nehmen. Doch im Krieg gegen Italien sahen auch Polen, Tschechen, Ruthenen und Serben einen Sinn. Italien hatte ja nicht zuletzt auch auf slowenische und kroatische Gebiete gezielt, und das sollte nicht hingenommen werden. Zudem machte sich aber wohl auch etwas geltend, das zumindest im Fall der Russen so nicht gegeben war: Man fühlte sich den Italienern überlegen. Stimmungsmäßig ähnelte der Mai 1915 dem Juli 1914. Und als der Krieg da war, machte sich abermals so etwas wie Euphorie breit.

Mit dem Kriegseintritt Italiens meldete sich auch ein Element der bewaffneten Macht Österreich-Ungarns zurück, das bis dahin eine denkbar bescheidene Rolle gespielt hatte, nämlich die k.u.k. Kriegsmarine. Sie demonstrierte durch Monate eine Art Suprematie und konnte nicht nur die an sich überlegene italienische Flotte, sondern auch die in die Adria entsandten maritimen Einheiten von Franzosen und Briten in Schach halten. Allerdings waren es nicht die vor dem Krieg als Kernstücke der Flotte gesehenen Großkampfschiffe der Tegetthoff-Klasse, allen voran das Flottenflaggschiff „Viribus unitis“, die erfolgreich waren, sondern die kleineren Einheiten und nicht zuletzt die U-Boote, die ein weiteres Mal deutsche Truppenhilfe deutlich werden ließen, indem deutsche U-Boote unter österreichisch-ungarischer Kriegsflagge tätig wurden.

4. Die Begrenztheit der Ressourcen

Auch diesmal währte die Euphorie nur kurze Zeit. Die Normalität des Kriegsalltags kehrte bald zurück. Seit dem Spätherbst 1914 wurden keine Verlustlisten mehr veröffentlicht. Die enormen Einbußen an Menschenleben sollten verschleiert werden. Die Sanitätsanstalten quollen über und waren gleichermaßen Heil- wie Experimentieranstalten. Für einen Teil der Ärzteschaft galt noch immer, was einer ihrer Vertreter, der Wiener Arzt Albert Köhler, ohne auf Widerspruch zu stoßen, so einprägsam formuliert hatte: „Vom Standpunkt der Wissenschaft“ sei der Krieg „ein genuin forschungskreatives Ereignis“, ein „hochinteressantes Massenexperiment“⁴³. Dem Kriegsgeschehen wurde denn auch therapeutischer Charakter zugebilligt, „ein Stahlbad für die im Staub langer Friedensjahre verdorrten und verschmachtenden Nerven“. Doch auch in diesem Fall zwang das menschliche Elend zu einer weit nüchtereren Sicht. Rund 7.000 Militärärzte dienten im Feld, in den Reservelazaretten und Heilanstalten. Auch die Behandlung von schwersten Kopfverletzungen, der Ersatz von Gliedmaßen oder die Faradisation, die Behandlung der sogenannten Kriegszitterer mittels Elektroschocks, wurde tägliche Routine. Die intellektuelle Aufwallung war einer gewissen Trauer gewichen, die vielleicht auch ein Eingeständnis der anfänglichen Täuschung war. Sigmund Freud etwa, der es 1914 noch einmal mit diesem „wenig hoffnungsvollen“ Land versuchen wollte, war skeptisch geworden. Er sah das Entschwinden einer Zeit ähnlich, wie es dann Zweig in „Die Welt von Gestern“ skizzierte. Freud hielt in einem Ende 1915 geschriebenen Essay, den er „Vergänglichkeit“ nannte, seine Stimmungslage fest: „Der Krieg [...] raubte der Welt ihre Schönheit. Er zerstörte nicht nur die Schönheit der Landschaft, die er durchzog, und die Kunstwerke, an die er auf seinem Wege streifte, er brach auch unsern Stolz auf die Errungenschaften unserer Kultur, unsern Respekt vor so vielen Denkern und Künstlern. [...] Er beschmutzte die erhabene Unparteilichkeit unserer Wissenschaft, stellte unser Triebleben in seiner Nacktheit bloß, entfesselte die bösen Geister in uns, die wir durch die Jahrhunderte währende Erziehung von Seiten unserer Edelsten dauernd gebändigt glaubten. Er machte unser Vaterland wieder klein und die andere Erde wieder fern und weit. Er raubte uns so vieles, was wir geliebt hatten und zeigte uns die Hinfälligkeit von manchem, was wir für beständig gehalten hatten“⁴⁴. Zwischen der Aufbruchsstimmung und der „Vergänglichkeit“ lagen Monate, die auch Freud zum Umdenken gezwungen hatten. Er war ernüchtert, hatte weiter ordiniert, sich nach und nach auch mit den Folgen des Kriegs vor allem für die traumatisierten Soldaten auseinanderzusetzen begonnen und sich mit den Psychosen beschäftigt, die von Zerstörung und Leid ausgingen und die zu heilen sich nicht nur er, sondern viele seiner Fachkollegen angelegen sein ließen.

Anderswo hatte sich die neue Normalität des Kriegs aber noch früher eingestellt. Die Umstellung der Wirtschaft auf den Kriegsbedarf war 1915 mehr oder weniger abgeschlossen. Gerade in den kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben hatte es eine Militari-

⁴³ ALBERT KÖHLER, Zur Chirurgie im Felde, zit. nach HOFER, Nervenschwäche und Krieg 199.

⁴⁴ SIGMUND FREUD, Vergänglichkeit, in: Zeichen der Zeit. Ein deutsches Lesebuch in vier Bänden, hg. WALTHER KILLY 4 (Frankfurt am Main – Hamburg 1962) 301.

sierung gegeben, die sicherstellen sollte, dass der Bedarf an Waffen und Rüstungsgütern gedeckt werden konnte. Mit der Militarisierung von Schlüsselbetrieben und der immer weiter um sich greifenden Bewirtschaftung von Ausgangsmaterialien unter Bezugnahme auf die Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsverordnung in Österreich und ein paralleles Gesetz in Ungarn waren die Rechte der Arbeiterschaft erheblich beschnitten worden. Es galten weder die im Frieden verbindlichen Altersgrenzen, noch Arbeitszeiten und besonders nicht das Streikrecht. In Fällen, wo die Eingriffe auf Widerstand zu stoßen drohten, wurden Betriebe militärisch geführt und Arbeiter als Militärpersonen behandelt, weil Soldaten keine geregelten Dienstzeiten hatten und der Militärgerichtsbarkeit unterstanden. Hand in Hand damit gingen die Maßnahmen einer rigorosen Quotenzuteilung, mit der sichergestellt werden sollte, dass existentielle Güter, Lebensmittel ebenso wie Rohstoffe, gleichmäßig verteilt und keinesfalls gehortet werden sollten. Es begann der Kampf ums tägliche Brot, und schon bald achtete man argwöhnisch darauf, wem es in diesem Krieg besser ging – Österreich oder Ungarn, welchen Kronländern, welchem Bezirk, welcher Gemeinde und welchem Nachbarn. Das wurde schließlich ein Konfliktfeld, in dem sich Ungarn und Österreich fast unversöhnlich gegenüber standen und immer wieder ins Treffen führten, dass die Lasten ungleich verteilt würden und der eine Teil auf Kosten des anderen lebte, zumindest aber im Vorteil war.

Im Hinterland ging die fortschreitende Kriegsdauer auch damit einher, dass eine markante Verrohung zu beobachten war. Anfangs waren die Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet noch vergleichsweise bereitwillig aufgenommen worden, ebenso wie die Kriegsgefangenen, denen noch unter dem Aspekt des kurzen Krieges eher Gastrollen zugeordnet worden waren und die den Ausfall von Feriengästen ausgleichen sollten. Doch es blieb nicht dabei. Die Flüchtlinge kamen in Lager, ebenso wie die Internierten und Kriegsgefangenen. Die Lager wuchsen und wuchsen und man registrierte sehr wohl, dass sie sich insofern auch wieder leerten, als gerade im Winter 1914 auf 1915 Seuchen zu grassieren begannen, die Zigtausenden das Leben kosteten⁴⁵. Bald darauf begann man den Lagerinsassen die Lebensmittel zu neiden, den Flüchtlingen und vollends den Internierten mehr als den Kriegsgefangenen, deren Arbeitseinsatz man nicht nur schätzte, sondern auf den man in Kürze auch angewiesen war.

⁴⁵ WALTER MENTZEL, Weltkriegsflüchtlinge in Cisleithanien 1914–1918; in: GERNOT HEISS (Hg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914* (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25, Wien 1995) 17–44; LUKAS MAYRHUBER, *Politisch unzuverlässig? Die Vertreibung von Zivilpersonen im Ersten Weltkrieg an der Ost- und Südwestfront*; in: ROLAND KUBANDA (Hg.), *Militärische und zivile Kriegserfahrungen 1914–1918* (= Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs 11, Innsbruck 2010) 141–161; HERMANN J. W. KUPRIAN, „Entheimungen“. Flucht und Vertreibung in der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges und ihre Konsequenzen; in: DERS., OSWALD ÜBEREGGER (Hgg.), *Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung, Deutung, Erinnerung / La Grande Guerra nell' arco alpino. Esperienze e memoria* (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 23, Innsbruck 2006) 289–306; VERENA MORITZ, HANNES LEIDINGER, *Zwischen Nutzen und Bedrohung. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich 1914–1921* (= Militärgeschichte und Wehrwissenschaften 7, Bonn 2005); REINHARD NACHTIGAL, *Zur Anzahl der Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg*; in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 67 (2008) 345–384.

Franz Joseph interessierte sich fast nur mehr für das militärische Geschehen. Alles andere glaubte er mit Mitteln der Personalpolitik regeln zu können. Doch er wurde auch diesbezüglich nicht mehr initiativ und wollte keine Veränderungen. Daher war er auch zufrieden, monatlich etwa einmal den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza und – etwas öfter – den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh in Audienzen zu empfangen. Sie trugen ihm – mit welcher Vollständigkeit auch immer – vor, was sich in beiden Teilen der Monarchie und in den Kronländern abspielte. Dabei stand wohl häufig der Aspekt im Vordergrund, den Monarchen weder aufzuregen, noch ihm schwierige Entscheidungen abzuverlangen. Die Ministerpräsidenten machten die Vorschläge und Franz Joseph akzeptierte. Die meisten Mitglieder der österreichischen und der ungarischen Regierungen bekam Franz Joseph während des Kriegs nie zu Gesicht. In seinem Denken gab es für anderes als den Krieg so gut wie keinen Platz. Mit einer Ausnahme: Geldangelegenheiten weckten sehr wohl das Interesse des greisen Monarchen. Diesem materiellen Bereich der Kriegführung blieb Franz Joseph schon deshalb in besonderer Weise verbunden, da auch er – und meist vorweg – hohe Beträge in Kriegsanleihen zeichnete⁴⁶. Das begann mit den ersten österreichischen Anleihen und setzte sich sowohl bei den ungarischen als auch bei späteren Anleihen fort. Franz Joseph tat das im Gegensatz zu einigen ungarischen Magnaten aber auch österreichischen Bankmanagern, die dieser Art von Kriegsfinanzierung eine Absage erteilten⁴⁷. Sie traten freilich auch als Kriegslieferanten nicht nennenswert hervor. Der Kaiser und König unterschied sich wohl auch von vielen Zeichnern der Kriegsleihen insofern, als er den Erwerb von Anleihepapieren nicht in erster Linie als Möglichkeit sah, einen nennenswerten Zinsgewinn zu haben. Allerdings war Franz Joseph auch diesem Gedanken nicht abgeneigt und widmete seinen persönlichen Finanzproblemen gerade während der Kriegsjahre erhöhte Aufmerksamkeit.

Eine Frage wurde in den Audienzen aber auch in den Sitzungen des gemeinsamen Ministerrats bis zum Tod Franz Josephs nicht thematisiert, nämlich die Möglichkeit, den Krieg durch einen Sonderfrieden oder auch einen allgemeinen Frieden zu beenden. Das war weder 1914 noch in den folgenden Jahren der Fall, und Franz Joseph mochte die Frage eines Sonderfriedens auch nur in dem Zusammenhang gesehen haben, wie man durch den Friedensschluss auf der einen Seite Kräfte freibekommen konnte, um den neuen/alten Erbfeind im Südwesten, Italien, zu bekämpfen. Also war Friede nur insofern ein Thema, als im Ministerium des Äußern eine Abteilung geschaffen wurde, die sich damit beschäftigen sollte, wie sich die Kriegsziele in Friedensziele umsetzen ließen⁴⁸. Doch Verzichtsfriede war ganz sicher kein Thema. Allerdings war zu fragen, ob Österreich-Ungarn nach 1914 überhaupt noch eine reelle Chance hatte, den Krieg, zu dessen Entfesselung es beigetragen hatte, in einer vielleicht an 1859 oder 1866 erinnernden Weise zu beenden.

⁴⁶ RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg* 595.

⁴⁷ THOMAS WINKELBAUER, *Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsleihen im ersten Weltkrieg*; in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 112 (2004) 368–398.

⁴⁸ HELMUT RUMPLER, *Die rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1*, 87.

Noch gab es ja keine Entscheidung. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Kriegführung waren keinesfalls erschöpft, und der Zuschub von monatlich rund 170.000 Soldaten, die als Kontingente für die Marschbataillone der Ersatztruppenkörper zur Verfügung standen, ließ auch keine Zweifel aufkommen, dass jenes „Menschenmaterial“, das immer wieder als Ausgangspunkt für Berechnungen herhalten musste, nicht mehr zur Verfügung stehen könne. Die wichtigsten Fronten, nämlich jene im Nordosten gegen Russland und die im Südwesten waren zumindest stabilisiert, ja erstarrt. Es stand also nicht zu befürchten, dass sich das Schema der Napoleonischen Kriegführung wiederholen würde, die Armee geschlagen, die Hauptstadt genommen und dann der Frieden diktiert werden würde. Wenn, dann widerfuhr dies den Anderen. Nach der mit deutscher Hilfe im Oktober 1915 erreichten Niederwerfung Serbiens und der Besetzung des Landes wurde ein Besatzungsregime installiert, mit dem das Land niedergehalten und ausgebeutet werden sollte. Auch Montenegro war Anfang 1916 besiegt und besetzt worden. Warum also sollte es nicht möglich sein, den Krieg weiter zu führen? Franz Joseph sah zumindest keinen gegenteiligen Grund. Und da er den wohl auch ihm bekannten annexionistischen Höhenflügen des Armeeoberkommandos keine Absage erteilte, sahen auch andere keinen Grund, sich nicht mit dem mittleren und dem Westbalkan, vor allem aber mit Polen zu beschäftigen. Die Besetzung von Territorien des Feindes – und seit dem Juni 1915 waren auch Teile von Russisch Polen besetzt worden – war natürlich Wasser auf die Mühlen jener, die sich mit den Kriegszielen beschäftigten. Die Kriegszieldiskussion gewann an Intensität, und die österreichisch-ungarischen Gedankengänge, bzw. jene, die von Politikern, Militärs und Intellektuellen angestellt wurden, kannten keine Grenzen. Mitteleuropa, so wie es der deutsche Publizist Friedrich Naumann darzustellen suchte, war denn auch ein Thema, das auf der Kriegszieldiskussion regelrecht aufsetzen konnte.

Die Debatten, die dann vor allem um die Zukunft Polens und Serbiens geführt wurden, ließen freilich auch die fundamentalen Probleme der Donaumonarchie hervortreten. Denn als man damit begann, territoriale Zuwächse der Monarchie in Rechnung zu stellen, musste man sich fragen, ob dies mit der dualistischen Struktur des Reichs in Einklang zu bringen war. Die gelegentlich innerhalb der ungarischen Regierung gegebenen Antworten konnten nicht eindeutiger ausfallen: Hände weg von Polen. In Österreich dachte man anders und begann sich vornehmlich für die sogenannte austropolnische Lösung zu erwärmen. Die konnte nun so aussehen, dass die als Zuwächse gedachten bis dahin russischen Gebiete Polens zusammen mit Galizien einen eigenen Reichsteil darstellen sollten, was à la longue auf eine trialistische Lösung hinausgelaufen wäre. Ebenso barg natürlich die Frage der Zukunft Serbiens Sprengstoff, denn der Verzicht auf die Angliederung serbischen Gebiets wurde sehr bald dahingehend relativiert, dass die Angliederung ganz Serbiens auch ohne regelrechte Annexion zu überlegen begonnen wurde. Wie dies aber mit okkupierten Territorien ging, hatte man zuletzt an Bosnien und der Herzegowina gesehen. Wieder war Misstrauen angebracht, und es öffnete sich eine zusätzliche Kluft im Gefüge der Monarchie, denn ein vielleicht noch irgendwie zu argumentierendes gesamtstaatliches Interesse stieß auf Vorbehalte und Widerstand der Nationalitäten, vor allem der Ungarn und der Deutschen, die schon 1878 keinen Zuwachs an slawischen Gebieten haben wollen und nun noch vehementer gegen diese Art von Kriegsgewinn waren. Vor allem die Deutschen der Habsburgermonarchie leisteten dutzende Beiträge

zur Diskussion, wie sich Österreich-Ungarn nach einem gewonnenen Krieg schadlos halten und vor allem wie das Bündnis mit Deutschland ausgestaltet werden konnte. Denn dieses Bündnis schien schon aus dem Grund wichtig, damit man notfalls auch die Deutschsprachigen der Habsburgermonarchie vor den Völkern des eigenen Reichs in Schutz nehmen konnte. Auch Ungarn setzte auf die Reichsdeutschen, da es diese sehr wohl als Schutzmacht nicht nur gegen die Slawen, sondern auch gegen die deutschen Österreicher sah. Bei allen diesen Debatten wurden im Grund uralte Themen wieder aufgegriffen, die darauf abzielten, das Verhältnis der Völker der Habsburgermonarchie zueinander neu zu ordnen. Den längst gebrauchten Argumenten und abschätzigen Urteilen ließen sich neue anfügen, die darauf abzielten, die Rückschläge im Krieg, die Massendesertionen und Verluste durch Gefangennahme auf das Konto einiger weniger Nationalitäten zu schieben. Die Spaltung wurde vorangetrieben.

Lange Zeit hindurch wurden freilich keine Klagen laut, die den Einsatzwillen der Arbeiter oder die Leistungen der Rüstungsindustrie generell thematisiert hätten. Das war wohl auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Die Militarisierung ganzer Industrie- und Fertigungszweige hatte zur Folge, dass der Arbeiterschaft das Streikrecht genommen worden war. Mit der Militarisierung drohten auch standgerichtliche Verfahren. Andererseits war der Verdienst der Industriearbeiter vergleichsweise hoch und sie sahen daher kaum Veranlassung, ihr sicheres Einkommen aufs Spiel zu setzen. Viele werden wohl auch ihr Dasein als Arbeiter dem als Soldat vorgezogen haben. Die Arbeiterschaft Österreichs handelte dabei nicht grundlegend anders als die Arbeiter anderer kriegsführender Staaten. Sie trug damit ganz erheblich dazu bei, dass dieser Krieg für die k.u.k. Armee überhaupt führbar blieb, und bis zu einem gewissen Grad entschieden sie darüber, mit welcher Intensität und wie lange der Krieg noch geführt werden konnte. Bis Anfang 1915 hatte sich die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns so weit eingespielt, dass eine Art neuer Normalität entstanden war. Dabei erfuhr der Ausstoß an Gütern insgesamt keine dramatischen Steigerungen, und 1915 wurde meist erst der große Einbruch in der Aufbringung von Rohstoffen und in der Fertigung so weit überwunden, dass die normale Vorkriegsproduktion wieder erreicht wurde. Allerdings wurde nun das wenigste dem Export oder dem zivilen Bedarf zugeführt. Was produziert wurde, diente fast ausschließlich der Deckung der notwendigsten Bedürfnisse, vor allem auf dem Rüstungssektor. Wo die Versorgung mit Rohstoffen nicht mehr gewährleistet war, Transportprobleme unüberwindlich und Dinge produziert wurden, die nicht kriegswichtig waren, waren die Firmen zur Schließung gezwungen. Von den insgesamt 15.154 Unternehmen, die allein in Österreich schließen mussten, sperrten die meisten im Jahr 1915 zu⁴⁹. Aber auch die Eisen- und Stahlindustrie, deren Konjunktur kriegsbedingt unaufhaltsam war, verzeichnete 1915 noch keinen größeren Ausstoß als 1913, steigerte sich aber bis 1916 erheblich. Dem zivilen Bedarf und dem Export, die vor dem Krieg 95% der gesamten Eisen- und Stahlproduktion ausmachten, standen nur mehr 15% zur Verfügung. Wenn Privatfirmen bei der Deckung des Kriegsbedarfs versagten, wie das z. B. beim Legierungsmetall Wolfram der Fall war, wurden die Betriebe unverzüglich militarisiert. Alte Bergwerke wurden wieder in Betrieb

⁴⁹ ROBERT J. WEGS, *Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918* (Wien 1979) 53; die Zahlen auch bei GUSTAV STOLPER, *Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem* (Wien 1918) 34.

genommen und von vornherein militärisch und mit Hilfe von Kriegsgefangenen geführt. Eines schwand freilich ebenso rasch wie so manche Illusion eines raschen Siegfriedens, nämlich die Vorstellung von einer Habsburgermonarchie, die mehr oder weniger autark war und daher auch den Krieg aus Eigenem führen konnte. Das Gegenteil war der Fall. Österreich-Ungarn brauchte auch auf wirtschaftlichem Gebiet praktisch vom ersten Tag an die Hilfe Deutschlands. Auch in diesem Fall war es aber nicht Unwilligkeit oder gar die Bestreikung von Betrieben, die dazu führten. Es war der Mangel, gegen den die politische, vor allem aber die militärische Führung anzukämpfen suchten. Die Abhängigkeit der Militärs von den Vorgängen in so gut wie allen Wirtschaftszweigen sollte aber noch erheblich steigen und schließlich etwas bekräftigen, das schon bald nach Kriegsbeginn festzustellen war: Unter den Großmächten gab es keine regelrechten Asymmetrien in technologischer Hinsicht oder auch bei den militärischen Führungsverfahren⁵⁰. Es waren also nicht der Einsatz neuer Kriegsmittel oder operativer Ideen, die über die Fortsetzung des Kriegs entschieden oder gar schnelle militärische Entscheidungen brachten, sondern die seit den Kriegen des revolutionären Frankreich beschriebene Überlegenheit der Anzahl an den Fronten und in den Fabriken. Das Gewicht der großen Massen wurde entscheidend. Natürlich ist es hypothetisch zu fragen, ob Österreich-Ungarn das Gewicht der großen Massen nicht besser hätte einsetzen können, wenn es nicht so enorme Menschenverluste gehabt hätte. Die Massen waren jedenfalls gleichermaßen Subjekt der Kriegführung wie Objekt. Ziel der jeweiligen Gegner musste es sein, die Massen dazu zu bringen, diesen Krieg nicht mehr zu nähren. Sie waren somit ein vorrangiges Ziel des Kampfes und der Propaganda. Kaum irgendwo wurde das deutlicher als vor Verdun, wo die Deutsche Oberste Heeresleitung die Franzosen „weißbluten“ wollte. Was an der italienischen Front im Isonzogegebiet geschah, war ein nicht unähnlicher Vorgang. Rund 900.000 Menschen, Italiener und Österreicher, schienen an dieser Front bis zum Oktober 1917 in den Verlustlisten auf. Da wie dort blieben jedoch die Entscheidungen aus. Weit aussichtsreicher musste es daher sein, wenn man Soldaten und Arbeiter des Gegners dazu brachte, den Krieg zu bestreiken.

Um die Massen zu beeinflussen, wurden alle Mittel eingesetzt, die sich im Repertoire der damals wohl erst in Ausbildung begriffenen psychologischen Kriegsführung fanden, Flugblätter, verbale Desinformation und – sofern möglich – der Einsatz von Deserteuren, die gezielt auf ihre Konnationen angesetzt wurden. An der Nordostfront hatte Letzteres schon 1915 Wirkung gezeigt. In Italien brauchte es lange, ehe sich dieses Kriegsmittel durchzusetzen begann. Vorderhand dominierte der „fabrikliche“ Krieg, in dem die Abnützung von Menschen und Material so lange fortgesetzt werden sollte, bis sich eine Entscheidung anbahnte. Conrad gab diesem Umstand mit der Formulierung Ausdruck, dass der Erste Weltkrieg kein Krieg der Feldherrn, sondern „ein Krieg der Massen und der Industrien“ gewesen wäre⁵¹. Die Formulierung war freilich in erster Linie

⁵⁰ HERFRIED MÜNKLER, *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie* (Weilerswist 2006) 71.

⁵¹ FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF, *Private Aufzeichnungen*, hg. KURT PEBALL (Wien 1977) 94, 115.

dazu gedacht, die Generalität zu exkulpieren, da sie scheinbar weniger Verantwortung getragen habe als die Rüstungsindustrie. Der „Faktor Mensch“ – in Gestalt von Millionen Soldaten – wurde jedoch ebenso wie die Kriegsmittel als optimierbare Ressource gesehen, die immer aufs Neue auf ihre Verwendbarkeit hin im „Stahlbad“ der Schlachten überprüft werden konnte.

5. Die neue Ära Kaiser Karl

Für Franz Joseph war der „fabrikliche“ Krieg schon länger kein Thema mehr. Der Monarch wurde – sofern dies noch ging – immer mehr von der Außenwelt abgeschirmt. Die Militärkanzlei war weiterhin Drehscheibe, zumindest aber eine Informationsbörse von besonderem Rang. Vor allem nützte sie auch der Thronfolger, um ins Geschehen einzugreifen und seine „Beobachterrolle“ im Armeeoberkommando loszuwerden. Erzherzog Karl Franz Joseph sah in Bolfras insofern einen Verbündeten, als sich eine bei Franz Joseph ab Jänner 1915 zu beobachtende Missstimmung gegenüber den Deutschen noch steigern ließ. Brühwarm erzählte der Thronfolger nach einer Rückkehr aus dem deutschen Hauptquartier, dass man ihm dort ins Gesicht gesagt habe, die Österreicher könnten nicht marschieren⁵². Während deutsche Soldaten 50 km am Tag marschierten, wären den k.u.k. Soldaten schon 25 km zu viel. Franz Joseph ärgerten derartige Äußerungen natürlich, denn wenn er etwas nicht akzeptieren wollte, dann den Vorwurf, die k.u.k. Soldaten würden schlechter sein als die deutschen. Franz Joseph war in den Wochen vor der italienischen Kriegserklärung wohl am Rande seiner physischen und psychischen Leistungsfähigkeit gewesen. Und er modifizierte, was als Ausspruch bereits tradiert wurde: „So werden wir halt jetzt zu Grunde gehen“. Er sah wohl auch etwas Schicksalhaftes darin und machte keine Anstalten gegenzusteuern. Der Krieg forderte auch vom Monarchen gnadenlos Tribut. Er war abgespannt, gesundheitlich nicht immer auf der Höhe, konnte manchmal den Vorträgen nicht folgen, sodass Berichte wiederholt und Fragen neuerlich gestellt werden mussten⁵³. Seine Tageseinteilung forderte es geradezu heraus, dass er am Nachmittag Zeichen von Müdigkeit erkennen ließ, denn bis dahin hatte er schon zwölf Stunden gearbeitet. Sein Tagesablauf kannte so gut wie keine Veränderungen. An Sonn- und Feiertagen und zu besonderen Gedenktagen wie dem Jahrestag der Ermordung der Kaiserin Elisabeth waren Messen in der Schlosskapelle von Schönbrunn angesagt. Alles andere glich des Tages Einerlei. Auffallend war, dass im Herbst 1915 die Audienzen der Ministerpräsidenten Stürgkh und Tisza seltener wurden. Wohl aber kamen immer wieder Erzherzog Friedrich und Conrad und blieben längere Zeit. Bei den Audienzen der hohen Militärs beschränkte sich der Monarch in auffälliger Weise auf das Landheer. Mit der Kriegsmarine hatte er Zeit seines Lebens nichts anzufangen gewusst. Daran änderte auch der Krieg und änderten die gelegentlichen Erfolge oder Misserfolge der Kriegsmarine nichts. Der Chef der Marinesektion des k.u.k. Kriegs-

⁵² Marterer Tagebuch 18. Jänner 1915.

⁵³ EBD, 12. Juli 1915.

ministeriums, Konteradmiral Karl Kailer, nahm fallweise an den Sitzungen des Gemeinsamen Ministerrats teil und wurde auch einige wenige Male zum Monarchen gerufen. Der Flottenkommandant, Großadmiral Anton Haus, wurde während des Kriegs hingegen nie zu Audienzen oder zu Hofafeln geladen, die zu besonderen Anlässen angesetzt wurden. Die Chefs der Militärkanzlei hätten wohl die Möglichkeit gehabt, ein wenig steuernd einzugreifen, doch auch sie interessierten sich nur für die Vorgänge an den großen Fronten des Landkriegs. Im Spätsommer 1916 wurde die Bedeutung der Militärkanzlei noch einmal gesteigert. Es ging darum, Franz Joseph dazu zu bringen, seine Zweitrangigkeit gegenüber Deutschland festzuschreiben. Nach dem gemeinsamen Sieg über Serbien Ende 1915 hätte man meinen können, dass die im Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn schon erkennbar gewordenen Sprünge gekittet worden wären. Das Gegenteil war der Fall, und was als Konflikt der Generalstabschefs begann, mündete darin, dass man sich zeitweilig nicht einmal mehr über die größeren Pläne informierte. Der deutsche Generalstabschef Falkenhayn ließ Conrad im Unklaren über die Absicht, die Franzosen bei Verdun niederzuringen, und Conrad informierte die Deutschen nicht über seinen Plan, im Frühjahr 1916 aus Südtirol eine Offensive zu führen, mit der Italien niedergeworfen werden sollte. Beide Aktionen schlugen fehl und waren in die Kategorie „strategische Irrtümer“ einzureihen. Mit allen Folgen. Zeitgleich bereiteten die Russen eine Offensive vor, die dann im Raum Luck/Luzk/Łuck (*Luzk*) zwei österreichisch-ungarische Armeen an den Rand der Katastrophe bringen sollte. Die üblichen Maßnahmen wie die Ablösung von Kommandanten, das Zuführen von Truppen und deutsche Stützungsmaßnahmen schienen nicht zu greifen, und erst allmählich und nach mehr als einem Monat konnte die Lage wieder als konsolidiert angesehen werden.

Nun aber zielte die Deutsche Oberste Heeresleitung aufs Ganze. Es sollte nicht nur wie im Spätherbst 1914 einen einheitlichen Oberbefehl an einer Front geben, sondern etwas sehr viel Weitreichenderes, eine Gemeinsame Oberste Kriegsleitung. Ihr Kernpunkt war, dass Entscheidungen von weittragender Bedeutung zwar gemeinsam vorbereitet werden sollten, doch im Fall der Uneinigkeit der Verbündeten sollte der deutsche Kaiser das letzte Wort haben. Wieder wehrte sich Conrad, so gut er konnte. Doch nach der Fast-Katastrophe an der Nordostfront war seine Position schwer erschüttert. Und Franz Joseph entschied für die Gemeinsame Oberste Kriegsleitung. Tagelang waren der Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich und Conrad in Audienz empfangen worden und blieben bis zu zwei Stunden. Der deutsche Reichskanzler, Theobald von Bethmann Hollweg, der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Gottfried von Jagow, der preußische Kriegsminister Theodor Wild von Hohenborn kamen nach Wien, und wohl jeder versuchte, Franz Joseph zu beeinflussen. Bemerkenswerterweise gab es wieder keinen direkten Kontakt Franz Josephs mit dem deutschen Kaiser. Doch dann resignierte Franz Joseph, und von dem Augenblick an konnte Österreich-Ungarn nur mehr dann aus dem Bündnis ausscheren und die deutsche Suprematie abzuschütteln versuchen, wenn es sich auch notfalls gegen den deutschen Kaiser stellte. Denn der deutsche Kaiser – und eigentlich nur mehr der deutsche Kaiser – entschied über die wichtigste Frage: Krieg oder Frieden. Die Folgen dieser ganz entscheidenden Weichenstellung waren wohl nicht sofort absehbar, doch dass damit die Nachrangigkeit der Habsburgermonarchie festgeschrieben worden war, lag auf der Hand, denn auch wenn sich die Gemeinsame Oberste Kriegs-

leitung primär auf die militärischen Vorgänge bezog, waren die politischen Implikationen mitentscheidend.

Als eine Art Probe aufs Exempel konnte man sehen, was sich im Befehlsbereich des Thronfolgers Erzherzog Karl abspielte: Ihm war das Kommando über eine Heeresgruppe gegeben worden, doch seine Entscheidungsmöglichkeiten waren begrenzt, da die wichtigste Funktion, nämlich die des Generalstabschefs, dem deutschen General Hans von Seeckt zufiel.

Erzherzog Karl hatte 1916 innerhalb von wenigen Monaten zunächst das Kommando über ein Armeekorps, dann eine Armee und schließlich eine Heeresgruppe übertragen bekommen. Damit sollten seine militärischen Führungsqualitäten unter Beweis gestellt werden. Der Thronfolger hatte bei seinen zeitweilig häufigen Besuchen in Wien auch immer wieder den Kontakt zur Politik gesucht und war mitunter auch täglich bei seinem kaiserlichen Großonkel zu Besuch. Doch es waren flüchtige Begegnungen, und Karl blieb konsequent von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Mittlerweile hatte sich aber sein Urteil über jene gefestigt, über die er einmal herrschen sollte. Allerdings schloss er wohl von den Soldaten, denen er begegnet war, auf die Bewohner ganzer Kronländer. Und er gewichtete auf seine Weise: Die alpenländischen Soldaten waren über jeden Zweifel erhaben. Die ungarischen Soldaten reihte er kurz dahinter. Den aus den südlichen slawischen Provinzen des Reiches stammenden Soldaten würde so wie ihren Völkern bitteres Unrecht geschehen; sie müssten um jeden Preis gewonnen werden. „Unsere Zukunft liegt im Slawentum, denn das deutsche Element wird immer mehr zurückgedrängt und die Slawen gewinnen immer mehr Terrain“, notierte der Erzherzog. Serben und Kroaten waren „brav“. Von den tschechischen Soldaten schwieg er. Die Ruthenen würden zwar teilweise irregeleitet, doch als „Tiroler des Ostens“ in jeder Weise hervorhebenswert sein. Den Polen aber war mit Misstrauen zu begegnen⁵⁴. Wiederholt wurde überlegt, den Thronfolger nach Wien zu holen, um Franz Joseph zu entlasten und den Erzherzog allmählich in die Aufgaben eines Herrschers hineinwachsen zu lassen. Franz Joseph hatte abgewunken. „Der alte Herr, der sich im allgemeinen und bis Anfang November wohl fühlte, wollte die Notwendigkeit, sich helfen zu lassen, nicht zugeben“, schrieb dann der Minister des Äußern, Burián, in seinen Memoiren⁵⁵. Erst am 18. November 1916, drei Tage vor seinem Tod, stimmte Franz Joseph der kontinuierlichen Anwesenheit seines Großneffen zu. Der Thronfolger hatte folglich den endgültigen körperlichen Verfall seines Großonkels nur mehr aus der Ferne erlebt. Dann war er selbst der „Kaiser und König“.

⁵⁴ ERICH FEIGL (Hg.), Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen, Zeugnisse und Dokumente, nach Gesprächen und Dokumenten (Wien – München 21984) 104–118 (13. Okt. 1913 – 24. Dez. 1914); das gesamte Dokument als „Kriegserinnerungen Kaiser Karls. Kriegsjahr 1914“ bei ELISABETH KOVÁCS (Hg.) unter Mitwirkung von PÁL ARATO, FRANZ PICHHORN, LOTTE WAWELKA, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2: Politische Dokumente aus internationalen Archiven [weiterhin KOVÁCS (Hg.), Politische Dokumente] (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100/2, Wien 2004) Nr. 3.

⁵⁵ STEPHAN GRAF BURIÁN, Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege (Berlin 1923) 184.

Der Thronwechsel stellte für die Habsburgermonarchie eine Zäsur dar, wie sie bei keinem anderen Kriegführenden mit ähnlichen Konsequenzen gegeben war. In die Trauer um den verstorbenen Monarchen mischte sich Hoffnung. Schon die ersten Maßnahmen ließen erkennen, dass Karl die Macht in seiner Person konzentrieren wollte. Die peripheren Machtzentren sollten ihre Bedeutung so rasch wie möglich verlieren und einer neuen Struktur weichen. Da der neue Monarch von der Vorstellung des Gottesgnadentums überzeugt war, schien es ihm nicht nur wichtig, sondern auch logisch, diesem Geltung zu verschaffen. Dabei musste er am wenigsten den Widerstand seiner eigenen Untergebenen befürchten, wohl aber den des deutschen Verbündeten. Karl war kein Freund Deutschlands, und schon seine ersten Handlungen zielten darauf ab, sich der Umarmung zu entziehen und die deutscherseits wohl als bedeutendste Errungenschaft der letzten Lebensmonate Franz Josephs gesehene Gemeinsame Oberste Kriegsführung auf ein Bündnisverhältnis zurückzuführen, wie es früher bestanden hatte. Doch das Ankämpfen gegen die deutsche Übermacht bei gleichzeitiger Bitte um deutsche Hilfe war ein nicht auflösendes Dilemma. Es war ja nicht nur die Notwendigkeit, das Halten der Front im Osten mit Hilfe deutscher Truppen sicherzustellen. Was noch mehr zählte, war die Notwendigkeit der deutschen Wirtschafts- und Finanzhilfe.

Karl übernahm schon Stunden nach seinem Regierungsantritt den persönlichen Oberbefehl über die gesamte bewaffnete Macht Österreich-Ungarns. Da die Fronten im Winter 1916/17 erstarrt waren, schien er Zeit zu haben, nicht nur einen Wechsel an der Spitze von Armee und Politik vorzunehmen, sondern auch die Reichsreform in Gang zu setzen. Der Dreißigjährige wollte ganz offensichtlich eine Art Gegenprogramm zu Franz Joseph verkörpern, was umso mehr Beachtung finden musste, als der greise Monarch ja nur mehr als Abbild und Stimmporträt präsent gewesen war. Karl aber versuchte eine Art physischer Omnipräsenz, in den Kronländern genauso wie an den Fronten. Letzteres musste besonders auffallen und zielte darauf ab, eine enge Bindung des Monarchen an seine Armee deutlich werden zu lassen. Bei den Besuchen in den Kronländern gelang es weniger gut, diese Art von Zuwendung unter Beweis zu stellen, denn Karl war weit häufiger in Ungarn als in Böhmen, und er weigerte sich, sich in Prag zum böhmischen König krönen zu lassen, so wie er das am 30. Dezember 1916 in Budapest im Fall Ungarns tat. Das musste als Bekräftigung des Dualismus und als Absage einer Föderalisierung der Monarchie verstanden werden, die aber von den nichtdeutschen und -magyarischen Völkern immer vehementer gefordert wurde⁵⁶.

Das Aufbrechen der bestehenden Strukturen, das Karl vor allem mit Hilfe neuer Leute an der Spitze der Regierungen Österreichs und Ungarns erreichen wollte, gipfelte schließlich im Wiederzusammentritt des österreichischen Parlaments. Karl sprach weitgehende politische Amnestien aus, auch solche gegen sogenannte Hochverräter, und er suchte den Ausstieg aus dem Krieg in Verhandlungen mit den Feindmächten. Doch es

⁵⁶ JAN GALANDAUER, Der misslungene Kampf des letzten Königs von Böhmen um die Rettung seines Thrones; in: ANDREAS GOTTMANN (Hg.), Karl I. (IV.). Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie (= Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom, Abhandlungen 14, Wien 2007)148 f.

sollten nur Gespräche werden, und der am weitesten gehende Vorstoß in Sachen Frieden, nämlich der Versuch Karls, mit Hilfe seiner Schwäger Xavier und Sixtus Bourbon-Parma Franzosen, Briten und Serben ein deutliches Zeichen zu geben, endete mit einem totalen Misserfolg. Dabei war man in Ost und West von der Friedensbereitschaft Karls überzeugt. Er konnte sich freilich auch deshalb Hoffnungen machen, dass die Alliierten zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn unterscheiden würden, da jene Großmacht, die zuletzt in den Krieg eintrat, die USA, im April 1917 wohl die Beziehungen zu Deutschland abbrach, jedoch nicht zu Österreich-Ungarn. Im Gegensatz zu dem, was sich Karl wohl erwartet hatte, als er Friedensgespräche anbahnte, Amnestien aussprach, neue Leute an die Spitze der österreichischen Regierung holte, den Wiederzusammentritt des österreichischen Reichsrats forcierte und schließlich auch den Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza erzwang, blieben die Ergebnisse seiner friedenspolitischen Bemühungen weit hinter seinen Erwartungen zurück. Es mehrten sich die Anzeichen, dass das Reich zerbrechen würde. Deklarationen von Tschechen, Deutschen und Südslawen machten deutlich, dass sie nicht mehr bedingungslos zum Reich der Habsburger stehen wollten. Die Antipathien der Völker des Reichs wurden immer häufiger verbalisiert. Das war insofern entscheidend, als man sich natürlich auch fragen musste, wie lange sich noch die Soldaten mit den Zielen des Gesamtstaats identifizieren würden. Wieder, freilich, zeigten sich Unterschiede im Verhalten der Soldaten an der Nordostfront gegen Russland und jenen an der Südwestfront.

Nach der Februarrevolution in Russland traten die russischen Armeen im Sommer 1917 noch einmal zu einer Offensive an. Und wie schon 1915 und 1916 kam es auch diesmal bei den im Angriffsbereich stehenden k.u.k. Truppen zu unverhältnismäßig hohen Verlusten durch Gefangennahmen und Desertionen. An der Italienfront hingegen widerstanden Truppen identer nationaler Zusammensetzung im August 1917 schon zum elften Mal den Versuchen der italienischen Armeen, nach Triest durchzubrechen. Die Verluste, die die k.u.k. Truppen erlitten, bestanden hauptsächlich in Toten und Verwundeten. Nach elf Isonzozschlachten schien jedoch der Zusammenbruch der Front im Südwesten zu drohen. Karl wollte Truppen von der russischen Front nach Italien verschieben. Die deutsche Führung verweigerte dies unter Berufung auf die Gemeinsame Oberste Kriegsführung. Dann aber kam es zu einer Kehrtwendung, als Kaiser Wilhelm II. dem österreichischen Kaiser mehrere Armeekorps anbot, ja aufnötigte, um eine gemeinsame Offensive gegen Italien zu führen. Voraussetzung war, dass die Offensive unter deutscher Führung stehen sollte⁵⁷. Karl konnte billigerweise nicht ablehnen, da die Front im Südwesten nicht mehr zu halten war. Er musste in die deutsche Führung einwilligen, und als im Oktober 1917 die Durchbruchsschlacht von Flitsch/Plezzo/Bovec (*Bovec*) und Tolmein/Tolmin/Tolmino (*Tolmin*) gelang und die italienischen Truppen knapp am militärischen Kollaps waren, wurde der Erfolg als einer der Deutschen gesehen. Das musste

⁵⁷ MARTIN MÜLLER, Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegsführung. Das Deutsche Reich und Österreich in den Offensiven 1917/18. Eine Clausewitz-Studie, 3. Fassung (als Manuskript vervielfältigt, Innsbruck 2002); ferner MANFRIED RAUCHENSTEINER (Hg.), Waffentreue. Die 12. Isonzozschlacht 1917 (Wien 2007).

als Demütigung der militärischen Führung Österreich-Ungarns verstanden werden, die es in zweieinhalb Jahren nicht geschafft hatte, einen vergleichbaren Erfolg zu erzielen. Auch bei den gutwilligsten Angehörigen der k.u.k. Armee, noch mehr aber in den Reihen der Nicht-Militärs herrschte das Gefühl vor, zweitrangig, ja drittklassig zu sein. Dass die Mehrzahl der Soldaten auch bei dieser Offensive österreichisch-ungarische gewesen waren, wurde leicht übersehen. Man sprach von Otto von Below, Konrad Krafft von Dellmensingen und Erwin Rommel. Die Kriegsbeute war enorm, die Zahl der Kriegsgefangenen mit über 300.000 imponierend. Dass Deutschland seinen Anteil an der Beute verlangte, musste hingenommen werden. Und dass es zu einer Überforderung der österreichischen Versorgungsführung kam, ebenso, denn für rund zwei Monate waren sämtliche Ressourcen – nicht zuletzt um den deutschen Forderungen zu entsprechen – für diese Offensive verfügbar gemacht worden. Der Sieg in Italien hatte somit die deutsche Suprematie in eindrucksvoller Weise bestätigt. Karl, die Politik Österreich-Ungarns und die k.u.k. Armee hatten sich unterzuordnen.

Mitte Dezember 1917 erklärten die USA Österreich-Ungarn den Krieg. Das geschah mit der Begründung, dass es in eine totale Abhängigkeit von Deutschland geraten war. Angesichts der Parallelhandlungen, des Triumphs der Armeen der Mittelmächte in Italien, des Waffenstillstands an der russischen Front und der beginnenden Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk (*Brest*) schien der Schritt Washingtons unerheblich. Als unmittelbares Alarmzeichen für die Monarchie waren hingegen die schweren sozialen Unruhen und die sich ausbreitende Streikwelle im Jänner 1918 in Österreich ebenso wie in Ungarn zu werten, die ihre Wurzeln in der dramatischen Unterversorgung hatten. Die Konzentration auf diese Vorgänge verhinderte auch, dass jene Kongressrede, in welcher der amerikanische Präsident Woodrow Wilson mit seinen 14 Punkten die Kriegsziele der USA bekannt gab, ausreichend Beachtung gefunden hätte. Nur einige dieser Punkte, vor allem die Punkte 9, 10 und 11, bezogen sich direkt auf die Habsburgermonarchie, doch aus ihnen war herauszulesen, dass sich die USA einer Zerschlagung Österreich-Ungarns nicht in den Weg stellen würden.

Innerhalb der Monarchie wurde die zunehmende Kriegsmüdigkeit unübersehbar. Im Februar und April 1918 kam es unter den Matrosen der Hochseeflotte in Cattaro/Kotor (*Kotor*) und bei einigen Truppenkörpern im Hinterland zu Revolten⁵⁸. Sie wurden blutig niedergeschlagen. Im April wurde ruchbar, dass Karl ein Jahr zuvor versucht hatte, in Gespräche mit Frankreich wegen eines möglichen Friedensschlusses einzutreten⁵⁹.

⁵⁸ RICHARD GEORG PLASCHKA, Cattaro – Prag. Revolte und Revolution. Kriegsmarine und Heer Österreich-Ungarns im Feuer der Aufstandsbewegung vom 1. Februar bis 28. Oktober 1918 (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 3, Graz – Köln 1963).

⁵⁹ Zusammenfassend ROBERT A. KANN, Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg (= Österreich-Archiv, Wien 1966). Aktenfunde ermöglichten darüber hinausgehende Interpretationsmöglichkeiten: MANFRIED RAUCHENSTEINER, „Ich habe erfahren, dass mein Kaiser lügt.“ Die „Sixtus-Affäre“ 1917/18, in: MICHAEL GEHLER, HUBERT SICKINGER (Hgg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur – Wien – München 1995) 148–169; ferner HELMUT RUMPLER, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis, in: GOTTMANN, Karl I. (IV.) 13–22.

Der Monarch leugnete, war jedoch gezwungen, sich noch weiter in die Abhängigkeit von Deutschland zu begeben. Aus der Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung wurde die Oberste Kriegsleitung. Theoretisch wurde damit Österreich-Ungarn jegliche selbständige militärische Handlung unmöglich gemacht. Bei Gesprächen über eine Zollunion und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums wurden die Wünsche Österreich-Ungarns mehr und mehr ignoriert. Schließlich wurde nur mehr verzweifelt nach einer Möglichkeit gesucht, den militärischen Zusammenbruch hinauszuzögern. Denn im Mai 1918 war deutlich geworden, dass auch Deutschland nicht mehr imstande war, den angestrebten Siegfrieden zu erreichen. Um wenigstens eine Entlastung für die deutsche Westfront zu erzielen, wurde die k.u.k. Armee aufgefordert, nochmals in Italien eine Offensive zu versuchen. Karl und das Armeekommando taten das nur zu gerne, denn man hoffte, zumindest eine nennenswerte Beute zu machen, um die nächsten Monate etwas besser überstehen zu können. Bei der Armee im Felde, die eigentlich nur mehr ein Viertel aller Kombattanten zählte – der Rest waren Truppen bei Hinterlandsformationen, Truppen im Assistenzeinsatz oder waren als Besatzung in der Ukraine – herrschte bereits bittere Not. Die meisten Uniformen waren zerschissen, die Schuhe kaputt. Der Ausstoß der Rüstungsindustrie war dramatisch zurückgegangen, die Qualität von Waffen und Rüstungsgütern häufig minderwertig. Dennoch herrschte in weiten Kreisen der Zivilbevölkerung die Meinung vor, denen an der Front würde es sehr viel besser gehen als ihnen selbst. Sie würden besser gepflegt werden und hätten auch sonst ein gesichertes Auskommen. Unter den Soldaten herrschte genau die gegenteilige Meinung. Spätestens jetzt, im späten Frühjahr und Sommer 1918, wurde deutlich, dass sich Front und Hinterland, dass sich Soldaten und Zivilbevölkerung auseinander gelebt hatten. Am 15. Juni 1918 begann im Raum des Piave Österreich-Ungarns letzte Offensive⁶⁰. Sie scheiterte nach drei Tagen. Während man aber bei den Stäben sofort mit Planungen für einen neuen Angriff begann, und mit den einsetzenden Aktivitäten die zutiefst deprimierenden Eindrücke des Scheiterns zu überbrücken suchte, tendierten die Soldaten nach Hause. Anfangs hatte das Menschenreservoir, über das die Habsburgermonarchie verfügte, fast unerschöpflich geschienen. Monat für Monat, so wurde errechnet, standen 170.000 Männer zur Verfügung, um die Gefallenen, Verwundeten und Kriegsgefangenen zu ersetzen. Nun hatte sich das Reservoir erschöpft. Unter den Gefallenen dominierten die ganz Jungen und die „Alten“⁶¹. Nur die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1867 und 1868, also die Fünzigjährigen, waren aus dem Kriegsdienst entlassen worden. Auch die Generalität hatte sich verändert. Kaiser Karl hatte zu einem regelrechten Kahlschlag angesetzt und 15% der Generäle enthoben und in den Ruhestand versetzt. Doch die Not hatte vor allem die Soldaten gezeichnet. Allmählich verstärkte sich auch an der Südwestfront die Desertionsbewegung. Wohl gab es auch die Flucht ins Hinterland, und etwa in Polen oder Kroatien schwollen die sogenannten Grünen Kader zu nennenswerten militärähnlichen Verbänden an. Doch die

⁶⁰ PETER FIALA, Die letzte Offensive Altösterreichs. Führungsprobleme und Führerverantwortlichkeit bei der österreichisch-ungarischen Offensive in Venetien, Juni 1918 (= Militärgeschichtliche Studien 3, Boppard am Rhein 1967).

⁶¹ WILHELM WINKLER, Die Totenverluste der öst.-ung. Monarchie nach Nationalitäten. Die Altersgliederung der Toten. Ausblicke in die Zukunft (Wien 1919) 53 f.

Flucht über die Frontlinien gewann zunehmend an Bedeutung⁶². Die Versuche Karls, die Alliierten doch noch zu einem Friedensschluss ohne eine mehr oder weniger bedingungslose Kapitulation zu bewegen, scheiterten. Und trotz der Omnipräsenz des Monarchen erweckte die Donaumonarchie immer mehr den Eindruck eines führungslosen Staatsgebildes. Karl zog die Konsequenzen und gab den Weg frei. So gut wie alle verstanden das von ihm erlassene Völkermanifest vom 16. Oktober 1918 als Zeichen der Auflösung⁶³.

Während an den Fronten in Italien und auf dem Balkan die österreichisch-ungarischen Truppen den Alliierten bei deren letztem Ansturm zunächst noch nachhaltigen Widerstand leisteten, erklärten Nord- und Südslawen sowie Ungarn ihre Souveränität. Andere, wie die Italiener und Rumänen aber auch Ruthenen suchten ihre Heimat in schon bestehenden Staaten. Wie bei einem großen Organismus versagte ein Organ nach dem anderen, wobei vor allem das Versagen des Armeeoberkommandos augenfällig wurde und am 3. und 4. November 1918, den Tagen des Abschlusses und des Wirksamwerdens des Waffenstillstands von der Villa Giusti bei Padua/Padova (*Padova*), zur Gefangennahme von mehr als 300.000 österreichisch-ungarischen Soldaten führte.

Von jenen, die am Beginn des Krieges so etwas wie Erlösung empfunden hatten, waren viele verstummt. Andere, wie Zweig, begannen mit Nachrufen. Und wieder andere verstanden das, was im Krieg geendet hatte, als Beweis der Endlichkeit. Das Kriegsende löste aber keine Selbstmordwelle aus. Vielleicht kann man dies als Zeichen dafür werten, dass wo auch immer wieder das Prinzip Hoffnung vorherrschte. Doch das Kriegsende brannte sich in die jeweiligen Erinnerungen unauslöschlich ein. Vor allem bei jenen, die in nationalstaatlichen Dimensionen dachten, war die emotionale Disposition vor und nach dem Krieg grundverschieden. Vor dem Krieg mochte sie bei den Nationalitäten der Habsburgermonarchie noch einige Gemeinsamkeiten aufgewiesen haben. Je mehr sich aber in diesem Krieg die Perspektiven verschoben hatten und die Verelendung den Nationalismus anheizte, gingen die Intentionen auseinander. Am ehesten war noch bei den Deutschen der Monarchie eine Art Identifikation mit dem Reich zu bemerken. Doch auch die war im Schwinden begriffen. Für die anderen „Völker des Reichs“ hieß es: Los von Wien! Diese Tendenz war West- und Südslawen, Rumänen, Italienern und auch Ungarn gemeinsam, ohne sie zu einen.

6. Die Historisierung des Ersten Weltkrieges

Schon sehr früh, eigentlich schon 1914, hat jener Prozess eingesetzt, der nach wie vor nicht abgeschlossen ist und nicht nur auf die Historisierung des Ersten Weltkrieges abzielt, sondern mehr noch der Frage nachgeht, wo dessen Gedächtnisorte sind. Ist es das mit den Russischen Revolutionen und den Pariser Vorortverträgen neu geschaffene

⁶² GEOFFREY WAWRO, *Morale in the Austro-Hungarian Army. The Evidence of Habsburg Army Campaign Reports and Allied Intelligence Officers in: HUGH CECIL, PETER LIDDLE (Hgg.), Facing Armageddon. The First World War Experience* (Barnsley UK 2003) 399–412.

⁶³ HELMUT RUMPLER, *Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches* (= Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 1966).

Europa in seiner Gesamtheit, sind es die einzelnen Staaten oder sind es die Stätten militärischer Großereignisse wie Verdun, der obere und mittlere Isonzo oder Przemyśl? Von den Grenzen, die nach dem Ersten Weltkrieg gezogen worden sind, hat keine einzige gehalten. Lediglich im Fall Österreichs und Ungarns kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Art Rekonstruktion der Beschlüsse von Saint-Germain und Trianon. Insgesamt hat sich aber das Gesicht Europas stark verändert.

Allen Staaten, die einstmals Kriegführende gewesen sind und auf deren Territorien Kämpfe stattgefunden haben, ist jedoch gemeinsam, dass sie Gedächtnisorte bergen. Manches ist auch noch immer mit Händen zu greifen, wie der Kriegsgräber- ebenso wie der Denkmalkult. An ihnen wird mittlerweile aus mehreren Gründen Kritik geübt. Der Krieg ist sehr weit in die Geschichte zurückgesunken. Die persönliche Betroffenheit ist geschwunden. Die Denkmäler, die einst den Charakter von Ersatzgräbern hatten, wurden um das Totengedenken an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs erweitert und so in Deutschland und Österreich durch eine neue Problematik überlagert. Durfte man jene, die als Angehörige der Deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS gefallen waren, so wie die Kriegstoten der Jahre 1914–1918 als „Helden“ bezeichnen? Eine zunehmend große Zahl von Einwänden führte dazu, dass für die Toten der Streitkräfte des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs nur mehr der Begriff „Gefallene“ verwendet wurde, wie das beispielsweise in Italien immer schon der Fall war. Denkmäler wurden oft aus den öffentlichen Räumen entfernt, um sie durch die Verlegung auf Friedhöfe unangreifbarer zu machen. Doch auch der Begriff der Gefallenen reichte nicht aus. Mittlerweile ist in Wien ein weiteres Denkmal entstanden, eines für die Deserteure der Deutschen Wehrmacht – nicht aber für solche des Ersten Weltkriegs. 1991 wurden von einer Gedenktafel im Vorraum zur Hofburgkapelle in Wien, die den aus der Kriegsschule der k.u.k. Arme hervorgegangen und im Ersten oder im Zweiten Weltkrieg gefallen Generalstabsoffizieren gewidmet ist, die Namen zweier Personen wegen ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg „steinmetzmäßig entfernt“. Im Juli 2012 wurden die Namenslisten der Gefallenen des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs aus der Krypta des Helden-denkmals im Äußeren Burgtor in Wien entnommen und dem Staatsarchiv übergeben. Das Denkmal kann seither als Beispiel politikbedingter Auslöschung gelten. Alles dies macht deutlich, dass man es nicht nur mit einer schwierigen Begrifflichkeit zu tun hat, sondern auch damit, dass die Lebenden die Entscheidung darüber treffen, wie mit dem von Philippe Ariès so genannten „verwilderten Tod“⁶⁴ umzugehen ist.

Nicht nur im Zusammenhang mit den Gefallenen und Gestorbenen des Ersten Weltkriegs hat man den Eindruck, dass sie zu einer Verlegenheit geworden sind, und die Erinnerung an sie mehr und mehr als Denkmäler der Sprachlosigkeit verstanden werden müssen. Doch, so könnte man fragen, ist der Begriff der Kriegsoffer nicht wirklich weiter zu fassen? Was ist mit jenen, die irgendwo in Kriegsgefangenen- oder anderen Lagern gestorben sind? Sollten nicht auch sie als Individuen behandelt und in das personalisierte Gedenken einbezogen werden? Was ist mit jenen, die als Folge des Kriegs verhungert sind, mit jenen, die mangels ausreichender ärztlicher Versorgung ihr Leben eingebüßt

⁶⁴ PHILIPPE ARIÈS, *Geschichte des Todes* (München 1995) 415–419.

haben, mit jenen, die der Willkür von Standgerichten zum Opfer gefallen sind oder überhaupt ohne Gerichtsverfahren einfach „niedergemacht“ wurden? Auch wenn sie mittlerweile alle tot sind, bleiben die Fragen. Doch die Suche nach Gedächtnisorten geht wohl weiter. Es existieren noch Hunderte Friedhöfe, nicht zuletzt in Polen, wo das Gedenken an die Gefallenen vornehmlich der Kriegsjahre 1914 und 1915 in den sogenannten Westgalizischen Heldenfriedhöfen noch immer und aufwändig gepflegt wird, und zwar unterschiedslos, ob sie Angehörige der österreichisch-ungarischen Armee, des deutschen Heers oder der zaristisch russischen Armee waren. Die Totenburgen im Veneto und in Friaul Julisch-Venetien, in die in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts mehr und mehr österreichisch-ungarische Gefallene einbezogen worden sind, verkörpern eine andere, wohl auch vom Faschismus geprägte Art eines triumphalistischen Totengedenkens. Es ist jedenfalls anders als ein Gedenken an Hand von Namenslisten, so wie es in Sammelbeschriftungen auf kommunalen Friedhöfen anzutreffen ist, wo ja nur die Namen aber keine Gräber vorhanden sind. Die Unterschiedlichkeit von Gedächtnisorten fällt auf.

Gedächtnisorte sind auch jene Museen, Bibliotheken und Forschungsstellen, die sich nach wie vor gefordert sehen, das Einstmalige gegenwärtig zu machen. Auch dieser Prozess hat schon nach wenigen Kriegstagen und -wochen eingesetzt. In der Habsburgermonarchie war es vor allem das Kriegspressequartier, das zunächst wohl mehr zu Propagandazwecken, denn zum Zweck der bloßen und ausreichenden Information Journalisten, Literaten und Künstler verpflichtete und ihnen die Dokumentation des Geschehens auftrug. Nicht alles, das da entstand, war von Wert, doch viele der Künstler, Schriftsteller und Journalisten gehörten zu den Spitzen ihres Metiers – Zweig, Hugo von Hofmannsthal, Oskar Kokoschka, Egon Schiele, Arthur Kohlig etc., und nicht alle Journalisten waren so fragwürdige Erscheinungen wie die dann vor allem von Karl Kraus karikierte und 1956 in einem New Yorker Altersheim gestorbene Alice Schalek.

Das Bedürfnis, das Geschehen zu dokumentieren und möglichst Vieles zu sammeln, das auch nach dem Krieg auskunftsfähig sein würde, ging aber noch sehr viel weiter. Die Truppenkörper führten minutiös Tagebuch. Jeder Kriegstag sollte dokumentiert werden. Nach dem Krieg musste man freilich feststellen, dass die ungeheuren Mengen an Schriftlichkeit nicht unterzubringen waren. Daher wurden die Kriegstagebücher der untersten Ebenen in Masse vernichtet. Das Tagebuchführen hatte eine gewisse Tradition. Präzedenzlos hingegen war, was in Museen, großen Sammlungen und nicht zuletzt in der k. k. Hofbibliothek begonnen wurde. Das Heeresmuseum in Wien, von dem man hätte meinen können, dass es wegen der mit Händen zu greifenden Aktualität einen Besucherrekord zu verzeichnen haben würde, schloss im August 1914 auf Kriegsdauer. Die Begründung war einfach und selbstkritisch: Was bis dahin gesammelt und ausgestellt worden war, würde das Wesen eines Kriegs nicht wirklich erfasst haben. Es sollte daher intensiv gesammelt und das Museum gewissermaßen neu aufgestellt werden. Später wurde sogar daran gedacht, es in die Neue Hofburg zu übersiedeln, um der Größe des Geschehens und seinen Folgen den größtmöglichen Raum zu geben. Die Zuwächse des Museums waren gewaltig. Nicht zuletzt auch dadurch, dass die Arbeiten, die in der Kunstgruppe des Kriegspressequartiers entstanden, vornehmlich in das Heeresmuseum kommen sollten. Andere Museen schlossen nicht, doch auch sie sammelten akribisch. Die Hofbibliothek jedoch war das Zentrum jener Sammeltätigkeit, mittels derer alle Plakate, Flugblätter,

Theaterzettel, Lebensmittelmarken etc. zusammengetragen werden sollten, die den Kriegsaltag zum Ursprung hatten. Alltagsgeschichte besonderer Art. Die Musikhistorische Zentrale sammelte unter der Leitung von Bernhard Paumgartner in Österreich und unter der Obsorge von Zoltán Kodály und Béla Bartók in Ungarn Soldatenlieder und Tondokumente. Das Phonogrammarchiv der Akademie der Wissenschaften ging so weit, von den kriegsgefangenen Russen Tonaufnahmen zu machen und achtete vor allem darauf, die Stimmen der Völker des Zarenreichs, der Mingrelier, Abchasier, Osseten, Mordwiner oder auch finnisch-ugrische Gesänge auf Tonträger zu bannen⁶⁵. Nichts, aber auch wirklich nichts sollte der Aufmerksamkeit und dem Gedächtnis entgehen. Das alles geschah in dem Bewusstsein, etwas noch nie Dagewesenes zu erfassen und weitergeben zu sollen. Zumindest sollte die Möglichkeit geschaffen werden, aus der Geschichte zu lernen.

Als die Gedächtnisorte im Entstehen waren, war natürlich noch nicht absehbar, dass es sich um etwas Endgültiges handeln würde. Dieses Bewusstsein wuchs erst im Verlauf des Jahres 1918 und verstärkte sich mittlerweile. Sowohl in Westgalizien, im Raum von Tarnów und Gorlice, um Przemyśl und anderswo im Osten, ebenso aber im oberen Isonzotal bei Flitsch und Karfreit/Caporetto/Kobarid (*Kobarid*) oder am Plöckenpass ist man sich bewusst, auf historischem Boden zu stehen. Die Reste der österreichisch-ungarischen ebenso wie der italienischen Sperrforts auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden sind als monumentale Erinnerungen an den Großen Krieg präsent. Aktionen wie die Anlage der *Vie della pace* und die Schaffung neuer Museen dienen demselben Zweck, etwas im Bewusstsein – im Gedächtnis – zu erhalten, das ebenso zu den europäischen Traumata gehört wie die vornehmlich auf den Nationalsozialismus projizierten Schrecken eines zweiten großen Kriegs, der aus dem ersten hervorgegangen ist. Das Zeitalter der Weltkriege war 1918 ja erst in der Halbzeit angelangt. Das multiethnische Österreich-Ungarn aber hatte aufgehört zu existieren. Es zählte fortan nur mehr zu den Großreichen der Vergangenheit.

⁶⁵ EVA MARIA HOIS, „Ein Kultur- und Zeitdokument ersten Ranges“: Die Soldatenliedersammlung der Musikhistorischen Zentrale beim k.u.k. Kriegsministerium im Ersten Weltkrieg. Geschichte, Dokumente, Lieder (= Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums 17, Wien 2012).

B. Die Akteure der Macht. Politische und militärische Kriegsvorbereitungen

von
Günther Kronenbitter

Selbst seinem Herrscher, dem greisen Franz Joseph erschien das Habsburgerreich als unzeitgemäß. Der Monarch habe, so schildert der Schweizer Diplomat und Historiker Carl Jacob Burckhardt, 1916 in seinem letzten Lebensjahr bekannt, er sei sich „seit Jahrzehnten bewusst, wie sehr wir in der heutigen Welt eine Anomalie sind“¹. Die Frage nach dem spezifischen Charakter der Habsburgermonarchie wurde nach dem Untergang Österreich-Ungarns durch den nostalgischen Blick zurück auf „Die Welt von gestern“ geprägt, in der Stefan Zweig einen Hort der Stabilität sah. Er erinnerte sich an „das goldene Zeitalter der Sicherheit“². Die Großmächte Kontinentaleuropas gingen alle auf Dynastien zurück, die ihre Herrschaft über große Gebiete ausgebreitet, institutionell verdichtet und erbrechtlich verfestigt hatten. Dieser Prozess der Anhäufung und Sicherung von Machtressourcen ging keineswegs konfliktfrei vonstatten, sondern erfolgte in Auseinandersetzung mit inneren und äußeren Rivalen. Das Vielvölkerreich schien nicht recht in eine Ära zu passen, die von Nationalstaaten oder von Imperien geprägt war, in denen eine Nation den Ton angab.

Seit dem Ausgleich von 1867 bestand Franz Josephs Herrschaftsgebiet aus zwei staatsrechtlich nur recht lose verbundenen Einheiten und firmierte international als Österreich-Ungarn. Robert Musil verlieh nach 1918 in einer Passage seines Werks „Der Mann ohne Eigenschaften“ der Doppelmonarchie den Namen „Kakanien“ und spielte mit liebevoller Ironie auf die intensiv geführten Debatten über die offiziellen Bezeichnungen für die gemeinsamen Institutionen an. Ob dafür „kaiserlich-königlich“ (k.k.) oder „kaiserlich und königlich“ (k.u.k.) verwendet wurde, war ein Politikum ersten Ranges³. So wurde erst 1889, also zwölf Jahre nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, das gemeinsame Heer Österreich-Ungarns von der „k.k.“ zur „k.u.k.“ Armee. „K.k.“ stand für die Einheit beider Teile der Monarchie als Reich, wie der österreichisch-cisleithanische Teil die Gemeinsamkeit verstand und dessen Institutionen selbst dieses Kürzel führten. Hingegen symbolisierte „k.u.k.“ das lockere Miteinander zweier an sich selbstständiger Staaten, wie Ungarn die Doppelmonarchie auffasste. Im Laufe der Zeit setzte sich die ungarische Auffassung immer mehr durch⁴.

¹ CARL JACOB BURCKHARDT, *Begegnungen* (Zürich 1958) 57.

² STEFAN ZWEIG, *Die Welt von Gestern, Erinnerungen eines Europäers* (Stockholm 1944, Frankfurt am Main 1996) 15.

³ ROBERT MUSIL, *Der Mann ohne Eigenschaften* 1 (Reinbek bei Hamburg 1978) 31–35.

⁴ Zum Dualismus JÓZSEF GALÁNTAI, *Der österreichisch-ungarische Dualismus 1867–1918* (Budapest – Wien 1985). Zur Entwicklung der Habsburgermonarchie zwischen 1790 und 1914 hier und im Folgen-

1. Monarch, Thronfolger und Militärführung

Die wichtigste Klammer, die das komplizierte politische Gebilde der Donaumonarchie zusammenhielt, war der Monarch selbst. Bei Ausbruch des Weltkrieges konnte sich kaum einer der mehr als 50 Millionen Untertanen persönlich an einen anderen Herrscher erinnern als an Franz Joseph. Er verkörperte dadurch Stabilität, nährte damit aber zugleich auch Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Habsburgermonarchie. Das Reich schien ohne Franz Joseph kaum vorstellbar, und die zunehmende körperliche Hinfälligkeit des greisen Monarchen war in den letzten Vorkriegsjahren bereits unverkennbar. In Selbstdisziplin erfüllte er dennoch seine Pflichten als konstitutioneller Herrscher. Auch die persönlichen Schicksalsschläge, die er 1889 und 1898 hinnehmen musste – der Selbstmord Kronprinz Rudolfs, seines einzigen Sohnes, und die Ermordung seiner Gattin Elisabeth – brachten Franz Joseph nicht davon ab, seine Rolle akkurat zu spielen. Bereits zu Lebzeiten wurde er zum Inbegriff von Pflichterfüllung auch angesichts widriger Zeitläufe und trug dazu bei, zur Zentralfigur des Habsburgermythos zu werden⁵. Seiner bewegten politischen Biographie wird der verengte Blick auf den „alten Kaiser“ allerdings nicht gerecht⁶.

In gewisser Weise war der Monarch ein Kind der Revolution. Ohne die Erschütterungen der kaiserlichen Herrschaft in weiten Teilen des Habsburgerreiches wäre der erst 18 Jahre alte Erzherzog nicht schon im Dezember 1848 auf den Thron gehievt worden. Die Eskalation der Auseinandersetzungen um den Fortbestand des Reiches zählte zu den prägenden Erfahrungen des jungen Kaisers. Ohne militärische Stärke hätte die letztlich erfolgreiche Gegenrevolution nicht siegen können. Auch wenn die russische Unterstützung bei der Niederwerfung Ungarns wichtig war, so verdankte Franz Joseph im Kern die Sicherung seiner Herrschaft der kaisertreuen Armee. Die zentrale Bedeutung des Heeres als Stütze der Habsburgermonarchie blieb fortan nicht nur Franz Joseph im Bewusstsein, sondern auch anderen Mitgliedern des Herrscherhauses, die sich um den Fortbestand des Reiches sorgten. In der Zeit des Neo-Absolutismus, als Franz Joseph ohne Einschränkung seines Willens durch Parlamente oder Ständeversammlungen regieren konnte, diente die Armee vor allem zur Durchsetzung der Herrschaft im Innern. Eine ernstliche Revolutionsgefahr bestand allerdings in den Jahrzehnten

den HELMUT RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 1804–1914, hg. HERWIG WOLFRAM, Wien 1997).

⁵ CLAUDIO MAGRIS, Der habsburgische Mythos in der modernen österreichischen Literatur (Salzburg 1966) 17.

⁶ Vgl. LOTHAR HÖBELT, Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte (Wien – Köln – Weimar 2009); STEVEN BELLER, Franz Joseph, Eine Biographie (Wien 1997); JEAN PAUL BLED, Franz Joseph. „Der letzte Monarch der alten Schule“ (Wien – Köln – Graz 1988); EGON CAESAR CONTE CORTI, HANS SOKOL, Der alte Kaiser, Franz Joseph I. bis zu seinem Tode (Graz 1955); DERS., Mensch und Herrscher, Wege und Schicksale Kaiser Franz Josephs I. zwischen Thronbesteigung und Berliner Kongreß (Graz 1952); DERS., Vom Kind zum Kaiser, Kindheit und erste Jugend Kaiser Franz Josephs I. (Salzburg 1950); JOSEF REDLICH, Kaiser Franz Joseph von Österreich, eine Biographie (Berlin 1929).

zwischen Ausgleich und Erstem Weltkrieg nicht. Allerdings führten Auseinandersetzungen mit der magyarischen Elite um die Rolle Ungarns in der Habsburgermonarchie immer wieder zu prekären Situationen. 1903 sah sich Franz Joseph veranlasst, dezidiert und öffentlich darauf zu verweisen, dass die k.u.k. Armee ihm – und zwar ausschließlich ihm – unterstand⁷. Angesichts der Erfahrungen von 1848/49 konnte diese Position nicht überraschen⁸. Seit Franz Joseph 1859 persönlich in der Niederlage auf dem Schlachtfeld von Solferino gedemütigt worden war, die Niederlage gegen Preußen 1866 die internationale Isolierung offenbarte und die begrenzte militärische Schlagkraft bloß gelegt hatte⁹, drängte sich der Monarch nie mehr danach, selbst als Feldherr zu fungieren; das Kommando über seine Truppen sollte im Kriegsfall vielmehr Erzherzog Albrecht übernehmen. Das änderte jedoch nichts daran, dass ausschließlich der Monarch den Oberbefehl führte. Ihm gelobten die Offiziere der Streitkräfte Gehorsam; er verlieh ihnen ihre Offizierspatente und besetzte die Kommandostellen. Diese besondere, direkte Beziehung zwischen Herrscher und Streitkräften stellte den einen der beiden entscheidenden Aspekte der Rolle des Monarchen in der Machtelite der Habsburgermonarchie dar. Den anderen bildeten die internationalen Beziehungen, denn auch die Außenpolitik zählte zu den Prärogativen des Monarchen. Das schloss die Ernennung und Entlassung des Außenministers und der Botschafter ein, die nach monarchischer Tradition Vertreter des Souveräns, also Franz Josephs waren. Es beinhaltete aber noch deutlich mehr, nämlich den Kernbereich der Großmachtpolitik, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Sie war die zweite Säule der Position des Herrschers. Anders als der deutsche Kaiser, der die Zustimmung des Bundesrates benötigte, konnte Franz Joseph letztlich Kriege beginnen, führen und beenden, wie er es für richtig hielt. In der Praxis suchte der Monarch Rat und Unterstützung bei seinen Diplomaten und Militärs, aber auch bei Politikern und Mitgliedern der Dynastie. Nach den schlechten Erfahrungen von 1859 und 1866 sowie mit zunehmendem Alter war die Bereitschaft, andere in die Beschlussfassung einzubeziehen, sehr ausgeprägt. Dass aber letztlich die Entscheidungen über die Kernfragen der Machtpolitik bei Franz Joseph alleine lagen, blieb dennoch klar¹⁰.

Dauerhafte dynastische Herrschaft bedurfte der klar geregelten Thronfolge. Die Erbfolgekriege des 18. Jahrhunderts legten Zeugnis davon ab, welche gefährlichen politischen Konsequenzen eine umstrittene Thronfolge mit sich zu bringen vermochte. Die Pragmatische Sanktion stellte für die Habsburgermonarchie die staatsrechtlich bedeutendste Norm dynastischer Erbfolge dar. Dazu trat in der Zeit der Regierung Kaiser Ferdinands aber auch noch das Hausgesetz von 1835. Im Unterschied zur Prag-

⁷ GUNTHER E. ROTHENBERG, *The Army of Francis Joseph* (West Lafayette, Indiana 1976) 131–137.

⁸ NORMAN STONE, *Constitutional Crisis in Hungary, 1903–1906*; in: *The Slavonic and East European Review* 45 (1967) 163–177.

⁹ GEOFFREY WAWRO, *An 'Army of Pigs'. The Technical, Social, and Political Bases of Austrian Shock Tactics, 1859–1866*; in: *Journal of Military History* 59 (1995) 407–434.

¹⁰ ALEXANDER NOVOTNY, *Der Monarch und seine Ratgeber*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II: Verwaltung und Rechtswesen* (Wien 1975) 56–99.

matischen Sanktion handelte es sich dabei im Grunde nur um eine Selbstbindung des jeweiligen Oberhauptes des Herrscherhauses in dynastischen Fragen, die grundsätzlich jederzeit von ihm auch wieder modifiziert werden konnte. Dennoch blieb dieses Hausgesetz auch in den folgenden Jahrzehnten in Geltung und wurde nicht zuletzt dann herangezogen, wenn es darum ging, Abweichungen von den Verhaltensnormen zu sanktionieren. Am Bedarf für ein solches Eingreifen fehlte es in den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie nicht. Aus den verschiedensten Gründen zeigten sich immer wieder Mitglieder der Dynastie nicht bereit, den Anforderungen der standesgemäßen Lebensführung zu genügen. Vor allem die Regelungen zur Verhelichung von Erzherzögen und Erzherzoginnen erwiesen sich als Konflikttherd. Franz Joseph erlebte an seiner engsten Familie, wie Rollenerwartungen und individuelle Wünsche so heftig kollidierten, dass sich nach außen kaum verbergen ließ, wie groß die Gegensätze selbst zwischen ihm und seiner Frau sowie seinem einzigen Sohn geworden waren. Der Selbstmord des Kronprinzen machte es nach den gültigen erbrechtlichen Regelungen zur Gewissheit, dass die Familie seines jüngeren Bruders Karl Ludwig den künftigen Monarchen stellen würde. Letztlich lief es auf Karl Ludwigs Sohn Franz Ferdinand hinaus, der allerdings nicht nur eine schwere Erkrankung zu überwinden hatte, sondern auch den Widerstand seines Onkels gegen eine nach Hausgesetz nicht ebenbürtige Ehe mit der böhmischen Aristokratin Sophie Gräfin Chotek. Zwar setzte sich Franz Ferdinand durch und erhielt die Eheerlaubnis seines Onkels, aber in Anwendung der im Hausgesetz festgelegten Kriterien galt diese Ehe als morgantisch. Mit einem feierlichen Renuntiationseid entsagte Franz Ferdinand für seine noch ungeborenen Kinder auf den Thron. Zwar blieb der Erzherzog Mitglied der Dynastie und Thronfolger, seine Gattin und seine Kinder sollten jedoch nicht dem Haus Habsburg angehören¹¹. Was als Detail innerdynastischer Verwicklungen erscheinen mag, zeitigte jedoch erhebliche Konsequenzen in der Machtelite der späten Habsburgermonarchie. Der Thronfolger, ohnehin ein Mann, dem das Ressentiment nicht fremd war, entwickelte eine ausgeprägte Antipathie gegen den Hof des Monarchen. Zwar blieb die Kommunikation zwischen Franz Ferdinand und Franz Joseph in den Bahnen des Korrekten, aber umso heftiger traf die Abneigung des Erzherzogs Höflinge und vertraute Berater seines Onkels. Der Thronfolger hatte bereits wichtige Stationen der für die Erzherzöge typischen militärischen Karriere absolviert, bevor er als künftiger Herrscher ganz gezielt mit wichtigen Funktionen im Militärapparat betraut wurde. Unterstützt wurde Franz Ferdinand dabei durch einen kleinen Stab von Mitarbeitern, der als „Militärkanzlei des Generalinspektors der gesamten bewaffneten Macht Erzherzog Franz Ferdinand“ firmierte¹². Unter Führung von Alexander Brosch

¹¹ JEAN-PAUL BLEDE, *François-Ferdinand d'Autriche* (Paris 2012, deutsch Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger, Wien – Köln – Weimar 2013); LUCIAN O. MEYSELS, *Die verhinderte Dynastie, Erzherzog Franz Ferdinand und das Haus Hohenberg* (Wien 2000); GERD HOLLER, *Franz Ferdinand von Österreich-Este* (Wien – Heidelberg 1982); GÜNTHER KRONENBITTER, *Haus ohne Macht? Erzherzog Franz Ferdinand (1863–1914) und die Krise der Habsburgermonarchie*; in: WOLFGANG E. J. WEBER (Hg.), *Der Fürst, Ideen und Wirklichkeiten in der europäischen Geschichte* (Köln – Weimar – Wien 1998) 169–208.

¹² RAINER EGGER, *Die Militärkanzlei des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und ihr Archiv im Kriegsarchiv Wien*; in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* [weiterhin MÖSTA] 28 (1975)

Edler von Aarenau entwickelte sich diese Einrichtung immer mehr zur Schaltzentrale der weitgreifenden Einflussnahme des Thronfolgers im militärischen wie im politischen Bereich. Je älter Franz Joseph wurde und je labiler sein Gesundheitszustand schien, umso mehr mussten sich Politiker und Diplomaten, Offiziere und Beamte um das Wohlwollen Franz Ferdinands bemühen, denn dessen Thronbesteigung schien unmittelbar bevorzustehen. Wer Karriere machen oder seine Stellung sichern wollte, war gut beraten, sich mit dem Erzherzog und dessen Kanzlei gutzustellen. Das eröffnete dem Thronfolger und seinem Stab große Einflussmöglichkeiten, und zwar keineswegs nur in militärischen Belangen. Als Brosch im Rahmen seiner Offizierslaufbahn ein Truppenkommando übernahm, folgte ihm Carl Frh. von Bardolff als Leiter der Militärkanzlei Franz Ferdinands. Er knüpfte an das bestehende Netzwerk der Kanzlei an und festigte deren Position weiter. Als eine Art „Reichskanzlei“, so eine interne Denkschrift von 1912, verhindere sie „mögliche Entgleisungen, die der nationalistisch-föderalistischen Zerbröcklung Vorschub leisten könnten“¹³. Franz Ferdinand besaß Schlösser in Böhmen, Niederösterreich, Salzburg und Kärnten, reiste viel und frönte der Jagd mit einer solchen Hingabe, dass dies selbst nach den Maßstäben der Zeit und seines Standes als übertrieben und gelegentlich als pathologisch eingestuft wurde. In Wien hielt er sich weniger gerne auf, auch wenn seine dortige Residenz, das einst von Prinz Eugen erbaute Schloss Belvedere, zumindest eine räumliche Distanz zur Hofburg oder dem bevorzugten Wohnsitz Franz Josephs im Schloss Schönbrunn gewährte. Im Unteren Belvedere, am Rennweg, lagen auch die Amtsräume seiner Kanzlei, die es nicht immer leicht hatte, den Thronfolger, der das Aktenstudium nicht schätzte und sich so gerne außerhalb Wiens aufhielt, zur raschen Erledigung seiner Aufgaben zu gewinnen. In seiner Arbeitsweise unterschied sich Franz Ferdinand so stark von seinem Onkel wie in seiner Einstellung zum Hof. Dabei mangelte es dem Erzherzog nicht an dynastischem Stolz und Selbstgefühl. Auch teilte er mit Franz Joseph eine konservative Einstellung zur Rolle von Herrscherhaus, Adel und katholischer Kirche. Während aber der greise Monarch jede grundsätzliche Erschütterung der Verfassungsordnung, auf die er sich gezwungenermaßen mit Konstitutionalismus und Dualismus eingelassen hatte, vermeiden wollte, zielten die Ambitionen des Thronfolgers auf eine wesentlich aktivere Rolle des Herrschers. Die Angst, der weitere Zerfall des Habsburgerreiches könne so rasch voranschreiten, dass es bis zu seiner Thronbesteigung kaum mehr zu retten wäre, beflügelte den Erzherzog, seine Position als Thronfolger sehr aktiv auszulegen¹⁴.

141–163; SAMUEL R. WILLIAMSON JR., *Influence, Power, and the Policy Process. The Case of Franz Ferdinand, 1906–1914*; in: *Historical Journal* 17 (1974) 417–434.

¹³ ERICH RITTER VON HÜTTENBRENNER, *Material für die Ausgestaltung der Militärkanzlei*, August 1912, zit. EGGER, *Militärkanzlei* 157.

¹⁴ ROBERT A. KANN, *Erzherzog-Franz-Ferdinand-Studien* (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 10, Wien 1976); GÜNTHER KRONENBITTER, *Verhinderter Retter? Erzherzog Franz Ferdinand und die Erhaltung der Habsburgermonarchie*; in: ULRICH E. ZELLENBERG (Hg.), *Konservative Profile, Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock* (Graz – Stuttgart 2003) 267–283; GEORG FRANZ, *Erzherzog Franz-Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburger Monarchie* (= Südosteuropäische Arbeiten 35, Brünn – München – Wien 1943).

Dies führte immer wieder zu Konflikten mit den vom Monarchen ernannten Ministern, Diplomaten und Beamten. Nicht umsonst sprach der Sozialdemokrat Karl Renner im österreichischen Reichsrat davon, dass die Habsburgerherrschaft einer „Dyarchie“ ähnele und nicht mehr einer Monarchie¹⁵. Dies wirkte sich gerade in der Innenpolitik aus, wo das Belvedere darauf hinarbeitete, die Sonderrolle Ungarns innerhalb der Donaumonarchie einzuschränken und die Dominanz der magyarischen Elite in Ungarn zu schwächen. Die Stärkung des politischen Einflusses der nationalen Minderheiten im Königreich Ungarn durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts sollte diesem Ziel dienen. Dazu kam es vor dem Ersten Weltkrieg nur in Cisleithanien. Allerdings widerstrebte Franz Ferdinand ein solcher Schritt, denn er drohte aus der Sicht des Belvedere sozialen und nationalen Gegensätzen zusätzliches Gewicht auf der parlamentarischen Bühne zu verleihen. Welche konkreten Neuordnungsvorstellungen der Thronfolger in seinen letzten Lebensjahren hegte, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, aber eine Tendenz zur stärkeren Rolle der Krone als Machtzentrum und einigendes Band des Staates war klar erkennbar. Außenpolitisch bewirkte die Prioritätensetzung auf eine grundlegende Umstrukturierung Österreich-Ungarns nach der Thronbesteigung eine insgesamt eher vorsichtige, Kriege zunächst möglichst vermeidende Grundhaltung Franz Ferdinands. Auch in Militärangelegenheiten setzte der Erzherzog, im Einklang mit seinen Vorstellungen zur inneren und internationalen Politik, eigene Akzente.

2. Die militärischen Akteure

Die Aktivitäten des Thronfolgers reichten zwar weit über das Gebiet des Militärischen hinaus, aber es war seine offizielle Stellung innerhalb der Streitkräfte, die ihm die Möglichkeit eröffnete, sein Streben nach Einfluss institutionell zu verankern. Seine Militärkanzlei war eben nicht zuletzt Teil der militärischen Führungsstruktur. Durch die Arbeitsgewohnheiten des Thronfolgers lag in der Beschaffung und Aufbereitung von Informationen über organisatorische und militärpolitische Angelegenheiten für Brosch und Bardolff die Chance, Franz Ferdinand für bestimmte Fragen zu interessieren. Zu dieser Variante des „Agenda-setting“ trat noch das Feld der Personalpolitik, auf dem die Kommunikationsnetzwerke Broschs und Bardolffs eine wichtige Rolle spielten. Herausfordern durften sie den Erzherzog dabei jedoch nicht, denn das hätte sie in kürzester Zeit die Stellung gekostet. Auswahl und Sturz von Kriegsminister und Generalstabschef bildeten die herausragenden Entscheidungen, aber auch auf nachgeordneter Ebene griffen der Thronfolger und seine Kanzlei immer wieder ein. Der Gegensatz von Belvedere und Schönbrunn machte sich dabei geltend. Jede einigermaßen wichtige militärische Personalangelegenheit landete auf dem Schreibtisch Franz Josephs und auch über alle anderen wesentlichen Militärangelegenheiten wurde er auf dem Laufenden

¹⁵ Karl Renner im Abgeordnetenhaus des Reichsrates am 16. März 1910, zit. MARGIT SILBER, Obersthofmeister Alfred Fürst von Montenuovo. Höfische Geschichte in den beiden letzten Jahrzehnten der österreichisch-ungarischen Monarchie (1896–1916), phil. Diss. (Wien 1992) 762.

gehalten. Franz Josephs Generaladjutant Eduard Graf von Paar tat schon seit 1887 in dieser Stellung Dienst. Er hatte die Aufgabe, alle militärischen Angelegenheiten zu regeln, die die Person des Herrschers direkt betrafen, meist zeremonielle Fragen. Oberst Albert Frh. von Margutti unterstützte Paar als Flügeladjutant. Zwar pflegte Margutti militärwissenschaftliche und -politische Interessen, aber insgesamt blieb die Bedeutung der Generaladjutantur in militärpolitischen Entscheidungsprozessen begrenzt. Institutionelles Gegengewicht zur militärischen Entourage des Thronfolgers war vielmehr die „Militärkanzlei Seiner Majestät“. Seiner verfassungsrechtlichen Stellung als Herrscher angemessen, besaß der Monarch, von Budgetfragen abgesehen, in den meisten militärischen Angelegenheiten weitestgehende Entscheidungshoheit.

Nach 1867 steuerte Franz Joseph den Militärapparat allerdings nicht mehr, sondern die zuständigen Ministerien und der Generalstab bzw. das Marinekommando. Sie spürten dabei immer stärker die Kontrolle des Belvedere. Trotzdem musste letztlich für alle wichtigen und viele weniger wichtigen Entscheidungen die Zustimmung Franz Josephs eingeholt werden. Zusätzlich war dem Obersten Kriegsherren von allen Institutionen des Militärapparats Bericht zu erstatten, und so lief in seiner Militärkanzlei eine Fülle von Informationen zusammen, die es dem Monarch grundsätzlich erlaubten, sich durch Aktenstudium, mündliche Vorträge und Audienzen ein umfassendes Bild von der Entwicklung der Streitkräfte zu verschaffen. Seit 1889 leitete Arthur Frh. von Bolfras die Kanzlei, der ähnlich wie Paar nur wenige Jahre jünger als der Monarch war. Anders als Bolfras pflegte dessen deutlich jüngerer Stellvertreter Ferdinand Ritter von Marterer ein kooperatives Verhältnis zum Belvedere¹⁶. Differenzen zwischen den beiden Militärkanzleien ergaben sich insbesondere bei der Besetzung von Spitzenpositionen im Militärapparat, wenn die Stellung der k.u.k. Armee Ungarn gegenüber ins Spiel kam. So betrieb das Belvedere mit Eifer und letztlich erfolgreich den Sturz von Kriegsminister Franz Frh. von Schönauich, der bei Franz Ferdinand in Verdacht geraten war, Wünschen der Budapester Politik nach einer Umgestaltung der Armee nicht energisch genug entgegenzutreten¹⁷. Als Nachfolger wurde vom Belvedere Moritz Ritter von Auffenberg auserkoren, ein Vertrauensmann Broschs und Kenner der südslawischen Gebiete. Seine Ernennung konnte Franz Ferdinand trotz Widerwillen Franz Josephs Ende 1911 durchsetzen. Nur ein Jahr später verlor Auffenberg sein Amt bereits wieder, nicht zuletzt unter dem Eindruck von Korruptionsvorwürfen¹⁸. Er wurde durch Alexander Ritter von Kroatina ersetzt. Dem Kriegsministerium kam in der Militärführung eine Schlüsselstellung zu, denn es fungierte als oberste politische Behörde der k.u.k. Streitkräfte. Das bedeutete allerdings keineswegs, dass der Kriegsminister die einzige institutionelle Spitze des Militärwesens bildete¹⁹.

¹⁶ KARL SCHULDA, Generaloberst Freiherr Arthur von Bolfras, Generaladjutant und Vorstand der Militärkanzlei seiner Majestät Kaiser Franz Joseph I., phil. Diss. (Wien 1993).

¹⁷ WÄLTER HETZER, Franz von Schönauich, Reichskriegsminister von 1906–1911, phil. Diss. (Wien 1968).

¹⁸ JOSEF ULLREICH, Moritz von Auffenberg-Komarów. Leben und Wirken 1911–1918, phil. Diss. (Wien 1961).

¹⁹ WÄLTER WÄGNER, Die K.(u.)K. Armee, Gliederung und Aufgabenstellung; in: ADAM WÄNDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V: Die bewaffnete Macht (Wien 1987) 351–373.

In den Landstreitkräften Österreich-Ungarns spiegelte sich die staatsrechtliche Situation der Doppelmonarchie wider. Sie bestanden aus drei Teilen – dem gemeinsamen Heer, der (österreichischen) k.k. Landwehr und der ungarischen Landwehr, die ab 1917 auch in deutscher Sprache ihre ungarische Bezeichnung „Honvéd“ führte. Jede dieser drei Teile unterstand jeweils eigenen administrativen Institutionen, das gemeinsame Heer dem k.u.k. Kriegsministerium, die k.k. Landwehr dem k.k. Ministerium für Landesverteidigung und die ungarische Honvéd dem kgl.ung. Landesverteidigungsministerium. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs machte das gemeinsame Heer gut drei Viertel und beide Landwehren zusammen knapp ein Viertel der gesamten bewaffneten Landmacht aus. Militärisch bildeten alle drei Heereskörper eine Einheit, die in militärischen Belangen vom Generalstab geführt wurde. In der Gliederung des Heeres für den Kriegsfall, der „Kriegsordre de bataille“, wurden Einheiten und kleinere Verbände der Landwehr wie der Honvéd höheren Verbänden des gemeinsamen Heeres zugeordnet. Dementsprechend entstammte das Spitzenpersonal der Landstreitkräfte auch weitgehend der k.u.k. Armee. Das Gesamtheer war zunächst in 15, seit 1909 in 16 Korps gegliedert. Im Kriegsfall sollten daraus sechs Armeen als höchste Verbände gebildet werden²⁰. Die Armeeeinspektoren gehörten unzweifelhaft der Militärführung an. Die Inspektoren der Waffengattungen Artillerie und Kavallerie sorgten für gemeinsame Standards. Eine Sonderstellung nahm in zweifacher Weise die k.u.k. Kriegsmarine ein, denn sie vereinte die Seestreitkräfte der Habsburgermonarchie unter einem institutionellen Dach sowohl administrativ, als es keine speziellen österreichischen und ungarischen Teile der Kriegsmarine gab, als auch militärisch, weil der für die Marine zuständige Sektionschef im Kriegsministerium auch der Marinekommandant war (bis 1913 Rudolf Graf Montecuccoli, danach bis zu seinem Tod 1917 Anton Haus). Pläne Franz Ferdinands, ein Marineministerium zu bilden, wurden nicht realisiert, aber in den meisten Belangen agierte die Marine ohnehin unabhängig vom Kriegsministerium, dem sie jedoch formal zugeordnet blieb²¹.

1881 ernannte Franz Joseph den Leiter seiner Militärkanzlei, Friedrich Graf von Beck-Rzikowsky, seinen engen Vertrauten, zum Chef des Generalstabs. Unter ihm nahm die Bedeutung des Generalstabs im Gefüge der Führungsstrukturen des österreichisch-ungarischen Militärs im Laufe der Jahre immer mehr zu. Beck bestimmte, insbesondere nach dem Tod Erzherzog Albrechts 1895, die Planungen und Reformbemühungen der k.u.k. Armee. Allerdings stand er zunehmend Erzherzog Franz Ferdinand im Weg, der sich seit 1898 um größeren Einfluss auf die Streitkräfte bemühte. 1906 erreichte der Thronfolger die Ablösung des bereits 86 Jahre alten Beck durch den mehr als drei Jahrzehnte jüngeren Franz Conrad von Hötzendorf²². Conrad hatte

²⁰ MAXIMILIAN EHNL, Die österreichisch-ungarische Landmacht nach Aufbau, Gliederung, Friedensgarnison, Einteilung und nationaler Zusammensetzung im Sommer 1914 (= Ergänzungsheft 9 zum Werke „Österreich-Ungarns letzter Krieg“, Wien 1934).

²¹ LOTHAR HÖBELT, Die Marine; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie V, 730–739.

²² EDMUND GLAISE VON HORSTENAU, Franz Josephs Weggefährte. Das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck (Zürich – Leipzig – Wien 1930); SCOTT W. LACKEY, The Rebirth of the Habsburg Army. Fried-

als Regimentskommandant und Brigadier in Triest/Trieste/Trst/Terst (*Trieste*) gedient und war 1903 zum Kommandanten der 8. Infanterietruppendivision in Innsbruck ernannt worden. Als ausgewiesener Experte für Taktik und als energischer Brigadier und Divisionär bekannt, trat Conrad sein neues Amt mit dem Anspruch an, die militärische Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns grundlegend zu verbessern und dadurch zugleich einer Erneuerung der Donaumonarchie als Großmacht den Weg zu bereiten. Conrad ging von der engen Verbindung von Außenpolitik und Militärstrategie aus und legte seine Rolle in der Machtelite Österreich-Ungarns entsprechend expansiv aus. Der Generalstabschef war direkt dem „Allerhöchsten Oberbefehl“, also dem Monarchen, unterstellt. Daraus ergaben sich immer wieder Konflikte Conrads mit dem Kriegsministerium²³. Gravierender aber waren die wiederholten Versuche des Generalstabschefs, insbesondere durch Denkschriften und Vorträge beim Monarchen, direkt Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen. Dies führte Ende 1911 zu Conrads Enthebung. Sein Nachfolger Blasius Schemua teilte Conrads Überzeugung von der Notwendigkeit einer aktiven Politik zur Selbstbehauptung der Habsburgermonarchie, ging allerdings im Verhältnis zum Außenministerium behutsamer vor. Doch nach nur einem Jahr wurde Conrad in der Balkankrise des Winters 1912/13 als der profilierteste militärische Führer der k.u.k. Armee bereits wieder zum Generalstabschef ernannt²⁴. Dem Außenminister offen ins Gehege kommen durfte er jedoch auch jetzt nicht.

3. Politische Entscheidungsträger und politische Öffentlichkeit

Nicht zufällig besaß das Außenministerium einen herausgehobenen Platz in den Entscheidungsstrukturen Österreich-Ungarns. Die Nachfolgeinstitution der Geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei trug offiziell den Titel eines k.u.k. Ministeriums des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern. Die besondere Nähe zum Monarchen fand ihren Ausdruck darin, dass der Außenminister zugleich als Minister für die Angelegenheiten des regierenden Hauses fungierte. Stellte die Entscheidung über Krieg und Frieden das zentrale Vorrecht des Monarchen dar, so lag es zunächst einmal im Kompetenzbereich des Außenministers und seiner Mitarbeiter, den Herrscher in dieser wie in allen anderen Fragen auswärtiger Politik zu beraten. Franz Joseph achtete sehr auf die Wahrung dieses Kompetenzanspruchs und verwies Generalstabschef Conrad rigoros in seine Schranken, als dieser wiederholt die Grenzen seiner amtlichen Befugnisse überschritt und unerbetenen Rat in außenpolitischen Fragen erteilte. Der Außen-

rich Beck and the Rise of the General Staff (= Contributions in Military Studies 161, Westport, Connecticut – London 1995).

²³ Entwurf des Vortrags Schönaichs vom 23. April 1909 über den Wirkungskreis des Generalstabes – ÖSTERREICHISCHES STAATSARCHIV WIEN [ÖSTA], KRIEGSARCHIV [KA], Kriegsministerium Präs. 49–23/1/1909.

²⁴ Zur Person FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, 5 Bde., 2 Bde. Beilagen (Wien – Berlin – Leipzig – München 1921–1925); LAWRENCE SONDHAUS, Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse (Graz – Wien 2003); JOSEF MANN, FML Blasius Schemua. Chef des Generalstabes am Vorabend des Weltkrieges 1911–1912, phil. Diss. (Wien 1978); WAGNER, Armee 373–389.

minister war auch zum Vorsitzenden des gemeinsamen Ministerrats bestellt worden, den er nur dann nicht ausübte, wenn der Monarch selbst anwesend war. Dies kam aber in der Friedenszeit ab 1906 nicht vor. Schon die Lage des Außenministeriums am Ballhausplatz, gleich neben der Hofburg, drückte die besondere Nähe zum Monarchen aus. Hier befand sich die Schaltzentrale der „Großen Politik“ Österreich-Ungarns²⁵. Der hohe soziale Status vieler Mitarbeiter förderte das Selbstbewusstsein am Ballhausplatz und in den diplomatischen Missionen. Auch noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges entstammte ein großer Teil der Diplomaten der hoffähigen Aristokratie, ganz im Gegensatz zum verbürgerlichten Offizierskorps. Sicherheit im gesellschaftlichen Umgang und ein ausreichendes Vermögen bildeten Voraussetzungen für die diplomatische Laufbahn, die vor allem auf den ersten Karriereestufen mit unzureichender Bezahlung einherging und auch noch auf manchem Botschafterposten den Einsatz privater Mittel erforderte²⁶. Höhere Bildung wurde erwartet, die Absolvierung einer besonderen Schullehranstalt dagegen nicht. Dies war im Konsulardienst anders, dort kam es auf besondere sachliche und sprachliche Kenntnisse an. Die Orientalische Akademie diente der sprachlichen Schulung.

Am Ballhausplatz befand sich die Zentrale des Auswärtigen Dienstes. Der Minister und sein Kabinett sowie die von Sektionschefs geleiteten Abteilungen und Referate waren für ein weit gefasstes Spektrum von Außenkontakten zuständig. Eine Reihe von Reorganisationsversuchen in den letzten Vorkriegsjahren änderte nichts an der grundsätzlichen Trennung handelspolitischer und administrativer Fragen von den im engeren Sinn der damaligen Zeit politischen Angelegenheiten. Dieser Kernbereich klassischer Außenpolitik stand auch im Mittelpunkt der Arbeit der diplomatischen Missionen²⁷. Vor allem die Botschaften bei den europäischen Großmächten, der Missionschef im Osmanischen Reich und die Gesandten bei den Balkanstaaten spielten bei der Entwicklung und Umsetzung der Außenpolitik häufig eine recht aktive Rolle, allerdings abhängig von der konkreten Situation und der Persönlichkeit des Missionschefs. Auch bei den Sektionschefs am Ballhausplatz variierten die politischen Einflussmöglichkeiten nicht nur nach Zuständigkeitsbereich, sondern auch nach individueller Lage²⁸. Mit dem Ausgleich von 1867 unterstanden in Österreich-Ungarn auch die Konsularvertretungen dem Außenministerium. Neben der Förderung des Handels kam

²⁵ HELMUT RUMPLER, Die rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989) 1–121.

²⁶ WILLIAM D. GODSEY JR., Aristocratic Redoubt, The Austro-Hungarian Foreign Office on the Eve of the First World War (West Lafayette, Indiana 1999) 16–70; vgl. auch DERS., Der österreichisch(e)-ungarische) Diplomatische Dienst zwischen Stände- und Nationalgesellschaften; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), ULRIKE HARMAT (Red.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/1/2: Soziale Strukturen (Wien 2010) 1245–1261; RUMPLER, Rahmenbedingungen 88–109.

²⁷ ERWIN MATSCH, Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720–1920 (Wien – Köln – Graz 1986).

²⁸ RUMPLER, Rahmenbedingungen 47–60.

ihnen in einigen Regionen auch eine wichtige Rolle bei der Informationsbeschaffung zu. In den letzten Jahren vor 1914 war dies gerade auf dem Balkan der Fall²⁹.

Je stärker sich die zentrifugalen Kräfte im Machtgefüge Österreich-Ungarns zur Geltung brachten, desto klarer zeichnete sich ab, welchen Institutionen und Gruppen die Aufgabe zufiel, zentripedale Gegenkräfte zu entfalten. Je schwächer der Zusammenhalt der politischen Eliten der Habsburgermonarchie, desto häufiger rückte der Ballhausplatz in die Rolle eines Akteurs der Integration. Alois Lexa Graf von Aehrenthal, der 1906 zum Außenminister ernannt wurde, machte sich die Aufgabe zu eigen, durch eine aktive Außenpolitik nicht nur Österreich-Ungarns internationale Stellung zu stärken, sondern auch einer inneren Wiederbelebung der Habsburgermonarchie Impulse zu verleihen³⁰. Das war mit einer Abkehr von der Politik des Stillhaltens verbunden, die Aehrenthals Amtsvorgänger Agenor Graf Goltuchowski der Jüngere betrieben hatte. Dieses ehrgeizige Programm der doppelten Erneuerung der Lebenskräfte ging mit einer Reform der Organisation des Außenministeriums, und vor allem mit einem personellen Neubeginn einher. Eine ganze Reihe jüngerer Diplomaten der Habsburgermonarchie machten unter Aehrenthal nicht nur Karriere, sondern ließ sich von der Tatkraft ihres Vorgesetzten beflügeln. Als nach Aehrenthals frühem Tod infolge einer Leukämie-Erkrankung mit Leopold Graf Berchtold 1912 ein neuer Minister am Ballhausplatz einzog, blieb das Spitzenpersonal des Auswärtigen Dienstes aus der Aehrenthal-Zeit weiterhin federführend³¹. Berchtold, der zuvor als Botschafter in St. Petersburg/Sankt Peterburg/Petrograd (*Sankt Peterburg*) gewirkt hatte, hatte Mühe, sich einigermaßen den Respekt seiner führenden Mitarbeiter am Ballhausplatz zu sichern; dieser Gruppe erschien Berchtolds Politik zu vorsichtig. Gemessen am Vorbild Aehrenthal ließ es der neue Außenminister an energischem Vorgehen mangeln. Dass Berchtold sich zudem um ein gutes Verhältnis zu Franz Ferdinand bemühte, dürfte den Bewunderern Aehrenthals gleichfalls missfallen haben, war doch die Feindschaft des Thronfolgers gegen den todkranken Aehrenthal ein offenes Geheimnis gewesen.

Die besondere Bedeutung der Umgebung Berchtolds lag in der Chance, den Minister politisch zu beeinflussen. Auch einige Gesandte vertraten dem Außenminister gegenüber eigenständige Positionen. János Markgraf von Pallavicini, seit 1906 Internuntius in Konstantinopel, äußerte beispielsweise anfänglich Kritik an der Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908, und seine Kollegen in Berlin und Rom taten es ihm gleich. Gerade der Vertreter beim König von Italien zwischen 1904 und 1910, Heinrich Graf von Lützwow, hielt mit seiner Missbilligung der diplomatischer Ma-

²⁹ RUDOLF AGSTNER, Les services consulaires autrichiens (autro-hongrois) entre 1800 et 1914; in: JÖRG ULBERT, LUKIAN PRIJAC (Hgg.), Consuls et services consulaires au XIX^e, Die Welt der Konsulate im 19. Jahrhundert, Consulship in the 19th Century (Hamburg 2010) 175–190.

³⁰ Zur Genese von Aehrenthals politischen Ansichten SOLOMON WANK, In the Twilight of Empire. Count Alois Lexa von Aehrenthal (1854–1912). Imperial Habsburg Patriot and Statesman 1: The Making of an Imperial Habsburg Patriot and Statesman (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 102/1, Wien – Köln – Weimar 2009).

³¹ RUMPLER, Rahmenbedingungen 82–86; zu Berchtold HUGO HANTSCH, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann, 2 Bde. (Graz – Wien – Köln 1963).

növer nicht hinterm Berg. Lützows Nachfolger Kajetan von Mérey nahm sich die Freiheit, die aus seiner Sicht unsinnige, viel zu sehr auf Konfrontation angelegte Italienpolitik des Ballhausplatzes im Frühjahr 1913 in klaren Worten zu kritisieren. In der Zentrale drangen solche Vorbehalte selten durch. Friedrich Graf Szápary, zuvor Kabinetts- und nun Sektionschef, wies Méreys Einwendungen zurück. Am Ballhausplatz dominierten außer Szápary, der im Herbst 1913 als Botschafter nach St. Petersburg ging, Alexander Graf von Hoyos, seit 1912 Chef des Kabinetts des Ministers, János Graf Forgách und Karl Frh. von Macchio als Sektionschefs sowie Rudolf Pogatscher als „politischer Konsulent“. Forgách, Macchio und Pogatscher galten als Balkankenner und teilten mit Hoyos und anderen Diplomaten eine klare Präferenz für einen Kurs, der sich an Aehrenthals Vorgehen 1908/09 orientierte³². In diesem Kreis reifte relativ früh die Einsicht, dass Österreich-Ungarn bereit sein müsse, vitale Interessen auch unter hohem Risiko durchzusetzen.

Die Forderung nach Tatkraft und Risikobereitschaft in der Außenpolitik sollte einen wichtigen Faktor im Entscheidungsprozess darstellen, als im Juli 1914 über die Reaktion Österreich-Ungarns auf das Attentat von Sarajewo/Sarejevo (*Sarajevo*) beraten wurde. Der auf dem Ballhausplatz schon wegen seiner Attacken auf Aehrenthal und seines Einflusses auf Berchtold nicht sonderlich geschätzte Thronfolger war tot und Berchtold nun empfänglicher für den Wunsch nach Härte, notfalls auch gegenüber Russland. Der Wunsch nach einem energischen Auftreten ging bei einigen jüngeren Diplomaten auch mit weitreichenderen Plänen zur Neugestaltung der inneren und äußeren Lage Österreich-Ungarns einher. Die Wurzeln der Kriegszieldiskussion lassen sich teilweise auf Überlegungen dieser Personengruppe zurückführen³³.

Die dualistische Struktur Österreich-Ungarns brachte Koordinationsprobleme bei machtpolitischen Entscheidungsprozessen mit sich. Das war nicht unbedingt ein Alleinstellungsmerkmal unter den europäischen Großmächten, denn im Deutschen Reich musste dem föderalen Charakter des Staatswesens durch die Mitwirkung des Bundesrates Rechnung getragen werden, und Großbritannien hatte den sich abzeichnenden Bedeutungszuwachs der Dominions zu berücksichtigen, auch wenn vor dem Ersten Weltkrieg die wesentlichen Kompetenzen verfassungsrechtlich in London gebündelt blieben. Das Spezifikum Österreich-Ungarns war die weitgehende Autonomie der beiden konstitutiven Bestandteile der Habsburgermonarchie, deren staatsrechtliche

³² Mérey an Szápary. 17. April 1913 – ÖSTA, HAUS-, HOF- UND STAATSARCHIV [HHSTA], Nachlass Szápary, Konvolut 1.

³³ JOHN D. LESLIE, The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims: Policies and Policy-Makers in Vienna and Budapest before and during 1914; in: ELISABETH SPRINGER, LEOPOLD KAMMERHOFER (Hgg.), Archiv und Forschung. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit XX, Wien – München 1993) 307–394; DERS., Österreich-Ungarn vor dem Kriegsausbruch. Der Ballhausplatz in Wien im Juli 1914 aus der Sicht eines österreichisch-ungarischen Diplomaten; in: RALPH MELVILLE, CLAUS SCHARF, MARTIN VOGT, ULRICH WENGENROTH (Hgg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit, Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag 2 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte 134, Stuttgart 1988) 661–684.

Deutung umstritten und politisch unkämpft blieb. Aus außenpolitischer Perspektive von Interesse war der Einfluss, den Österreich und Ungarn auf die auswärtigen Beziehungen nehmen konnten. Da einerseits die gemeinsamen Zentralinstitutionen keine von ihren Teilen unabhängige Machtbasis besaßen und diese beiden Teile ihren Einfluss paritätisch ausübten, stand hinter der Wiener Außenpolitik keineswegs das Interesse einer dominierenden Macht, wie es im Deutschen Reich Preußen oder im Commonwealth Großbritannien war. Es war unzweifelhaft der „Kaiser und König“, der letztlich die Grundzüge der Außenpolitik bestimmte. Diese rechtliche Stellung konnte er aber machtpolitisch nur wahrnehmen, weil er gleichzeitig auch der Herrscher beider Teile der Monarchie war. Dort blieb seine Macht aber konstitutionell gebunden. Anders als in anderen konstitutionellen Monarchien, existierten in Österreich-Ungarn zwei unterschiedliche Interessensebenen. Es war zum einen der gemeinsame Monarch, der die gesamte gemeinsame Monarchie im Blick hatte, und zum zweiten die beiden Teile der Monarchie, die von ihren Separatpositionen aus nach Kompromissen suchten. So waren die Leitlinien der Außenpolitik Ausdruck des Gesamtinteresses, das durch die Machtvollkommenheit des Monarchen bestimmt wurde, während die Größe und Schlagkraft der Armee, die die realpolitischen Spielräume verschaffte, das Ergebnis eines Kompromisses der Separatinteressen Österreichs und Ungarns, die sich in Wehrgesetz, Rekrutenbewilligung und – über die Delegationen – im jährlichen gemeinsamen Budget ausdrückten.

Aus den Prerogativen des Monarchen ergaben sich die beiden gemeinsamen Angelegenheiten, die Österreich und Ungarn weder für sich, noch in Absprache miteinander ausübten, sondern die von eigenen gemeinsamen Ministerien geleitet wurden: die Außenpolitik und das gemeinsame Militär. Für Ungarn war die rechtliche Grundlage die Pragmatische Sanktion, der es 1723 zugestimmt hatte. Zur Verwaltung der gemeinsamen Ausgaben wurde noch ein gemeinsames Finanzministerium geschaffen, das aber über fast keine eigenen Einnahmen verfügte, sondern seine Mittel aus den Zolleinnahmen und den Beitragszahlungen von Österreich und Ungarn erhielt. Seit 1912 hatte Leon Ritter von Biliński dieses Amt inne. Als ehemaliger Generaldirektor der österreichischen Staatsbahnen und zweimaliger Finanzminister Cisleithaniens (1895–1897 und 1909–1911) war der erfahrene Parlamentarier und zeitweise führende Kopf des „Polenklubs“ ein Veteran der Wiener Politik. Er löste István Baron Burián ab, der fast neun Jahre im Amt gewesen war. Die politisch heikelste Aufgabe des gemeinsamen Finanzministeriums war die Leitung der Verwaltung der 1878 okkupierten und 1908 schließlich annektierten Provinzen Bosnien-Herzegowina. So entstand innerhalb des gemeinsamen Finanzministeriums eine eigene Abteilung für die Angelegenheiten Bosnien-Herzegowinas. Weil Buriáns Amtsvorgänger Benjámín von Kállay, der das Ministerium beinahe zwei Jahrzehnte geführt hatte, auch ein Ungar gewesen war, galt der ungarische Einfluss auf die bosnische Politik als besonders ausgeprägt. Lajos von Thallóczy, der zuständige Sektionschef im Ministerium, konnte als Wahrer dieser Tradition betrachtet werden. Dem gemeinsamen Finanzministerium verantwortlich war der Landeschef von Bosnien-Herzegowina, der der Landesregierung vorstand. Er residierte in Sarajewo und stammte jeweils aus der Generalität, da er neben politisch-administrativen auch militärische Führungsaufgaben als Armeeeinspektor wahrzunehmen hatte.

Seit 1911 bekleidete Oskar Potiorek diesen Posten, der sich Hoffnungen auf weitere militärische Spitzenfunktionen machte und durch energisches Durchgreifen gegen Verwaltungsschlendrian und habsburgfeindliche Gruppierungen Aufmerksamkeit und Unterstützung in Wien zu gewinnen suchte. Der eigenwillige General, der sein Amt als eine Art Ersatz-Ministerpräsident auslegte, war für den Finanzminister ein schwieriger Untergebener³⁴. Diese drei gemeinsamen Minister waren eigentlich die einzigen wirklichen Mitglieder des Gemeinsamen Ministerrats. Auch wenn erst mit Aehrenthal die Ministerpräsidenten beider Teile der Monarchie gleichberechtigt als Mitglieder behandelt wurden, waren die gemeinsamen Minister von Anfang der dualistischen Ära an ohne diese beiden Ministerpräsidenten faktisch nicht entscheidungsfähig; bei den Sitzungen des Gemeinsamen Ministerrats 1914 saßen neben Berchtold, Krobatin und Biliński die Ministerpräsidenten Österreichs und Ungarns, Karl Reichsgraf Stürgkh und István Graf Tisza.

Stürgkh war Ende 1911 zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Als der Geschäftsgang des Parlaments durch nationalpolitisch motivierte Obstruktion immer wieder zum Erliegen kam, ließ Stürgkh den Reichsrat im März 1914 vertagen. Die nationalen, teilweise auch die sozialen Interessengegensätze Österreichs schlugen sich in einer politischen Kultur nieder, die regelmäßig die parlamentarische Arbeit lahm legte. Die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts hatte keine neue Konsensbereitschaft mit sich gebracht, und insbesondere die seit Jahrzehnten ungelöste Frage des sprachen- und wahlpolitischen Nebeneinanders von Deutschen und Tschechen in Böhmen belastete das innenpolitische Klima. Die Vertagung des Reichsrats und das Regieren mit Hilfe von Notverordnungen stellten nichts Neues dar, waren aber doch Zeichen dafür, dass Stürgkh über keine eigene Machtbasis verfügte³⁵. Ganz anders verhielt es sich bei Tisza. Er hatte bereits zwischen 1903 und 1905 das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten inne gehabt, aber es dauerte bis 1912, bevor Tisza wieder einen Anlauf nehmen konnte, um an die Spitze der ungarischen Regierung zurückzukehren. Zunächst setzte er als Präsident des Repräsentantenhauses mit drakonischen Maßnahmen die Funktionsfähigkeit des Parlaments durch. Der Reichstag in Budapest war im Unterschied zum Wiener Reichsrat tatsächlich ein stolzes Machtzentrum der Politik. Durch ein restriktives Wahlrecht sozial wie national relativ homogen, bildete er den Sammelpunkt der politischen Elite Ungarns. Mit der Unterstützung der Abgeordneten der nun als Nationale Arbeitspartei firmierenden Liberalen hatte Tisza, als er im Sommer 1913 von Franz Joseph zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, eine bemerkenswerte Machtposition³⁶. Er konnte, ganz im Gegensatz zu Stürgkh, als der starke Mann der Innenpolitik der Habsburgermonarchie gelten. Obwohl er in Fragen der Außenpolitik ähnlich unerfahren war wie Stürgkh, entwickelte Tisza schon im

³⁴ RUDOLF JEŘÁBEK, Potiorek, General im Schatten von Sarajevo (Graz – Wien – Köln 1991) 33–74.

³⁵ ALEXANDER FUSSEK, Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh und die parlamentarische Frage; in: MÖSTA 17/18 (1964/65) 337–358.

³⁶ GABOR VERMES, István Tisza. The Liberal Vision and Conservative Statecraft of a Magyar Nationalist (= East European Monographs 184, New York 1985).

ersten Jahr seiner Ministerpräsidentenschaft starkes Interesse für die internationale Politik. Zur Seite stand ihm dabei Burián, der ungarische Minister am königlichen Hoflager in Wien. Tisza konnte also auf die Erfahrungen eines Experten in außenpolitischen Angelegenheiten und im Mechanismus der gemeinsamen Entscheidungsfindung zurückgreifen, wenn er als Ministerpräsident Stellung zu außen- oder militärpolitischen Fragen bezog. Im Zuge der beiden Balkankriege 1912/13 gelangten nun Fragen der internationalen Politik und der Sicherheit Österreich-Ungarns immer häufiger auf die Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinsamen Ministerrates. Die Ministerpräsidenten nahmen fast an allen Sitzungen teil, je nach Thema aber auch Fachminister der beiden Regierungen. Da Budgetfragen, Rüstungsangelegenheiten und der Eisenbahnbau in Bosnien-Herzegowina zu den häufigsten Tagesordnungspunkten zählten, wurden die Finanzminister Österreichs und Ungarns oft beigezogen. Es konnten aber, je nach Bedarf, zusätzlich zu den Fachministern, auch der Marinekommandant, der das Budget der Seestreitkräfte vor den Delegationen vertrat, der Generalstabschef, der Landeschef von Bosnien-Herzegowina oder Ministerialbeamte zu den Sitzungen geladen werden³⁷.

Grundsätzlich bot der Gemeinsame Ministerrat der Beratung zentraler Fragen der Sicherheitspolitik ein institutionalisiertes Forum. Allerdings existierte der Begriff „Sicherheitspolitik“ in der Habsburgermonarchie ebenso wenig wie anderswo in Europa vor dem Ersten Weltkrieg. Auch die Vorstellung von einer engen Verzahnung von Außen- und Militärpolitik war erst in Ansätzen erkennbar. Eine Koordination militärischer Strategie und auswärtiger Politik fand überhaupt nur anlassbezogen und damit punktuell im Umfeld internationaler Krisen statt. Die traditionelle Abgrenzung von Fachressorts blieb weitgehend selbstverständliche Leitlinie des politisch-administrativen Betriebs. Hier schuf auch der Gemeinsame Ministerrat keine wirkliche Abhilfe, und der Informations- und Meinungsaustausch auf außen- und militärpolitischem Gebiet vollzog sich in hohem Maß über andere Kanäle und oftmals unter Einbeziehung des Belvedere. Immerhin bot der Gemeinsame Ministerrat dem Außenminister eine Möglichkeit, seine Lageeinschätzung sowie die Leitlinien seiner Politik zu erläutern und politischen Rückhalt für seine Entscheidungen zu sichern. Das war auch im Hinblick auf die Zustimmung des Monarchen wichtig. Die eigentliche Bedeutung des Gemeinsamen Ministerrates lag eher in der Verzahnung innen- und außenpolitischer Entscheidungsprozesse. Wirklich systematisch genutzt wurde auch diese Gelegenheit kaum. In den Krisenjahren bis 1914 änderte sich dies tendenziell, allerdings mit der problematischen Konsequenz, denn diese „Koordination war [...] keine wechselseitige, sondern eine Anpassung der Außen- an die Innenpolitik“³⁸.

³⁷ ANATOL SCHMIED-KOWARZIK (Hg.), Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1908–1914 (= Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918, hg. Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Red. ÉVA SOMOGYI, VI, Budapest 2011) Einleitung 35–49. Zur Entwicklung bis Anfang des 20. Jahrhunderts siehe ÉVA SOMOGYI, Der gemeinsame Ministerrat der österreichisch-ungarischen Monarchie, 1867–1906 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 73, Wien – Köln – Weimar 1996).

³⁸ SCHMIED-KOWARZIK (Hg.), Protokolle des gemeinsamen Ministerrates 1908–1914, 132.

Es gehörte zu den Charakteristika der Habsburgermonarchie, dass ein parlamentarisches Forum zur Diskussion der Außenpolitik fehlte. Der Reichsrat in Wien wie der Reichstag in Budapest waren dafür nicht zuständig, auch wenn immer wieder Fragen der auswärtigen Politik am Rande angesprochen wurden. Unmittelbare Bedeutung konnten solche parlamentarischen Stimmungstests dadurch erlangen, dass sie die Handlungsspielräume der Ministerpräsidenten einschränken konnten. 1914 war dies in Österreich kein Thema, denn der Reichsrat war ohnehin im März vertagt worden und wurde im Juli ganz geschlossen. Tisza musste zwar den Ansprüchen des Reichstags auf Mitgestaltung der Politik grundsätzlich Rechnung tragen, aber seine starke innenpolitische Position ließ ihm dennoch breiten Handlungsspielraum. Die aus dem Kreis der beiden Parlamente gewählten Delegationen, die sich in der Regel jährlich zu getrennten Beratungen abwechselnd in Wien und Budapest versammelten, erhielten wenigstens aus berufenem Mund, nämlich vom Außenminister selbst, einen Bericht über die internationale Politik Österreich-Ungarns. Berchtold verspürte dabei durchaus einen Rechtfertigungszwang, nutzte die Gelegenheit aber auch, um Grundlinien seiner Politik der Öffentlichkeit des In- und Auslands zu erläutern³⁹. Auch die Militärpolitik wurde nur punktuell in den Parlamenten diskutiert. Allerdings debattierten und beschlossenen die Delegationen jährlich das Budget des Kriegsministeriums, und die Parlamente in Wien und Budapest bestimmten das Wehrgesetz, die jährliche Rekrutenbewilligung sowie die Budgets der Landesverteidigung. Von den gesamten Militärausgaben Österreich-Ungarns entfielen auf die gemeinsame Armee ca. 60%, auf die Kriegsmarine 20% und auf beide Landwehren zusammen 20%. Die Bewilligung von 80% der gesamten Militärausgaben fiel daher den Delegationen zu, und auch ihren konstitutionellen Einwirkungsmöglichkeiten waren enge Grenzen gesetzt. Die Delegationen waren je 60-köpfige Ausschüsse des österreichischen Reichsrates und des ungarischen Reichstages. Sie hatten zwar die Möglichkeit, den vorgelegten Voranschlag abzuändern, machten von diesem Recht aber keinen Gebrauch. Ursache war, dass solch ein Voranschlag das Ergebnis langwieriger Vorverhandlungen war, in denen sich die gemeinsamen Minister mit den Ministerpräsidenten und Finanzministern beider Teile der Monarchie auf einen Kompromiss geeinigt hatten. Jede Änderung bedeutete die Verwerfung der gesamten Abmachung, für deren Ersatz die Delegationen ein alternatives Budget hätten erarbeiten müssen. Die gemeinsame Entscheidungsfindung der Delegationen war aber schon organisatorisch schwierig, weil sie getrennt tagten, verhandelten und abstimmten; nur über sogenannte „Nuntien“ kommunizierten sie miteinander. Mit getrennten, aber gleichlautenden Beschlüssen konnten sie das Budget annehmen, das mit einer gemeinsamen Sanktion des Monarchen rechtskräftig wurde. Viel gravierender aber war, dass jedes Militärbudget auch eine Einigung beider Teile in wirtschaftlicher Hinsicht war, beinhaltete solches doch auch die Armeeverpflegung oder Rüstungsaufträge, die der Wirtschaft und damit konkret dem einen oder dem

³⁹ ÉVA SOMOGYI, Die Delegation als Verbindungsinstitution zwischen Cis- und Transleithanien; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000) 1149–1176; HANTSCH, Berchtold 1, 263–266, 307f., 337–340.

anderen Teil der Monarchie zugute kamen. Solche Kompromisse konnten aber nicht die Delegationen aushandeln. Daher wurde das Budget des gemeinsamen Militärs de facto von den drei Exekutiven bestimmt, den gemeinsamen Ministern und den Regierungen Österreichs und Ungarns. Nur bei Fragen mit unmittelbarer innenpolitischer Bedeutung kam der parlamentarischen Öffentlichkeit eine größere Rolle zu, beispielsweise beim Streit um ungarische Forderungen zur Umgestaltung der gemeinsamen Armee.

Auf dem Feld der internationalen Politik sah es ähnlich aus. Eine außenpolitisch versierte Elite existierte zwar auch in den Reihen der Parlamentarier, aber ohne entsprechende institutionalisierte Formen der Mitsprache blieb ihr Engagement eher ein zufälliges Produkt individueller Interessenslagen und Ambitionen. Beziehungen zu den Führungskreisen von Militär und Diplomatie spielten dabei die entscheidende Rolle. Unter den Parlamentariern Österreichs gab es einige, die gesellschaftliche Kontakte zu Entscheidungsträgern pflegten. Durch sein Tagebuch, das eine von der Forschung extensiv herangezogene Quelle zu den Zirkeln und Meinungen der Elite Wiens in dieser Zeit ist, lässt sich am Beispiel des Rechtswissenschaftlers und Parlamentariers Josef Redlich das Wirken und Weben eines solchen Mittlers und Beobachters gut nachvollziehen. Einfluss zu nehmen auf die Machtpolitik Österreich-Ungarns war in diesem Rahmen gesellschaftlicher, vertraulicher Kontakte wohl nur sehr mittelbar möglich. Anders als bei innenpolitischen Fragen hatte Redlich auch kaum relevante Informationen anzubieten, die seine Gesprächspartner aus Militär und Diplomatie nicht ohnehin schon besaßen⁴⁰. Ein anderer Weg bestand darin, selbst durch politische Initiativen hervorzutreten. Der Politiker Josef Maria Baernreither bietet ein Beispiel für diese Form der Mitgestaltung. Er arbeitete hinter den Kulissen für eine aktive Serbien-Politik Österreich-Ungarns, allerdings nur mit begrenztem Erfolg⁴¹. Erzherzog Franz Ferdinand stellte einen geeigneten Ansprechpartner für solche Initiativen dar, war doch seine eigene Position von überschaubaren offiziellen Kompetenzen und weitgefächerten informellen Einflussversuchen gekennzeichnet. An ihn richtete Heinrich Lammasch beispielsweise sein Gutachten zur Neugestaltung der Außenbeziehungen der Habsburgermonarchie, das allerdings ohne Konsequenzen blieb⁴². Eine herausragende Rolle als Mittler zwischen Ballhausplatz und Öffentlichkeit übernahm der Historiker Heinrich Friedjung im Vorfeld des Agramer Hochverratsprozesses, freiwillig und letztlich mit bitteren Folgen für ihn im sogenannten Friedjung-Prozess 1909⁴³.

⁴⁰ JOSEF REDLICH, Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936, hg. FRITZ FELLNER, DORIS CORRADINI, 3 Bde. (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 105/I-III, Wien – Köln – Weimar 2011, Neubearbeitung der Edition von 1953, 1954).

⁴¹ JOSEPH M. BAERNREITHER, Fragmente eines politischen Tagebuches. Die südslawische Frage und Österreich-Ungarn vor dem Weltkrieg, hg. JOSEF REDLICH (Berlin 1928).

⁴² STEPHAN VEROSTA, Theorie und Realität von Bündnissen. Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund (1897–1914) (Wien 1971) 1–29, 631–633.

⁴³ HEINRICH FRIEDJUNG, Geschichte in Gesprächen. Aufzeichnungen 1898–1919, hg. FRANZ ADL-GASSER, MARGRET FRIEDRICH I (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 87, Wien – Köln – Weimar 1997) Einleitung 22–25.

Veröffentlichungen stellten ein geradezu klassisches Instrument der Einflussnahme auf die Außen- und Militärpolitik dar. Da es weniger darauf ankommen musste, ein breites Publikum von der eigenen Position zu überzeugen, sondern die Mächtigen und deren soziales und berufliches Umfeld als Rezipienten zu gewinnen, kamen primär politische Zeitschriften und die als seriös eingestufte Tagespresse als Medien in Betracht. Publizisten wie Friedrich Funder sahen sich als wichtige Begleiter machtpolitischer Entscheidungsprozesse. Seine *Reichspost* gehörte zum publizistischen Milieu des Belvedere, ähnlich der *Österreichische[n] Rundschau* Leopold Frh. von Chlumeckýs. Die wirklich viel gelesenen Zeitungen der Eliten Wiens und Budapests, die *Neue Freie Presse*, der *Pester Lloyd*, *Pesti Hírlap* und *Pesti Napló* verfolgten in der Regel keine so eindeutige Agenda und hielten sich mit Kritik am Kurs der Außenpolitik eher zurück. Dies hatte nicht nur mit dem Selbstverständnis der Herausgeber zu tun, sondern auch damit, dass diese Blätter ihrerseits von Informationen aus den Schaltzentralen der Macht abhängig waren und diese privilegierten Informationskanäle auch weiter nutzen wollten. Zu solchen Motiven der Selbstbeschränkung kam bei einigen Publikationsorganen noch hinzu, dass sie von offiziellen Stellen finanziell unterstützt wurden. Dies war Teil einer nach heutigen Maßstäben rudimentären, aber immerhin seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer stärker ausgebauten Politik der Lenkung der öffentlichen Meinung⁴⁴.

Allein die Existenz solcher Bestrebungen, die Presse zu beeinflussen, belegt, dass die öffentliche Meinung vom Außen- wie vom Kriegsministerium als Faktor der Politik durchaus ernst genommen wurde. Auch konnte die Berichterstattung bei Auseinandersetzungen innerhalb der Machtelite instrumentalisiert werden. So wurden die Gegensätze zwischen Belvedere und Kriegsministerium öffentlich ausgetragen⁴⁵. Ob aber darüber hinaus die öffentliche Meinung als eigenständiger Faktor machtpolitischer Entscheidungsprozesse einzuschätzen ist, erscheint zweifelhaft. Was den Verantwortlichen im Umfeld der Krone, in Diplomatie und Militär aus den Spalten der Presse entgegentrat, war nicht zuletzt die Spiegelung der Informationen und Wertungen, mit denen sie selbst Politiker und Publizisten versorgt hatten. Insofern konfrontierte die öffentliche Meinung die Machtelite nur mit ihren eigenen Lagebeurteilungen.

4. Die gefährdete Großmacht

Keine andere europäische Großmacht befand sich in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in einer so prekären strategischen Lage wie die Habsburgermonarchie. Das war zumindest die Sicht der Entscheidungsträger, und auf sie kam es in der Großmachtspolitik Österreich-Ungarns an. Seine Stellung im Kreis der

⁴⁴ PETRONILLA EHRENPREIS, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006) 1809–1815.

⁴⁵ GÜNTHER KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (= Studien zur Internationalen Geschichte 13, München 2003) 165 f.

Pentarchie hatte das Habsburgerreich schon seit dem Wiener Kongress nicht so sehr eigener militärischer oder gar finanzieller Stärke zu verdanken, als vielmehr seiner Rolle als europäischer Stabilisierungsanker. Nur ihre Einbindung in das europäische Konzert erlaubte die mehr oder minder harmonische Regulierung von Konflikten⁴⁶. Wie das Gefüge der europäischen Großmächte insgesamt, so wurde auch die Stellung der Donaumonarchie massiv vom Niedergang des Osmanischen Reiches beeinflusst. Die Orientalische Frage stand spätestens mit dem Griechischen Aufstand ab 1821 immer wieder im Zentrum der internationalen Politik. Die Konkurrenz und das Scheitern einer Kooperation zwischen Russland und Österreich-Ungarn bis hin zur nachhaltigen Beschädigung des Verhältnisses zwischen Wien und St. Petersburg im Kontext der Annexion von Bosnien-Herzegowina 1908 entzogen der Habsburgermonarchie Chancen, eigene Interessen auf dem Balkan ohne die Gefahr einer Konfrontation mit Russland durchzusetzen. Die britische Politik blieb zwar wie Österreich-Ungarn am Erhalt des Osmanischen Reiches interessiert, bewertete aber die Verbindung zum Zarenreich als Absicherung seiner weltpolitisch-maritimen Interessen zunehmend höher. Österreich-Ungarn verlor spätestens seit der Annexion aus Londoner Sicht seinen Stellenwert als Garant von Stabilität in Südosteuropa. Damit erschien es fraglich, ob die Habsburgermonarchie als Großmacht überhaupt noch als systemrelevant zu betrachten war⁴⁷.

Am Großmachtstatus aber hing für die Eliten Österreich-Ungarns auch die eigene Legitimation. Dies galt zumindest für die machtpolitischen Entscheidungsträger, allen voran die Repräsentanten der Dynastie, aber auch der Diplomaten und Militärs. In den von der imperialen Tradition getragenen Führungskreisen war der Verzicht auf die Position einer Großmacht schlicht undenkbar. Die Option, sich an veränderte Rahmenbedingungen im internationalen System durch den Abstieg aus dem Kreis der großen Mächte anzupassen, kam daher nicht in Betracht. Dies war nicht nur eine Frage des Prestiges, denn ein Gewinn an außen- wie innenpolitischer Sicherheit war bei einer Selbstabdankung nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Im Zeitalter des Imperialismus gab es genügend Beispiele dafür, dass geringeres militärisches und politisches Gewicht Staaten und Reiche zur Zielscheibe von Einmischung und Aggression machten, wie das Spanien, China oder das Osmanische Reich erfahren mussten. Kleine und mittelgroße Staaten konnten auch in Europa unbeschadet existieren, wenn sie weder über größeren diplomatischen Einfluss oder ein starkes Militär verfügten, aber dazu zählte Österreich-Ungarn nicht⁴⁸. Auch fehlte es an einer anderen Voraussetzung dafür,

⁴⁶ Vgl. PAUL W. SCHROEDER, *Did the Vienna Settlement Rest on a Balance of Power?*; in: *The American Historical Review* 97 (1992) 683–706; auch DERS., *The Transformation of European Politics, 1763–1848* (= *Oxford History of Modern Europe*, Oxford – New York 1994). Zur Außenpolitik der Habsburgermonarchie vgl. hier und im Folgenden FRANCIS ROY BRIDGE, *Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1*, 196–373, bzw. DERS., *The Habsburg Monarchy among the Great Powers, 1815–1918* (New York – Oxford – Munich 1990).

⁴⁷ DERS., *Die Außenpolitik der Donaumonarchie*; in: MARK CORNWALL (Hg.), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der Erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts* (Essen 2004) 25–37.

⁴⁸ PAUL W. SCHROEDER, *Stealing Horses to Great Applause: Austria-Hungary's Decision in 1914 in Systemic Perspective*; in: HOLGER AFFLERBACH, DAVID STEVENSON (Hgg.), *An improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914* (New York – Oxford 2007) 24–34.

die Wechselfälle internationaler Politik auch ohne Großmachtstatus unbehelligt überdauern zu können, nämlich innere Geschlossenheit und Stabilität. Die Verschränkung von Dualismus und Nationalitätenkonflikten bot zwar vor allem der Krone immer wieder Gelegenheit, politische Interessensgruppen gegeneinander auszuspielen, aber sie hielt die Habsburgermonarchie auch im Zustand einer beinahe permanenten Krise – und speiste auch ein entsprechendes Krisenbewusstsein⁴⁹. Zum „kranken Mann an der Donau“ zu werden, war umso gefährlicher, als es nicht an Nachbarn fehlte, die sich eine militärische und politische Schwäche der Habsburgermonarchie zunutze machen wollten. Nach den Erfahrungen europäischer und globaler Politik lag es nahe damit zu rechnen, dass solche Gelegenheiten auch genutzt würden. Sozialdarwinistisches Denken gab dieser Erwartung zusätzliche Überzeugungskraft. Italien, das erst auf Kosten Österreichs hatte entstehen können und sich bemühte, als sechste Großmacht Europas anerkannt zu werden, hegte Ambitionen auf die Vorherrschaft an der Adria, und die italienische Nationalbewegung verlor das Fernziel der Eingliederung auch der nach 1866 unter Habsburgerherrschaft verbliebenen italienisch-sprachigen Gebiete der Donaumonarchie nicht aus den Augen. Rumänien konnte zur Bedrohung werden, sobald die nationale Solidarität mit den Rumänen im Königreich Ungarn Ansprüche auf Siebenbürgen weckte. Waren Italien und Rumänien, dieser latenten Konflikte zum Trotz, durch Bündnisverträge mit der Habsburgermonarchie verbunden, so fielen die engen Beziehungen zu Belgrad nach dem Königsmord und dem Dynastiewechsel 1903 der Konfrontation zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Opfer. Zugleich lebten Serben in Südungarn, Kroatien-Slawonien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina. Das Ziel eines Großserbiens unter Einschluss der südöstlichen Teile der Habsburgermonarchie gehörte zum Repertoire der serbischen Nationalbewegung und wurde auch von den Kreisen der Putschisten von 1903 vertreten. Montenegro, der von Serben bewohnte südliche Nachbar Dalmatiens, betrieb eine Schaukelpolitik zwischen Österreich-Ungarn, Russland und Italien, war aber trotz seine korrupten Führung auch eine latente Bedrohung, als möglicher Partner Serbiens und als potentieller Förderer von Aufständen in Süddalmatien, einer ohnehin unruhigen Peripherie der Donaumonarchie. Auch Russland konnte zu den denkbaren Gewinnern einer Desintegration Österreich-Ungarns gerechnet werden, und das nicht nur auf dem Feld der Balkanpolitik. Die sozioökonomisch wie politisch benachteiligte ruthenische Bevölkerung im östlichen Teil des polnisch dominierten Kronlandes Galizien wurde in den letzten Vorkriegsjahren zur Zielscheibe „russophiler“ Propaganda, die den Anschluss an das Zarenreich befürwortete und augenscheinlich auch von Russland gefördert wurde. Der alldeutsche Nationalismus hatte in den letzten Vorkriegsjahren wenig politisches Gewicht innerhalb Österreichs, und die deutsche Reichsleitung war auch strikt gegen jede Politik, die Deutschlands wichtigsten Verbündeten auseinanderbrechen lassen würde. Diese Einstellung gegenüber der Doppelmonarchie war gesichert, solange nicht der

⁴⁹ LOTHAR HÖBELT, „Wohltemperierte Unzufriedenheit“. Österreichische Innenpolitik 1908–1918; in: CORNWALL (Hg.), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie* 58–78; RUMPLER, *Chance für Mitteleuropa* 486f., 553–558.

Zerfall der Donaumonarchie drohte und Österreich-Ungarn sicher auf Seiten seines Alliierten stand. Unter den gegebenen Umständen ging daher einzig von der Schweiz und Deutschland keine Bedrohung aus, aber selbst bei den Beziehungen zu Berlin konnten Nationalitätenfragen immerhin eine problematische Rolle spielen. Dabei ging es um die Wahrung der Interessen der deutschen Bevölkerung Österreichs gegenüber den Tschechen in Böhmen⁵⁰. 1914 war ein deutscher Irredentismus dennoch eine der geringsten Sorgen der Machteliten Österreich-Ungarns.

Sehr aktiv war auf dem Diskussionsfeld außen- und innenpolitischer Strategieplanung das Belvedere. Am Thronfolger und seinen Mitarbeitern lässt sich die Bandbreite der Reaktionen auf Krisenherde der auswärtigen und zugleich der inneren Politik demonstrieren. So forderte das Belvedere die Repression aller irredentistischen Bestrebungen, ohne Rücksicht auf das Verhältnis zu Rom. Zugleich verlangte Franz Ferdinand von der ungarischen Regierung, den Wünschen der Rumänen in Siebenbürgen nach mehr politischer Mitsprache in Budapest entgegenzukommen. Dies sollte einerseits dazu beitragen, die Hegemonie der magyarischen Elite in Ungarn zu schwächen, andererseits aber auch eine Entfremdung zwischen Bukarest und der Habsburgermonarchie zu verhindern. Um die Beziehungen zu Rumänien zu verbessern, setzte der Thronfolger die Ernennung Ottokar Graf Czernins zum Gesandten in Bukarest durch. Allerdings machte sich der Vertrauensmann des Belvedere bald die von Tisza vertretene Ansicht zu eigen, dass Zugeständnisse an die Rumänen Siebenbürgens den Kurs der Bukarester Außenpolitik kaum beeinflussen würden. Um die möglichen negativen Auswirkungen einer harten Linie gegenüber nationalen Minderheiten auf die internationalen Beziehungen machte sich auch das Belvedere nur dort Gedanken, wo es innenpolitischen Präferenzen entsprach. Bei der Behandlung von Italienern in Tirol und Triest war dies nicht der Fall, denn dort traf sich die Abneigung des Erzherzogs gegen das südliche Nachbarkönigreich mit seiner Aversion gegen den Irredentismus⁵¹. Franz Ferdinand ordnete sein gesamtes außenpolitische Programm rigoros weltanschaulichen oder innenpolitischen Anschauungen unter. Bei Diplomaten und Militärs sprach schon die professionelle Perspektive dafür, das Eigengewicht außenpolitischer und strategischer Aspekte stärker zu gewichten. Als Stützen der Habsburgermonarchie waren sie aber vielfach geneigt, sich auch in innenpolitischen Fragen zu engagieren. Die von Aehrenthal geförderten Nachwuchsdiplomaten sympathisierten teilweise mit der Idee eines Groß-Österreich. Das verband sie mit dem Belvedere-Kreis und Teilen der Militärführung.

Ein Themenfeld, auf dem Sicherheits- und Innenpolitik Hand in Hand gingen, war die Frage nach der künftigen politischen Ordnung für Polen und Ruthenen. Traditionell galten die Polen als proösterreichisch. Um die Ruthenen rivalisierten Russophile und Sympathisanten der ukrainischen Nationalbewegung. Potentiell stellten die Nationalisten einen gewichtigen Teil dieser Nationalbewegung und einen Verbündeten der

⁵⁰ JIŘI KOŘALKA, Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848–1918; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/2, 75–137.

⁵¹ FRANZ, Erzherzog Franz Ferdinand 103 ff., 109 f.

Habsburgermonarchie im Fall eines Krieges mit Russland dar. Da aber Ruthenen und Polen ihrerseits im Wettstreit um die Zukunft Ostgaliziens standen, versuchten Diplomaten und Militärs eine Strategie zu entwickeln, um sich die Konstellation im Fall eines Konflikts mit Russland zunutze zu machen.

Weitaus stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit stand jedoch die Verzahnung von innen- und außenpolitischen Problemlagen bei der Südslawischen Frage. Politiker und Publizisten, Herrscher und Thronfolger, die Regierungen in Wien und Budapest, den Landeschef von Bosnien-Herzegowina und alle drei gemeinsamen Ministerien beschäftigte die Regelung des politischen Rahmens für die südslawisch geprägten Gebiete der Habsburgermonarchie. Slowenen, Kroaten, Serben und muslimische Bosnier lebten verteilt auf das Okkupationsgebiet, auf Österreich und auf Ungarn. Innerhalb Ungarns bestand mit Kroatien-Slawonien ein zur Stephanskrone gehörendes Königreich mit einer Reihe von Sonderrechten gegenüber der Regierung in Budapest. Auch die österreichischen Kronländer Krain und Dalmatien wiesen eine südslawische Bevölkerungsmehrheit auf. Jeder Zusammenschluss dieser Territorien stellte die dualistische Grundstruktur Österreich-Ungarns zur Disposition. Genau darin konnte die Anziehungskraft der Vorstellung eines Trialismus liegen. Erzherzog Franz Ferdinand liebäugelte vor allem deshalb mit dem Konzept einer dritten, südslawischen Säule in der staatsrechtlichen Architektur der Habsburgermonarchie, um so den Spielraum der Magyaren einzuschränken. Als führende Nationalität für ein südslawisches Gebiet unter der Herrschaft der Habsburger boten sich die Kroaten an. Katholisch, traditionell als kaisertreu geltend, von den Ungarn lange unterdrückt und ohne Neigung, sich mit dem Königreich Serbien zu identifizieren, schienen sie die geeignetsten Träger einer Umgestaltung des Südostens der Habsburgermonarchie. Allerdings stellte sich bald heraus, dass die kroatischen Politiker aus Sicht der Wiener Machteliten keineswegs zuverlässige Verbündete waren. Die meisten Politiker Ungarns sahen in der Aufwertung der Südslawen ohnehin nur eine Gefahr. Die Annexion Bosnien-Herzegowinas eröffnete zwar grundsätzlich die Möglichkeit zu einer den Standards des österreichisch-ungarischen Konstitutionalismus einigermassen entsprechenden Form der partiellen Selbstbestimmung der Bevölkerung des einstigen Okkupationsgebiets. Aber die ursprünglich von Aehrenthal anvisierte Rolle als Startschuss einer grundlegenden Umstrukturierung der Habsburgermonarchie spielte die Annexion nicht. Die Lösung der Südslawischen Frage innerhalb Österreich-Ungarns ließ also bis 1914 weiter auf sich warten⁵². Seine besondere Brisanz erhielt dieses Scheitern durch die Entwicklung Serbiens zum Hoffnungsträger einer serbisch geführten, aber von fremder Herrschaft befreiten Gemeinschaft der Südslawen. Eine solche großserbische Lösung der Südslawischen Frage gefährdete auch die Unabhängigkeit Montenegros, vor allem aber die territoriale Integrität der Habsburgermonarchie. Besonders die militärischen Erfolge Serbiens in beiden Balkan-

⁵² JANKO PLETERSKI, Die Südslawenfrage; in: CORNWALL (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie 126–141. Zum innenpolitischen Hintergrund der Überlegungen, die zur Annexion führten vgl. [Burián], II. Denkschrift über Bosnien und Hercegovina, April 1908 – ÖSTA, HHSTA, Kabinettskanzlei, Korrespondenzakten, Kart. 239, Zl. 714/1908.

kriegen und die beeindruckende Expansion des Königreichs durch die Angliederung von Neuserbien verwandelten Serbien in eine starke Regionalmacht und einen Hoffnungsträger der Habsburg-Gegner in den südslawischen Gebieten Österreich-Ungarns. Das 1909 von Serbien zugesicherte Vorgehen gegen die anti-habsburgischen Aktivitäten großserbisch-jugoslawischer Nationalisten blieb auf dem Papier, und die Sicherheitslage in Bosnien-Herzegowina verschlechterte sich spürbar. Landeschef Potiorek berichtete den Zentralstellen in Wien ausführlich und in kurzen Abständen über die sich zuspitzende Lage. Er stellte dabei auch immer stärker den Zusammenhang von innerer und äußerer Sicherheit heraus und bestätigte damit nochmals die ohnehin bereits verbreitete Wahrnehmung einer unlöslichen Verbindung der innen- und außenpolitischen Aspekte der Südslawischen Frage⁵³. So drängten sich in den letzten Vorkriegsmonaten vornehmlich zwei Optionen in das Bewusstsein der Entscheidungsträger: Krieg oder enge Kooperation mit Serbien. Politiker wie Baernreither und hochrangige Beamte wie der Sektionschef im österreichischen Handelsministerium Richard Riedl bemühten sich um intensive wirtschaftliche Beziehungen zu Serbien, um letztlich auch politische Bindungen aufzubauen. Widerhall fanden solche Vorstellungen auch in den Gedankengängen Conrads, der sich ernsthaft mit der Idee befasste, durch einen engen, aber friedlich herbeigeführten Anschluss Serbiens an die Habsburgermonarchie die Südslawische Frage ein für alle Mal zu lösen⁵⁴. Ob Belgrad irgendetwas motivieren könnte, auf solche Pläne zur engen Kooperation mit Österreich-Ungarn einzugehen, darüber legten sich die Befürworter dieses Lösungsansatzes keine Rechenschaft ab. Selbst wenn die Habsburgermonarchie ökonomisch stärker und damit als Wirtschaftspartner attraktiver gewesen wäre, bestand nach den Balkankriegen für die serbische Regierung keinerlei Notwendigkeit, sich in Abhängigkeit von Österreich-Ungarn zu begeben. Ganz im Gegenteil, ein solcher Schritt hätte die einflussreichen Radikalnationalisten im Belgrader Machtzentrum geradezu zum Sturz der Regierung eingeladen. Dass die über Serbien durchaus gut informierten Kreise Wiens solche Konzepte auch nur in Erwägung ziehen konnten, lässt vermuten, dass es im Hinblick auf Serbien und die Südslawische Frage bei einigen in der Machtelite der Habsburgermonarchie an Wirklichkeitssinn mangelte. Utopische Vorstellungen schimmerten auch dort durch, wo sich Einzelne erlaubten, über die Kalamitäten des Tages und die drohenden Probleme der nächsten Zukunft hinauszudenken. Dann konnte sogar die Hoffnung geweckt werden, Österreich-Ungarns Einfluss bis an die Ufer der Ägäis auszudehnen. Der Traum einer wie auch immer gearteten machtpolitisch-ökonomischen Stellung der Habsburgermonarchie auf dem westlichen Balkan bis hin nach Saloniki war noch nicht ganz ausgeträumt. Ähnlich wie die Pläne für eine Einflusszone in Kleinasien verweisen solche Wunschbilder auf das grundlegende Problem der Donaumonarchie, beim Wettbewerb der imperialistischen Mächte um die Kontrolle überseeischer Räume nur zusehen zu können. Conrad, der die politische Welt als „Kampf ums Dasein“ interpretierte, wurde angesichts der zunehmenden außenpolitischen Probleme und der fehlenden Perspek-

⁵³ JEŘÁBEK, Potiorek 49–64.

⁵⁴ BAERNREITHER, Joseph M. Baernreither. Fragmente 146–172.

tiven innerer Erneuerung immer pessimistischer⁵⁵. Aber auch ohne Sozialdarwinist zu sein, war die Lage Österreich-Ungarns Anlass zu größter Sorge. Davon frei war auch Erzherzog Franz Ferdinand nicht; aber er gehörte zu einer kleinen Minderheit, die eine kriegerische Lösung der inneren und äußeren Probleme ablehnte, zumindest so lange, wie es einen Großmächtekrieg vor seiner Thronbesteigung bedeuten würde. Der Thronfolger hatte, so wollte er annehmen, grundsätzlich die Zeit auf seiner Seite, auch wenn ihn die Ansätze einer weiteren Lockerung der Bindekräfte der Habsburgermonarchie beunruhigten. Nach der Thronbesteigung sollte zunächst die innenpolitische Lage bereinigt werden, bevor die Machtstellung Österreich-Ungarns auf der internationalen Bühne gestärkt werden sollte. Einen solchen Stufenplan verfolgten die übrigen Entscheidungsträger nicht. Für manche unter ihnen wurde sogar die Zeit knapp: für Franz Joseph, aus Gründen seines immer schlechter werdenden Gesundheitszustandes; für Tisza, der Ungarns Platz gegen einen neuen, feindselig gesonnenen Monarchen zu behaupten haben würde; für Conrad, der sich mit dem Thronfolger überworfen hatte und kurz vor der erneuten Enthebung aus seinem Amt als Generalstabschef stand.

Allen Beteiligten im Zentrum des machtpolitischen Entscheidungsprozesses war gemeinsam, dass ihre Wahrnehmungsmuster nicht zuletzt von der Erkenntnis bestimmt wurden, dass die innere Entwicklung der Habsburgermonarchie eng mit deren internationaler Position zusammenhing. Je weniger Österreich-Ungarns Großmachtrolle von Mitspielern auf der internationalen Bühne als systemrelevant beurteilt wurde, desto bedrohlicher mussten innere Schwachstellen erscheinen, die von außen genutzt werden konnten. Es war die Erfahrung der Krisen in den letzten Vorkriegsjahren, die verdeutlichten, wie schwach der Rückhalt der Habsburgermonarchie beim Konzert der Großmächte geworden war und wie gering die Chance, im Konsens jenes Maß an Sicherheit zu erreichen, das Österreich-Ungarn einer Zukunft garantierte⁵⁶. Auf der Suche nach Sicherheit konnte Österreich-Ungarn auf die allgemeinen Regeln des internationalen Systems bauen. Als Großmacht stand der Habsburgermonarchie ein Platz im europäischen Konzert zu, der das Recht implizierte, auch bei der Klärung von Konflikten mitzuentcheiden, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt war. Durch Absprachen, formalisierte Vereinbarungen oder völkerrechtliche Verträge mit einem oder mehreren Staaten konnte die Donaumonarchie Unterstützung für die Wahrung ihrer Interessen gewinnen. Für die Sicherheitslage im Vorfeld der Julikrise 1914 waren vor allem die beiden Verteidigungsbündnisse entscheidend – der 1879 geschlossene Zweibund mit Deutschland sowie der Dreibund von 1882 mit Italien und Deutschland. Durch einen Vertrag mit Österreich-Ungarn 1883, dem zunächst Deutschland und dann auch Italien beitraten, schloss sich Rumänien indirekt dem Dreibund an. Beide Varianten der Absicherung, die Konzertdiplomatie und die Bündnispolitik, erwiesen sich in den letzten Monaten der Vorkriegszeit als nur bedingt zuverlässig.

Die Alternative zu rein diplomatisch-politischen Lösungsansätzen, der Einsatz militärischer Gewalt, kam seit der Annexionskrise ebenfalls immer wieder ins Gespräch.

⁵⁵ KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 131–144.

⁵⁶ Vgl. hier und im Folgenden vor allem SAMUEL R. WILLIAMSON JR., *Austria-Hungary and the Origins of the First World War* (= *The Making of the 20th Century*, Basingstoke 1991).

Dafür sorgte allen voran Conrad. In einer langen Reihe von Denkschriften, aber auch in Briefen und Gesprächen, verlieh der Generalstabschef immer wieder seiner Überzeugung Ausdruck, dass die von inneren Spannungen und Konflikten mit den meisten Nachbarstaaten bedrohte Habsburgermonarchie nur durch eine Abfolge lokalisierter Einzelkriege vor dem Untergang zu bewahren sei⁵⁷. Bis 1913 fand er damit jedoch kein Gehör und verlor 1911 wegen seiner wiederholten Forderungen nach einem Krieg gegen Italien für ein Jahr sein Amt. Die Ablehnung von Conrads Kriegsforderungen beruhte aber bei keinem seiner Widersacher auf einer prinzipiellen Negierung des Krieges. Wie der Generalstabschef selbst einräumte, bedurfte die Lokalisierung der von ihm erhofften Kriege gegen möglichst jeweils nur einen Gegner einer günstigen außenpolitischen Konstellation. Das war, wie sich zeigen sollte, leichter gewünscht, als es real erwartet werden konnte. Aber das außenpolitische Kalkül stand manchmal doch auch deshalb der Auslösung eines Krieges entgegen, weil es ungewiss schien, ob Risiko und Ertrag im richtigen Verhältnis zueinander standen. Aehrenthals Verzicht darauf, die diplomatische Isolierung Belgrads am Ende der Annexionskrise zu nutzen und durch eine Eskalation des Konflikts einen Feldzug zu riskieren, folgte der der richtigen Einschätzung der internationalen Lage, und stieß nur beim Militär auf Unverständnis. Die Forderung, den Verbündeten Italien Ende 1911 einfach ohne vermittelbaren Grund anzugreifen, war auch nur Ausdruck eines begrenzten außenpolitischen Urteilsvermögens. In der Winterkrise 1912/13 machte die fehlende allianzpolitische Rückendeckung eine militärische Konfliktlösung unmöglich. Durch rechtzeitiges Nachgeben entzogen Montenegro und Serbien im Frühsommer und Herbst 1913 eventuellen Kriegsabsichten Wiens die Legitimationsgrundlage. Der Ballhausplatz verzichtete nach den diplomatischen Erfolgen darauf, bewusst auf eine weitere Kriseneskalation und einen dann vielleicht doch noch möglichen militärischen Schlagabtausch hinzuwirken. Wieder verbat aber die Beurteilung der Gesamtsituation, ein so hohes Risiko bei fragwürdigem Ertrag einzugehen. Auch wenn Krieg für alle Entscheidungsträger grundsätzlich immer eine Option zur Selbstbehauptung der Habsburgermonarchie war, gab es doch zwischen der Militärführung und den anderen Beteiligten eine klar erkennbare Kluft in der Neigung zum Einsatz militärischer Gewalt⁵⁸. Die Sicht der Entscheidungsträger am Ballhausplatz wich bis in das Jahr 1914 hinein von der Lagebeurteilung der Militärführung in nicht unerheblichem Maße ab. Außenministerium und Generalstab beobachteten und bewerteten die strategische Lage jeweils mit Hilfe eigener Experten und weitgehend unabhängig voneinander. Professionelle Denkmuster begünstigten beim Militär die besondere Betonung militärischer Bedrohungslagen und militärischer Ressourcen, beim Außenministerium hingegen eine stärkere Beachtung diplomatischer oder innenpolitischer Entwicklungen in den Staaten Europas. Während Franz Joseph der Sichtweise seines berufenen Beraters, also dem Außenminister, zuneigte, verfolgte Erzherzog Franz Ferdinand eine Agenda, die sich vor allem aus seinen innenpolitischen Absichten ergab.

⁵⁷ Der Großteil der politisch-strategischen Denkschriften in CONRAD, *Aus meiner Dienstzeit* 1–3.

⁵⁸ Zur Krisensequenz ab 1908 und ihrer Wahrnehmung durch Militär und Diplomatie BRIDGE, *Habsburg Monarchy 268–344*; KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 334–428.

Der Thronfolger war grundsätzlich zu Lebzeiten seines Onkels dem Wagnis eines Krieges eher abgeneigt, dessen innenpolitische Folgen er noch nicht kontrollieren konnte. Nur in der Winterkrise 1912/13 wurde er für kurze Zeit zum Kriegsbefürworter, wohl aus der Überzeugung, dass eine Intervention Russlands letztlich doch vermeidbar sei und vermutlich auch deshalb, weil er sich im Einklang mit Außenminister Berchtold wähnte⁵⁹. Seine Abneigung gegen kriegerische Konfliktlösungen, die der Thronfolger ansonsten von der Annexionskrise bis zum Herbst 1913 immer wieder unter Beweis stellte, wurde allerdings von seinen Mitarbeitern Brosch und Bardolff nicht geteilt, die beide der Ansicht des Generalstabs und seines Chefs zuneigten. In der von Conrad formulierten Sicht der internationalen Lage zählten nicht nur die vielen potentiellen Feinde und die militärischen Stärkeverhältnisse an sich. Wichtig war auch die Grundannahme, dass sich die geostrategische Situation zuungunsten der Habsburgermonarchie verschob. Erst daraus ließ sich die Forderung nach Gewaltanwendung als Vorgriff auf unvermeidliche und unter schlechteren Bedingungen auszutragende Konflikte in der Zukunft deklarieren.

In der Tat war die militärische Kräfteverteilung in Europa im Fluss. Die entscheidende Variable, welche die strategische Situation im letzten Friedensjahrzehnt bestimmte, bildete Russlands militärische Schlagkraft. Die Niederlage im Krieg gegen Japan 1904/05 führte nicht nur zur Revolution, sondern zerstörte auch die Grundlage des militärischen Gleichgewichts in Kontinentaleuropa. Deutschland brauchte die Armee des Zaren für einige Jahre nicht mehr als ernstzunehmende Bedrohung zu fürchten. Das deutsche Auftreten in der Ersten Marokkokrise, aber auch in der Bosnischen Annexionskrise beruhte letztlich auf dem Wissen darum, dass die Gefahr eines Zweifrontenkrieges gering blieb, solange Russland nicht wieder zu alter militärischer Stärke zurückgefunden hatte. Die Führung des Zarenreiches war sich der eigenen Verwundbarkeit 1909 so bewusst, dass angesichts deutscher Drohgebärden nur der machtpolitische Rückzug übrig blieb. Die dramatische Schwächung Russlands und die daraus folgenden Verwerfungen der europäischen Politik konnten auch von den Verbündeten des Zarenreiches nicht übersehen werden. Frankreich, dessen Sicherheit gegenüber Deutschland von der glaubhaften Drohung eines Zweifrontenkrieges abhing, blieb daher nicht untätig. Mit seiner finanziellen Unterstützung gewann Russland in den letzten Vorkriegsjahren sein Gewicht als Militärmacht wieder zurück. Der Ausbau strategisch wichtiger Eisenbahnen und ein bedeutender Rüstungsschub zu Lande wie zu Wasser konnten mit der Hilfe des Verbündeten rasch vorangetrieben werden. Zum Zeitpunkt der Zweiten Marokkokrise 1911 hatte sich die strategische Lage in Europa bereits wieder grundsätzlich gewandelt. Den Rüstungswettkampf zwischen den kontinentaleuropäischen Landstreitkräften ab 1911 initiierte Deutschland zwar in Reaktion auf französische Anstrengungen, aber es war der Wiederaufstieg Russlands, der dem deut-

⁵⁹ ALMA HANNIG, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor 1914; in: JÜRGEN ANGELOW (Hg), Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan. Perspektiven der Forschung (Berlin 2011) 35–56; DIES., Franz Ferdinand. Eine Biografie (Wien 2013) 172–194.

schen Übergewicht ein Ende setzte. Das 1904/05 weitgehend ausgeschaltete Zarenreich hatte bis 1912/13 seine Schlagkraft wieder gewonnen, und rüstete weiter⁶⁰.

Die Verschiebungen des strategischen Gleichgewichts waren eng mit Wandlungen der Bündnisarchitektur Europas verbunden. Weder im Umfeld der Ersten Marokkokrise noch in den folgenden Jahren gelang dem Deutschen Reich das Aufbrechen der britisch-französischen Entente Cordiale von 1904. Stattdessen kam es 1907 zum kolonialpolitischen Arrangement zwischen London und St. Petersburg und damit zur Formierung einer Triple Entente, die in den Folgejahren, allen deutschen Gegenmanövern zum Trotz, bis 1914 Stabilität bewies⁶¹. Keineswegs als bloße Reaktion auf die Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs, sondern aus innenpolitischen Motiven und zur Befriedigung eines stark gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses im globalen wie im europäischen Rahmen setzte die britische Außenpolitik unter Edward Grey zunehmend auf eine geostrategische Eindämmung Deutschlands⁶². Italien baute parallel zur weiteren Teilhabe am Dreibund vertragliche Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien auf, die der Erfüllung lang gehegter Expansionshoffnungen in Nordafrika den Weg bereiten sollten. Der italienische Überfall auf das Osmanische Reich zur Eroberung Libyens 1911 war diplomatisch gut vorbereitet, offenbarte allerdings auch die Schwächen der Armee Italiens und inspirierte Conrad zu dessen Präventivkriegsforderung. Dass es in dieser für Italien misslichen Lage 1912 zur Erneuerung des Zweibundes kam, konnte daher die Zweifel an der Bündnistreue Roms in Wien nicht zerstreuen. In den beiden letzten Vorkriegsjahren wurden zwar einerseits die Absprachen für einen Dreibundkrieg aktualisiert und vertieft, andererseits aber entfaltete sich immer deutlicher eine machtpolitische Rivalität zwischen Italien und der Habsburgermonarchie um die Dominanz auf dem westlichen Balkan, insbesondere in Albanien. Zu diesem Ringen um Einfluss im östlichen Adriaum kam es im Gefolge der Balkankriege 1912 und 1913. Für Österreich-Ungarn kamen die schnellen und durchschlagenden Erfolge der Truppen des mit russischer Vermittlung zustande gekommenen Balkanbundes gegen das Osmanische Reich im Herbst 1912 völlig überraschend. Wie die übrigen Mächte des europäischen Konzerts, so stand auch die Habsburgermonarchie beinahe vor vollendeten Tatsachen, als die Londoner Botschafterkonferenz im Dezember zusammentrat. Immerhin erreichte Berchtold die Unterstützung der Großmächte für ein unabhängiges Albanien, das Serbien den Weg zur Adria verlegte; allerdings erwies sich dieser Erfolg als wenig dauerhaft. Zum einen blieben die östlichen Grenzen des neu geschaffenen Fürstentums strittig, was Anlass für weitere Konflikte Österreich-Ungarns mit Montenegro und Serbien bot. Zum anderen scheiterte der Versuch, mit Unterstützung europäischer Staaten aus Albanien einen Staat zu formen, an inneralbanischen Gegensätzen, halbherzigem

⁶⁰ WILLIAM MULLIGAN, *The Origins of the First World War* (= *New Approaches to European History*, Cambridge – New York 2011) 23–132.

⁶¹ Vgl. zur deutschen Außenpolitik KONRAD CANIS, *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914* (Paderborn – München – Wien – Zürich 2011).

⁶² ANDREAS ROSE, *Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg* (= *Veröffentlichungen des deutschen Historischen Instituts London 70*, München 2011) 571–590.

Engagement der Förderer und fortgesetzter Einmischung der Nachbarstaaten. Aus der Sicht des Ballhausplatzes misslich war zudem die Konkurrenz mit Italien um den Einfluss im Land. Österreich-Ungarns Enttäuschung über die europäische Großmächtediplomatie 1912/13 war entsprechend groß. Die schlussendlich siegreichen Balkanstaaten konnten die europäischen Mächte zunehmend ignorieren. Auch wenn die Habsburgermonarchie unter Mitwirkung des europäischen Konzerts Teilerfolge erzielt hatte und auch an den Entspannungsbemühungen zwischen den Großmächten zwischen 1911 und 1914 beteiligt war, so zählte die Ernüchterung über Europa zu den zentralen Erfahrungen der Entscheidungsträger in Wien und Budapest⁶³.

Das schwierige Verhältnis zu Italien tat ein Übriges, um das Vertrauen in die Stabilität des internationalen Systems zu untergraben⁶⁴. Dezierte Italophobe wie Franz Ferdinand oder Conrad sahen sich bestätigt, und Österreich-Ungarns Botschafter in Rom Mérey stand mit seinem Plädoyer für ein gelasseneres Urteil über die Politik Italiens weitgehend alleine. Der gleichfalls schon länger mit Sorge betrachtete Bündnispartner Rumänien, um den sich der Thronfolger so intensiv bemühte, machte im Zweiten Balkankrieg 1913 gemeinsame Sache mit den Feinden Bulgariens und nahm der Habsburgermonarchie damit Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung eines neuen, gegen Österreich-Ungarn gerichteten Balkanbundes. Die Annäherung Bukarests an das Zarenreich hatte gravierende strategische Implikationen und ließ eine Isolierung der Donaumonarchie auf dem Balkan in greifbare Nähe rücken. Nur die Neuausrichtung der Kooperationsmuster in der Region versprach Besserung, und dazu musste das 1913 schwer geschlagene Bulgarien an Österreich-Ungarn und seinen einzigen zuverlässigen Bündnispartner, das Deutsche Reich, herangeführt werden. Schon der Thronfolger war für eine solche Umorientierung schwer zu gewinnen, auch Wilhelm II. nicht, der König Carol, seinen Verwandten auf dem rumänischen Thron, nicht verprellen wollte. Daher hatte Deutschland im Umfeld des Zweiten Balkankrieges aus Rücksicht auf Bukarest den Ballhausplatz im Stich gelassen. Noch schmerzlicher in Erinnerung geblieben war in Wien aber die deutsche Haltung in der Winterkrise 1912/13. Vor dem Hintergrund der Gegensätze zwischen der Habsburgermonarchie und Serbien sowie Montenegro, den Schützlingen der russischen Politik, kam es im Winter 1912/13 zu militärischen Drohgebärden des Zarenreichs, um es Österreich-Ungarn unmöglich zu machen, seinerseits militärischen Druck auf Belgrad und Cetinje auszuüben. Nach anfänglicher Ermutigung auch für ein Vorgehen auf dem Balkan, schwenkte Berlin um und machte unmissverständlich klar, dass Deutschland nicht gewillt war, für die Balkaninteressen der Habsburgermonarchie einen europäischen Krieg zu führen. Ballhausplatz, Thronfolger und Armeeführung mussten erleben, dass sich selbst der einzige verlässliche Verbündete vorbehalt, den Bündnisfall ausschließlich nach seinen eigenen Interessen zu

⁶³ Vgl. FRIEDRICH KIESSLING, *Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914* (= Studien zur Internationalen Geschichte 12, München 2002).

⁶⁴ Vgl. HOLGER AFFLERBACH, *Der Dreibund, Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg* (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 92, Wien – Köln – Weimar 2002).

bestimmen⁶⁵. Für Österreich-Ungarn „the Balkan Wars changed everything. Above all, they revealed how isolated Vienna was and how little understanding there was at the foreign chancelleries for its view of Balkan events“. ⁶⁶ Der deutschen Unterstützung konnte sich Österreich-Ungarn also nur gewiss sein, wenn auch in den Augen Berlins die Existenz der Habsburgermonarchie als europäische Großmacht in Gefahr war. Immerhin galt das deutsche Heer als das schlagkräftigste Europas und besaß dadurch ein beträchtliches Abschreckungsvermögen. Allerdings relativierten die Rüstungsanstrengungen Frankreichs und Russlands dieses Potential. Mit Blick auf die begrenzten militärischen Möglichkeiten weigerte sich Conrad daher, auch nur ein kleines Kontingent regulärer Truppen für die Stabilisierung Albaniens einzusetzen. Als Mittel einer Politik bewaffneter Intervention waren die Landstreitkräfte Österreich-Ungarns nicht vorgesehen. Nur als Instrument, um Druck auf widerspenstige Nachbarstaaten auszuüben, hatten sie sich allerdings in den Krisen des Jahres 1913 bewährt. Truppenbereitstellung und Ultimaten hatten sich als wirkungsvolle Kombination erwiesen. Die mit Militanz untermauerte Diplomatie der Habsburgermonarchie hatte Serbien und Montenegro in die Schranken gewiesen. Für dieses Vorgehen war jedoch der Preis hoch. Nicht nur die Monate lang in den Grensräumen mobilisierten Truppen litten zu sehr darunter, sondern auch die Staatsfinanzen. Zudem machte Russland in der Winterkrise durch sein eigenes militärisches Muskelspiel deutlich, wer bei einem Zusammenstoß der beiden Großmächte in Galizien der Stärkere wäre. Nur mit deutscher Rückendeckung war die Lage eine andere, selbst angesichts der sich verschlechternden strategischen Gesamtlage. Schemuas Hoffnung, im Kriegsfall auch allein gegen Russland bestehen zu können, war dagegen schon 1912 kühn, zumal Kriegsminister Auffenberg fast zur gleichen Zeit die Rüstungsdefizite der Habsburgermonarchie klar benannt und auf deren Folgen für die Handlungsfähigkeit Österreich-Ungarns hingewiesen hatte⁶⁷.

5. Die militärischen Ressourcen

Angesichts der prekären strategischen Lage kam den eigenen militärischen Ressourcen große Bedeutung zu. Mehr als jemals seit dem Ende der Doppelkrise der 1880er Jahre (gespanntes Verhältnis Frankreichs zu Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Russland), galt es, auf einen europäischen Krieg vorbereitet zu sein. Ein den Gefahren angemessener Stand der Rüstung kam daher auf die politische Tagesordnung. Was in den Jahren relativer Sicherheit weniger brisant erschienen war, bekam erhöhte Dringlichkeit. Rüstung bedeutete dabei bis 1914 immer noch vor allem Personalarüstung. Die Zahl der Rekruten, die in den Wehrpflichtsystemen der kontinentaleuropäischen

⁶⁵ JÜRGEN ANGELOW, *Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges* (Wien – Köln – Weimar 2000); ALEŠ SKŘIVAN, *Schwierige Partner, Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914* (= Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas 6, Hamburg 1999); HELMUT RUMPLER, JAN PAUL NIEDERKORN (Hgg.), *Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*, Historikergespräch Österreich–Bundesrepublik Deutschland 1994 (= Zentraleuropa-Studien 2, Wien 1996).

⁶⁶ CHRISTOPHER CLARK, *The Sleepwalkers. How Europe went to War in 1914* (London 2012) 288.

⁶⁷ KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 376 f., 386 f.

Großmächte jeweils ihren Präsenzdienst ableisteten, bestimmte weitgehend über den Rüstungsetat, und militärische Stärke wurde an der Zahl von Truppen gemessen. Die Friedensstände der Armeen lagen 1912 im europäischen Russland bei 1,33 Millionen, in Deutschland bei 646.000, in Frankreich bei 611.000, in Italien bei 256.000 und in Österreich-Ungarn bei 391.000 Mann⁶⁸. Diese Stände galt es mit der Zahl der potentiellen Wehrdienstleistenden in Relation zu setzen. Der geringe Ausschöpfungsgrad des Pools an Tauglichen zeigte das Nachhinken der Habsburgermonarchie hinter anderen Großmächten⁶⁹. Kein Wunder, dass der österreichisch-ungarische Generalstab mit dieser Entwicklung unzufrieden war. Nach seinen Berechnungen waren 1910 in der Habsburgermonarchie nur 12% der Budgetmittel für Rüstungszwecke verwendet worden, in Frankreich jedoch 29%, in Russland, 24%, in Italien 23% und in Deutschland 17%⁷⁰. Dabei wurden allerdings wichtige Ausgaben unberücksichtigt gelassen, insbesondere die Finanzierung größerer Beschaffungsprogramme. Bei Einrechnung aller relevanten Haushaltsposten ergab sich aber ein anderes Bild. Deutlich mehr als ein Viertel der Staatsausgaben diente demnach der Finanzierung der Streitkräfte⁷¹, auch stiegen die Aufwendungen für das Militär kurz vor 1914 erheblich an. Darin folgte die Habsburgermonarchie dem europäischen Trend, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau aus. Der Vergleich zwischen den Ausgaben für die Landstreitkräfte der Kontinentalmächte im Jahr 1906 mit denen im Jahr 1912 illustriert die Entwicklung. Unter Zugrundelegung des zeitgenössischen Wechselkurses beliefen sich diese in Russland 1906 auf 39,8 Millionen £ Sterling, während sie 1912 bereits 59,5 Millionen betrug. In Deutschland waren die entsprechenden Zahlen 36,4 und 47,3, in Frankreich 28,5 und 36,5, in Italien 11,5 und 16,7, in Österreich-Ungarn 16,9 und 22,4 Millionen. Nur Italien gab also weniger für seine Armee aus als die Habsburgermonarchie⁷². Schienen die Klagen des Generalstabes also schon unter diesem Gesichtspunkt plausibel, so sprachen zwei weitere Vergleichsgrößen für ein noch größeres Defizit an Rüstungsausgaben. Pro Kopf und Jahr wurden zwischen 1910 und 1913 für die Streitkräfte nur im bevölkerungsreichen Russland weniger Mittel aufgewendet als in Österreich-Ungarn. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Relation der Militärausgaben zur Wirtschaftsleistung⁷³. Dem Großmachtanspruch der Habsburgermonarchie entsprachen die militärischen Ressourcen nur bedingt⁷⁴.

⁶⁸ DAVID G. HERRMANN, *The Arming of Europe and the Making of the First World War* (Princeton, New Jersey 1996) 234.

⁶⁹ RUDOLF KISZLING *Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Wehrmacht seit der Annexionskrise 1908*; in: *Berliner Monatshefte. Zeitschrift für Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges* 12 (1934) 738; ALFRED VON WITTICH, *Die Rüstungen Österreich-Ungarns von 1866 bis 1914*; in: *Berliner Monatshefte. Zeitschrift für Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges* 10 (1932) 865.

⁷⁰ Vortrag Conrads vom 7. Jänner 1911 – ÖSTA, KA, Feldakten, Armeeeoberkommando (AOK), Operationsabteilung (OpAbt) Kart. 739.

⁷¹ WAGNER, *Armee* 591; WITTICH, *Rüstungen* 868.

⁷² Gerundete Zahlen nach HERRMANN, *Arming of Europe* 237.

⁷³ DAVID STEVENSON, *Armaments and the Coming of War, Europe 1904–1914* (Oxford 1996) 6.

⁷⁴ Vgl. hier und im Folgenden RAINER VON KESSLITZ, *Die Lasten der militärischen Rüstungen Österreich-Ungarns in neuester Zeit (1868–1912)* – ÖSTA, KA, Manuskripte, Allgemein 54.

Die Streitkräfte der Habsburgermonarchie hatten nicht nur eine sehr komplexe Organisationsstruktur, auch ihre Finanzierung hing von verwickelten Entscheidungsprozessen ab. Über das Rekrutenkontingent, die wichtigste Messgröße der Personalausstattung, bestimmten die Parlamente in Wien und Budapest. Bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1868 wurde das Rekrutenkontingent des gemeinsamen Heeres auf 95.500 Mann festgelegt, die alljährlich ihren dreijährigen Präsenzdienst antreten sollten, an den sich sieben Jahre Reservedienst anschließen sollten. Das Wehrgesetz von 1889 erhöhte das Kontingent des Heeres auf 103.100 Mann, das der k.k. Landwehr unter Ausschluss der Tiroler Landesverteidigung auf 10.000, das der Honvéd und der kroatischen Landwehr zusammen auf 12.000 Mann. Die Landwehr war ursprünglich eine Kaderorganisation, in der Rekruten einige Wochen ausgebildet und danach in regelmäßigen Abständen zu Waffenübungen einberufen wurden. Erst mit den Landwehrgesetzen 1893 wurde ein zweijähriger Präsenzdienst eingeführt. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wandelten sich beide Landwehren aus Reserveformationen zu Truppen der ersten Linie, die ab 1906 auch eigene Artillerieeinheiten haben konnten und ab 1908 (Österreich) bzw. 1913 (Ungarn) auch tatsächlich hatten. Durch die Einrichtung des Landsturms wurden traditionelle Formen der Landesdefension weitestgehend ersetzt und die Einbindung aller Wehrformen in den Militärapparat komplettiert. Die Einführung eines territorialen Ergänzungssystems 1883 erlaubte im Kriegsfall die rasche Mobilisierung und trug dazu bei, die Landstreitkräfte auf eine zeitgemäße organisatorische Grundlage zu stellen⁷⁵. Es galt allerdings, die solcher Art geschaffenen Strukturen auch mit ausreichend Personal zu versehen. Die Bestrebungen, das Rekrutenkontingent nachhaltig zu erhöhen, scheiterten zu Beginn des neuen Jahrhunderts in der Habsburgermonarchie. In der Phase innenpolitischer Instabilität, die mit der Badeni-Krise 1897 eingeleitet wurde, blieb die Handlungsfähigkeit der österreichischen Regierung eingeschränkt. Einschneidender aber wirkte sich aus, dass die Personalausstattung zum Spielball in den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Stellung Ungarns geriet. Der Ausgleich ebnete zwar den Weg zur Errichtung einer königlich ungarischen Landwehr, aber die Honvéd blieb ein vergleichsweise unbedeutendes Element der Gesamtstreitkräfte⁷⁶. Seit 1902 wurde die „Armeefrage“ zu einem der wichtigsten Streitpunkte zwischen Budapest und Wien, aber auch innerhalb Ungarns. Die Liberalen suchten nach einem Kompromiss mit der Krone und schlugen eine Reihe vor allem symbolisch wichtiger Zugeständnisse vor. Die Eskalation der Auseinandersetzungen ließen die Bemühungen um einen wehrpolitischen Konsens jedoch zunächst

⁷⁵ CHRISTA HÄMMERLE, Die k.(u.)k. Armee als „Schule des Volkes“? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18); in: CHRISTIAN JANSEN (Hg.), Der Bürger als Soldat, Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein internationaler Vergleich (= Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3, Essen 2004) 175–213; GÜNTHER KRONENBITTER, Waffenträger im Vielvölkerreich, Miliz und Volksbewaffnung in der späten Habsburgermonarchie; in: RÜDIGER BERGIEN, RALF PRÖVE (Hgg.), Spießer, Patrioten, Revolutionäre, Militärische Mobilisierung und gesellschaftliche Ordnung in der Neuzeit (Göttingen 2010) 49–69.

⁷⁶ TIBOR PAPP, Die königlich ungarische Landwehr (Honvéd) 1868 bis 1914; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), Habsburgermonarchie 1848–1918 V, 634–644.

ins Leere laufen und führten zur Wahlniederlage der Liberalen 1905. Allerdings gelang es auch der nun dominierenden Unabhängigkeitspartei nicht, den Konflikt in ihrem Sinn zu lösen. So scheiterten die Bemühungen, Ungarisch nach dem Muster der Honvéd auch in den ungarischen Regimentern der k.u.k. Armee an Stelle des Deutschen als Dienst-, möglichst sogar als Kommandosprache zu etablieren. Nicht zuletzt sollte dadurch verhindert werden, dass die nationalen Minderheiten im Königreich Ungarn eine Aufwertung erfuhren. In der k.u.k. Armee galt die Sprache von mindestens einem Fünftel der Soldaten automatisch als Regimentsprache. Entsprechend der nationalen Zusammensetzung der Truppen spielte Ungarisch dabei nicht immer eine Rolle. Dies stand im Widerspruch zur Sprachenpolitik der ungarischen Eliten und sollte durch die Einführung des Ungarischen als Dienstsprache ausgeglichen werden⁷⁷. Tivadar Graf Batthyány betonte in der Reichsrats-Debatte im Februar 1909, dass das Ziel der Unabhängigkeitspartei „die Schaffung eines selbständigen unabhängigen ungarischen Heeres“ sei. Mit Blick auf die Haltung des rumänische Reichstagsabgeordneten Iuliu Maniu, dem er vorwarf, die „ungarische Kultur [zu] hassen“ und nach der Errichtung „des dakorumänischen Staates“ zu streben, sprach Batthyány aber auch die Ängste an, die sich mit den ungarischen Wünschen verbanden: „In voller Berücksichtigung der nationalen Sprachen wollen wir die ungarische Staatssprache einführen und verhindern, dass der ungarische Jüngling, wenn er in das Heer eintritt, dort nicht [sic] eine ganz fremde Kulturwelt findet“⁷⁸.

Aus Sicht von Krone und Armeeführung waren die Forderungen der Budapester Politiker inakzeptabel. Die Armee sollte nicht Instrument der Magyarisierungspolitik werden, denn das würde die Dienstfreude und Einsatzbereitschaft der Truppe schmälern und eine Spaltung der Armee einleiten. Die Krone erkannte zudem in den ungarischen Bestrebungen Ansätze zur Umwandlung der k.u.k. Armee in ein Parlamentsheer. Thronfolger und Monarch wussten sich in der Ablehnung der ungarischen Forderungen zunächst einig. Im Armeebefehl von Chlopy/Chlopy (*Chlopy*) 1903 trat Franz Joseph allen Bestrebungen entgegen, seine Kontrolle über das gemeinsame Heer einschränken zu lassen. Der Konflikt ließ sich dennoch nicht entschärfen, führte zu unsicheren Regierungsverhältnissen in Ungarn und blockierte die Beschlussfassung zur Wehrreform insgesamt. Die vom Monarchen gedeckten Versuche von Kriegsminister Schönaich, den Ungarn durch kleinere Zugeständnisse die Erhöhung des Rekrutenkontingents schmackhaft zu machen, lösten Franz Ferdinands Empörung aus. Der Thronfolger sah es als weit weniger dringend an, die Zahl der Rekruten zu erhöhen und setzte auf eine Wahlreform in Ungarn, um mittelfristig auch ohne Zugeständnisse die Armeefrage zu lösen. Dass Schönaich außerdem die Verkürzung des Präsenzdienstes auf zwei Jahre anbot, um die Zustimmung zur Wehrreform beiderseits der Leitha zu sichern, stieß im Belvedere ebenfalls auf Ablehnung. Der Sturz Schönaichs 1911 kam jedoch zu spät, um

⁷⁷ F. TIBOR ZSUPPÁN, Die politische Szene Ungarns; in: CORNWALL (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie 107–118.

⁷⁸ Debatte über das Rekrutengesetz im ungarischen Reichstag am 17. und 18. Februar 1909 [Übersetzung des Protokolls im Ausschnitt, 28. März 1909] – ÖSTA, KA, Militärkanzlei Franz Ferdinand, Kart. 205, Innenpolitik Ungarn 205/5.

die Weichen in den abschließenden Verhandlungen neu zu stellen. Langsam beruhigte sich auch die politische Situation in Ungarn, und als Tisza der Reichstagsopposition Zügel anlegte, wurde der Weg zur Wehrreform 1912 frei⁷⁹. Eine – abgesehen von Kavallerie und berittener Artillerie sowie der Marine – auf zwei Jahre verkürzte Präsenzphase in der Armee und ein höheres Rekrutenkontingent erlaubten es nun, mittelfristig mit deutlich höheren Kriegsständen zu rechnen. Im Oktober 1912 wurden bereits 181.000 Rekruten eingezogen, 42.000 mehr als im Vorjahr. Endlich ließen sich die Lücken in den Personalständen neuer Spezialformationen, der Marine und der Artillerie schließen, aber auch die Friedensstände der Infanterieeinheiten konnten erhöht werden. Angesichts der angespannten Haushaltslage schien allerdings zunächst wenig Spielraum für weitere Maßnahmen.

So blieb auch der Plan für den Aufbau einer Reservearmee ein Langfristprojekt⁸⁰. Bis 1914 war davon noch nichts realisiert. Dabei hatte Österreich-Ungarn gerade in der Frage der Formationen der 2. Linie ein strukturelles Problem. Weil die Wehrreform jahrelang nicht vorankam, bildete der Ausbau von Landwehr und Honvéd zu vollwertigen Teilen der 1. Linie, also des operativen Feldheeres, einen Ausweg aus der verfahrenen Lage. Das politisch motivierte Engagement der ungarischen Regierung für „ihre“ Honvéd wurde instrumentalisiert, um beispielsweise durch die Errichtung einer Honvéd-Artillerie die Ressourcen der Landstreitkräfte insgesamt zu erhöhen. Zusammen mit dem parallelen Ausbau der österreichischen Landwehr⁸¹ verschaffte sich die Militärführung dadurch ein deutlich stärkeres Feldheer, allerdings um den Preis, über keine 2. Linie mit ausgebildeten Soldaten zu verfügen. Das Einschleusen der Ersatzreserven in das Feldheer war Resultat dieser Konstellation. Die Selbstblockade der Habsburgermonarchie auf dem Feld der Rüstungspolitik, an der nicht nur der Konflikt in und um Ungarn schuld war, sondern auch das Gegeneinander militärischer Entscheidungsträger, hinterließ gravierende Schwachstellen in der Personalarüstung.

Materialrüstung war bis 1914 im Vergleich zur Bezahlung und Versorgung der Soldaten sowie zur Anschaffung und Fütterung der Pferde weniger aufwendig, aber es mussten auch hierfür erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Wesentlichen Anteil daran hatte die Kriegsmarine, die zwar vergleichsweise wenig Personal beschäftigte, aber über die mit Abstand teuersten Großgeräte der Streitkräfte verfügte. Die Schlachtschiffe boten nicht nur den imposantesten Anblick, sie waren die teuerste Einzelschaffung. Im Unterschied zu den Landstreitkräften erlebte die Marine denn auch eine beträchtliche Steigerung ihres Etats. Zwischen 1904 und 1909 verdoppelten sich die zur Verfügung stehenden Mittel und wuchsen dann bis 1912 nochmals um 70%⁸². Besonderen Anteil an den Marineausgaben beanspruchte der Auf- und Ausbau der hochseetüchtigen Schlachtflotte. Mit dem Bau des ersten Schiffes der „Tegetthoff“-Klasse

⁷⁹ CHRISTIAN FRECH, *Die Armeefrage in Österreich-Ungarn nach dem Ausgleich 1867 bis 1914*, phil. Diplomarbeit (Wien 1988) 46–55; STONE, *Constitutional Crisis in Hungary*.

⁸⁰ Vgl. CONRAD, *Denkschrift Ende 1906* – ÖSTA, KA, Feldakten, AOK, OpAbt, Kart. 742.

⁸¹ JULIUS LEDERER, LOTHAR RENDULIĆ, *Die Geschichte der k. k. österreichischen Landwehr (1868–1914)* 24–377 – ÖSTA, KA, Manuskripte, Allgemein 81.

⁸² WAGNER, *Armee* 590 f.

folgte die k.u.k. Kriegsmarine ab Sommer 1910 dem von der britischen Royal Navy mit der „Dreadnought“ gesetzten Trend zum „all-big-gun“-Schlachtschiff⁸³. Der als unzuverlässig geltende italienische Verbündete sollte so von Feindseligkeiten abgeschreckt werden. Der Wettbewerb mit Italien um die Vorherrschaft im Adria-Raum war allerdings nur eines der Motive, die beim Ausbau der k.u.k. Kriegsmarine eine Rolle spielten. Gewicht kam auch der zeittypischen Flottenbegeisterung zu, die bei ihren besonders engagierten Vertretern geradezu weltanschauliche Züge annehmen konnte. Dass Seegeltung für die Entwicklung moderner Großmächte unerlässlich sei, war zentrales Dogma des verbreiteten Navalismus. Höchstrangiger Repräsentant dieser Marinebegeisterung war kein geringerer als der Thronfolger. Erzherzog Franz Ferdinand ließ sich vermutlich vom Vorbild des deutschen Kaisers inspirieren, hatte aber selbst schon Erfahrung als Weltreisender gemacht und unterstützte den Ausbau der Kriegsflotte wo immer möglich. Angesichts der ausgeprägten Abneigung des Thronfolgers gegen die magyarische politische Elite nimmt es sich beinahe wie Ironie aus, dass sich die Wünsche Franz Ferdinands gut mit den Absichten der ungarischen Führung vereinbaren ließen. Auch in Budapests politischen Zirkeln fehlte es nicht an der Bereitschaft, die Marinerüstung zu fördern, allerdings nur dann, wenn Ungarn von diesem Ausbauprogramm industriepolitisch profitieren konnte. Auf dieser Grundlage stimmte die ungarische Regierung dem Ausbau der Flotte zu. Ohne geschicktes Lobbying hätte der Ausbau der Flotte allerdings kaum so gut funktioniert. Dazu trat eine Mischung von Beharrlichkeit und Innovationsfreude, wenn es um die Durchsetzung der Finanzierungswünsche der Marine ging⁸⁴. Marinekommandant Montecuccoli verstand sich darauf, auch für ausgesprochen aufwendige Vorhaben politische Unterstützung zu sichern⁸⁵. Teilweise griff die Marineleitung auch zu unorthodoxen Finanzierungsmethoden und konnte auf das Eigeninteresse der am Schlachtschiffbau beteiligten Firmen vertrauen. Diese fanden sich mit Unterstützung der Österreichischen Credit-Anstalt zur Vorfinanzierung von Bauprojekten bereit. Diese Form des „Spekulationsbaus“ hatte die volle Unterstützung Franz Ferdinands, stieß aber 1913 auf Widerspruch von Seiten des ungarischen und österreichischen Finanzministeriums⁸⁶. Der neue Marinekommandant Haus erreichte aber immerhin die Zustimmung der Delegationen zum Bau der zweiten Dreadnought-Division (Ersatz-Monarch-Klasse) ab 1915⁸⁷. Auch wenn der Kriegsbeginn deren Bau unterband, so stand die Kriegsflotte im Sommer 1914 auf einem beachtlichen Niveau. Dass sich die Schlachtschiffe im Weltkrieg als wenig nützlich erweisen sollten, war ein Schicksal, das sie mit den Glanzstücken der anderen Seemächte teilten. Für die Zeit-

⁸³ CHRISTOPH RAMOSER, *K.u.k. Schlachtschiffe in der Adria, Österreich-Ungarns Tegetthoff-Klasse* (= Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten 11, Wien 1998).

⁸⁴ MILAN N. VEGO, *Austro-Hungarian Naval Policy, 1904–14* (= *Naval Policy and History* 1, London – Portland, Oregon 1996); LAWRENCE SONDHAUS, *The Naval Policy of Austria-Hungary, Navalism, Industrial Development, and the Politics of Dualism* (West Lafayette, Indiana 1994).

⁸⁵ HÖBELT, *Marine* 715–719.

⁸⁶ Gemeinsamer Ministerrat vom 3. Oktober 1913, SCHMIED-KOWARZIK (Hg.), *Protokolle des gemeinsamen Ministerrates 1908–1914*, 620f.

⁸⁷ PAUL HALPERN, *Anton Haus. Österreich-Ungarns Großadmiral* (Graz – Wien – Köln 1998) 101–136.

genossen war dies kaum absehbar, aber angesichts der Rüstungsdefizite zu Lande scheint die breite Befürwortung des Schlachtschiffbaus bemerkenswert, die lange Zeit auch in der Armeeführung zu beobachten war. Im Gegensatz zu Kriegsminister Schönaich nahm der Generalstabschef die aufwendige Flottenrüstung zunächst widerstandslos hin, wohl auch deswegen, weil für einen vergleichbaren Anstieg der Rüstungsausgaben zugunsten der Landstreitkräfte die politische Unterstützung fehlte. Erst als die Chance einer Erhöhung der Landrüstung näher gerückt schien, forderte Conrad veränderte Prioritäten. Dem deutschen Militärattaché in Wien gegenüber fasste der Generalstabschef 1911 seine Einschätzung pointiert zusammen und meinte unter Anspielung auf den Krieg von 1866: „Die Flotte ist für uns nicht so wichtig wie ein starkes Landheer. Die Entscheidung in einem großen Krieg Österreich-Ungarns wird immer zu Lande fallen: was hilft uns ein Lissa, wenn wir ein zweites Königgrätz erlitten haben!“⁸⁸ Dem Vorstoß Conrads und Schönaichs, den Ausbau der Schlachtflotte zu verlangsamen, um Mittel für die Heeresrüstung freizubekommen, trat Franz Ferdinand jedoch energisch entgegen. Auch bei den Budgetberatungen für 1913 und 1914 gelang es nicht, Gelder zugunsten der Landstreitkräfte umzuschichten. Die Popularität der Marine als Ausdruck wie Förderer technisch-industriellen Fortschritts und als Mittel zur Projektion von Macht im globalen Maßstab erklärt die im Rückblick den strategischen Bedürfnissen Österreich-Ungarns wenig angemessene Prioritätensetzung nur teilweise. Franz Ferdinands Begeisterung tat ein Übriges. Allerdings war die Ausrichtung der Marinerüstung am potentiellen Gegner Italien, den es zur Bündnistreue zu überreden oder im Ernstfall auch zur See niederzuzwingen galt, nicht nur beim Thronfolger populär, sondern in der Militärführung insgesamt. Als Conrad 1914 endlich klar gegen das Missverhältnis von strategischer Situation und Ressourcenzuweisung auftrat, war bereits viel kostbare Zeit versäumt.

Aber nicht nur in den Schlachtschiffen, auch in den Landbefestigungen wurden erhebliche Summen verbaut. Angesichts der Unsicherheit, wie ein künftiger Krieg verlaufen werde, bestimmten vorgegebene Pfade der Rüstungspolitik und Wunschscenarien die Verteilung der Finanzmittel auf einzelne Bauprojekte. Vor allem in Galizien waren seit den 1880er Jahren Befestigungen modernisiert oder neu errichtet worden. Angesichts der gespannten Beziehungen zum Zarenreich und im Hinblick auf die Bedeutung Galiziens für den Aufmarsch und die Operationsfähigkeit im Nordosten, war diese Schwerpunktsetzung nachvollziehbar. Allerdings passten ausgedehnte, nur mit einer großen Besatzung zu verteidigende Festungsanlagen nicht sonderlich zum Konzept einer beweglichen Kriegführung. Wichtiger waren Conrad die Befestigungen an der Grenze zu Italien, in denen der Generalstabschef die Ausgangsbasis für Angriffsoperationen aus Tirol heraus sah. Ein zweiter Schwerpunkt der Befestigungsmaßnahmen lag an der dalmatinischen Küste. Nur bei einem Krieg gegen Italien ergaben diese Bauten Sinn, während die Flotte zumindest theoretisch auch für den Kampf an der Seite der

⁸⁸ Abschrift des Militärberichts Kagenecks vom 6. März 1911 – POLITISCHES ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTES BERLIN, R 8621, Österreich 73, Militärangelegenheiten Österreichs 44.

Italiener geeignet schien. Auf einen Krieg im Nordosten oder gegen Serbien bereiteten beide Rüstungsschwerpunkte kaum vor⁸⁹.

Die Ausrichtung am potentiellen Krieg gegen Italien zeigte sich auch bei der Artillerierüstung. Während es bei der Modernisierung der Feldartillerie zu Verzögerungen kam, führte die Erkenntnis, dass die italienischen Grenzbefestigungen mit den vorhandenen schweren Mörsern nicht zuverlässig ausgeschaltet werden konnten, zur raschen Entwicklung und Produktion des 30,5 cm Mörsers Modell 11, obwohl mit dem 24 cm Mörser M 98 eine moderne Konstruktion mit Rohrrücklauf und Stahlrohr zur Verfügung stand. Die schnelle Einführung des neuen Geschützes war auch dadurch erreichbar, dass private Rüstungsunternehmen die Herstellung übernahmen und die Produktion von der Firma Škoda vorfinanziert wurde. Bei der Gebirgsartillerie, die seit 1908 stark ausgebaut wurde und bei den Korps im Annexionsgebiet und Dalmatien die Feldartillerie ersetzte, scheiterte eine vergleichbar rasche Umrüstung auf ein neues schweres Geschütz an Querelen innerhalb der Militärführung. Im Sommer 1914 standen daher letztlich nur einige Probepatronen zum Einsatz bereit. Für einen Krieg gegen Russland musste der Feldartillerie besondere Bedeutung zukommen. Immerhin verfügte die Truppe über eine Feldkanone mit Rohrrücklauf, allerdings mit Rohren aus Schmiedebronze und in viel zu geringer Zahl. Die Ausstattung einer Infanterietruppendivision lag mit 42 Geschützen fast ein Drittel unter der einer russischen, wie der Wiener Generalstab wusste. Die Infanterietruppendivisionen der k.k. Landwehr hatten 48 Geschütze, die der Honvéd durchschnittlich 45. Schien auch die Ausstattung mit Gewehren insgesamt einigermaßen ausreichend, so konnte die Militärführung der Habsburgermonarchie doch nicht die Augen davor verschließen, dass sich gerade bei einem Krieg gegen Russland die Materialrüstung Österreich-Ungarns als unzureichend erweisen könnte⁹⁰.

6. Allgemeine Kriegsvorbereitungen und Grundzüge der Kriegsplanung

Vernehmliches Klagen über Rüstungsmängel gehörte auch in der Habsburgermonarchie des frühen 20. Jahrhunderts zum selbstverständlichen Repertoire der Militärführung. Neben der Hoffnung auf höhere Etats konnten die kritisierten Defizite an Trup-

⁸⁹ EDUARD RITTER VON STEINITZ, THEODOR BROSC EDLER VON AARENAU, Die Reichsbefestigung Österreich-Ungarns zur Zeit Conrads von Hötzingdorf (= Österreich-Ungarns letzter Krieg, Ergänzungsheft 10, Wien 1937).

⁹⁰ LUDWIG EIMANNBERGER, Die österr.-ung. Artillerie im Weltkrieg; in: Militärwissenschaftliche Technische Mitteilungen 52 (1921) 97–116, 141–165; M. CHRISTIAN ORTNER, Die österreichisch-ungarische Artillerie von 1867 bis 1918, Technik, Organisation und Kampfverfahren (Wien 2007) 160–355; MANFRED REINSCHEDL, Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationale Vergleich, Der Anteil Österreich-Ungarns am Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg (= Beiträge zur Neuen Geschichte Österreichs 16, Frankfurt am Main – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Oxford – Wien 2001); ARTUR REUTTER EDLER VON VALLONE, Bronze und Stahl als Rohrmaterial der Geschütze Österreich-Ungarns; in: Wehrtechnische Monatshefte 41 (1937) 549–559; DERS., Die Gebirgsgeschütze Österreich-Ungarns während des Weltkrieges; in: Wehrtechnische Monatshefte 45 (1941) 159; DERS., Die 30,5-cm-Mörser Österreich-Ungarns; in: Wehrtechnische Monatshefte 48 (1944) 82–90, 114–119.

penzahl und Ausstattung mit Kriegsmaterial auch die Verantwortung dafür relativieren, wenn sich die Kriegsvorbereitungen im Ernstfall als unzureichend erweisen sollten. Im Rückblick auf den Weltkrieg sollte diesem Argument denn auch besondere Bedeutung zukommen. Auf zwei Gebieten kam der Rüstungsrückstand der Habsburgermonarchie gleich in den ersten Kriegsmonaten tatsächlich zum Tragen. Es fehlte eine ausreichend organisierte Reserve und es mangelte an moderner Feldartillerie. Die Verwendung von Ersatzmannschaften in Marschbrigaden im Krieg sollte sich als verlustreich und wenig zielführend erweisen, während die Feldartillerie qualitativ und quantitativ im Vergleich zu den Gegnern ins Hintertreffen geriet. Einer der schärfsten Kritiker der Kriegsvorbereitungen Österreich-Ungarns war Alfred Krauß, der in den letzten vier Friedensjahren die Kriegsschule, die wichtigste Ausbildungseinrichtung für Generalstabsoffiziere, geleitet hatte. Er hob in seiner Untersuchung der „Ursachen unserer Niederlage“ neben den genannten Schwachpunkten hervor, wie unzureichend die Logistik auf die Bedingungen eines Großmächtekrieges ausgerichtet war. An Conrads Kriegsvorbereitungen hatte Krauß aber auch grundsätzlich auszusetzen, dass der Generalstabschef in der fachlichen und mentalen Schulung des Offizierskorps verhängnisvolle Fehler begangen habe⁹¹.

Der personelle Wechsel an der Spitze von Kriegsministerium und Generalstab 1906 war Folge und Ausdruck von Hoffnungen auf eine Stärkung der Streitkräfte. Zwar kam die Aufrüstung der Landstreitkräfte nur langsam voran, aber höhere Anschaffungsetats und Rekrutenkontingente stellten nur eine Seite der Medaille dar. Auf der anderen Seite ging es Franz Ferdinand und insbesondere Conrad um eine grundlegende Erneuerung der Armee. Der Generationenwechsel an der Spitze des Generalstabs sollte nur Ausgangspunkt einer Verjüngung der Militärelite sein. Thronfolger wie Generalstabschef trieb dabei die Sorge, ein überaltertes Führungskorps könne den Anforderungen eines modernen Krieges nicht gewachsen sein. Dass dadurch eine Gruppe von Offizieren an die Schaltstellen des Militärapparats gesetzt wurde, die ihre Karriere in starkem Maß dem Wohlwollen des Belvedere verdankten, dürfte dem Erzherzog nicht entgangen sein. Der Reformeifer Conrads wirkte wiederum auf das jüngere Offizierskorps inspirierend und trug dazu bei, dass der Generalstabschef auf breite Unterstützung im Offizierskorps rechnen konnte. Der Grundgedanke der Veränderungen war klar und einleuchtend. Es ging darum, die Armee so gezielt wie möglich auf einen Großmächtekrieg vorzubereiten. Neben der Verjüngung der Spitze diente auch eine Reform der Generalstabsausbildung diesem Ziel. Die Kriegsschule, die von den künftigen Generalstabsoffizieren zu absolvieren war, sollte „geistesfrische, selbständig denkende Individualitäten erziehen, die auf Grund verständnisvoller Auffassung des gesamten Kriegswesens geeignet sind, als unbedingt verlässliche, umsichtig und genau arbeitende Organe der höheren Truppenführung zu dienen“⁹². Die Absicht, zum selbständigen

⁹¹ ALFRED KRAUSS, *Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg* (München 1920) 90–111.

⁹² Lehrplan der Kriegsschulen 1910 – ÖSTA, KA, *Militärerziehungs- und Bildungsanstalten, Kriegsschule Wien*, Kart. 44.

Lösen von taktischen und operativen Aufgaben anzuregen, passte zu einem Kriegsbild, das stark von den Erfahrungen der Kriege 1866 und 1870/71 geprägt war. Preußens erfolgreiche Umsetzung von Auftragstaktik beruhte dieser Auffassung nach auf geistiger Selbständigkeit und Verantwortungsbereitschaft. Die Wirkung moderner Feuerwaffen machte eine Steuerung taktischer Einzelentscheidung durch höhere Kommandoebenen zudem undurchführbar. Auch auf operativer Ebene legte Conrad Wert auf Initiative, um durch größere Flexibilität die bestmögliche Ausnutzung aller Erfolgchancen zu gewährleisten. Diese Erziehung zum selbstständigen Urteil konnte als Fortschritt gegenüber den Traditionen engmaschiger Befehle in der Armee der Habsburgermonarchie gelten. Allerdings sollte sich im Weltkrieg erweisen, dass das Führungsverhalten einer großen Zahl von Generalstabsoffizieren dennoch wenig von Eigenverantwortung und Selbständigkeit geprägt war. Als Ursache galt schon den Zeitgenossen, dass das Urteil der Offiziere in eine bestimmte Richtung gelenkt wurde, indem schon im Vorhinein von der Armeeführung als richtig geltende Entscheidungen bei simulierten Gefechten und Operationen für die Karriere förderlich waren. So wurde nicht das selbstständige Urteil an sich gefördert, sondern der selbstständig gegebene Befehl zu Erfüllung von Erwartungen der vorgesetzten Stellen. Conrad und andere Offiziere seiner Generation hatten in jungen Jahren noch die Besetzung Bosniens 1879 und den Aufstand in der Herzegowina 1881 erlebt. Eine persönliche Erfahrung eines modernen Krieges fehlte aber selbst ihnen, ganz zu schweigen von jüngeren Offizieren. Anhand kriegsgeschichtlicher Beispiele ließen sich Lösungsansätze für strategische und operative Fragen herausarbeiten. Wichtiger noch waren Kriegssimulationen am Kartentisch und im Gelände, die sogenannten Kriegsspiele und Generalstabsreisen. Unter Einbeziehung der Truppen boten aber insbesondere Manöver Gelegenheit, taktische und operative Maßnahmen zu erproben. Weil die Vorbereitung auf den Ernstfall nun den Alltag der Armee und deren Führung bestimmen sollte, unterband Conrad bei Manövern die allabendliche Markierung des Standes der Truppenbewegungen zur Sicherung der Nachtruhe von Mannschaften und Offizieren. Auf die „freien“ Manöver, die der Wirklichkeit des Krieges möglichst nahe kommen sollten, war die österreichisch-ungarische Armeeführung stolz, auch in dem Bewusstsein, dem deutschen Verbündeten auf diesem Feld voraus zu sein. Da die Karriere nicht zuletzt von Erfolgen bei den Kriegssimulationen abhing, scheuten ambitionierte Offiziere nicht davor zurück, der Truppe extrem hohe Marschleistungen abzuverlangen. Die „Manöverhetze“ zog zwar Kritik auf sich, wurde aber von Conrad als Bewährungsprobe für Offiziere und Mannschaften unter kriegsmäßigen Bedingungen in Kauf genommen, zumal der Generalstabschef physischer Leistungsfähigkeit große Bedeutung zumaß. So förderte der Manöverbetrieb über kurzfristig erzielbare Marschleistungen unrealistische Erwartungen in die langfristigen Leistungskapazitäten der Soldaten. Dennoch dürfte Conrad die Belastungen für das Gros der Truppe selbst unterschätzt haben.

Erzherzog Franz Ferdinand zählte zu den scharfen Kritikern der „freien Manöver“ und griff 1913 bei den großen Truppenübungen in Böhmen massiv in den Manöververlauf ein. Als Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht befahl er den Abbruch des freien Manövers und setzte an dessen Stelle eine Angriffsübung gegen eine fingierte Stellung. Dabei kam es zu einer Kavallerieattacke, die zwar ein eindrucksvolles

Schauspiel bot, aber im Ernstfall in einer Katastrophe geendet hätte⁹³. Hier schlug zum einen durch, dass der Thronfolger, wie viele Aristokraten auch, als Kavallerieoffizier gedient hatte. Dieser besonders prestigeträchtigen Waffengattung drohte im Zeitalter moderner Feuerwaffen ein dramatischer Bedeutungsverlust, und deren Offizierskorps galt Neuerungen der Gefechtsführung gegenüber als wenig aufgeschlossen. Beispiel für diese Haltung war der General der Kavallerie und Kommandant des Budapester IV. Korps, Karl Tersztyánszky von Nádas. Dieser Protegé des Belvedere ordnete 1913 beispielsweise an, dass in seinem Kommandobereich bei Übungen darauf geachtet werde, Kräfte in möglichst geschlossenen taktischen Gefechtsfronten einzusetzen. Zum anderen bestand der Thronfolger darauf, dass bei der Neufassung des Exerzierreglements für die Ausbildung der Fußtruppen der formale Drill nicht, wie von Conrad gewünscht, zugunsten der Gefechtsausbildung über Bord geworfen wurde. Der Generalstabschef, der seine Karriere als Taktik-Experte begonnen hatte und sich bemühte, den Erfahrungen des Zweiten Burenkrieges (1899–1902) und des Russisch-Japanischen Krieges (1904/05) im Reglement Rechnung zu tragen, sah Franz Ferdinands Haltung als überholt an⁹⁴. Conrads Position war mit Sicherheit die professionellere. Der Taktik-Traditionalismus des Thronfolgers lieferte zweifellos kein Rezept für die Gefechtsführung eines modernen Krieges. Aber auch das vom Generalstabschef vorgeschlagene Reglement kam der Kriegswirklichkeit nur begrenzt nahe. Paul Puhallo von Brlog, Artillerist und als Kriegsschulkommandant der Vorgänger von Krauß, traf sicher ins Schwarze, als er im Rahmen einer Enquete monierte: „Jene Momente, welche eigentlich eine Änderung des bestehenden Exerzierreglements bedingen, als: ‚Maschinengewehre, Schwere [Artillerie] und Feldartillerie, Technische Truppen‘, werden nur flüchtig berührt, ein großer Teil der Neuerungen geht nicht aus Kriegserfahrungen hervor und macht die ganze Armee zu Rekruten“⁹⁵. Der von Conrad und anderen Fachleuten genährte Glaube, mit stärker aufgelösten Formationen und bei Eigeninitiative von Soldaten und unteren Truppenführern den Weg zur Überwindung von Defensivpositionen gefunden zu haben, beruhte letztlich auf Vorannahmen, deren Realitätsgehalt in Frage zu stellen gewesen wäre. Im Verein mit dem Übungsbetrieb, der maximale Wirklichkeitsnähe suggerierte, begünstigte das Konzept Conrads zur Kriegsvorbereitung Fehlentwicklungen im Führungsverhalten. Rückblickend erschien Krauß die Wirkung verheerend:

„Man fand die Kriegsmäßigkeit darin, dass man der Entwicklung der Manöver gar keine Fesseln anlegte. Zahlreiche Schiedsrichter sollten die im Kriege durch die Waffenwirkung herbeigeführte Entscheidung der Teilkämpfe festsetzen. Sie konnten nicht überall sein; die Truppen entzogen sich vielfach den

⁹³ EDMUND GLAISE VON HORSTENAU, Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau 1, hg. PETER BROUCEK (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 67, Wien – Köln – Graz 1980) 240, 266 f.; RUDOLF KISZLING, Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este. Leben, Pläne und Wirken am Schicksalsweg der Donaumonarchie (Graz – Köln 1953) 261–265.

⁹⁴ KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 91–95.

⁹⁵ Übersicht der über den Entwurf des „taktischen Reglements für die k.u.k. Fußtruppen“ abgegebenen Gutachten seitens der in Beilage I genannten Generale und Oberste – ÖSTA, KA, Feldakten, AOK, OpAbt, Kart. 743; vgl. auch PETER BROUCEK, Taktische Erkenntnisse aus dem russisch-japanischen Krieg und deren Beachtung in Österreich-Ungarn; in: MÖSTA 30 (1977) 385–401.

Entscheidungen; wer rascher viele Kompagnien zur Stelle brachte, gleichgültig, ob sie kampffähig dahin gelangt wären, hatte den Erfolg. [...] So entstanden Zerrbilder, falsche Vorstellungen, falscher Ehrgeiz und eine mit unlauteren Mitteln arbeitende Manövertaktik, die mit der Kriegsmäßigkeit nichts gemein hatte. Das Vorstürmen wurde unserer Infanterie anezogen. Das Zusammenwirken von Artillerie und Infanterie war zwar in aller Mund[e], kam aber nicht zur Geltung; man nahm sich dazu nicht die Zeit, denn nicht das richtig vereinigte Artillerie- und Infanterief Feuer entschied den Manöverkampf, sondern die rascher zur Stelle gebrachte größere Zahl der Kompagnien. [...] so aber züchteten unsere Übungen eine eigene Manövertaktik, die der Wirklichkeit nicht standhielt“⁹⁶.

Wie die Klagen über eine unzureichende Personal- und Materialrüstung, so war nach dem verlorenen Krieg auch die Kritik an den Führungsgrundsätzen ein Weg, die Verantwortung für die Niederlage dem Generalstab zuzuweisen. Außer den armee-feindlichen Politikern und einer zerstrittenen Führung zählte aus dieser Perspektive eben auch Conrad zu den Verursachern der Probleme, mit denen sich die k.u.k. Offiziere im Krieg konfrontiert sahen⁹⁷. An Conrad und dessen Führungsstil schieden sich die Geister, auch wenn nur wenige so offen Kritik äußerten wie Krauß. Ein Berufsoffizierskorps, das zumeist aus der unteren Mittelschicht stammte und wenig Sozialprestige genoss, relativ schlecht bezahlt war und den besonderen Erfordernissen einer vielsprachigen Truppe gerecht werden sollte, stand im Ernstfall vor schweren Aufgaben⁹⁸. Der unter Conrads Führung eingeschlagene Weg, die Vorbereitung auf den Krieg mit Verve ins das Zentrum des militärischen Alltagsbetriebs zu rücken, mochte in der Rückschau verfehlt erscheinen, konnte aber als Mittel dienen, das Selbstbewusstsein des Offiziersstandes zu stärken. Auch das Image der eigentlichen Führungselite der Armee war verbesserungsbedürftig. Die weitaus meisten der Offiziere in den Schaltstellen des Generalstabs und des Kriegsministeriums, der Korpskommandos und der Militärkanzleien waren ausgebildete Generalstabsoffiziere, denn sie hatten die Kriegsschule in Wien durchlaufen. Dort wurden, nicht zuletzt anhand der Analyse vergangener Feldzüge und Schlachten, auch Leitlinien erfolgreicher Kriegführung auf der taktischen und operativen Ebene vermittelt. Generalstabsoffiziere galten als die eigentliche Führungselite innerhalb des Offizierskorps, machten rascher Karriere und bekleideten einen Großteil der Spitzenpositionen⁹⁹. Eine Reform der Generalstabsausbildung in der Ära Conrad sollte den Charakter der Kriegsschule als Elitenschmiede dadurch festigen, dass die Zahl der aufgenommenen Offiziere radikal herabgesetzt, die Schulzeit

⁹⁶ KRAUSS, Ursachen unserer Niederlage 96 f.

⁹⁷ MARTIN SCHMITZ, „Als ob die Welt aus den Fugen ginge.“ Kriegserfahrungen österreichisch-ungarischer Offiziere 1914–18 (= Krieg in der Geschichte 86, Paderborn 2016) 96–101, 116–137.

⁹⁸ Vgl. JOHANN CHRISTOPH ALLMAYER-BECK, Die Führung vielsprachiger Streitkräfte, Die k.u.k. Armee als Beispiel; in: DERS., Militär, Geschichte und Politische Bildung, Aus Anlass des 85. Geburtstages des Autors, hg. PETER BROUCEK, ERWIN A. SCHMIDL (Wien – Köln – Weimar 2003) 370–384; ISTVÁN DEÁK, Der K.(u.)K. Offizier 1848–1918 (Wien – Köln – Weimar 1991); PETER MELICHAR, ALEXANDER MEJSTRIK, Die bewaffnete Macht; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), HARMAT (Red.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/1/2, 1263–1326.

⁹⁹ Eine Innenansicht der Generalstabslaufbahn und -arbeit bei THEODOR RITTER VON ZEYNEK, Ein Offizier im Generalstabskorps erinnert sich, hg. PETER BROUCEK (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 101, Wien – Köln – Weimar 2009) 87–147.

verlängert und Offiziere der technischen Waffen in gesonderte Kurse verwiesen wurden. Auf Karrierechancen und Konkurrenzverhalten der Kriegsschulabsolventen fiel 1909 ein Schlaglicht, als Oberleutnant Adolf Hofrichter versuchte, auf der Rangliste vor ihm platzierte Mit-Absolventen durch Giftmord auszuschalten, um die begehrte Generalstabs-Zuteilung als Hauptmann zu ergattern. Die durch diesen Kriminalfall ausgelöste öffentliche Debatte drehte sich um die charakterlichen Mängel des Täters, aber auch um das von Strebertum und Aufstiegs gier geprägte Milieu im kleinbürgerlichen Offiziersnachwuchs¹⁰⁰. Außer Bedenken im Hinblick auf Charakter und Moral der Kriegsschulabsolventen zu schüren, bot gerade der Fall Hofrichter aber auch Anlass, Ausbildungsmethoden und Auswahlverfahren für die Generalstabsoffiziere kritisch zu betrachten. Zumindest in der Rückschau erschien manchem höheren Offizier der Anpassungsdruck und die Förderung von Konformismus bei der Lösung taktischer oder operativer Aufgaben als Ursache von Führungsschwäche. Die Meinungen dazu waren geteilt, und mangelnde Eigeninitiative und Vernachlässigung der Bedürfnisse der Soldaten gehörten zum Alltag der Führungspraxis bei den Großmachtarmeen. Bei den Streitkräften Österreich-Ungarns schienen diese Probleme, wie der Vergleich zu den deutschen Offizieren suggerierte, sehr deutlich. Die gerade unter Conrad intensiv betriebene Ausrichtung auf den erwarteten Krieg konnte jedenfalls zum Dogmatismus führen. Die Durchsetzung des Angriffs als Patentlösung taktischer und operativer Probleme wurde offenkundig so stark verinnerlicht, dass selbst pragmatisch gehaltene Reglements wenig dagegen auszurichten vermochten.

Um die Habsburgermonarchie auf einen künftigen Krieg vorzubereiten, waren nicht nur Menschen und Material notwendig. Selbst gut gerüstete Streitkräfte waren im Zeitalter der Massenheere und der Eisenbahnen keine ausreichende Gewähr für militärische Schlagkraft. Auch Mobilmachung und Aufmarsch der Armee mussten sorgfältig geplant werden. Bei der Marine galt es ebenfalls, die Einsatzfähigkeit für den Ernstfall im Vorhinein sicherzustellen, aber die organisatorische Komplexität wie die strategische Bedeutung der Seestreitkräfte blieb überschaubar, während die Vorbereitung von Mobilmachung und Aufmarsch des Heeres eine Herausforderung für die Planungsexperten darstellte. Die Sicherheit Österreich-Ungarns hing im Fall eines europäischen Krieges primär davon ab, dass die Landstreitkräfte rasch und zuverlässig einsatzbereit waren. Wo die aufmarschierten Truppen konzentriert werden sollten, leitete sich aus der Einschätzung der strategischen Gesamtsituation ab. Auch die Festlegung von Zielen der militärischen Operationen in der Anfangsphase eines Krieges musste sich an dieser Lagebeurteilung ausrichten. Letztlich griffen organisatorische, logistische und operative Planungen ineinander. Wer seine Truppen schneller mobilisiert hatte und zum Einsatz bringen konnte, der hatte die Chance, den Gegner zu schlagen, bevor dieser überhaupt sein militärisches Potential voll zur Geltung zu bringen vermochte. Zeit war damit kostbar, und es galt, sie auf der Grundlage guter Planung bestmöglich nutzen zu können. Die Experten für diese Planungsarbeiten in den Heeren Europas

¹⁰⁰ GUSTAV ZECHMEISTER, Die Thronverschwörung. Präventivkrieg, Kriegsverhütung und Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg. Anhand eines historischen Kriminalfalls rekonstruiert, Manuskript (Wien 1984) – ÖSTA, KA, Manuskripte Allgemein 277/1–3.

stammten in der Regel aus dem Kreis der Generalstabsoffiziere, die eigens für diese Aufgabe geschult worden waren. Ein Teil dieser Fachleute war in zentralen Institutionen eingesetzt, ein Teil bei der Truppe. In der Habsburgermonarchie existierten mit dem Artillerie- und dem Geniestab spezialisierte Einrichtungen für Waffengattungen mit besonderen Traditionen und Aufgaben, deren Leitung Spezialwissen erforderte. Der gemeinsame Generalstab bildete aber den institutionellen Mittelpunkt der Planungsarbeit. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg betrug der Friedensstand des Generalstabs 669 Offiziere. Die weitaus meisten von ihnen hatten die Kriegsschule in Wien durchlaufen. Im Frühsommer 1914 waren die Veteranen von 1866 längst aus dem Dienst geschieden und die Kämpfe in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien 1879 und 1881 boten keinen Anhaltspunkt für die Führung künftiger Großmachtkriege. Die Vorausplanung erhielt so einen besonders hohen Stellenwert, und es war nur folgerichtig, dass die Generalstabsausbildung in den Rang einer Schlüsselqualifikation aufrückte. Das war in der damaligen Zeit nicht ungewöhnlich, galt doch weithin der Große Generalstab Preußens, der unter seinem Chef Graf Helmuth von Moltke dem Älteren 1864, 1866 und 1870/71 für drei erfolgreiche Kriege Preußens und dessen Verbündeten federführend verantwortlich gewesen war, als leuchtendes Vorbild gelungener Kriegsplanung und -führung. In Österreich-Ungarn entwickelte sich der Generalstab unter Führung von Beck ab 1881 immer mehr zum Angelpunkt der Kriegsvorbereitung, die neben der eigentlichen Planungsarbeit auch die Kontrolle über taktische Ausbildung und die Manöver sowie die Koordination der Rüstungsbemühungen in die Hände nahm. Becks Nachfolger Conrad übernahm 1906 bereits die unangefochtene Zentralinstitution der Kriegsvorbereitung. Der Kompetenzbereich des Generalstabs schloss grundsätzlich alle Streitkräfte ein, auch wenn die Marine ihre Planung faktisch in eigener Regie betrieb. Dass es nie zu einer wirklich integrierten Planung für die See- und Landstreitkräfte kam, entsprach der europäischen Norm und wurde nicht einmal als ernsthaftes Problem wahrgenommen. Für das gemeinsame Heer, die k.k. Landwehr und die Honvéd bildete der Generalstab aber immerhin die entscheidende Klammer.

Erst mit der Aufwertung der Rolle Erzherzog Franz Ferdinands im Militär, die in seiner Ernennung zum „Generalinspekteur der gesamten bewaffneten Macht“ gipfelte, bildete sich eine weitere Führungsebene mit umfassendem Gestaltungsanspruch. Im traditionellen Hauptaufgabengebiet der Generalstabsarbeit, bei der Kriegsplanung, stellte die Militärkanzlei des Thronfolgers dennoch keine Konkurrenz dar. Obwohl in ihr ausgebildete und ambitionierte Generalstabsoffiziere die Schaltstellen bekleideten, machte allein schon die geringe Personalausstattung eine effektive Kontrolle der Planungen des Generalstabs unmöglich. Franz Ferdinand, der sonst vor Interventionen nicht zurückscheute und seinen Standpunkt zu Rüstungsprojekten, Ausbildung und Taktik deutlich zu Gehör brachte, hielt sich aus der Aufmarsch- und Operationsplanung fast immer heraus. Ihm fehlte, ebenso wie Franz Joseph, der notwendige Sachverstand, um die Arbeit des Generalstabs tatsächlich einer kritischen Prüfung unterziehen zu können. Als Kontrollinstanzen zu wirken, vermochten weder Franz Ferdinand noch der Monarch. Die Planungsergebnisse wurden ihnen zwar vorgelegt, aber der professionellen Expertise des Generalstabs hatten weder sie noch ihre Mitarbeiter in der Militärkanzlei Seiner Majestät und der des Thronfolgers etwas entgegenzusetzen.

Auch dieser Mangel an Kontrolle war keineswegs eine österreichisch-ungarische Besonderheit. Von einer integrierten politisch-militärischen Planung war fast nirgends etwas zu sehen. Selbst Großbritannien, für dessen militärische Sicherheit die Marine einen besonders hohen Stellenwert besaß, litt unter massiven Rivalitäten zwischen den Land- und den Seestreitkräften. Ohne den Zwang zur Einbindung der Dominions wäre es auch im Britischen Empire zu keiner nennenswerten Koordination der Sicherheitspolitik gekommen¹⁰¹. Anders als in Großbritannien oder in Russland blieb die Kriegsplanung in Österreich-Ungarn das beinahe unangefochtene Monopol des Generalstabs. Organisiert war der Generalstab in Büros. Das Herzstück bildete das Operationsbüro, zuständig für die Entwicklung der Kriegspläne und damit für den prestigeträchtigsten Teil der Generalstabsarbeit. Das als „Feldherrngestüt der Monarchie“ apostrophierte Büro¹⁰² stand seit 1910 unter der Leitung von Josef Metzger. Neben Franz Höfer, dem Stellvertreter des Chefs, nahm Metzger damit die zentrale Position im Personalapparat des Generalstabs ein. In den Aufgabenbereich des Operationsbüros fielen „alle operativen und damit im Zusammenhang stehenden, dann alle die Mobilmachung beeinflussenden Agenden“. Die Kriegsgliederung der Feldarmee zählte deshalb zum Wirkungsfeld des Büros, aber auch „die Entwürfe für strategische Aufmärsche, die Gutachten und Anträge über Befestigungen, dann über Organisation und Ausbildung des Heeres, ferner die Reglements und Instruktionen taktischen und operativen Inhaltes, die Entwürfe für die Truppenübungen und die darauf bezüglichen Angelegenheiten“¹⁰³. Durch Reglements und Manöver wurden der Truppe die Leitbilder der Kriegsführung in taktischer und operativer Hinsicht vermittelt. Schon allein dadurch besaß das Operationsbüro Einfluss auf den Ausbildungsstand der Armee und die Aufstiegschancen der Offiziere. Es war allerdings die Ausarbeitung der Aufmarsch- und Operationspläne für den Kriegsfall, die das besondere Prestige des Operationsbüros begründete. Weniger glamourös waren das Etappenbüro, erst kurz vor dem Krieg gegründet und auf Fragen der Logistik spezialisiert, und das Landesbeschreibungsbüro, dessen Auftrag vor allem im Sammeln und Zusammenstellen topographischer Informationen bestand. Es stellte ein Überbleibsel der Kriegsvorbereitung früherer Zeiten dar und stand 1914 kurz davor, aufgelöst zu werden¹⁰⁴. Einer bedeutungsvollen Sonderaufgabe widmete sich das Eisenbahnbüro, das zugleich als eine Abteilung des gemeinsamen Kriegsministeriums firmierte. Hier wurden die entscheidenden Aufmarschvorbereitungen getroffen, denn es waren die Eisenbahnlinien, auf denen bei Ausbruch eines Krieges Soldaten und Pferde, Lebensmittel und Futter, Waffen und Munition in die Einsatzräume transportiert werden sollten. Die Erstellung der Kriegsfahrpläne war ein wichtiges Tätigkeitsfeld, aber die Arbeit erforderte vergleichsweise spezialisiertes Wissen und beschäftigte sich mit nur einem Aspekt der Kriegsführung, dem zwar seit dem amerikanischen Sezessions-

¹⁰¹ ROSE, *Empire und Kontinent 171–273*.

¹⁰² ZEYNEK, *Ein Offizier im Generalstabskorps* 115.

¹⁰³ Provisorische organische Bestimmungen für den Generalstab – ÖSTA, KA, Militärkanzlei Franz Ferdinand, Hauptreihe 9–6/1/1913.

¹⁰⁴ KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 240 f.

sionskrieg und den Großmachtkonflikten in Europa zwischen 1859 und 1871 entscheidende Bedeutung zukam, der aber mit dem traditionellen Bild ruhmreicher militärischer Führung wenig zu tun hatte. Während das Operationsbüro Kriegspläne erstellte, haftete dem Eisenbahnbüro der „Ruch“ eines beinahe zivilen Aufgabenbereichs an. Das Operationsbüro benötigte dennoch die Unterstützung des Eisenbahnbüros, wenn die verkehrstechnisch-logistische Realisierbarkeit der Aufmarsch- und Operationspläne durchkalkuliert werden musste.

Auch war das Operationsbüro dringend auf Informationen über eventuelle Verbündete, vor allem aber über mögliche Gegner sowie über potentielle Kriegsschauplätze jenseits der eigenen Grenzen angewiesen. Das Ministerium des Äußern, das über eigene Agenten im Ausland verfügte und Berichte der diplomatischen und konsularischen Vertretungen auswertete, lieferte vor allem in Krisenzeiten Nachrichten aus dem Ausland. Auch die Behörden Österreichs, Ungarns und des Annexionsgebiets Bosnien-Herzegowina trugen Informationen bei, die vor allem von den Zoll- und Polizeiorganen erhoben worden waren. Das Eisenbahnbüro schickte ebenfalls Kundschafter aus, während im Landesbeschreibungsbüro vor allem öffentlich zugängliche Quellen genutzt wurden. Für die Militärattachés stellte das Sammeln von Nachrichten aus dem Ausland eine zentrale Aufgabe dar. Wichtigste Institution für die Spionage des Militärs im In- und Ausland, den sogenannten Kundschaftsdienst, war das Evidenzbüro. Es hatte unter Conrads Leitung einen deutlichen Zuwachs an Personal und Mitteln erfahren, litt aber unter den sparsamen Haushaltsansätzen für das Militär und unter Rückschlägen in der Abwehr russischer und italienischer Geheimdienstoperationen¹⁰⁵. Die Enttarnung des früheren Leiters der Spionageabwehr der k.u.k. Armee Oberst Alfred Redl als Spion im Auftrag Russlands und Italiens, die nur mit deutscher Hilfe gelang, warf ein grelles Licht auf die Unzulänglichkeit des österreichisch-ungarischen Nachrichtendienstes. Redl war keineswegs alleiniger Täter, aber die Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Agentennetzes in Russland vor dem Krieg dürfte in hohem Maß auf seinen Verrat zurückzuführen sein und beeinträchtigte die Aufklärung im Zarenreich gravierend¹⁰⁶. Dennoch waren die Informationen, die im Evidenzbüro zusammenliefen, ein ausreichend solides Fundament für die eigene Kriegsplanung¹⁰⁷. Ein Großteil der Überlegungen musste ohnehin von leicht zu ermittelnden Fakten ausgehen, insbesondere von den Truppenstärken und der Verkehrsinfrastruktur. Das galt für die Einschätzung der Handlungsoptionen des Gegners, aber vor allem für die Beurteilung der eigenen Möglichkeiten. Die räumliche Verteilung der Truppen Österreich-Ungarns, und deren Dislokation in Friedenszeiten gehörte zu den wichtigen Basisdaten der Planungsarbeit. Die Mobilmachungsgeschwindigkeit, die Zahl und Gliederung der mobilisierten Truppen und das eisenbahntechnisch erreichbare Tempo des Aufmar-

¹⁰⁵ ALBERT PETHÖ, Agenten für den Doppeladler, Österreich-Ungarns Geheimer Dienst im Weltkrieg (Graz – Stuttgart 1998) 9–50, 215–227.

¹⁰⁶ EBD. 227–238; KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 236f. Anm. 14.

¹⁰⁷ NORMAN STONE, Austria-Hungary; in: ERNEST R. MAY (Hg.), *Knowing One's Enemies, Intelligence Assessment before the Two World Wars* (Princeton 1984) 37–61.

ches zählten ebenfalls dazu¹⁰⁸. Zu den harten Fakten eigener militärischer Schlagkraft und den Nachrichten über Stärken und Schwächen potentieller Alliiertes oder Gegner trat aber noch die Einschätzung der strategischen Gesamtlage hinzu. Und gerade hier war die Situation der Habsburgermonarchie eben eine besonders schwierige. Weder Frankreich noch Russland, Großbritannien oder Deutschland sahen sich einer solchen Vielfalt möglicher Szenarien eines europäischen Krieges gegenüber. Österreich-Ungarn musste sich daher für eine ganze Reihe denkbarer Kriegsfälle rüsten. Zudem hatte der Wiener Generalstab zu bedenken, dass sich die sicherheitspolitische Lage auch während eines bereits ausgebrochenen Konflikts noch rasch verändern konnte. Wenn ein Krieg mit Russland ausbrach, konnten sich beispielsweise Serbien an dessen Seite stellen oder Italien oder beide. Wahrscheinlicher war die umgekehrte Reihenfolge: zuerst Aufmarsch gegen Serbien, dann italienische oder russische Intervention oder gar das Eingreifen beider Mächte. Die Kriegsplanungen mussten so gestaltet werden, dass ein Höchstmaß an Flexibilität gewährleistet blieb¹⁰⁹.

Die Landstreitkräfte Österreich-Ungarns mit ihren 16 Korps wurden bei den Planungsarbeiten in der Zeit Conrads daher in vier Gruppen aufgeteilt. Eine Minimalgruppe Balkan sollte in jedem Fall zur Sicherung der Grenzgebiete im Südosten gegen Montenegro und Serbien bereitgehalten werden. Dafür waren 1914 acht der insgesamt 48½ Infanterietruppendivisionen vorgesehen. Sie konnten, je nach Kriegsfall, auch einen Angriff auf Serbien und Montenegro unterstützen. Das Gros des Feldheeres bildete die A-Staffel, die mit ihren 28½ Infanterie- und allen zehn Kavallerietruppendivisionen sowie den 21 Landsturm- und Marschbrigaden besonders rasch in die Aufmarschräume gegen Russland oder gegen Italien transportiert werden sollte¹¹⁰. Der Transport der B-Staffel mit den übrigen zwölf Infanterietruppendivisionen sollte sich anschließen, während die verbleibenden, für den Bewegungskrieg weniger oder überhaupt nicht geeigneten Kräfte der C-Staffel für die Anfangsoperationen nicht eingeplant wurden. Der Einsatz der als 2. Armee organisierten Truppen der B-Staffel konnte an jeder beliebigen Front erfolgen. Dadurch gewann der Generalstab Zeit, um auf eine Veränderung der Lage während der Mobilisierung und des Aufmarsches zu reagieren. Die so gewonnenen Spielräume sollten sich im Sommer 1914 allerdings als nicht ausreichend erweisen. Dabei spielten Fragen des Eisenbahntransports eine Rolle, vor allem aber hatte es damit zu tun, dass der Übergang von einem Kriegsplan auf den anderen aus

¹⁰⁸ Vgl. HOLGER H. HERWIG, Conclusions; in: RICHARD F. HAMILTON, HOLGER H. HERWIG (Hgg.), *War Planning 1914* (Cambridge 2010) 226–256.

¹⁰⁹ Vgl. hier und im folgenden DIETHER DEGREIF, *Operative Planungen des k.u.k. Generalstabes für einen Krieg in der Zeit vor 1914 (1880–1914)* (Wiesbaden 1985); GRAYDON A. TUNSTALL JR., *Planning for War against Russia and Serbia. Austro-Hungarian and German Military Strategies 1871–1914* (= *War and society in East Central Europe* 31, *East European monographs* 374, *Atlantic studies on society in change* 78, New York 1993).

¹¹⁰ RUDOLF KISZLING, *Kriegspläne und Aufmärsche der k.u.k. Armeen sowie der Feindheere im Sommer 1914*; in: HUGO HANTSCH (Hg.), *Österreich am Vorabend des ersten Weltkrieges* (Graz – Wien – Köln 1964) 83–96; auch NORMAN STONE, *Die Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Armee 1914*; in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 16 (1974) 67–95.

politischen Erwägungen verzögert wurde. Trotzdem barg der zeitlich gestaffelte Eisenbahnaufmarsch fraglos Probleme. Der Zwang, die Truppen der B-Staffel ungeachtet des Mobilisierungstempos und der Leistungsfähigkeit der Aufmarschbahnen erst nach der A-Staffel zu transportieren, konnte die Schlagkraft bei den Einleitungsoperationen mindern. Auch war die planungstechnische Umsetzung der Transporte der B-Staffel besonders kompliziert. Als ohnehin im Detail kaum planbar erwies sich die nachträgliche, erst nach Intervention Russlands notwendige Verlegung der B-Staffel vom Balkan nach Galizien. Gerade ein solcher Fall aber gewann in den letzten Friedensjahren an Wahrscheinlichkeit.

7. Kriegsfälle, Bündnisvereinbarungen und Kriegsbild

Die Planungen für die einzelnen Kriegsfälle trugen die Bezeichnung „konkrete Kriegsvorbereitungen“, um sie von allgemeinen Vorsorgen für einen Krieg zu unterscheiden. Seit den 1850er Jahren waren spezifische Kriegspläne erstellt worden, zunächst allerdings nur sporadisch. Unter Beck erhielt die Planungsarbeit einen systematischen Charakter. Die Einführung der Territorialorganisation des Heeres 1881 ermöglichte die korpsweise erfolgende Mobilisierung der Truppen und bot neue Möglichkeiten der konkreten Kriegsvorbereitungen, die Beck durch die Reorganisation des Planungsprozesses zu nutzen versuchte. Als Conrad die Leitung des Generalstabs übernahm, konnte er nicht nur auf konkrete Pläne für die meisten denkbaren Kriegsfälle zurückgreifen, sondern auch auf einen bereits eingespielten Arbeitsablauf im Generalstab. Im Herbst und Winter wurden jeweils die Pläne vom Operations- und seit 1909 auch vom Etappenbüro bearbeitet. Anschließend bereitete das Eisenbahnbüro die Transportbewegungen vor, damit Anfang April, seit 1909 schon Anfang März, der neue Kriegsplan vorlag. Der Plan eines Krieges gegen Russland firmierte als Fall „R“, der gegen die Balkanstaaten Serbien und Montenegro als Fall „B“, der gegen Italien als „Fall „I“. In den letzten 15 Monaten vor der Julikrise kamen noch Pläne für den Kampf gegen Montenegro und schließlich gegen Rumänien hinzu. Zudem mussten Kombinationen aus mehreren Gegnern bedacht und daher Mehrfrontenkriege vorbereitet werden. Im Frühsommer 1914 hatte sich der Fall „R+B“ als wahrscheinlichstes Szenario herauskristallisiert. Denkbar schien auch eine Verwicklung Italiens oder Rumäniens, zweier Verbündeter, an deren Allianztreue wachsende Zweifel bestanden. Die vielen Bedrohungen, denen sich Österreich-Ungarn ausgesetzt sah, überforderten bei weitem die eigenen militärischen Kräfte. Gleiches galt für die Rüstungsanstrengungen, in deren Genuss zunächst vornehmlich die Marine, erst ab 1912 auch das Heer kam. Ohne Zusammenarbeit mit Bündnispartnern sah die Lage der Habsburgermonarchie düster aus. Bei einem Krieg der Entente, Serbiens, Montenegros und Rumäniens gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien rechnete der Wiener Generalstab mit 133½ Divisionen des Feldheeres 1. Linie und 85½ Divisionen des Feldheeres 2. Linie auf der Seite der Gegner, 123 Divisionen der 1. Linie und 40 Divisionen der 2. Linie auf der Seite des Dreibundes. Ohne Italiens Mitwirkung war die Bilanz der Kräfteverteilung noch ernüchternder. An der Ostfront drohte dann in der Anfangsphase des Krieges eine

feindliche Übermacht von mehr als 2 : 1¹¹¹. Rumänien wurde seit dem Zweiten Balkankrieg 1913 immer weniger als potentieller Partner, sondern eher als Gegner eingestuft. Dementsprechend kam es noch im Frühjahr 1914 zur Planung für den Einsatz einer „Minimalgruppe Rumänien“, die nur aus schwachen Kräften bestehen konnte, um einem rumänischen Einmarsch nach Siebenbürgen Widerstand entgegenzusetzen¹¹². Italien stellte einen schwierigeren Fall dar. Zum einen kam den italienischen Streitkräften weit größere Bedeutung zu. Zum andern aber gab es, bei allen Spannungen um die Vorherrschaft auf der westlichen Balkanhalbinsel, auch einige Indizien, dass Italien an der Seite seiner Dreibundpartner kämpfen würde. Zu diesem Eindruck trugen nicht zuletzt die scheinbar erfolgreichen militärdiplomatischen Bemühungen bei, die nach der Verlängerung des Dreibundvertrags 1912 einsetzten. Vereinbarungen über die Führung eines Koalitionskrieges der Seestreitkräfte im Mittelmeer sowie über den Einsatz italienischer Truppen an der deutschen Westfront kamen dadurch zustande. Dies nährte die Hoffnung auf eine Mitwirkung Italiens am Bündniskrieg oder wenigstens auf dessen Neutralität. Auch wenn es vor allem die Deutschen waren, die die Initiative zur Festigung des Dreibundes ergriffen, so ließ sich selbst Conrad von dieser optimistischen Sicht beeinflussen¹¹³. Das war gerade deshalb bemerkenswert, weil Conrad nicht nur über Jahre hinweg immer wieder den Präventivkrieg gegen Italien gefordert hatte, sondern auch der Planung für den Kriegsfall „I“ gleich nach seiner ersten Ernennung zum Generalstabschef besondere Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Im Laufe der Jahre entwickelten sich Grundlinien der Kriegsplanung, die im Ersten Weltkrieg aufgegriffen wurden. Der geplante Schwerpunkt bei einem Angriff auf das südliche Nachbarkönigreich lag im Nordosten Italiens, aber auch die strategische Umfassung des italienischen Feldheeres durch einen Vorstoß aus dem südlichen Tirol gehörte bereits zu Conrads Konzept¹¹⁴.

Die Krisen der Jahre 1908/09 und 1912/13 legten nahe, in Konflikten mit Serbien, eventuell auch mit Montenegro, den Auftakt des nächsten Krieges zu vermuten. Die

¹¹¹ Abschrift des Rapports bei Kaiser Franz Joseph vom 25. März 1914 – ÖSTA, KA, Feldakten, AOK, OpAbt, Kart. 739; MAX FRH. VON PITREICH, 1914, Die militärischen Probleme unseres Kriegsbeginnes. Ideen, Gründe und Zusammenhänge (Wien 1934) 36 f.; EMIL RATZENHOFER, Österreich-Ungarns und Rußlands Aufmarschkraft. Ein Prüfstein des Willens zum Angriffskrieg; in: Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung 6 (1928) 441–452.

¹¹² DEGREIF, Operative Planungen 223–235; KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 438–446.

¹¹³ HORST BRETTNER-MESSLER, Die militärischen Absprachen zwischen den Generalstäben Österreich-Ungarns und Italiens vom Dezember 1912 bis Juni 1914; in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 23 (1970) 225–249; MICHAEL PALUMBO, German-Italian Military Relations on the Eve of World War I; in: Central European History 12 (1979) 343–371; HUGO SCHÄFER, Die militärischen Abmachungen des Dreibundes vor dem Weltkriege; in: Preußische Jahrbücher 188 (1922) 203–214; VEGO, Naval Policy 114–133; GEORG GRAF WALDERSEE, Von Deutschlands militärpolitischen Beziehungen zu Italien; in: Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, die Kriegsschuldfrage 7 (1929) 636–664.

¹¹⁴ HANS JÜRGEN PANTENIUS, Der Angriffsgedanke gegen Italien bei Conrad von Hötzendorf, Ein Beitrag zur Koalitionskriegsführung im Ersten Weltkrieg 1 (= Dissertationen zur neueren Geschichte 15/1, Köln – Wien 1984) 361–462; ALEXANDER JORDAN, Krieg um die Alpen, Der Erste Weltkrieg im Alpenraum und der bayerische Grenzschutz in Tirol (= Zeitgeschichtliche Forschungen 35, Berlin 2008) 111–120.

Planung für den Fall „B“ war in ihren Grundlinien nicht zuletzt von der ungünstigen strategischen Lage und der instabilen politischen Situation im Annexionsgebiet Bosnien-Herzegowina und im angrenzenden Dalmatien bestimmt. Die schlechte eisenbahntechnische Erschließung des Gebiets und die befürchtete Unzuverlässigkeit großer Bevölkerungsteile erschwerten die Aufgabe. Einem feindlichen Einfall musste daher rasch entgegengetreten werden können, und dafür konnte nicht auf Truppen aus dem Inneren der Habsburgermonarchie gewartet werden. Volksbewaffnung kam als Mittel zur Abwehr montenegrinischer Miliz oder irregulärer serbischer Formationen kaum in Betracht. So ruhte die Sicherheit des Annexionsgebiets weitestgehend auf den Truppen des XV. und XVI. Korps. Auch im Fall eines Angriffs auf Serbien musste diesem Umstand Rechnung getragen werden. Obwohl der Verlauf von Bergketten und Flüssen eine Offensive aus Bosnien in Richtung Osten erschwerte, wurde dieser Angriffsrichtung der Vorzug gegeben. Überlegungen, den Fokus der Operationen auf das nördliche Serbien zu richten, um Belgrad rasch einnehmen zu können, gab es zwar schon unter Beck. Sie versprachen vor allem logistische Vorteile, aber der Schutz des Annexionsgebiets gegen feindliche Einfälle war bei einem solchen Angriffsschwerpunkt nicht zu gewährleisten. Eine schnelle Offensive über die Donau und die rasche Einnahme Belgrads waren in den Planungen daher nicht vorgesehen. Dies blieb nicht ohne Kritik und erwies sich im Sommer 1914 als Einengung der strategisch-politischen Optionen, war jedoch verkehrsgeographisch und sicherheitspolitisch gut begründbar. Dass ein Eingreifen Russlands oder Italiens in einen sich bereits entfaltenden Krieg gegen Serbien die k.u.k. Armee vor schwere Probleme stellen werde, war den Verantwortlichen durchaus bewusst. Dies galt sowohl im Hinblick auf den Transport der 2. Armee als auch für den Schutz des Annexionsgebiets vor serbischen Einfällen¹¹⁵. Italien war nicht zuletzt deshalb eine Art Wunschgegner vieler österreichisch-ungarischer Militärs, weil die historische Erfahrung und die Stärkeverhältnisse Erfolg versprachen. Ein Krieg gegen Serbien und möglicherweise Montenegro war hingegen schwerer zu kalkulieren. Terrain und Kampfweise des Gegners dämpften die Hoffnung auf Entscheidungsschlachten. Gefährlicher erschien die Lage bei einer Kombination des Kriegsfalls „B“ mit dem Kampf gegen eine Großmachtarmee. Der Fall „I+B“ konnte dabei jedoch als die weniger bedrohliche Variante gelten als der Fall „R+B“, denn Russland war ein militärisches Schwergewicht. Selbst ohne Zweifrontenkrieg stellte der Fall „R“ die Planer im Wiener Generalstab vor besondere Herausforderungen. Die zahlenmäßig weit stärkere Armee des Zarenreichs im Alleingang zu besiegen, galt als nur schwer möglich. Russlands Armee hatte die Folgen der Niederlage gegen Japan 1904/05 und der Revolution von 1905 in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch 1914 bereits weitgehend überwunden.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, setzten die verantwortlichen Militärs in Österreich-Ungarn ihre Hoffnungen für den Fall eines Krieges auf das Zusammenwirken mit dem wichtigsten Verbündeten, dem Deutschen Reich. Die Kriegsplanung der

¹¹⁵ JEŘÁBEK, Potiorek 97–106; KRAUSS, Ursachen unserer Niederlage 122–128; PITREICH, 1914, 73–84.

Habsburgermonarchie für den Fall „R“ hing daher nicht zuletzt von Absprachen mit dem Großen Generalstab in Berlin ab. Politische Grundlage waren der Zweibund sowie der Dreibund, aus denen Österreich-Ungarn die Erwartung ableiten konnte, bei einem unprovokierten Angriff Russlands auf deutsche Hilfe rechnen zu können. Was konkret den Bündnisfall konstituieren würde, war allerdings eine Sache der Interpretation. Daher entsprach es der Logik der Allianz, sich in Deutschland der Auffassung des *casus foederis* zu versichern. Sowohl Conrad als auch Schemua bemühten sich in den Krisen der Jahre 1908/09 und 1912/13 um entsprechende Zusagen aus dem Berliner Generalstab. Vor allem aber waren sie bestrebt, die Planung für einen Krieg gegen Russland mit den Deutschen zu koordinieren¹¹⁶. Schon 1882 war es in Strobl zu Absprachen zwischen den Generalstäben in Wien und Berlin gekommen, die allerdings unter Alfred von Schlieffen als Chef des Großen Generalstabes nicht weiterverfolgt wurden. Die veränderte sicherheitspolitische Lage motivierte 1908/09 Helmuth von Moltke den Jüngeren, Schlieffens Nachfolger, mit Conrad die Grundzüge des Bündniskrieges im Osten durch einen Briefwechsel schriftlich zu vereinbaren. Angesichts der Bündnis constellation in Europa ging Moltke davon aus, dass ein Großmachtkrieg nicht auf die Osthälfte des Kontinents beschränkt bleiben würde. Er weihte Conrad auch in die Grundsatzentscheidung ein, beim Eintreten des *casus foederis* das Gros der deutschen Streitkräfte zunächst gegen Frankreich ins Feld zu führen und erst nach einem Sieg im Westen den Schwerpunkt der Operationen nach Osten zu verlagern. Der k.u.k. Armee wuchs für die Phase der Konzentration der deutschen Kräfte an der Frankreichfront die Aufgabe zu, die Armee des Zarenreiches vom Vormarsch nach Westen abzuhalten. Zur Bindung der russischen Truppen erschien ein offensives Vorgehen der österreichisch-ungarischen Truppen unverzichtbar. Conrad akzeptierte diese Rollenverteilung ohne Widerspruch, stand sie doch im Einklang mit der eigenen Präferenz, durch die es dem Gegner erschwert werden sollte, die Initiative zu ergreifen. Als Gegenleistung erwartete er, dass die Deutschen mit ihren anfangs des Krieges nur schwachen Kräften in Ostpreußen durch einen Angriff auf die russische Narew-Armee den Druck auf die Verbände der k.u.k. Armee mildern und so die Erfolgchancen der Anfangsoffensive Österreich-Ungarns erhöhen würden¹¹⁷. Die Verbündeten informierten sich auch nach 1909 gegenseitig nur in groben Zügen über ihre Planungen. Bis 1914 drängten Conrad und Schemua immer wieder auf bindende Zusagen der Deutschen, die Narew-Armee frühzeitig anzugreifen. Im Bemühen, einander zu offensivem Vorgehen zu motivieren, weckten beide Generalstäbe beim jeweiligen Bündnispartner übertriebene Erwartungen in Tempo und Umfang der eigenen Angriffsoperationen. Das führte bereits in den ersten Wochen des Krieges 1914 beiderseits zu Enttäuschungen. Überlegungen Schemuas

¹¹⁶ Vgl. hier und im Folgenden WILHELM DEIST, *Militärische Aspekte des Zweibundes*; in: RUMPLER, NIEDERKORN (Hgg.), *Zweibund* 261–275; TIM HADLEY, *Military Diplomacy in the Dual Alliance. German Military Attaché Reporting from Vienna, 1879–1914* (Lanham – Boulder – New York 2015) 144–149; KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 293–299; HELMUT OTTO, *Zum strategischen Zusammenwirken des deutschen und österreichisch-ungarischen Generalstabes bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges*; in: *Zeitschrift für Militärgeschichte* 2 (1963) 423–440; TUNSTALL, *Planning for War*.

¹¹⁷ NORMAN STONE, *Moltke–Conrad: Relations between the Austro-Hungarian and German General Staffs, 1909–1914*; in: *Historical Journal* 9 (1966) 201–228.

zur Rückverlegung des Aufmarsches in Galizien an San und Dnjestr blieben dem Großen Generalstab in Berlin verborgen. Conrad behielt die untergeordnete Rolle eines Nordstoßes für sich. Moltke seinerseits ließ seine eigenen Bedenken über die Chancen eines raschen Sieges an der Westfront erst im Frühsommer 1914 anklingen, als er sich am 12. Mai mit Conrad in Karlsbad traf und eingestand, dass er eine Überlegenheit der Deutschen über die Franzosen keineswegs vorauszusetzen wagte. Obwohl die Kriegsplanungen Deutschlands wie Österreich-Ungarns davon abhingen, hatte es Moltke bis zu diesem Zeitpunkt unterlassen, den Wiener Generalstab darauf hinzuweisen, dass er an seinem Versprechen vom November 1912, Frankreich in vier bis fünf Wochen zu schlagen, massive Zweifel hegte. Umgekehrt war sich der Große Generalstab in Berlin nicht sicher, ob Conrad wirklich in der Lage sein werde, die zugesagte Offensive im Nordosten führen zu können¹¹⁸. In der Rückschau erscheinen die gemeinsamen Planungen für einen Koalitionskrieg als unzureichend. Eine detaillierte Koordination der Aufmarschtransporte oder die genaue Absprache der Einleitungsfeldzüge fand nicht statt. Wie die Vereinbarungen über den Transport italienischer Truppen im Fall eines Dreibundkrieges bewiesen, stand einer solchen Zusammenarbeit keine grundsätzliche Verweigerungshaltung entgegen, aber die Verkehrsgeographie machte vergleichbare Absprachen für den Krieg gegen Russland überflüssig. Nur im Bereich der Grenze zu Oberschlesien schien die Abstimmung in logistischen und operativen Einzelfragen wirklich sinnvoll. Weil aber diesem Operationsgebiet nur geringe strategische Bedeutung zukam, bestand kein Bedarf an einer detaillierten Planung. Die vorgesehenen Stoßrichtungen machten es eher unwahrscheinlich, dass schon in der Frühphase eines Krieges eine enge Anlehnung deutscher und österreichisch-ungarischer Großverbände notwendig sein werde. Dementsprechend dachte auch niemand an gemeinsame Befehlsstrukturen. Der Gedanke der ungeschmälernten Kontrolle über die eigenen Streitkräfte gehörte zur Vorstellung von Souveränität und Großmachtstatus. Ohne zwingenden strategischen Grund bereits im Frieden eine Einschränkung dieser Verfügungsfreiheit vorzubereiten, hätte gegen dieses Selbstverständnis verstoßen. So kam es wohl zu zahlreichen persönlichen Kontakten zwischen den Spitzen der verbündeten Streitkräfte, nicht aber zu gemeinsamen Manövern. Das setzte auch der Kenntnis des Koalitionspartners Grenzen. Zwar kooperierten die militärischen Nachrichtendienste und besaßen die Militärattachés jeweils privilegierten Zugang zu Informationen, aber ein realistisches Bild von der militärischen Schlagkraft des Verbündeten hatte man weder in Berlin noch in Wien. Von österreichisch-ungarischer Seite wurden übergroße Hoffnungen in die Schlagkraft des deutschen Heeres gesetzt, und im Großen Generalstab blieben die beunruhigenden Nachrichten von den Mängeln der k.u.k. Armee unbeachtet¹¹⁹.

¹¹⁸ GÜNTHER KRONENBITTER, Die militärische Planung der k.u.k. Armee und der Schlieffenplan; in: HANS EHLERT, MICHAEL EPKENHANS, GERHARD PAUL GROSS (Hgg.), Der Schlieffenplan, Analysen und Dokumente (= Zeitalter der Weltkriege 9, Paderborn – München – Wien – Zürich 2006) 217–220.

¹¹⁹ TIM HADLEY, Military Diplomacy in the Dual Alliance: German Military Attaché Reporting from Vienna, 1906–1914; in: War in History 17 (2010) 294–312; MARTIN SCHMITZ, Verrat am Waffenbruder? Die Siedlice-Kontroverse im Spannungsfeld von Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik; in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 67 (2008) 385–407.

Wunschdenken bestimmte nicht nur die Erwartungen in den deutschen Verbündeten, sondern auch die Vorstellungen vom Charakter eines kommenden Krieges. Die Kriegsplanungen reichten über die Anfangsfeldzüge nicht hinaus. Die Feuerkraft moderner Waffen war bei allen Regelungen zur Gefechtstaktik viel zu wenig berücksichtigt. Dass Angriffe extrem verlustreich zu werden drohten, entzog offensiven Operationsplänen den Boden. Alle Pläne für eine rasche Kriegsentscheidung drohten damit obsolet zu werden. In Anbetracht der Realität des modernen Massenkriegs mutet die Kriegsplanung der Vorkriegszeit daher unreal an, jedenfalls in der Rückschau. Statt aus den Erfahrungen des Sezessionskrieges in den USA, dem Krimkrieg, des Burenkrieges und des Russisch-Japanischen Krieges zu lernen, orientierten sich die Generalstäbe der meisten Großmächte an den Kriegen der Jahre 1859 bis 1871 in Europa, die durch gewagte Operationen und entscheidende Schlachten gekennzeichnet schienen.

Um eine simple Wahrnehmungsverweigerung handelte es sich aber in den Generalstäben Europas nicht. Die Befürchtung, dass ein künftiger Großmachtkrieg länger als nur ein paar Monate dauern könnte, bestand durchaus¹²⁰. Auch in Österreich-Ungarn setzten in den letzten Friedensjahren Bemühungen ein, für den Ernstfall nicht nur die innere Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, sondern auch den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Die Kriegsleistungsgesetze von 1912 und die Absprachen zur Vorbereitung eines „wirtschaftlichen Mobilisierungsplans“ in den letzten Vorkriegsmonaten verdeutlichen, dass die Einsicht in die Komplexität moderner Volkswirtschaften und deren Folgen für die Kriegsführung nicht nur bei Politikern und Unternehmern, sondern auch im Militär reifte. Von der Entscheidung eines Großmachtkrieges nach nur wenigen Wochen ging auch in der Armeeführung kaum jemand aus. Wie der damalige Generalstabshauptmann Otto Berndt 1897 richtig erkannte, machte allein schon die Mischung aus politischer Konstellation und Massenmobilisierung einen langen Krieg wahrscheinlich, da „jeder Staat sein Möglichstes aufbieten und die außerordentlichsten Anstrengungen machen wird, um eine völlige Niederwerfung abzuwenden“¹²¹. Auch gab es Zweifel daran, dass durchschlagende militärische Erfolge überhaupt noch errungen werden könnten. Die Untersuchungen des polnischen Bankiers Ivan Stanislavovič Bloch blieben auch in Österreich-Ungarn nicht unbeachtet, aber es bedurfte gar nicht der Lektüre der Studie Blochs, um sich die Wirkung moderner Waffen, insbesondere jener von Schnellfeuergeschützen, Maschinengewehren und Infanteriegewehren mit effizienterer Munition klarzumachen. Der Militärelite der Habsburgermonarchie stand ein breites Spektrum an Quellen offen, aus denen Wissen über moderne Kriegsführung geschöpft werden konnte. Dazu zählten Nachrichten von den Kriegsschauplätzen in Südafrika und Ostasien genauso wie eine breite Expertendiskussion in der Fachpublizistik. Sowohl die Informationen über Operationsführung, Gefechtstaktik und Waffeneinsatz als auch die Bewertung und Analyse der im Zweiten Burenkrieg (1899–1902) und im Russisch-Japanischen

¹²⁰ STIG FÖRSTER, Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914; in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 54 (1995) 61–95.

¹²¹ OTTO BERNDT, Die Zahl im Krieg. Statistische Daten aus der neueren Kriegsgeschichte in graphischer Darstellung (Wien 1897) 133 f.

Krieg (1904/06) zu beobachtenden Veränderungen wurden grenzüberschreitend ausgetauscht und diskutiert. Österreich-Ungarns Militär hatte Teil an einer internationalen Debatte, denn auch andere Armeen standen vor dem Problem, sich angemessen auf einen modernen Großmachtkrieg einzustellen. Wie weit die überlieferten Vorbilder der Feldherrnkunst – Friedrich der Große, Napoleon I. und Moltke der Ältere – noch als Bezugspunkte taugten, war für die Generalstäbe aller europäischen Großmächte schwer zu ermessen. Genau diese Antizipation eines modernen Krieges wäre von Conrad und seinen Kollegen in Berlin, Paris oder Rom zu erwarten gewesen. Nur ein richtiges Bild des künftigen Krieges erlaubte adäquate Vorbereitungen und brauchbare Pläne. Dass offensive Lösungen taktischer und operativer Probleme viel zu hohe Verluste fordern würde, dass der hohe Munitionsverbrauch den Angreifer vor gravierende logistische Schwierigkeiten zu stellen vermochte – all das, so die Meinung im Rückblick – waren Einsichten, die den Militärexperten vor 1914 doch hätten klar sein müssen. Eine nähere Beschäftigung mit den Fachdiskussionen der Vorkriegsjahre zeigt jedoch, dass diese Sicht auf die Kriegsvorstellungen der Generalstäbe zu kurz greift¹²².

Weit davon entfernt, die Kriege in Südafrika und Ostasien zu ignorieren, bemühten sich die Militärführungen der alle Großmächte um einen möglichst genauen Überblick über das Geschehen auf diesen Schauplätzen. Auch Österreich-Ungarn beteiligte sich an den insgesamt sehr lebhaften Bemühungen, das Geschehen möglichst genau zu beobachten, um daraus Rückschlüsse auf zukünftige Kriege ziehen zu können. Das galt für Südafrika¹²³, aber auch für Ostasien¹²⁴. Im südafrikanischen Krieg fiel der Blick der Experten vor allem auf die Wirkung des gezielten Feuers aus gedeckten Positionen, das den Milizen der Buren aufsehenerregende Erfolge gegen das britische Berufsheer einbrachte. In die Diskussion über die Lehren, die aus den Erfahrungen in Südafrika zu ziehen seien, griff auch Conrad ein. Zur geforderten Anpassung der Gefechtstaktik zählte insbesondere eine größere Sorgfalt in der Nutzung von Deckungsmöglichkeiten durch den Angreifer im Zuge einer Attacke und das Umfassen der Flügel des Verteidigers. In diesen, wie in anderen Folgerungen, unterschied sich die k.u.k. Armee kaum von anderen Großmachtstreitkräften. Augenfällig wurden diese Konsequenzen bei der Umgestaltung der Felduniformen in den folgenden Jahren. Einzig die französische Armee entzog sich dem Trend zur Tarnung, während die k.u.k. Armee – abgesehen von ihrer Kavallerie – 1914 in hechtgrauen Uniformen ins Feld rückte. Die Änderungen in Ausrüstung, Ausbildung und Taktik gingen allerdings nicht so weit, die Grundannahmen der Kriegsvorbereitung in Frage zu stellen¹²⁵. Ähnlich verlief die Auseinandersetzung mit den Lehren des Krieges in der Mandschurei. Hier zeigte sich die Wirksamkeit des Maschinengewehreinsatzes im Kampf moderner Großmachtarmeen erstmals in

¹²² DIETER STORZ, *Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg* (= Militärgeschichte und Wehrwissenschaften 1, Herford – Berlin – Bonn 1992).

¹²³ ERWIN A. SCHMIDL, *Österreicher im Burenkrieg, 1899–1902*, phil. Diss. (Wien 1980) 316–364.

¹²⁴ HANS MEISL, *Der russisch-japanische Krieg 1904/05 und die Balkankriege 1912/13 in den Berichten der österreichisch-ungarischen Kriegs-, Militär- und Marineattachés*, phil. Diss. (Innsbruck 1964) 5–20, 48–190.

¹²⁵ STORZ, *Kriegsbild und Rüstung* 52–78.

aller Deutlichkeit. Der Russisch-Japanische Krieg machte unmissverständlich klar, wie wichtig das Maschinengewehr in einem kommenden europäischen Krieg sein werde – eine Einschätzung, die sich zwischen 1914 und 1918 erhärten sollte¹²⁶. Mindestens so eindrücklich erschienen den Beobachtern die Auswirkungen des Artillerie-Schnellfeu-ers. Aus verdeckten Positionen heraus ließ sich das Schlachtfeld so wirksam beschießen, dass die Infanterie stärker denn je auf Deckung angewiesen war. Die dadurch erzwun- gene „Leere des Schlachtfelds“ widersprach dem traditionellen Bild des Kampfes in der Feldschlacht, wie es noch für die Kriege 1866 und 1870/71 charakteristisch gewesen ist. Insgesamt vier Kriegsattachés belieferten den Generalstab in Wien mit ausführlichen Informationen. Vorträge und Publikationen eröffneten die Möglichkeit einer inten- siven Diskussion der Lehren aus dem Russisch-Japanischen Krieg. Dennoch blieben durchgreifende Konsequenzen für das Kriegsbild der Armeeführung aus. Schlussfolge- rungen, die sich mit den bisherigen Kriegsvorbereitungen nicht in Einklang bringen ließen, stießen auf Skepsis oder Ablehnung¹²⁷. Die Stärkung der Defensive durch die gesteigerte Feuerwirkung von Maschinengewehren und Artillerie widersprach der ver- breiteten Präferenz für den Angriff als überlegener Form militärischer Aktion. Ohne auf der Ebene des Einzelgefechts die Initiative zu ergreifen und das Heft in der Hand zu behalten, schienen Angriffsoperationen kaum planbar. Selbst wenn es überzogen ist, den Generalstäben Europas einen „Kult der Offensive“ zu unterstellen, so bildete die Ausrichtung am Ideal des Angriffs den Fluchtpunkt militärischen Führungsden- kens¹²⁸. Die Hochschätzung von Kampfmoral und Siegeswillen bot sich als Ausweg an, um die neuen Erfahrungen mit den herkömmlichen Vorstellungen zu verknüpfen. Die besondere Mentalität der Buren und Japaner, ihre vermeintliche Ursprünglich- keit, erschienen als Ursachen ihrer Erfolge. Opferbereitschaft und Angriffsgeist boten das Fundament, um es ihnen im modernen Krieg gleichzutun. Diese Deutung besaß den Vorteil, traditionellen soldatischen Tugenden und etablierten Führungsgrundsät- zen weiterhin großes Gewicht zuzumessen. Diese „psychologische Taktik“¹²⁹ hatte auch im Wiener Generalstab prominente Fürsprecher. Der einflussreichste unter ihnen war Conrad selbst. Auch wenn der Taktik-Experte und Generalstabschef nicht für blindwüt- iges Attackieren plädierte, so verankerten Ausbildung, Übungsbetrieb, Planungsarbeit und Publikationen den Angriff als Patentlösung in den Köpfen der Offiziere¹³⁰.

Die Balkankriege 1912/13 boten die letzte Möglichkeit vor der Julikrise des Jahres 1914, das eigene Kriegsbild einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Wie schon

¹²⁶ JOHN ELLIS, *The Social History of the Machine Gun* (London 1976).

¹²⁷ MAXIMILIAN CSICSERICUS VON BACSÁNY, *Die Schlacht. Studie auf Grund des Krieges 1904/05* (= Österreichische Militärische Zeitschrift, Sonderheft, Wien 1908); BROUCEK, *Taktische Erkenntnisse*.

¹²⁸ JACK L. SNYDER, *Civil-Military Relations and the Cult of the Offensive, 1914 and 1984*; in: *International Security* 9 (1984) 108–146; DERS., *The Ideology of the Offensive, Military Decision Making and the Desasters of 1914* (= Cornell Studies in Security Affairs, Ithaca – London 1984).

¹²⁹ STORZ, *Kriegsbild und Rüstung* 79–104, 136–166.

¹³⁰ LOTHAR HÖBELT, „So wie wir haben nicht einmal die Japaner angegriffen“, *Österreich-Ungarns Nordfront 1914/15*; in: GERHARD PAUL GROSS (Hg.), *Die vergessene Front, Der Osten 1914/15, Ereignis, Wirkung, Nachwirkung* (= Zeitalter der Weltkriege 1, Paderborn – München – Wien – Zürich 2006) 93 f.; KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“ 82–91.

1904/05, so mangelte es auch jetzt nicht an Informationsquellen. Grundsätzliche Erkenntnisse über die Bedingungen moderner Kriegsführungen wurden daraus jedoch kaum gewonnen. Allein schon das schmale Zeitfenster zwischen den Balkankriegen und dem Juli 1914 erlaubte keine intensivere Auswertung. Auch waren weder Schnellfeuerartillerie noch Maschinengewehreinsatz etwas Neues. Immerhin regten die Ereignisse an der bulgarisch-türkischen Front dazu an, über die Weiterentwicklung des Belagerungskrieges nachzudenken¹³¹. Davon abgesehen aber boten die Kriege 1912/13 in erster Linie Anschauungsmaterial zur Schlagkraft und Kampfweise der Balkanstaaten und des Osmanischen Reiches. Der „Bandenkrieg“ drohte insbesondere im Fall einer Auseinandersetzung mit Serbien die k.u.k. Armee vor neue Herausforderungen zu stellen. Neu war dieses Phänomen den Beobachtern aus der Habsburgermonarchie jedoch nicht¹³². Mit den Erwartungshaltungen in Einklang bringen ließ sich auch die Feststellung, dass die Grenze zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten von den Balkanmächten häufig und systematisch verletzt wurde. Die eigentliche Überraschung der Balkankriege bildete aus der Sicht der österreichisch-ungarischen Armeeführung allerdings die Schlagkraft der Streitkräfte der Balkanstaaten. Besonders die Erfolge Serbiens ließen in Wien aufhorchen. Verachtung für die Gesinnung des serbischen Offizierskorps und die Brutalität der Truppen Serbiens im Umgang mit Gefangenen und Zivilisten wurde nun durch die Sorge vor einem kampferprobten und schlagkräftigen Gegner im Südosten ergänzt¹³³. Pläne für einen raschen Erfolg über Serbien mussten dadurch noch fragwürdiger werden. Zugleich wuchs die Befürchtung, die Siege Serbiens und Montenegros könnten die Herrschaft der Habsburgermonarchie über Bosnien-Herzegowina weiter untergraben. Der akuten Verschlechterung der Sicherheitslage Österreich-Ungarns war eigentlich nur mehr durch eine radikale Lösung des Problems Serbien beizukommen.

¹³¹ RICHARD C. HALL, *The Balkan Wars, 1912–1913, Prelude to the First World War* (= *Warfare in History*, London – New York 2000) 132–144; STORZ, *Kriegsbild und Rüstung* 250–268.

¹³² M. CHRISTIAN ORTNER, *Erfahrungen einer westeuropäischen Armee auf dem Balkan. Die militärische Durchsetzung österreichisch-ungarischer Interessen während der Interventionen von 1869, 1878 und 1881/82*; in: BERNHARD CHIARI, GERHARD PAUL GROSS (Hgg.), *Am Rande Europas? Der Balkan, Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt* (= *Beiträge zur Militärgeschichte* 68, München 2009) 67–87.

¹³³ Kronenbitter, „Krieg im Frieden“ 434f.

C. Das europäische Mächtesystem und das Habsburgerreich in der Julikrise 1914

von
Hew Strachan

1. Die Paradoxa eines regionalen Imperiums

Der Erste Weltkrieg entwickelte sich innerhalb einer bemerkenswert kurzen Zeit zu einem weltweiten Konflikt. Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Nur etwas mehr als zwei Wochen später, am 12. August, feuerte ein Soldat des britischen Imperiums im Zorn den ersten Schuss der britischen Armee ab. Dieser Vorfall ereignete sich in der deutschen Kolonie Togo in Westafrika. Am selben Tag besetzten französische Truppen den südlichen Teil Kameruns, den Frankreich drei Jahre zuvor an Deutschland als Folge der Zweiten Marokkokrise abgetreten hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatten auch in Ostafrika und im südlichen Pazifik Kampfhandlungen begonnen. Weitere drei Tage später, am 15. August, stellte Japan Deutschland ein Ultimatum, mit dem der Abzug aller deutschen Truppen aus Tsingtao/Qingdao (*Qingdao*) gefordert wurde. Diese schnelle Ausweitung des Krieges ist zum Teil als Folge des Imperialismus zu verstehen. Viele europäische Großmächte waren auch Kolonialmächte; folglich zogen mit ihnen auch ihre kolonialen Besitzungen in den Krieg. Es waren jedoch auch lokale Faktoren dafür verantwortlich, dass sich der Krieg ausweitete. Der Kriegsausbruch in Europa bot auch den ursprünglich involvierten Nationen die Gelegenheit, zu den Waffen zu greifen, um ihre regionalen Ziele zu verfolgen. Dieser Krieg, der im Namen grandioser Ideen ausgetragen wurde – wie der deutschen Kultur, der französischen *civilisation* oder der britischen Forderung nach Unantastbarkeit des internationalen Rechts – diente ironischerweise als Auslöser und sogar als Legitimation, um mittels Gewalt konkrete politische Ziele zu verwirklichen. Wie schon Japan und das Osmanische Reich im Jahre 1914, traten Italien, Bulgarien und Rumänien zwischen 1915 und 1916 dem Krieg bei; sie taten dies mit augenscheinlich bescheideneren Ambitionen – verglichen mit der Rhetorik der konkurrierenden Ideenwelten der Deutschen, Franzosen und Briten. In vielen Fällen definierten sie ihre Zielsetzungen auf traditionellere Weise mit Gebietsforderungen oder Begradigung von Grenzen. In gewisser Hinsicht wurde der europäische Krieg zu einem Weltkrieg, weil die Großmächte kleinere Mächte mit deren moderateren Zielsetzungen mitzogen. Andere Spannungen, die für sich genommen zu unbedeutend gewesen wären, um einen großen Krieg auszulösen, verstärkten den Primärkonflikt und steigerten ihn zur Katastrophe. Diese Abfolge kann jedoch auch umgekehrt werden. Im Juli 1914 waren die europäischen Großmächte in einen Krieg verwickelt, dessen Ursachen regionalen Ursprungs waren. Obgleich die Ausgangspunkte

te potentiell begrenzter Natur waren, führten sie innerhalb von Tagen dazu, dass sich der Konflikt von Südosteuropa auf den gesamten Kontinent ausweitete. Österreich-Ungarn fungierte als Schlüsselfigur in diesem Prozess. In Anbetracht seiner regionalen Bedeutung sowie seiner Stellung als Großmacht konnte Österreich-Ungarn – entgegen allen Hoffnungen – seinen Entschluss, auf regionaler Ebene militärisch vorzugehen, nicht von dessen potentieller Konsequenz eines paneuropäischen Kriegs trennen. Ohne Zweifel handelte es sich bei Österreich-Ungarn um ein Imperium im Sinne einer europäischen Großmacht. Aus diesem Terminus lässt sich nicht nur der beträchtliche Machtstatus Österreich-Ungarns ableiten; er nimmt auch vorweg, dass jeder Krieg, in den dieses Reich involviert war, von weitreichender Konsequenz sein musste. Wie es Arthur Duke of Wellington in Bezug auf Großbritannien einst im Oberhaus so treffend formuliert hatte: „Ein großes Land kann keinen kleinen Krieg führen“¹. Im Vergleich zu den anderen europäischen Großmächten von 1914 hatte Österreich-Ungarn seinen Status als europäisches Imperium verloren. Wie auch Großbritannien, Frankreich, Preußen und Russland begründete das Habsburgerreich seinen Anspruch als europäische Großmacht mit seinem Rang in der internationalen Ordnung, die im Wiener Kongress 1815 vereinbart worden war. Die fünf Großmächte bildeten zusammen das europäische Konzert, das gemeinsam die Spannungen auf dem Kontinent ausgleichen sollte. Einige andere europäische Mächte – wie Spanien, die Niederlande und Schweden – hatten einst den gleichen Status einer Großmacht genossen, den sie jedoch bereits lange vor 1914 verloren hatten. Wieder andere – besonders Italien – waren bestrebt, zur Großmacht zu avancieren, waren aber noch keine vollwertigen Mitglieder des Klubs der Führungsmächte. Ein weiteres Merkmal Italiens, Spaniens, der Niederlande, Portugals und Belgiens war, dass sie Überseekolonien besaßen, obgleich keiner dieser Staaten eine Großmacht war. Umgekehrt waren Großbritannien, Frankreich und Deutschland zum Teil wegen ihrer außereuropäischen Besitzungen Imperien. Sogar die unmittelbar benachbarten Großmächte der Doppelmonarchie – Russland und das Osmanische Reich – erstreckten sich sowohl über Asien als auch Europa. Österreich-Ungarn war das einzige europäische Imperium, das keine Kolonien außerhalb Europas besaß.

In dieser Hinsicht war Österreich-Ungarn ein Paradoxon: Obwohl ein Imperium, war es nur eine regionale Macht. Die Habsburger waren in Westeuropa schon lange keine bedeutende Instanz mehr. Infolge der Verwirklichung der Deutschen Einheit spielten sie auch in Zentraleuropa nur mehr eine zweitrangige Rolle. Der Fokus der Habsburger lag zunehmend auf jenem Gebiet des Kontinents, das am instabilsten und aus wirtschaftlicher Sicht am unbedeutendsten war – dem Südosten. Sollten sie auch dieses Gebiet verlieren, so hätten sie alles verloren. Damit hatte auch Franz Joseph imperialistische Pläne. Im Gegensatz zu den neuen Kolonialmächten war seine Zielsetzung jedoch der Erhalt und nicht die Ausweitung. Der Berliner Kongress von 1885 hatte die Regeln festgesetzt, nach welchen Europa den „Wettlauf um Afrika“ beginnen würde. Wien hielt sich heraus. Es orientierte sich vielmehr an dem früheren Berliner

¹ Wellington, House of Lords, 16. Jänner 1838; auch Wellington an Lord Fitzroy Somerset, 5. Jänner 1838 – SOUTHAMPTON UNIVERSITY LIBRARY, Archive and Manuscript Collections, Wellington Papers MS 61.

Kongress von 1878, der sich – nach dem Verfall des Osmanischen Reichs in Europa – die Stabilisierung der Balkanregion zum Ziel gesetzt hatte. Wien erkannte die Bestrebungen der seit kurzem unabhängigen Staaten Serbien, Griechenland und Bulgarien an. Im selben Zug war es jedoch bemüht, diese Staaten in das Gefüge des europäischen Konzerts einzubetten, um den europäischen Frieden zu wahren. Der Kongress von 1878 spiegelt die defensiven Prioritäten Österreich-Ungarns wider, die durch die geographische Kompaktheit des Reichs begünstigt wurden. Sollte ein Vorteil in diesem paradoxen regionalen Imperium liegen, so war es dieser Umstand. Im Gegensatz zu Großbritannien benötigte es keine große Marine, um seine Besitzungen zu verteidigen. Im Gegensatz zu Russland bedurfte es zur Verbindung seiner Reichsteile keiner Kommunikationswege von tausenden von Meilen. Wie die Abwehrschlachten am Isonzo von 1915 bis 1917 bewiesen, war Österreich-Ungarn im Südwesten gegen Italien durch die Barrieren der Dolomiten und der Julischen Alpen geschützt. Weiter östlich war die Grenze zu Serbien durch die Donau gesichert und jene zu Rumänien durch die Transsilvanischen Alpen. Die geographische Schwachstelle lag im Nordosten, wo sich das Reich mit Galizien in die Westukraine öffnete. Ungarn war durch den Karpatenwall geschützt. Eben dort wurden die Russen im Winter von 1914 auf 1915 in ihrem Vormarsch gestoppt. Vor dem Krieg konnte es sich die Doppelmonarchie jedoch nicht leisten, Galizien als Vorfeld einer strategischen Verteidigung einfach aufzugeben. Im Osten und Norden von Russland flankiert, spielte Galizien aus zwei Gründen eine zentrale Rolle für Österreich-Ungarn, eine innerstaatliche und eine internationale. Strategisch sah sich Wien gezwungen, Galizien als Ungarns nördlichen ‚Schutzschild‘ zu verteidigen. Galizien war im Kriegsfall ein Frontvorsprung in das südliche russische Gebiet – ebenso wie das deutsche Ostpreußen im Norden. Beide umzingelten Russisch-Polen, das somit Gefahr lief, eingekesselt zu werden. In diesem Umstand lag für Deutschland der Wert seines militärischen Bündnisses mit Österreich-Ungarn. Sowohl die Verteidigung seines eigenen östlichen Frontvorsprungs Ostpreußen als auch jegliche Offensive gegen Russland waren von der habsburgischen Militärpräsenz in Galizien abhängig. Im erstgenannten Fall konnte das habsburgische Heer nach Norden drängen und somit die russische Nachhut abfangen, sollte diese in Ostpreußen einfallen. Im zweiten Fall konnten die beiden Verbündeten gemeinsam nach Osten vorrücken und sich in Siedlec östlich von Warschau, vereinigen, um Russisch-Polen von Norden und Süden zu erobern. Diese Strategie kalkultierten auch der österreichisch-ungarische Generalstab und dessen Chef Franz Frh. Conrad von Hötzendorf, allerdings ohne die operativen Schwierigkeiten hinsichtlich der zeitlichen und räumlichen Koordination richtig einzuschätzen, die solche strategischen Phantasien im Ernstfall zunichtemachten. Daher war die Umzingelung von Russisch-Polen nie Thema eines konkreten gemeinsamen Kriegsplans.

Tatsächlich gab es überhaupt keinen österreichisch-ungarisch-deutschen Kriegsplan im Herbst 1914. Die Korrespondenz zwischen den beiden Generalstabschefs verdient es nicht als „Plan“ bezeichnet zu werden². Die Tatsache, dass Conrad und sein deutsches Pendant, Helmuth von Moltke den Jüngeren, 1909 sowie zwischen 1913 und 1914 Briefe

² Der Briefwechsel Conrad–Moltke bei FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, 5 (Wien – Berlin – Leipzig – München 1925); zum Thema der militärischen Planung

austauschten, verschleiert deren total divergierende strategische Denkweise. Während Conrad im Südosten den Krieg gegen Serbien plante, wenn er nicht gerade den Krieg gegen Italien forderte, war Moltkes Aufmerksamkeit auf Frankreich gerichtet.

2. Der Umsturz der europäischen Diplomatie vom Metternich'schen „Mächtekonzert“ zum „Dreibund“

Mit dem Schwinden jener europäischen Strukturen, die Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich 1815 geschaffen hatte, stellte für die Habsburgermonarchie das Problem, sich im neuen Mächtesystem bündnispolitisch abzusichern. Auf dem Wiener Kongress war eine internationale Ordnung Europas geschaffen worden, die durch zwischenstaatliche Beziehungen die Kräfte des Liberalismus und des Nationalismus zügeln sollte. Damit war zumindest theoretisch jeder Herrscher bereit, auch im Staatsgebiet eines anderen zu intervenieren, um die revolutionären Kräfte in Schach zu halten. Russland wandte dieses Prinzip an, als es Österreich half, die Revolution in Ungarn 1848/49 zu unterdrücken. Das „europäische Konzert“ bewahrte den Frieden und hielt gleichermaßen den innenpolitischen und territorialen Status quo aufrecht. Dennoch tendierte dieses System schon im Ansatz zu Veränderungen³. Der Krimkrieg 1853–1856 leitete die Befreiung des Balkans von der osmanischen Herrschaft ein. Die Einigung Italiens 1859 und Deutschlands 1871 veränderten die europäische Landkarte, jedoch ohne das System des europäischen Konzerts zu zerstören. Erst der auf den Berliner Kongressen von 1878 und 1885 zum Regisseur der europäischen Politik avancierte deutsche Kanzler Otto von Bismarck wurde zum Sargnagel für die Metternich'sche Ordnung Europas. Indem er sich die nationalistischen Agenda zu eigen machte, demonstrierte er gegen den Liberalismus eine konservative, preußische Version des Deutschen Nationalstaates. Die Herausforderung für Österreich-Ungarn bestand darin, dass sich diese Vision, die für einen Staat mit lediglich einer dominanten nationalen und sprachlichen Identität möglich war, für einen multi-nationalen Staat sich sehr viel schwieriger gestaltete, in dem auch ein konservativer Nationalismus per definitionem destabilisierende Auswirkungen haben musste. Außerdem hatten sowohl Cavour als auch Bismarck den Krieg als Mittel eingesetzt; sie hatten mit der Patentlösung der Konferenzdiplomatie von 1815 gebrochen, den Krieg als legitimierbares Mittel zur Erreichung nationalpolitischer Ziele akzeptabel gemacht. Sowohl die Vereinigung Italiens als auch jene Deutschlands waren zulasten sowohl des Territoriums des Habsburgerreichs als auch dessen militäri-

GÜNTHER KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (= Studien zur Internationalen Geschichte 13, München 2003), und GRAYDON A. TUNSTALL JR., Planning for War against Russia and Serbia. Austro-Hungarian and German Military Strategies 1871–1914 (= War and society in East Central Europe 31, East European monographs 374, Atlantic studies on society in change 78, New York 1993).

³ Vgl. PAUL W. SCHROEDER, The Vienna System and its Stability. The Problem of Stabilizing a State System in Transformation; in: PETER KRÜGER (Hg.), Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der frühen Neuzeit (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 35, München 1996) 107–122.

sehen Ansehens erfolgt. Österreich mangelte es an militärischer Schlagkraft, um die Konzertaußenpolitik in Europa zu erhalten. Auch die innere Befriedung durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 erwies sich auf längere Sicht keineswegs als Stütze der Monarchie. Die Magyaren bestanden auf der Gründung eines eigenen ungarischen Heeres.

Im Jahre 1889 wurde das jährliche Rekrutenkontingent für die gemeinsame Wehrmacht mit 103.100 Mann festgesetzt⁴. Obwohl das Rekrutenkontingent der k.k. Landwehr 1903 und 1908 erhöht wurde, standen der Habsburgermonarchie nun jährlich rund 140.000 Rekruten zur Verfügung. Aber Ungarn weigerte sich, das Rekrutenkontingent für die gemeinsame Armee entsprechend dem Bevölkerungswachstum zu erhöhen, sollte keine völlig eigenständige ungarische Armee gegründet werden⁵. Für die Bewahrer der Monarchie – wie den Thronfolger Franz Ferdinand und Conrad – stellte die gemeinsame Armee den „Kitt“ dar, der die Doppelmonarchie zusammenhielt. Als sich 1905/06 die Heeresfrage zuspitzte und Ungarn sogar das jährliche Rekrutenkontingent überhaupt verweigerte, drohte Franz Joseph den Magyaren mit dem allgemeinen Wahlrecht und damit der bis dahin alles dominierenden magyarischen Oberschicht mit dem Verlust ihrer politischen Machtstellung. Der ungarische Reichstag stimmte nun wieder einem jährlichen Rekrutenkontingent für die gemeinsame Armee von 103.100 Mann zu. Erst 1912 wurde in Ungarn wie auch in Österreich ein neues Wehrgesetz verabschiedet, in der das gemeinsame Rekrutenkontingent um 42.000 Mann erhöht wurde. Im Vorfeld des Ersten Weltkriegs scheiterte Österreich-Ungarn folglich durchwegs daran, die Anzahl an Rekruten dem tatsächlichen Bevölkerungswachstum anzupassen. 1914 betrug der Friedensstand der gemeinsamen Armee und der beiden Landwehren zusammen 415.000 Mann: die zur Verfügung stehende ausgebildete Feldarmee war nur etwa halb so groß wie die deutschen oder französischen Streitkräfte und deutlich geringer als die Hälfte der russischen Armee. Daher musste Österreich-Ungarn bei Beginn des Weltkrieges auch Landsturmeinheiten einsetzen und verfügte daher über keine Reserveformationen um die ersten Verluste auszugleichen. Als Conrad zu präventiven Kriegen gegen Italien oder Serbien aufrief, wurde er zurückgewiesen von jenen politischen Herren und Meistern, die sich darüber im Klaren waren, dass es Österreich-Ungarn sowohl aus militärischer als auch wirtschaftlicher Sicht unmöglich war, seinen Status quo als Großmacht durch den Einsatz kriegerischer Mittel zu sichern. Bis zum Jahr 1914 hielt Österreich-Ungarn seine verbliebene internationale Autorität mittels der konservativen Methode der Diplomatie aufrecht – anstatt sich auf die radikalere Lösung in Form von Krieg vorzubereiten. Das internationale Dilemma bestand darin, dass die Diplomatie ohne militärische Stärke im Hintergrund zusehends weniger erfolgreich war. Statt den Status quo zu bewahren, wie es zu Zeiten Metternichs der Fall

⁴ OSKAR REGELE, Feldmarschall Conrad. Auftrag und Erfüllung 1906–1918 (Wien – München 1955) 181.

⁵ WALTER WAGNER, Die K.(u.)K. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V: Die bewaffnete Macht (Wien 1987) 142–633, hier 493f.; TIBOR PAPP, Die königlich ungarische Landwehr (Honvéd) 1868 bis 1914, Ebd. 634–686, hier 653.

gewesen war, sollte Diplomatie immer mehr dazu genutzt werden, die gegenwärtigen Gegebenheiten umzustürzen, sowohl mittels Krieg, als auch durch selbstbewussten Nationalismus (besonders auf dem Balkan). Jenes System, das die Doppelmonarchie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestützt hatte, „slowly but surely strangl[ed] it“ ab dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts – wie sich anhand der Reaktion auf die Bosnienkrise zeigte⁶.

Im Jahre 1879 unterzeichneten Deutschland und Österreich-Ungarn den Zweibund, der zum Fixpunkt der habsburgischen Außenpolitik wurde. 1882 erweiterte Italien das Bündnis zum Dreibund. Wie das Konzert diente der Dreibund einer Strategie zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität und drängte keineswegs auf Expansion und Annexion. Es sollte den Bündnispartnern größeres diplomatisches Gewicht geben, um ihre Interessen ohne Krieg durchsetzen zu können. Insofern war der Dreibund – ebenso wie das europäische Konzert – scheinbar ideal auf die außenpolitischen Ziele der Doppelmonarchie abgestimmt. Aber die Grundlagen des Dreibunds waren zu begrenzt, um den Bedürfnissen Wiens gerecht zu werden. Im Juli 1911 protestierte Deutschland gegen den Einzug Frankreichs in Marokko, indem es sein Kriegsschiff „Panther“ nach Agadir schickte. In der sich daraus ergebenden Krise spielte Österreich-Ungarn eine untergeordnete Rolle, da es kein direktes Interesse an Nordafrika hatte, und überließ es seinem Alliierten, dieses Problem alleine zu klären, statt gemäß dem Bündnis seine Solidarität zu bekunden. Wie Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, 1894–1900 deutscher Reichskanzler, scharfsinnig bemerkte, konnte Österreich-Ungarn einer expansiven Auslegung seiner Bündnispflicht nicht folgen: „Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will“⁷. Im September 1911 ergriff Italien die Gelegenheit, die sich infolge der marokkanischen Krise ergab: Es erklärte dem Osmanischen Reich den Krieg und machte seine Forderungen in Libyen geltend. Einerseits war Alois Lexa Graf von Aehrenthal darauf bedacht, seinen Dreibundpartner Italien nicht zu provozieren, indem er sich dessen Zielen in Nordafrika in den Weg stellte, andererseits wollte er nicht weiter zur Auflösung des Osmanischen Reichs beitragen, das sowohl die Oberherrschaft über Libyen innehatte, als auch für die Stabilität am Balkan Garant war. Im Südosten Europas, am Balkan, trafen sich die Interessen der drei Imperien – Österreich-Ungarns, Russlands und des Osmanischen Reiches. Wenn sie gemeinsam handelten, waren sie in der Lage, die ethnischen und religiösen Konflikte der Region zu kontrollieren. Wenn sie jedoch gegeneinander konkurrierten, spielten sie die Initiative künftiger Entwicklungen den Völkern des Balkans in die Hände. Österreich-Ungarns Annexion von Bosnien-Herzegowina im Jahre 1908 hatte die Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg dramatisch verschlechtert. Russland hatte eine empfindliche

⁶ PAUL W. SCHROEDER, *Stealing Horses to Great Applause: Austria-Hungary's Decision in 1914 in Systemic Perspective*; in: HOLGER AFFLERBACH, DAVID STEVENSON (Hgg.), *An improbable War: The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914* (New York – Oxford 2007) 40.

⁷ HOLGER AFFLERBACH, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg* (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 92, Wien – Köln – Weimar 2002) 816–821, bes. 819.

diplomatische Niederlage erlitten. Österreich-Ungarn und erst recht nicht das Osmanische Reich hatten hingegen nicht die Kraft, die entstandene Lücke zu füllen. Dieses Vakuum nutzten zuerst Bulgarien und dann Serbien. Da Aehrenthal selbst nicht imstande war, Italien zu zähmen, ohne das bereits angespannte Verhältnis zu seinem Verbündeten vollends zu zerrütten, wandte er sich an den britischen Außenminister Sir Edward Grey. Er bat ihn, an das europäische Konzert zu appellieren, um in puncto Libyen als Vermittler zu fungieren – wie es auch bei Marokko der Fall gewesen war. Italien verkündete jedoch, dass es Libyen bereits annektiert habe und kam so einer Intervention der Großmächte zuvor. Aehrenthal strebte danach, die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und seinen Nachbarn auf dem Balkan durch entgegenkommende Handelsverträge zu verbessern. Sein Ziel war es, sie mittels ihrer wirtschaftlichen Interessen an Österreich-Ungarn zu binden und damit kontrollierbar zu machen, keineswegs sie dem Habsburgerstaat einzuverleiben. Wie im Hietzinger Memorandum vom 15. August 1909 klar dargelegt wurde, war sich Aehrenthal bewusst, dass Österreich-Ungarns militärische Schwäche seinen außenpolitischen Spielraum einschränkte. Außerdem erkannte er, dass weder Russland noch Italien eine Expansionspolitik gestatten würden. Die wirklichen Beweggründe seiner Außenpolitik am Balkan waren innenpolitischer Natur⁸. Weil die südslawischen Einwohner Österreich-Ungarns mit ihrer politischen Situation unzufrieden waren, hatte das unabhängige Königreich Serbien seit 1903 zunehmend an Anziehungskraft gewonnen. Durch innere Reformen, u.a. durch eine Verbesserung des Status Bosnien-Herzegowinas im dualistischen Gefüge der Monarchie, sollte die Loyalität der Südslawen gegenüber Wien gehoben und entsprechend die Attraktivität Serbiens reduziert werden. Außenpolitisch sollte Serbien vom Süden und Westen bedroht werden, entweder durch das Osmanische Reich, oder, für den Fall, dass es sich als zu schwach erwies, durch Bulgarien und Albanien. Beide wurden von Aehrenthal auch ab 1909 gefördert. Ein albanischer Staat, der sich von Griechenland bis Montenegro erstreckte, würde zudem Serbiens Hoffnungen auf einen Adria-Hafen zunichtemachen. In den Fragen der Außenhandelsbeziehungen war das Außenministerium aber nur Vollzugsorgan, denn die Direktiven gaben die österreichische und die ungarische Regierung vor. Diese wollten den Agrarexport vom Balkan einschränken und keineswegs ausweiten, wie es Aehrenthals Konzept vorsah. Auch die angestrebten inneren Reformen des Außenministers zur Befriedung der Südslawen waren ganz gegen die Interessen beider Teile der Monarchie, weil sie das dualistische Gefüge untergraben hätten. Somit blieb von Aehrenthals Gesamtkonzept nur der Bereich, auf den er unmittelbar Einfluss hatte, die Außenpolitik mit ihrer Förderung von Bulgarien und Albanien⁹. Aehrenthal starb am 17. Februar 1912. Sein Nachfolger Leopold Graf

⁸ Vgl. SOLOMON WANK, Aehrenthal's Program for the Constitutional Transformation of the Habsburg Monarchy. Three Secret Memoires; in: *The Slavonic and East European Review* 41 (1963) 513–536; ÉVA SOMOGYI, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906–1907. Die Dualismus-Interpretation des Ministers des Äußeren; in: *Österreichische Osthefte* 30 (1988) 60–75.

⁹ ANATOL SCHMIED-KOWARZIK (Hg.), *Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1908–1914* (= *Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918*, hg. Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Red. ÉVA SOMOGYI, VI, Budapest 2011) Einleitung 117 ff.